

14-19



Fa 1

~~Fa 1~~



Handwritten: Fa 19

UB Braunschweig 84



2224-914-0

2224-9140

2224-9140
~~Fa 19~~
Fa 2

D e n k s c h r i f t

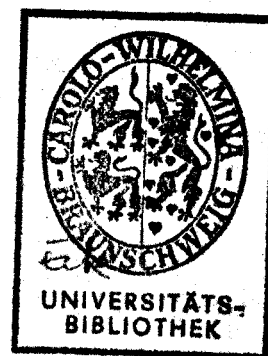
über das

Staats=, Volks=, Wirtschafts= und Kulturleben

sowie die Finanzen

des

Landes Braunschweig



Bearbeitet

im

Statistischen Landesamt.

1934

Braunschweig

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

	Blatt
Vorbemerkungen	1
Erster Hauptteil: Land und Volk	2
Abschnitt A: Das Land	2
I. Lage, Größe und politische Einteilung	2
II. Bodenbeschaffenheit	3
III. Die klimatischen Verhältnisse	7
IV. Bodenschätze	9
V. Die Wasserkräfte	16
Abschnitt B: Die Bevölkerung	21
I. Einwohnerzahl	21
II. Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle	25
III. Stadt und Land	27
IV. Stammesgliederung	29
V. Ausländer nichtdeutscher Sprachzugehörigkeit	31
VI. Die religiöse Gliederung	33
VII. Die berufliche und soziale Gliederung	39
Zweiter Hauptteil: Wirtschaft	49
Abschnitt A: Land- und Forstwirtschaft	49
I. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	49
II. Anbauflächen und Bodenbenutzung 1934	63
III. Die Ernte 1934	74
IV. Viehbestand-Milchleistungen	84
V. Landwirtschaftliche Überschuß- und Zuschußgebiete 1933 (Weizen-, Roggen-, Kartoffel-, Schweinefleisch- und Rindfleischversorgung)	93
VI. Forstwirtschaft	105
Abschnitt B: Gewerbe (Industrie und Handwerk)	117
I. Die gewerblichen Betriebe in Industrie und Handwerk 1933	117
II. Die gewerbliche Produktion	124
1.) Die handwerkliche Produktion	124
2.) Die industrielle Produktion	126
Abschnitt C: Handel und Verkehr	138
I. Die gewerblichen Betriebe in Handel und Verkehr 1933	138
II. Verkehrswege und Verkehrsleistungen	144
1.) Die Staatsstraßen	144
2.) Eisenbahnen	147
3.) Postverbindungen-Kraftwagenlinien	151
4.) Wasserstraßen-Binnenhäfen	154
5.) Luftfahrt	156

	Blatt
III. Kraftfahrzeuge	158
IV. Elektrizitätsversorgung	162
V. Wasserversorgung	167
VI. Fremdenverkehr	169
Abschnitt D: Die sozialen Verhältnisse	177
I. Arbeitsmarkt	177
II. Löhne	180
III. Preise	188
IV. Der volkswirtschaftliche Umsatz	192
V. Sozialversicherung	201
VI. Spareinlagen	209
Dritter Hauptteil: Kultur	211
Abschnitt A: Materielle Kultur	211
I. Gesundheitswesen	211
II. Öffentliche Fürsorge und Jugendfürsorge	215
III. Wohnungswesen	219
Abschnitt B: Geistige Kultur	226
I. Bildungswesen	226
1.) Schulwesen	226
a) Volks- und Mittelschulen	226
b) Berufs- und Fachschulen	238
c) Die höheren Unterrichtsanstalten	244
d) Die Technische Hochschule in Braun-	
schweig	247
2.) Erwachsenenbildung	250
II. Behördenorganisation	255
1.) Verwaltung	255
2.) Justiz	260
Vierter Hauptteil: Öffentliche Finanzen	269
Abschnitt A: Steuerkraft	269
Abschnitt B: Öffentliche Ausgaben im Rechnungsjahr	
1932/33	278
Abschnitt C: Haushaltslage der Kreisgemeindeverbände und der Gemeinden in den Rechnungsjah-	
ren 1933 und 1934	285
Abschnitt D: Öffentliches Vermögen	287
Zusammenfassung	291

Vormerkungen.

1) Die der Ergänzung und Veranschaulichung des Textes der Denkschrift dienenden zahlreichen Tabellen, Karten, graphischen und bildlichen Darstellungen sind zur Erleichterung der Benutzung in den beiden Bänden „Tabellenwerk“ und „Kartenwerk“ vereinigt. Welche Tabellen und veranschaulichende Darstellungen -im Text stets kurzer Hand „Karten“ genannt- zu den einzelnen Aufsätzen gehören, ist jeweils unter der Überschrift vermerkt.

2) Für eine Reihe von Aufsätzen, Tabellen und Karten besaß das Statistische Landesamt weder in seinen Akten noch in Veröffentlichungen Unterlagen. Es war in diesen Fällen auf die Unterstützung amtlicher Stellen angewiesen, die ihm teils in Gestalt von Zahlen- und sonstigem Material, teils in Gestalt von fertigen Abhandlungen, Tabellen und Kartenentwürfen zuteil geworden ist.

Unterlagen für Aufsätze, Tabellen und Karten haben zur Verfügung gestellt das Statistische Reichsamt, die Reichspostdirektion Braunschweig, das Landesfinanzamt Hannover und die ihm unterstehenden Finanzämter mit braunschweigischen Gebietsteilen, das Landesarbeitsamt Niedersachsen und das Arbeitsamt Magdeburg, das Städtische Statistische Amt, verschiedene Ministerialabteilungen, das Landesbergamt, das Landesmedizinalkollegium, das Landeskultur- und -vermessungsamt sowie das Obereichamt.

Von den Abhandlungen (Kartenentwürfen) stammen von der Landesbauernschaft Braunschweig I A II⁺, I A III sowie II B V (die Entwürfe zu den Karten Nr. 3 und 4), der Industrie- und Handelskammer Braunschweig I A V und II B II₂, der Handwerkskammer Braunschweig II B II₁, der Landesversicherungsanstalt II D V₂, der Braunschw. Landessparkasse II D VI (Entwurf zur Karte 66), dem Landesbergamt I A IV, dem Landesfürsorge- und Landesjugendamt III A II, der Braunschweigischen Justizverwaltung III B II₂, den zuständigen Ministerialabteilungen II A VI (die Entwürfe zu den Karten 39, 40, 87a, 87b und 87c), II C II₁ (Entwurf zur Karte 54), II C II₂ (Entwurf zur Karte 55), II C II₄ (Entwurf zur Karte 57), II C IV (Entwürfe zu den Karten 59 und 60), II C V (Entwurf zur Karte 61), III A III (Entwurf zur Karte 73), III B I 1a, III B I 1b, III B I 1c, III B II 1 und IV C.

Erster Hauptteil: L a n d u n d V o l k.Abschnitt A: D a s L a n d.I. Lage, Grösse und politische Einteilung.

Das im nordwestlichen Teil Deutschlands gelegene Land Braunschweig hat eine Gesamtgrösse von 3 672 qkm und wies bei der Volkszählung am 16. Juni 1933 512 989 Einwohner auf. Es bildet kein zusammenhängendes Ganzes, sondern besteht aus drei grösseren und einigen kleineren voneinander durch preussische Gebietsteile getrennten Stücken. Es entfallen auf den nördlichen, auf beiden Seiten der Oker liegenden und im Osten bis zur Aller reichenden Hauptteil knapp die Hälfte der Gesamtfläche und zwei Drittel der Gesamtbevölkerung, auf den mittleren, südwestlichen vom Oberharz über die Leine hinaus bis zur Weser sich erstreckenden Hauptteil nicht ganz ein Drittel der Gesamtfläche und fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung und auf den südlichen am und im Harz gelegenen Hauptteil etwas mehr als ein Achtel der Gesamtfläche und knapp ein Siebentel der Gesamtbevölkerung.

Politisch ist das Land Braunschweig in die 6 Kreise Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg eingeteilt. Die Landeshauptstadt wird zwar politisch zu dem Kreise Braunschweig gerechnet, untersteht aber, ohne ein besonderer Stadtkreis zu sein, dem Minister des Innern unmittelbar.

Von diesen 6 Kreisen, deren Flächengrösse und Einwohnerzahl aus Tabelle 2 zu ersehen ist, bestehen der Harzkreis Blankenburg und der Weserkreis Holzminden aus zusammenhängendem Gebiet, während die übrigen 4 Kreise von ihrem Hauptgebiet getrennt liegende Teile aufzuweisen haben: der zusammen mit den Kreisen Wolfenbüttel und Helmstedt den nördlichen Hauptteil bildende Kreis Braunschweig die Exklaven Thedinghausen und Ölsburg (nebst Neuölsburg), der Kreis Wolfenbüttel den zum Harzgebiet gehörenden Amtsgerichtsbezirk Harzburg, der Kreis Helmstedt die Exklave Calvörde und schließlich der mit dem Kreis Holzminden zusammen den südwestlichen Hauptteil bildende Kreis Gandersheim die Exklaven Bodenburg (mit Oestrum) und Ostharingen.

II. Bodenbeschaffenheit.

Dazu: Karte 2 u. 3.

Das Land Braunschweig zeigt auf Grund seiner zerstückelten politischen Lage mannigfache Verhältnisse hinsichtlich der Beschaffenheit seiner Böden. Sie wechseln z. B. zwischen dem leichtesten Sandboden und dem Moor der norddeutschen Tiefebene bis zu den Gebirgsböden in 600 m Höhe im Harz, zwischen bestem Zuckerrübenboden und kalten Tonböden, wie sie im Weserbergland auftreten. Und schließlich liegt noch braunschweigisches Gebiet im Marsch- und Geestgebiet der Unterweser. Diese grossen Unterschiede hinsichtlich der Bodenart haben bereits R. Bürstenbinder in seinem 1881 erschienenen Buche: "Die Landwirtschaft des Herzogtums Braunschweig" veranlasst, das braunschweigische Gebiet in folgende 5 natürliche Produktionsgebiete einzuteilen:

- 1.) Harzgehirge
- 2.) Bergland
- 3.) Hügelland
- 4.) Flachland
- 5.) Marschland.

Nachstehend soll nun versucht werden, die Eigenarten der einzelnen Gebiete in bodenkundlicher Hinsicht zu schildern.

1. Gebirgsland.

Geographisch gehört dieses Gebiet zum Harz und seinen Vorbergen, soweit sie braunschweigisch sind. Hasselfelde und Umgebung liegen ganz im Unterharz, Walkenried, Blankenburg - alle zum Kreise Blankenburg gehörig - und Harzburg ragen teilweise schon in die Ebene hinein.

Geologisch gehört der Amtsbezirk Hasselfelde vor allem zum oberen Silur, unteren Devon und unteren Carbon. Walkenried ragt teilweise schon wieder in Buntsandstein hinein, während die Hauptmasse dem Permsystem angehört. Blankenburg weist Silur, Trias, Kreide und Diluvium auf, während Harzburg vor allem Trias, Jura, Kreide und Diluvium zeigt. Die Böden von Hasselfelde sind humusreicher Art, vielfach mit Schotter durchsetzt. In den Tälern finden sich vielfach vertorfte Wiesenböden. Auch die Böden von Walkenried zeigen oft Schotterbeimengungen, während in Blankenburg beste, milde Böden neben tonigen und sandigen Böden in buntem Wechsel auftreten. Harzburg weist im allgemeinen mittlere bis schwere Böden auf.

2. Bergland.

Das hier zu besprechende Gebiet ist geographisch eine schlauchartige Verbindung zwischen den Endpunkten Holzminden und Seesen. Es ist ein bergiges Gelände, durchzogen von Solling, Ith, Vogler und von Vorbergen des Harzes.

Das Gebiet wird geologisch beherrscht durch das Auftreten der Trias-Formationen Buntsandstein und Muschelkalk. Westlich der Weser findet man zunächst in den braunschweigischen Gebieten vor allem Muschelkalk. Nach Überschreiten des Wesertales mit alluvialen Ablagerungen wird in dem Dreieck Holzminden, Kemnade, Vorwohle, also dem Kreise Holzminden, namentlich Buntsandstein beobachtet. In der Talsenke Eschershausen-Halle i. Br. gelangt man in einen schmalen Streifen Keuper. Das Ith- und Hilsgebiet zeigt verschiedenartige Juraformationen, die aber landwirtschaftlich weniger interessieren, da sie in der Hauptsache mit Wald bedeckt sind oder nicht mehr zu Braunschweig gehören. Rechts und links des Leinetales, also im Kreise Gandersheim, ist vor allem Muschelkalk zu finden, in dem gelegentlich Keuperablagerungen auftreten. In Seesen stösst das Gebiet an die Formationen des Harzes, die namentlich vom unteren Carbon gebildet werden. Im Gebiet von Lutter a.Bbg. finden wir neben diluvialen Ablagerungen in der Hauptsache Bildungen der Kreidekalke, während in der Umgebung von Bockenem neben Kreide und Jura Keuper vorherrscht.

In diesem Gebiete herrschen schwere, wenig durchlässige Bodenarten im allgemeinen vor. Vielfach finden sich schwere Kleiböden, namentlich auf den Hochplateaus, während in den Senken oft milde, gut bearbeitbare Böden mit mehr oder weniger tonigem Charakter auftreten. Gelegentlich kommen auch Böden sandiger Beschaffenheit vor, die aber zu einer besonderen praktischen Bedeutung nicht gelangen. In der Nähe der Flußläufe treten auch Böden mit humosem Einschlag auf, die namentlich zu Wiesen und Weiden Verwendung gefunden haben.

3. Hügelland.

Dieses Produktionsgebiet umfasst den geographisch größten Teil des Landes Braunschweig und wird charakterisiert durch die Orte Salder, Börssum, Wolfenbüttel, Braunschweig, Schöppenstedt, Königslutter, Schöningen, Helmstedt. Das Gebiet ist teils eben, teils flachhügelig; doch erreicht der Elm eine Höhe bis zu 322 m. Es umfasst die Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel,

/ferner

ferner einen Teil des Kreises Helmstedt.

In seiner Hälfte westlich der Oker ist das Gebiet charakterisiert durch das Vorherrschen diluvialer Ablagerungen. Lediglich im Süden wird es durch die Lichtenberge begrenzt, die geologisch in der Hauptsache der Trias angehören. Vorherrschend sind schwere Böden, die vielfach durch ihre gute Bearbeitbarkeit zu den fruchtbarsten des ganzen braunschweigischen Landes gehören. Die dieses Gebiet durchziehenden Wasserläufe sind meistens mit Böden umgeben, die stark mit Humus angereichert sind. Nördlich der Bahnlinie Braunschweig-Hannover treffen wir vielfach sehr leichte sandige Böden an, die dadurch betriebswirtschaftlich andere Verhältnisse zeigen. Namentlich in diesem Gebiet finden wir Spargelbau und sonstigen Gemüsebau.

Östlich der Oker sind dagegen die geologischen Verhältnisse wesentlich mannigfaltiger Art. Das Gebiet ist durchzogen von den Höhenzügen des Fallsteins, des Dorns, der Asse und des Elms, die in der Hauptsache Muschelkalk aufweisen, zum Teil aber auch Buntsandstein und Keuper zeigen. Dazwischen liegen Hügel mit Jura und Kreideablagerungen. Westlich von Helmstedt sowie in der Umgebung von Schöningen und Watzum-Warle zeigt sich fernerhin noch tertiäre Bildung, die östlich der Linie Helmstedt-Oschersleben von Lias, Keuper, Muschelkalk und Buntsandstein begrenzt wird. Auch in dem Gebiet Braunschweig-Königsutter-Fallersleben zeigen sich gewisse zusammenhängende Ablagerungen von Lias.

Die Bodenarten sind in diesem Gebiete in der Weise verteilt, dass in den Talniederungen fruchtbarste, tiefgründige milde Böden vorherrschen, die aber sehr bald durch die Nähe der Wasserläufe humos bis stark humos werden. An den Hügeln werden die Böden immer strenger und schwerer und zeigen dabei oft schwersten Klei Charakter. In dem nordöstlichen Teil dieses Gebietes finden wir daneben oft sandige Böden, die dann überleiten in die Bodenverhältnisse der norddeutschen Tiefebene.

4. Flachland.

Geographisch umfasst dieses Gebiet den nördlichen Teil des Kreises Helmstedt. Es weist in der Hauptsache ebenes Gebiet mit geringen Erhebungen auf und besteht lediglich aus diluvialen und alluvialen Ablagerungen. Der mehr oder weniger leichte Sandboden herrscht vor; gelegentlich finden sich Übergänge zu lehmigen

/Böden

Bodenarten. In den Niederungen der Wasserläufe beobachtet man starke Humusanreicherung, die teilweise in grössere Torflager übergeht.

5. Marschland.

Hierzu gehört geographisch der Amtsbezirk Thedinghausen, der einmal in die Marschen der Unterweser hineinreicht, der aber auch leichte bis stark humose Böden der Geest aufweist.

III. Die klimatischen Verhältnisse.

Dazu: Tabellen 1a u. 1b
Karten 4 u. 5.

Über die klimatischen Verhältnisse im Lande Braunschweig stehen ausgezeichnete, grösstenteils 48 Jahre lang fortgesetzte Untersuchungen des Landesforstamts Braunschweig zur Verfügung, die diesen Zusammenstellungen zugrunde gelegt sind.

Über die durchschnittlichen Niederschläge in den letzten 48 Jahren unterrichtet Tabelle 1a. Die Zusammenstellungen der Jahre 1925 - 1930 wurden nicht benutzt, da die in diesen Zeitraum fallenden sehr nassen Jahre den Durchschnitt deutlich veränderten, während die letzten überaus trockenen Jahre noch nicht verwendet werden konnten. Die Ergebnisse, die 1925 abschließend festgestellt wurden, scheinen daher richtiger zu sein.

Über die durchschnittlichen Tagesmittel der Lufttemperaturen unterrichtet Tabelle 1b.

Formt man diese Zahlen nach gewissen Gesichtspunkten, so kann man folgende klimatische Gebiete Braunschweigs feststellen:

Gebiet 1a.

Born	mit 548 Jahresmittel
Calvörde	" 555 "
Giebel	" 603 "
Danndorf	" 548 "
<hr/>	
564 Gesamtmittel	

Gebiet 1b.

Wolfenbüttel	mit 527 Jahresmittel
Mariental	" 594 "
Helmstedt	" 591 "
Süpplingen	" 606 "
Asse	" 605 "
Hessen	" 575 "
Blankenburg	" 583 "
Eggerode	" 563 "
<hr/>	
581 Gesamtmittel	

/Gebiet .

Gebiet II.

Kampen	mit 650	Jahresmittel
Riddagshausen	" 660	"
Braunschweig	" 656	"
Brunslieberfeld	" 726	"
Lichtenberg	" 650	"
Fürstenau	" 609	"
		<hr/>
		659 Gesamtmittel

Gebiet III.

Rübeland	mit 764	Jahresmittel
Stiege	" 695	"
Allrode	" 681	"
Hasselfelde	" 740	"
		<hr/>
		720 Gesamtmittel

Gebiet IV.

Lutter a.Bbg.	mit 714	Jahresmittel
Seesen	" 802	"
Wrescherode	" 703	"
Lüerdissen	" 787	"
Stadtoldendorf	" 704	"
Holzberg	" 823	"
Ottenstein	" 875	"
		<hr/>
		773 Gesamtmittel

Gebiet V.

Grüntal	mit 975	Jahresmittel
Hohegeiß	" 1036	"
Wieda	" 1081	"
Harzburg	" 810	"
Walkenried	" 843	"
		<hr/>
		949 Gesamtmittel

Wir haben im Lande Braunschweig 3 grosse Wetterscheiden. Die stärkste ist diejenige, die Oberharz und Unterharz trennt, mit einem durchschnittlichen Unterschied von 200 mm. Anderseits ist die Linie Harzburg-Wolfenbüttel-Königslutter eine Wetterscheide mit einem durchschnittlichen Unterschied von 80 mm. Schließlich hat das gesamte Bergland wesentlich höhere Niederschläge als das gesamte Hügel- und Flachland.

Die Temperaturverhältnisse zeigen derartige Unterschiede im allgemeinen nicht, wenn man die Verhältnisse in den braunschweigischen Gebieten zugrunde legt. Lediglich der Harz bedingt mit seinen wesentlich niedrigeren Jahrestemperaturen in dieser Richtung einen tiefgreifenden Unterschied.

IV. Bodenschätze.

Dazu: Karten Nr. 1, 49, 50,
51, 52 u. 53.

Das Land Braunschweig ist überaus reich an Bodenschätzen, sowohl an solchen, die vom Verfügungsrechte des Grundeigentümers ausgeschlossen sind - sogen. vorbehaltene Mineralien - wie auch an Hartgesteinen, Kalken, Tonen, Gips usw. Bei den vorbehaltenen Mineralien handelt es sich hauptsächlich um Kohlen, Eisenerze, Salze, Asphalt, Erdöl, Ölschiefer und Schwefelkies.

1. Kohlen.

Steinkohlen kommen zwar im Lande Braunschweig an vielen Stellen vor, aber nur in geringer Mächtigkeit und meist ziemlich unrein. Wirtschaftlich sind sie ohne Bedeutung. Erwähnenswert ist immerhin, dass die Saline Schöningen bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts zum Teil Keuperkohlen aus der Gegend nördlich von Helmstedt verwendet hat. Die Höchstförderung an Steinkohlen wurde im Jahre 1870 mit einem Ertrage von fast 1500 t erreicht.

Hingegen stellte sich die Braunkohlenförderung aus den Gruben zwischen Helmstedt und Schöningen im Jahre 1860 bereits auf 122 000 t. Sie ist dann fast ununterbrochen bis auf 4 000 000 t im Jahre 1928 gestiegen. Später ist die Förderung aus den bekannten wirtschaftlichen Gründen wieder zurückgegangen.

Der Gesamtvorrat der Helmstedt-Oscherslebener Braunkohlenmulde auf braunschweigischem Gebiete wird nahe an 300 Millionen Tonnen herankommen, wovon der grösste Teil (drei Viertel) im Tagebau gewonnen werden kann. Hier hat sich denn auch eine blühende Braunkohlenindustrie nebst bedeutender elektrischer Energiewirtschaft - Braunschweigische Kohlen-Bergwerke A.G. - entwickelt, die auf den neuesten Stand der Technik gebracht ist und noch grösste Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

2. Eisenerze.

Bis um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nahm der Eisenerzbergbau im Lande Braunschweig die erste Stelle ein. Seitdem ist er hinter dem Braunkohlen- und Salzbergbau ganz zurückgetreten, da wohl Eisenerze reichlich vorhanden sind, der zu ihrer Verhüttung notwendige Steinkohlenkoks aber aus weiter Ent-

/Ferneung

fernung (Ruhrgebiet) herangeschafft werden muss. Nachdem neuerdings Verfahren entwickelt sind, die ohne Steinkohlenkoks arbeiten können, Kruppsches Rennverfahren, haben sich die Aussichten für die Wiederbelebung des braunschweigischen Eisenerzbergbaues wesentlich gebessert. Hinzukommt das zielbewusste Bestreben der Reichsregierung, die grossen westfälischen Hüttenkonzerne im Hinblick auf die schwierige Devisenlage zur vermehrten Verarbeitung deutscher Eisenerze anzuhalten, was bereits zu grösseren Kaufabschlüssen im Inlande geführt hat. Nach alledem ist in aller Kürze mit einer starken Wiederbelebung des braunschweigischen Eisenerzbergbaues zu rechnen, die bei den braunschweigischen Anlagen der Ilseder Hütte erfreulicherweise bereits deutlich in Erscheinung getreten ist.

Die Eisenerze im Lande Braunschweig treten, soweit sie wirtschaftliche Bedeutung haben, in Lagern, und zwar in den verschiedensten geologischen Formationen auf. Umfangreiche Eisenerzlager finden sich am Nordrande des Harzes bei Blankenburg-Hüttenrode im Mitteldevon und bei Harzburg-Harlingerode im Lias. Die Liaserze sind jahrzehntelang an Ort und Stelle in einer Hochofenanlage, Mathildenhütte bei Bündheim-Harzburg, verarbeitet worden.

An dem ausgedehnten Eisenerzvorkommen des Salzgitterer Höhenzuges, Basiskonglomerat der Unteren Kreide, ist Braunschweig nur gering beteiligt. Die Eisenerze setzen sich aber bis zum Oderwald fort, so dass es sich auch hier um bedeutende Vorräte handelt, wovon einige Millionen Tonnen im Tagebau gewinnbar sein dürften. Ganz bedeutend ist der Anteil Braunschweigs an den konglomeratischen Erzen des Oberemscher bei Lengede-Broistedt - Oelsburg (Ilseder Hütte A.G., Peine), wo heute schon in einem braunschweigischen Schachte täglich mehrere tausend Tonnen Erze mit 28 v.H. Fe. gefördert werden, deren Eisengehalt durch Auswaschen des tonigen Bindemittels leicht bis auf 40 v.H. angereichert werden kann.

Sonst treten noch im Jura, in der Kreide und im Diluvium verschiedentlich Eisenerze auf, die vielleicht später einmal wirtschaftliche Bedeutung gewinnen können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Land Braunschweig über sehr bedeutende Eisenerzmengen, nämlich über etwa 160 bis 170 Millionen Tonnen gewinnbarer Eisenerze verfügt, und das sind nicht weniger als 24 v.H. oder fast ein Viertel

/des

des auf 700 Millionen Tonnen geschätzten Gesamtvorrates an heute gewinnbaren Eisenerzen des Deutschen Reiches.

3. Steinsalz, Sole (Siedesalz), Kalisalze.

An Steinsalz, Sole und Kalisalzen ist Braunschweig unermesslich reich. Am ältesten ist die Siedesalzgewinnung. Die im Jahre 1853 stillgelegte Saline Salzdahlum wird bereits im 9. Jahrhundert erwähnt. Die Saline Schöningen, die dank gesättigter natürlicher Sole heute der grösste Salinenbetrieb Europas und sicherlich eine der grössten Salinen der Welt ist, dürfte kaum jünger sein.

Die Steinsalzförderung wurde in Braunschweig Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts aufgenommen - Thiederhall - und bis 1900 auf 280 000 t gesteigert. Im Jahre 1927 wurden von nur zwei Werken 389 000 t Steinsalz gefördert, während die Saline Schöningen ihre Höchstleistung auf fast 60 000 t im Jahre 1929 bringen konnte. Heute decken die beiden Steinsalzwerke und die Saline Schöningen zusammen nicht weniger als 12 v.H. des gesamten deutschen Salzabsatzes. Die Gesamtvorräte des Landes Braunschweig an Steinsalz und Sole sind nahezu unbegrenzt, so dass für alle Zukunft vorgesorgt ist.

Die Kaliförderung wurde in Braunschweig Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts aufgenommen und bis zum Kriege auf 500 000 t gesteigert. Nach dem Kriege ist die Kaliförderung infolge der einseitigen Konzentrationspolitik der grossen Kali-konzerne auf allen Werken zum Erliegen gekommen. Allerdings verfügen diese Werke bis auf eins auch nur über die weniger wertvollen Salze der älteren Salzfolge. Doch kommen auch in Braunschweig die wertvolleren jüngeren Kalisalze in grosser Mächtigkeit und Reinheit vor, wie Aufschlüsse nördlich von Helmstedt und östlich von Stadtoldendorf zeigen.

Auch der Vorrat an Kalisalzen im Lande Braunschweig ist ungeheuer gross. Allein unter dem Elm liegen mehrere Milliarden Tonnen mit 15 - 20 v.H. KCl. Der Gesamtvorrat im Lande Braunschweig dürfte ein Vielfaches davon betragen.

Auch hier bieten sich also für die zukünftige Entwicklung die allerbesten Aussichten.

/4. Asphalt

4. Asphalt.

Bekanntlich ist Braunschweig das einzige deutsche Land, in dem Asphaltgestein gewonnen wird. Es handelt sich hierbei um einen feinkörnigen Kalk im Weissen Jura des Hils östlich von Eschershausen im Weserkreis Holzminden, der 3 - 10 v.H. natürliches Bitumen enthält und sich durch leichtes und gutes Abbinden mit anderen bituminösen Stoffen - Natur- und Kunstasphalt - auszeichnet. Dieser Asphaltkalk eignet sich vorzüglich zur Herstellung säurefester Platten und zur Verwendung beim Strassenbau (Teer- und Asphaltstrassen). Dies hat zur Entwicklung der braunschweigischen Asphaltindustrie bei Eschershausen-Vorwohle geführt, die heute angesichts des grossartigen Strassenbauprogramms der Reichsregierung im Vordergrund des Interesses steht. Mit dem Abbau dieses in Deutschland einzigartigen Vorkommens wurde schon in der 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts begonnen. Im Jahre 1900 betrug die Förderung bereits über 50 000 t. Nach dem Kriege ist sie bis auf 168 000 t im Jahre 1928 gestiegen, dann aber infolge der bekannten wirtschaftlichen Verhältnisse wieder stark zurückgegangen. Im laufenden Jahre dürfte die Gesamtförderung der vier im Betrieb befindlichen Werke wieder 100 000 t überschreiten.

Um der Asphaltindustrie, zumal bei der heutigen schwierigen Devisenlage, den ihr zukommenden volkswirtschaftlichen und volksgemeinschaftlichen Anteil zu sichern, sind bereits bei dem Reichsrohstoffkommissar eine Anzahl für notwendig erachtete Massnahmen angeregt worden, deren baldige Durchführung erwartet werden kann. Auch für die Weiterentwicklung der Asphaltindustrie sind somit die allerbesten Aussichten gegeben.

Die vorhandenen Vorräte an Asphaltkalk sind sehr bedeutend, lassen sich aber schwer schätzen. Auch ist die Grenze der Bitumenführung vorläufig noch unbekannt. Immerhin wird man wohl mit einer Verbreitung über 5 qkm und etwa 50 bis 80 Millionen Tonnen Asphaltgestein rechnen können.

5. Erdöl.

Auch an ölhöffigen Gebieten ist Braunschweig reich. Schon im Mittelalter waren Ölaustritte bei Hordorf-Klein Schöppenstedt östlich von Braunschweig bekannt. Diese haben später und auch neuerdings Veranlassung zur Niederbringung zahlreicher Bohrungen gegeben, die aber niemals zu einer nennenswerten Ölförderung geführt haben. Auch bei dem Bau des Mittellandkanals

ist westlich von Bortfeld und nördlich von Wenden Erdöl angetroffen worden, das offenbar aus grösserer Tiefe stammte. Bei Hordorf und Klein Schöppenstedt tritt das Erdöl im Unteren Dogger (Polyplocusschichten) auf, demselben Horizont, dem das reiche Vorkommen von Oberg westlich von Braunschweig angehört, wo heute grosse Mengen Erdöl gewonnen werden. Auch in dem dazwischen liegenden Gebiete, also in der westlichen Hälfte des Kreises Braunschweig, werden die Polyplocusschichten wohl Öl führen.

Im Elm hat eine Bohrung in 1900 m Tiefe unter dem Zechsteinsalz Erdöl angetroffen. Es ist hiernach begründete Aussicht vorhanden, dass, wie in Thüringen, auch im Lande Braunschweig bei planmässiger Aufschliessung durch Tiefbohrungen unter dem Zechsteinsalz ausgedehnte Erdöllager gefunden werden und sich somit auch dieses Gebiet später einmal zu einem wichtigen Ölgebiet entwickeln wird.

6. Ölschiefer.

Östlich von Braunschweig treten in der Gegend von Schandellah, Lehre, Dibbesdorf und Hondelage Posidonienschiefer - graublauer Schiefermergel - des Oberen Lias mit einem Bitumengehalt von 4 - 8 v.H. auf. Dieses Vorkommen, das sich über 27 qkm erstreckt, ist nach dem Kriege von den Rüttgerswerken A.G., Berlin, näher untersucht worden. Diesem Zwecke diente eine grosse Versuchsanlage, die im Jahre 1924 stillgelegt wurde.

Die Vorräte am Ölschiefer sind ausserordentlich gross. Sie können wohl auf 500 Millionen Tonnen mit 30 Millionen Tonnen Bitumen geschätzt werden. Ein grosser Teil der Schiefer ist im Tagebau gewinnbar. Auch dieses Vorkommen wird also für die Versorgung Deutschlands mit inländischen Rohstoffen (Öl, Benzin, Steine, Schwefel) noch einmal von Bedeutung werden können.

7. Schwefelkies und Erze der Nichteisenmetalle.

Schwefelkies ist in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts bei Blankenburg (Heimburg) gewonnen worden, wo tertiäre Grünsande in Einsenkungen über dem steilaufgerichteten Zechstein vorkommen. Diese Grünsande sind ausserordentlich reich an Schwefelkies, der teils fein verteilt, teils in Knollenform eingesprengt ist. Neuerdings ist mit Erfolg versucht worden, diesen Schwefelkies, der sich teilweise leicht zersetzt (Vitriol) und hierbei Wärme entwickelt, zu Heilzwecken (Schlamm packungen) zu verwenden.

/Weiter

Weiter finden sich erhebliche Schwefelkiesmengen teils derb, teils in Knollenform in einem Braunkohlenflöze der Helmstedt-Schöninger Mulde. Der Schwefelkies wird hier beim Abbau der Kohle gewonnen und nach naßmechanischer Aufbereitung an chemische Fabriken und Metallhütten verkauft.

Auch Nichteisenmetalle finden sich in Braunschweig. So treten im Harz Gänge mit silberhaltigem Bleiglanz und Zinkblende und Kupfererzgänge auf. Bei Braunlage kommen Kobalterze, bei Wieda Zinnererze (Quecksilber) und am Harzrande bei Walkenried und Neuekrug Kupferschiefer vor. Der Abbau aller dieser Vorkommen ist seit frühester Zeit hin und wieder versucht worden, allerdings ohne sonderlichen Erfolg.

8. Hartgesteine, Kalke, Tone, Gips usw.

Für Strassenbau und andere Bauzwecke geeignete Hartgesteine, Kalkgesteine und Ziegelton sind fast über das ganze Land verbreitet.

Grosse Steinbruchbetriebe, die erstklassige Steine liefern, finden wir im braunschweigischen Harzgebiet, wo wertvolle Erstarrungsgesteine wie Gabbro (Bad Harzburg), Granit (Braunlage), Diabas (Neuwerk, Langelsheim) und Porphyry (westlich von Stiege), daneben aber auch harte Sedimentgesteine (Grauwacke) auftreten. Ausserhalb des Harzes gibt es vielfach bauwürdige Sandsteine, Buntsandstein im Kreise Holzminden, Keupersandstein im Kreise Helmstedt (Velpke), Hilssandstein bei Lutter a/Bbge.

Eines der besten deutschen Kalkvorkommen überhaupt ist der Stringocephalenkalk bei Hüttenrode und Rübeland, der 200 m mächtig ist und nicht weniger als 99 v.H. reinen kohlensauren Kalk (CaCO_3) enthält. Weiter finden sich bei Wolfenbüttel und Salder über 100 m mächtige Plänerkalke mit 95 v.H. CaCO_3 . Alle diese Vorkommen haben zur Anlegung grosser Kalkwerke Anlaß gegeben. Zum Brennen geeignete Kalke finden sich ausserdem im Muschelkalk in den Kreisen Holzminden, Gandersheim, Helmstedt, Wolfenbüttel und Braunschweig (Erkerode).

Zu Ziegelzwecken brauchbare Tone treten, abgesehen vom Harz, fast überall und fast ausnahmslos im Jura und in der Kreide auf. Ton aus dem Mittleren Keuper verwenden die Schöninger Ton- und Hohlsteinwerke, die eine der besteingerichteten Anlagen Deutschlands sind.

/Gips

Gips tritt in verschiedenen Formationen (Zechstein, Oberer Buntsandstein, Mittlerer Muschelkalk, Weisser Jura) auf. Bedeutende Vorkommen werden am südlichen Harzrande bei Walkenried und bei Stadtoldendorf (Zechsteingips) abgebaut. Hinter diesen beiden Vorkommen mit 20 - 45 m mächtigem, fast reinem Gips treten die übrigen Gipsvorkommen des Landes (z.B. Gipsbruch am Reiting im Elm) zurück.

Schwerspatgänge treten im braunschweigischen Harzgebiete auf, auf denen aber zur Zeit nicht gebaut wird.

9.) Die vorstehenden Ausführungen zeigen, dass das Land Braunschweig **überaus** reich an Bodenschätzen ist. Nahezu unbegrenzt sind die Vorräte an Steinsalz (Sole) und Kalisalz. An Eisenerzen besitzt Braunschweig allein fast ein Viertel aller Eisenerze Deutschlands. Asphaltgestein wird überhaupt nur in Braunschweig gewonnen. Am Gesamtabsatz Deutschlands an Steinsalz und Siedesalz ist Braunschweig mit nicht weniger als 12 v. H. beteiligt. In grossen Mengen kommen wertvolle Hartgesteine, Kalke, Tone, Gips usw. vor.

V. Die Wasserkräfte.

Das Vorhandensein ausnutzbarer Wasserkräfte wird bedingt durch die Oberflächengestaltung, insbesondere das Vorhandensein starker Gefälle, und die atmosphärischen Niederschläge bzw. die Abflussmengen eines Gebietes. Beide Voraussetzungen sind für das Land Braunschweig, das vom Südrand der norddeutschen Tiefebene ansteigend bis zu den am weitesten nach Norden vorgeschobenen Bergketten der mitteldeutschen Gebirgsschwelle sich erstreckt, nur in einzelnen Teilen gegeben.

Im nördlichen Hauptteil des Landes bieten weder das wellige z. T. bewaldete Hügelland starke Gefällstufen, noch die Abflussmengen der aus diesen Gebieten kommenden Flüsse Möglichkeiten, Wasserkräfte in nennenswertem Umfange ausnutzen zu können. Eine Ausnahme macht nur die Oker, deren Wasserkräfte selbst im Flachlande mehrfach verwertet werden.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in den zu den Leinetalbergen und zum Weserbergland gehörenden Teilen des Landes. Auch hier handelt es sich, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, durchweg nur um Wasserkräfte kleineren Umfanges.

In dem zum Harz gehörenden Teilen des Landes sind dagegen beide Voraussetzungen, starke Gefälle der Flusstäler und erhebliche Niederschläge, in hohem Masse gegeben. Der Harz gehört mit zu den niederschlagsreichsten Gebieten Deutschlands. Diese Tatsachen geben dem Harz in wasserwirtschaftlicher Hinsicht eine besondere Bedeutung.

Von dem gesamten Einzugsgebiet der Harzflüsse (bis zur Mündung des letzten Harzgewässers in den Vorfluter) mit 6900 qkm entfallen auf den Harz rund 2500 qkm = 37 v.H., von der abfließenden Jahreswassermenge der Harzflüsse kommen aber rund 60 v.H. aus dem Harz. Dieser Wasserreichtum des Harzes, sein bis weit in das Harzvorland reichender Einfluss auf die Wasserführung der Flüsse und damit auf die allgemeine Landeskultur überhaupt hat aber auch seine Schattenseiten, die durch die zeitliche Verschiedenheit der Niederschläge bedingt werden.

Uebersicht 1 zeigt, mit welchen Wasserkräften, aber auch mit welchen Schwankungen in den Harzflüssen zu rechnen ist.

/Übersicht

Uebersicht 1

Gebiet	<u>Natürliche Wasserkräfte</u>	
	Mittlere jährl. PS.	9 Monate lang nicht unterbro- chene PS.
Okergebiet	20 632	6 832
Bodegebiet	33 179	11 581
Wippergebiet	2 562	1 118
Zorgegebiet	5 645	1 992
Leinegebiet	34 479	11 877
Harzgebiet zus.	96 497	33 400

Die Struktur der Harzer Wirtschaft - Erz- und Holzreichtum einerseits und die Abgelegenheit der Betriebsstätten von den **grossen** Verkehrswegen andererseits - brachte es mit sich, dass schon seit Jahrhunderten die lebendige Kraft des fliessenden Wassers in weitgehendem Masse ausgenutzt wurde; am stärksten durch den Bergbau, mit dem die "alte Harzer Wasser-Wirtschaft", bekannt als ein Meisterwerk hervorragender Art, untrennbar verbunden war. Daneben fanden die ausnutzbaren Wasserkräfte in **starkem** Ausmasse Verwendung bei der Verarbeitung des Holzes.

Uebersicht 2

Gebiet	<u>Ausgenutzte Wasserkräfte</u>			
	Insgesamt		davon im Lande Braun- schweig	
	Mittlere jährl. PS.	9 Monate lang nicht unter- brochene PS.	Mittlere jährl. PS.	9 Monate lang nicht unter- brochene PS.
	2	3	4	5
ergebiet	5 834	1 919		
degebiet	11 141	3 906	3 405	1 111
ppergebiet	918	405	2 830	945
rgegebiet	1 766	618	-	-
inegebiet	10 245	4 712	312	113
rzgebiet zus.	29 904	11 560	2 375	839
			8 922	3 008

/Übersicht

Uebersicht 2 gibt Aufschluß über die ausgenutzten Wasserkräfte. Sie zeigt in Verbindung mit Uebersicht 1, dass die wirtschaftlich ausnutzbaren Wasserkräfte fast überall voll verwertet werden. Die Spalten 4 und 5 der Uebersicht weisen den Anteil der braunschweigischen Wassertriebwerke an der Kraftleistung nach.

Der Reichtum des Harzes an Wasserkräften ist mit diesen zur Zeit ausgenutzten Wasserkräften keineswegs erschöpft. Im Gegenteil, mindestens gleichgrosse Wasserkräfte harren noch der Erschliessung, die aber erst dann möglich ist, wenn durch geeignete Stauanlagen eine geregelte Bewirtschaftung der abfliessenden Wassermengen herbeigeführt wird.

Da mehrfache, vor der Jahrhundertwende unternommene Versuche auch im Harz durch Anlage von Talsperren einen geregelten Wasserabfluss herbeizuführen, ergebnislos verlaufen waren, übernahm die Industrie- und Handelskammer Braunschweig zu Anfang dieses Jahrhunderts die Führung der auf eine Neuordnung der Harzer Wasserwirtschaft gerichteten Bestrebungen. Auf ihre Initiative hin wurden unter starker finanzieller Beteiligung der Länder Preussen, Braunschweig und Anhalt die interessierten Kreise und Gemeinden zu einer Studiengesellschaft zusammengefasst, deren Aufgabe es war, die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse des Harzes zu erforschen und Vorschläge für eine zweckmässige Regelung der Harzer Wasserwirtschaft zu machen. Die Arbeiten, die teilweise durch den Krieg unterbrochen wurden, führten zur Ausarbeitung einer Reihe von Talsperrenprojekten.

Das Ergebnis der Untersuchungen war, dass Talsperrenanlagen in der Söse und Oder (Westharz), Oker und Ecker (Nordharz) und in der Bode (Ostharz) im Interesse der allgemeinen Landeskultur, die zu fördern Ausgangspunkt der ganzen Bestrebungen war, als bauwürdig befunden wurden. Ihre Finanzierung erschien durch den gleichzeitigen Gewinn an neuen Wasserkräften gesichert wenn gleichzeitig ein dem allgemeinen landeskulturellen Nutzen entsprechender finanzieller Zuschuss gewährt wurde. Um allen Teilen des Harzvorlandes die Segnungen einer geordneten Wasserwirtschaft zuteil werden zu lassen, wurde die Durchführung aller Talsperrenpläne des Harzes durch einen Rechtsträger für notwendig erachtet. Dieser Plan scheiterte an der Tatsache, dass am Harz drei Länder beteiligt waren und eine Einigung über ein einheitliches Vorgehen nicht erreichbar war.

Der Verwirklichung entgegengeführt sind auf Grund des Westharztalesperren-Gesetzes vom 28. März 1928 die auf preussischem Hoheitsgebiet geplanten Talsperren in der Söse und Oder. Die Sösetalsperre wurde als Trinkwassertalsperre ausgebaut, die Odertalsperre dient der Krafterzeugung.

Die Talsperrenpläne im Nordharz (Oker und Ecker) und im Ostharz (Bode)- an ihnen sind die Länder Preussen und Braunschweig beteiligt - harren noch der Ausführung. In Kraftwirtschaftlicher Hinsicht könnten allein durch die mit diesen Talsperren zu verbindenden Kraftwerke rund 13 000 PS bei täglich 24stündigem Betriebe neu gewonnen werden.

Zu diesem erst durch die Talsperren zu erreichenden Kraftgewinn kämen die mannigfachen Nutzwirkungen für die allgemeine Landeskultur hinzu. Im Okergebiet würden die in jedem Jahre sich mehrmals wiederholenden Überschwemmungen der Wiesen und Weiden auf ein unschädliches Mass herabgedrückt, und es würde dadurch die Möglichkeit geschaffen, die seit Jahrzehnten durch die fortgesetzten Überschwemmungen versauerten und entwerteten Wiesen in ihrem Werte zu verbessern und ihren Erntertrag zu erhöhen. Die am Unterlauf der Oker und Mittellauf der Aller befindlichen ausgedehnten Bewässerungswiesen sind im besonderen an einer Aufhöhung des Okerniedrigwassers interessiert.

Im Bodegebiet würden die Talsperren für die allgemeine Landeskultur von noch grösserer Bedeutung sein; denn die Bode-niederung liegt im Regenschatten des Harzes und gehört mit zu den niederschlagärmsten Gebieten Deutschlands. Von der landwirtschaftlich benutzten Fläche der Bode-Niederung von rund 10 000 ha können drei Viertel durch die Wasserbewirtschaftung mittels Talsperren günstig beeinflusst werden. Auch hinsichtlich der Beseitigung der Abwässer werden die jetzt z. T. unhaltbaren Zustände durch Aufhöhung des Niedrigwassers erheblich verbessert werden. Nicht zu vergessen ist, dass durch die Bode-talsperren der Hochwasserstauraum des Saalegebietes, der für die Elbeschifffahrt von Bedeutung ist, um weitere 100 Mill. Kubikmeter vergrössert würde.

Aus der bisherigen Entwicklung schälen sich zwei Punkte klar heraus:

1.) Die Durchführung umfangreicher landeskultureller Pläne ist bisher gescheitert an der Tatsache, dass am Harz, der wirtschaftlich eine Einheit bildet, mehrere Hoheits-

/verwaltungen

verwaltungen beteiligt sind, deren Interessen auf einen Nenner zu bringen nicht möglich erschien.

2.) Die volkswirtschaftlich bedeutsamen Nord-und Ostharz-Talsperren sind Bauvorhaben, die, wenn sie in das Arbeitsbeschaffungsprogramm einbezogen werden, der Wirtschaft des Harzes und seines Vorlandes neuen Auftrieb geben; denn ihre Nutzwirkungen strahlen vom Harz nach allen Richtungen hin aus.

Abschnitt B: Die Bevölkerung.

I. Einwohnerzahl.

Dazu: Tabelle 2

Karten 6a, 6b u. 7.

1. Der Freistaat.

Bei der Volkszählung am 16. Juni 1933 wurde für das Land Braunschweig eine Wohnbevölkerung von 248 412 männlichen, 264 577 weiblichen, zusammen 512 989 Personen ermittelt. Ein Vergleich der bei der Volkszählung 1831 und den Zählungen ab 1871 festgestellten Einwohnerzahlen zeigt folgendes Ergebnis:

1831:	245 798	1885:	372 452	1905:	485 958
1871:	312 170	1890:	403 773	1910:	494 339
1875:	327 493	1895:	434 213	1925:	501 875
1880:	349 367	1900:	464 333	1933:	512 989.

Die Bevölkerung Braunschweigs ist demnach seit 1831 auf etwas mehr als das Doppelte, seit der Reichsgründung auf etwas mehr als das 1,6fache angewachsen.

Der Anteil Braunschweigs an der Gesamtbevölkerung des Reiches einschl. des Saargebietes beträgt 0,78 v.H. Mit einer Bevölkerungsdichte von 139,7 Einwohnern je Quadratkilometer steht Braunschweig gegenwärtig etwas über dem Reichsdurchschnitt von 139,1.

In den 8 Jahren zwischen den Zählungen 1925 und 1933 hat Braunschweigs Bevölkerung eine Zunahme von 11 114 Personen oder 2,2 v.H. erfahren. Der Geburtenüberschuß in dem 8 jährigen Zählungsabschnitt 1925/33 betrug 15 228 oder 3,0 v.H. Wenn in Braunschweig einem Geburtenüberschuß von 15 228 nur ein Bevölkerungszuwachs von 11 114 gegenübersteht, dann müssen dem Freistaat von 1925 bis 1933 4 114 Personen (0,8 v.H.) durch Abwanderung verloren gegangen sein.

So bedauerlich dieser Wanderungsverlust ist, so fällt er doch nicht schwer ins Gewicht. Denn es kann mit ziemlicher Sicherheit behauptet werden, dass es sich nicht um den Verlust eingesessener braunschweigischer Volksgenossen, sondern fast ausschließlich um die Abwanderung nicht sesshaft gewesener Ausländer, hauptsächlich auf den grossen Gütern in den Sommermonaten beschäftigt gewesener polnischer Saisonarbeiter handelt, an deren Stelle einheimische Arbeitskräfte getreten sind.

/Beweis

Beweis dafür ist die Tatsache, dass die Zahl der Ausländer 1933 um 3 621 geringer war als 1925. Zu einem ganz geringen Teil ist dieser Wanderungsverlust noch darauf zurückzuführen, dass auch deutsche Saisonarbeiter aus dem Eichsfeld und Schlesien, die früher im Sommer in der Konservenindustrie und in der Landwirtschaft Beschäftigung fanden, nicht wieder zugewandert sind, weil an ihre Stelle Arbeitskräfte aus dem Lande selbst getreten sind.

2. Kreise und Stadt Braunschweig.

In welcher Weise sich die Gesamtbevölkerung des Freistaates auf die Bezirke verteilt und wie sich diese Verteilung im Laufe der Jahre verändert hat, veranschaulicht die folgende Übersicht.

Verwaltungs- bezirke	Von je 100 Einwohnern des Freistaates entfielen Personen im Jahr			
	1831	1871	1925	1933
Stadt Braunschweig	14,2	18,6	29,4	30,6
Landkreis Braunschweig	11,2	10,6	9,6	9,5
Kreis Wolfenbüttel	20,2	19,5	17,2	16,9
Kreis Helmstedt	16,8	17,2	15,9	13,3
Kreis Gandersheim	15,4	13,6	10,3	10,1
Kreis Holzminden	14,6	13,3	10,2	10,0
Kreis Blankenburg	7,8	7,2	7,4	7,6
Freistaat	100.--	100.--	100.--	100.--

Am stärksten fällt bei dieser Übersicht ins Auge, dass einzig und allein der Anteil der Stadt Braunschweig an der Gesamtbevölkerung gestiegen ist, und zwar von einem Siebentel auf drei Zehntel, während er bei sämtlichen Kreisen zurückgegangen ist, am geringsten beim Kreise Blankenburg.

Die Bevölkerungsdichte im Vergleich zu den Jahren 1831 und 1871 zeigt die folgende Zusammenstellung.

Jahr	Auf 1 qkm kamen Personen						
	Stadt Braun- schweig	Land- kreis Braun- schweig	Kreis Wol- fen- büttel	Kreis Helm- stedt	Kreis Gan- ders- heim	Kreis Holz- min- den	Kreis Blan- ken- burg
1933	4 757	96	118	98	97	98	82
1925	2 252	61	80	68	77	73	48
1831	1 345	51	65	52	69	63	40

Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wie Karte 6a zeigt, wenn man aus den Kreisen die Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern ausscheidet und für die dann verbleibenden Restkreise und diese Städte die Bevölkerungsdichte berechnet. In diesem Falle weist von den Restkreisen der Rest (Land-) Kreis Braunschweig die höchste (96), der Kreis Blankenburg die niedrigste Ziffer (57) auf, während die ausgeschiedenen Städte folgende Bevölkerungsdichte zeigten:

Braunschweig 4 757, Wolfenbüttel 1 622, Helmstedt 823,
Blankenburg 800, Schöningen 642, Holzminden 531.

Ein davon ganz verschiedenes Ergebnis erhält man - vergl. Karte 6b -, wenn man die Bevölkerungsdichte der Amtsgerichtsbezirke berechnet. Dann überragen den Landesdurchschnitt die Amtsgerichtsbezirke Braunschweig einschliesslich der Landeshauptstadt (485), Helmstedt (203), Harzburg (197), Wolfenbüttel (163) und Schöningen (155) ganz erheblich.

Das Wachstum der Bezirke steht natürlich auch in einem gewissen Verhältnis zu der Entwicklung ihrer Anteile an der Gesamtbevölkerung. Es ist gestiegen die Einwohnerzahl der Stadt Braunschweig seit 1831 auf das 4 1/2fache, seit 1871 auf das 2,7fache,
des Landkreises Braunschweig seit 1831 auf das 1 3/4fache, seit 1871 auf das 1 1/2 fache,
des Kreises Wolfenbüttel seit 1831 auf das 1 3/4fache, seit 1871 auf das 1,4fache,
des Kreises Helmstedt seit 1831 auf das 1,9fache, seit 1871 auf das 1 1/2fache,
des Kreises Gandersheim seit 1831 auf das 1 1/3fache, seit 1871 auf das 1 1/4fache,
des Kreises Holzminden seit 1831 auf das 1,4fache, seit 1871 auf das 1 1/4fache,
des Kreises Blankenburg seit 1831 auf das 2fache, seit 1871 auf das 1 3/4fache.

/Am

Am stärksten haben zugenommen die Stadt Braunschweig und der Kreis Blankenburg, am schwächsten die Kreise Gandersheim und Holzminden.

Die Spalten 6 - 11 der Tabelle 2 unterrichten darüber, ob die Bevölkerung der Bezirke gegenüber 1925 zu-oder abgenommen hat, und in welcher Weise ein Geburten=oder Sterbefallüberschuß und ein Wanderungsgewinn oder=Verlust dabei mitgewirkt haben. Zweierlei geht aus diesen Zahlen mit Deutlichkeit hervor: Einmal weisen alle Bezirke - mit Ausnahme des Kreises Helmstedt mit einem nicht unbedeutenden Rückgang - eine Zunahme auf, die allerdings nur für die Stadt Braunschweig und den Kreis Blankenburg als erheblich bezeichnet werden kann; zum anderen haben die Kreise - ausgenommen Blankenburg und die Stadt Braunschweig mit einem Wanderungsgewinn - Wanderungsverluste zum Teil recht beträchtlicher Art erlitten, die empfindlichsten Helmstedt und Gandersheim.

Noch deutlicher wird die Entwicklungsrichtung, die mit dem Schlagwort "Landflucht" hier nur angedeutet werden kann - vergl. dazu die Ausführungen unter B III "Stadt und Land" -, wenn man die Städte mit über 10 000 Einwohnern aus den Kreisen ausscheidet und die dann verbleibenden Restkreise und diese Städte gesondert darstellt, wie es auf der Karte 7 geschehen ist. Das Ergebnis ist dann folgendes: Sämtliche Restkreise weisen trotz Geburtenüberschüsse Wanderungsverluste auf, selbstverständlich wesentlich höhere als die Gesamtkreise; die Städte aber - abgesehen von Schöningen mit Wanderungsverlust bei einem nicht unbeträchtlichen Geburtenüberschuss - haben durchweg erhebliche Wanderungsgewinne zu verzeichnen trotz geringen Geburtenüberschusses oder gar Sterbefallüberschusses, wie z.B. Wolfenbüttel und Helmstedt.

II. Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle.

Dazu: Tabellen 3a u. 3b

Karte 8.

Wenn man die vorläufigen Ergebnisse der Bevölkerungsbe-
wegung 1934 mit den entsprechenden Zahlen für 1933 vergleicht,
wozu Tabelle 3a die Möglichkeit bietet, dann kann man gegenüber
dem Tiefstand von 1933 für 1934 eine erfreuliche Aufwärtsbewe-
gung feststellen, da das ganze Jahr 1934 sowohl wie seine sämt-
lichen Vierteljahre für die Eheschließungen und Geburten eine
nicht unbeträchtliche Zunahme und auch die Sterbefälle eine
nicht ungünstige Entwicklung zeigen.

1. Eheschließungen.

Die schon im letzten Viertel 1933 beobachtete starke Zu-
nahme hat sich 1934 noch verstärkt. Sie betrug für das ganze
Jahr 23,5 v.H. Mit 11,6 Eheschließungen auf 1000 Einwohner
ist die gegenwärtige Heiratshäufigkeit eine beträchtlich höhere
als die der Vorkriegszeit, die, abgesehen von den Jahren 1872
bis 1875 (10,7; 12,1; 10,6 und 10,3), zwischen 8 und 9 schwank-
te. Übertroffen wird die jetzige Heiratsziffer nur von derje-
nigen der 4 Jahre unmittelbar nach dem Kriege (1919 : 15,1;
1920 : 16,3; 1921 : 13,2 und 1922 : 12,3), den Heiratshoch-
flutjahren, in denen die infolge des Krieges nicht geschlos-
senen Ehen nachgeholt wurden.

2. Geburten.

Auf je 1000 Einwohner entfielen 1934 15,5 (bzw. mit Tot-
geborenen 15,9) Geburten. Das bedeutet gegen 1933 eine Zunahme
von 20,6 v.H. Mit 15,5 bzw. 15,9 ist ungefähr wieder der
Stand von 1930 erreicht. Die Geburtenhäufigkeit bleibt damit
aber wie in allen deutschen Ländern noch weit hinter den Zif-
fern der ersten Nachkriegsjahre und der letzten Vorkriegsjahre,
ganz zu schweigen von den Ziffern der drei Jahrzehnte von 1871
bis 1900, die sämtlich mehr als doppelt so hoch lagen.

Wie gering diese Geburtenhäufigkeit von 15,9 (bzw. 15,5
ohne Totgeborene) für 1934 in Wirklichkeit ist, kann man am
besten aus dem Schaubild 8 ansehen, auf dem die Bevölkerungs-
bewegung von 1871 bis 1934 dargestellt ist. Danach war die
Geburtenziffer von 32,9 im Jahre 1871 auf ihren Höchststand von
39,6 im Jahre 1875 gestiegen, hatte bis zum Jahre 1904 stets
über 30, bis zum Kriege über 20 betragen, war während des Krie-
/ges

ges unter 20 gesunken, in den ersten Nachkriegsjahren wieder über 20 gestiegen, ist von 1922 ab aber fast ununterbrochen weiter gefallen. 1934 hat diese rückläufige Bewegung erstmals eine Unterbrechung erfahren und hoffentlich für immer ein Ende gefunden. Einzelheiten sind aus Schaubild 8 zu ersehen.

3. Sterbefälle.

Die Zahl der Gestorbenen zeigt gegenüber dem Vorjahre eine geringfügige Abnahme. Die Sterbeziffer weist mit 11,5 bzw. mit 11,9 (mit Totgeborenen) einen ganz ausserordentlich niedrigen Stand auf. Eine weitere wesentliche Abnahme liegt ausserhalb des Bereichs der Wahrscheinlichkeit. Vom Höchststand von 29,6 im Jahre 1872 ist die Sterbeziffer mit durch Epidemien verursachten Unterbrechungen stetig gesunken, von 1902 ab mit Ausnahme der Kriegsjahre 1915, 1917 und 1918 ständig unter 20 geblieben; sie bewegt sich seit 1924 zwischen 13,3 und 11,6.

4. Geburten-(Sterbefall-) Ueberschuss.

Wie die Geburtenziffer so kommt auch die Geburtenüberschussziffer des Jahres 1934 von 4,0 ziemlich dicht an den Stand von 1930 heran, bleibt aber hinter den Ziffern der Jahre vor und unmittelbar nach dem Kriege zurück. Wenn in den Jahren nach dem Kriege bei dem im ganzen Deutschen Reich ausserordentlich starken Geburtenrückgang überhaupt noch ein Geburtenüberschuss zu verzeichnen war, so ist es nur auf die abnorm geringe Sterblichkeit zurückzuführen.

Schaubild 8 zeigt, dass auch das Land Braunschweig vor dem Kriege einen starken, stets über 10 liegenden Geburtenüberschuss, den grössten 1896 mit 15,7 je 1000 Einwohner (im Reich 1898: 15,6), während des Krieges einen sehr starken Sterbefallüberschuss und nach dem Kriege wieder einen geringen, im grossen und ganzen sinkende Tendenz zeigenden Geburtenüberschuss aufzuweisen hatte. Im übrigen ist aus dem schon mehrfach erwähnten Schaubild 8 für die einzelnen Jahre von 1871 bis 1934 zu ersehen, welchen Geburtenüberschuss oder Sterbefallüberschuss sie aufweisen, und in welcher Richtung die Entwicklung gegangen ist.

III. Stadt und Land.

Dazu: Tabelle 4.

Wenn unter den Gemeinden mit starker Bevölkerungszunahme zwei inzwischen in die Landeshauptstadt eingemeindete Orte mit einer Zunahme von 29,6 bzw. 23,0 v.H. an zweiter bzw. dritter Stelle erscheinen, so ist ihnen ganz offensichtlich der "Zug nach der Stadt" zugutegekommen. Die Entwicklungsrichtung, die sich in Braunschweig wie überall im Reich in dieser Erscheinung auch im Zählabschnitt 1925/1933 fortgesetzt hat, wird besonders klar durch die Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung von Stadt und Land. Dem statistischen Sprachgebrauch folgend, sind dabei verstanden unter "Stadt" sämtliche Orte mit 2000 und mehr Einwohnern, ganz gleich, ob mit oder ohne Stadtverfassung, unter "Land" die Orte mit weniger als 2000 Einwohnern.

Dass die Entwicklungsrichtung, die man als "Zug nach der Stadt" charakterisiert, auch von 1925 bis 1933 andauert hat, geht schon daraus hervor, dass die durchschnittliche Bevölkerungsdichte der Stadt auf 986,3 Personen (1925: 935,3!) gestiegen, die des flachen Landes aber auf 65,4 (1925: 66,6!) gesunken ist.

Weit deutlicher tritt diese Erscheinung aber hervor, wenn man die Änderungen sieht, die in der Zahl und der Bevölkerung der zu den verschiedenen Gemeindegrößenklassen gehörenden Gemeinden seit 1871 eingetreten sind. Es wies 1933 auf gegenüber 1871 die Gemeindegrößenklasse

unter 500 Einwohner eine Abnahme der Zahl der Gemeinden von 288 auf 254 und des Anteils an der Gesamtbevölkerung von 25,2 auf 13,7 v.H.,

500 bis 1 000 Einwohner eine Abnahme der Zahl der Gemeinden von 121 auf 118 u. des Anteils an der Gesamtbevölkerung von 26,3 auf 16,1 v.H.,

1 000 bis 2 000 Einwohner eine Zunahme der Zahl der Gemeinden von 30 auf 50 und des Anteils an der Gesamtbevölkerung von 12,9 auf 13,3 v.H.,

2 000 bis 20 000 Einwohner eine Zunahme der Zahl der Gemeinden von 13 auf 23 und des Anteils an der Gesamtbevölkerung von 17,0 auf 26,3 v.H.,

20 000 und mehr Einwohner (Stadt Braunschweig) eine Zunahme des Anteils an der Gesamtbevölkerung von 18,6 auf 30,6 v.H. 1871 lebten auf dem Lande noch 64,6 v.H. oder rund zwei

/Drittel

~~Drittel~~ der Gesamtbevölkerung, 1933 nur noch 43,1 v.H., nicht einmal mehr die Hälfte, in der Stadt 1871 35,6 v.H., etwas mehr als ein Drittel, 1933 aber 56,9 v.H., mehr als die Hälfte.

Um zu sehen, wie Stadt und Land zu dem Bevölkerungszuwachs des Freistaates von 11 114 Personen beigetragen haben, stellen wir ihre Einwohnerzahlen von 1925 und 1933 gegenüber

Jahr	Stadt	Land
1933	292 066	220 923
1925	276 964	224 911
	+15 102	- 3 988

Der Bevölkerungszuwachs des Freistaates um 11 114 (2,2 v.H.) ist demnach der Saldo einer Zunahme der Stadt von 15 102 (5,4 v.H.) und einer Abnahme des flachen Landes von 3 988 (1,8 v.H.). Von dem Geburtenüberschuss des Freistaates von 15 228 (3,0 v.H.) in dem 8jährigen Zählabschnitt aber entfielen 4 483 (1,6 v.H.) auf die Stadt und 10 745 (4,8 v.H.) auf das flache Land. Einem Geburtenüberschuss des flachen Landes von 10 745 steht demnach eine Bevölkerungszunahme von 3 988 gegenüber. Dem flachen Lande ist also nicht nur nichts von seinem Geburtenüberschuss zugewachsen, sondern es hat darüber hinaus noch 3 988 Personen (1,8 v.H.) durch Abwanderung verloren, insgesamt also einen Wanderungsverlust von 14 733 (6,6 v.H.) erlitten. Die Stadt dagegen hat bei einem Geburtenüberschuss von 4 483 eine Zunahme von 15 102 aufzuweisen. Es müssen ihr daher unmittelbar oder mittelbar vom Wanderungsverlust des flachen Landes 10 619 Personen (3,8 v.H.) zugute gekommen sein. Die Differenz zwischen dem Wanderungsverluste des flachen Landes von 14 733 und dem Wanderungsgewinn der Stadt von 10 619 = 4 114 ist der Gesamtwanderungsverlust des Freistaates.

Diese Abwanderungen sind erfolgt, weil eine grosse Anzahl Personen in der Landwirtschaft infolge der Umstellung auf Maschinenarbeit und infolge von Einschränkungen und Stilllegungen in Bergbau und Industrie ihre Arbeitsstätte verlor. Diese Personen haben sich auf der Suche nach einer neuen Erwerbsquelle, eine Zeitlang auch wegen der höheren Unterstützungssätze, der Stadt zugewandt. Fast ganz verschwunden sein dürften in der Landwirtschaft die früher in den grossen Betrieben beschäftigten zahlreichen ausländischen Saisonarbeiter. Aber auch eine ganze

/Anzahl

Anzahl deutscher Landarbeiter findet in der Landwirtschaft infolge des Überganges zur Maschinenarbeit, der in den letzten Jahren in steigendem Maße erfolgt ist, heute keine Arbeitsmöglichkeit mehr. Dann hat die wirtschaftliche Depression auch im Lande Braunschweig in starkem Ausmaß zu Einschränkungen und Stilllegungen von Kalischächten, Gruben und sonstigen Industriebetrieben geführt und viele Menschen aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet. So hängen ganz zweifellos z.B. die Bevölkerungsverminderungen der Nordostecke des Amtsgerichtsbezirks Braunschweig mit der Stilllegung des Kaliwerkes "Einigkeit" in Ehmen, die Verluste der Amtsgerichtsbezirke Vechelde und Salder in der Hauptsache mit den Betriebseinschränkungen bei der Ilseder Hütte und die Abnahme in den Amtsgerichtsbezirken Wolfenbüttel und Schöppenstedt mit der Stilllegung des Kalischachtes in Hedwigsburg und Betriebseinschränkungen beim Asse-Schacht zusammen.

IV. Stammesgliederung.

Dazu: Karte 9.

Der Teil unseres deutschen Vaterlandes, den man niederdeutschen Raum benennen kann, wird von den Nachkommen des alten Sachsenvolkes bewohnt, das in seiner Gesamtheit kein einheitliches Volk bildete, sondern in nach Mundart und Charakter sich unterscheidende Stämme zerfiel. Es handelt sich um folgende Stämme:

1. die Westfalen,
2. die Engern,
3. die Ostfalen,
4. die Nordalbinger,
5. die Friesen.

Deutlich erkennbar sind auch heute noch die Stammesgrenzen aus der Mundart und den Charaktereigentümlichkeiten, die im Laufe der Zeit in den Grenzgebieten eine Angleichung erfahren haben. Ein Blick auf Karte 9 genügt zu der Feststellung, dass das Land Braunschweig ganz überwiegend dem grossen Gebiet ostfälischer Zunge zuzurechnen ist, an das im Osten, Norden und Nordwesten Gebiete mit verwandten Mundarten, nämlich der alt-

/märkischen

märkischen, lüneburgischen und Aller-Mundart, im Westen das Gebiet der engrischen, im Süden das Gebiet der thüringischen Mundart angrenzen.

Der nördliche Hauptteil des Landes liegt in der Mitte, und die Landeshauptstadt bildet fast mathematisch genau den Mittelpunkt des ostfälischen Gebietes.

Von dem südwestlichen Hauptteil ist der Kreis Gandersheim und ein Teil des Kreises Holzminden der ostfälischen Mundart, der grössere Teil des Kreises Holzminden jedoch der engrischen, und zwar der ostengrischen Mundart zuzurechnen, die sich aber in starkem Masse der an sie anschliessenden ostfälischen Mundart genähert hat. Die Ursache dieser Annäherung bildet die Weser, die sich auf der Strecke von Hannoversch-Münden bis etwa nach Bodenwerder als scharfe Untermundartscheide erwiesen hat. Sie bildete, wie alle grossen Flussläufe, insbesondere in früheren Jahrhunderten, eine den wirtschaftlichen Verkehr stark behindernde Schranke zwischen den stammesverwandten Westengern und Ostengern, sodass sich die wirtschaftlichen Beziehungen der Ostengern zu den benachbarten Ostfalen im Laufe der Zeit ganz naturgemäss immer enger gestalten mussten. Dazu hat nach der Reformation dann auch noch die Übereinstimmung in dem Bekenntnis sein gutes Teil beigetragen: die Ostengern sind wie die Ostfalen ganz überwiegend Protestanten, die Westengern aber zu einem grossen Teil Katholiken.

Der den dritten Hauptteil des Landes bildende Kreis Blankenburg gehört mit dem kleineren südlichen Teil nicht der ostfälischen, sondern der thüringischen Mundart an.

Von den grösseren Exklaven ist der Amtsgerichtsbezirk Harzburg der ostfälischen, der Amtsgerichtsbezirk Calvörde mit seinem grösseren südlichen Teil der ostfälischen, seinem kleineren nördlichen Teil der dieser verwandten altmärkischen und der Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen der oldenburgischen (nordniedersächsischen) Mundart zuzurechnen.

V. Ausländer nichtdeutscher Sprachzugehörigkeit.

Dazu: Tabelle 5a u. 5b.

1. Bei der Volkszählung am 16. Juni wurden insgesamt 2 761 Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, darunter 277 Staatlose ermittelt. Davon entfielen knapp ein Drittel auf die Stadt Braunschweig, je ein starkes Viertel auf die Kreise Wolfenbüttel und Helmstedt, der Rest zu ungefähr gleichen Teilen auf die übrigen Kreise.

Fremdsprachig, d. h. der deutschen Sprache nicht mächtig, waren von den 2 761 Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit etwas mehr als ein Fünftel, doppelsprachig, d. h. der deutschen Sprache und einer fremden Sprache mächtig, etwas mehr als ein Zehntel, deutschsprachig fast zwei Drittel. Den höchsten Hundertsatz an fremdsprachigen Ausländern wies der Kreis Holzminden, den niedrigsten der Kreis Wolfenbüttel auf. Von den in den 6 Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern lebenden Ausländern war etwas weniger als ein Sechstel fremdsprachig.

Von den 2 484 Reichsausländern, also ohne die Staatlosen, kam der ganz überwiegende Teil (97,6 v.H.) auf europäische und nur je ein ganz verschwindend geringer Teil auf asiatische und amerikanische Staaten. Gegenüber 1925 haben die aus europäischen Staaten stammenden Ausländer um sechs Zehntel, die aus Asien stammenden um ein Fünftel, die aus Amerika stammenden um vier Zehntel, die Ausländer insgesamt um stark die Hälfte abgenommen. Fremdsprachig waren von den europäischen Ausländern fast ein Viertel, von den asiatischen fast sechs Zehntel und von den amerikanischen stark vier Zehntel.

2. Die 2 423 im Jahre 1933 in Braunschweig gezählten europäischen Ausländer gehörten 23 verschiedenen Staaten an. An der Spitze stehen die Polen mit 1 285, das ist mehr als die Hälfte aller Ausländer überhaupt, weshalb für sie Sonderzählungen vorgenommen worden sind. Danach entfallen von den Polen auf den Kreis Helmstedt fast genau vier Zehntel, auf den Kreis Wolfenbüttel knapp ein Viertel, auf die Stadt Braunschweig ein Fünftel, auf die übrigen Kreise der Rest.

In verhältnismässig weitem Abstand hinter den Polen folgen bei den aus Europa stammenden Ausländern die Tschechen mit 349 (14,1 v.H.), die Schweizer mit 274 (11,0 v.H.) und die Oesterreicher mit 154 (6,2 v.H.). 1,0 und mehr v. H. der gesamten europäischen Ausländer entfielen nur noch auf Rußland,

/Italien

Italien, Niederland und Großbritannien und Irland. Alle übrigen Staaten, nämlich Rumänien, Schweden, **Frankreich**, Jugoslawien, Ungarn und Bulgarien, Dänemark, Lettland und Norwegen, Estland, Finnland und Belgien, Litauen, Danzig und Spanien sowie Griechenland bleiben mit ihrem Anteil unter 1 v.H. Gegenüber 1925 haben nur Finnland und Italien eine kleine Zunahme aufzuweisen, die Zahl der Esten ist die gleiche geblieben, während bei allen übrigen Ländern, insbesondere bei den osteuropäischen, durchweg starke Abnahmen festzustellen sind, bei Polen, die absolut stärkste, nämlich $2\ 625 = 67,1$ v.H., bei der Tschechoslowakei $244 = 41,2$ v. H., bei Oesterreich $231 = 60,0$ v.H. und bei Rußland $152 = 66,4$ v.H. Es handelt sich bei den Angehörigen dieser Staaten, besonders aber bei den Polen, durchweg um früher hauptsächlich in der Landwirtschaft, aber auch in der Industrie beschäftigt gewesene Saisonarbeiter, die jetzt durch einheimische Arbeitskräfte ersetzt sind. Darauf, wie überhaupt auf die starke Abnahme der Ausländer, ist, wie unter B I bereits dargestellt ist, der Wanderungsverlust des Landes Braunschweig in der Zählperiode 1925/33 zu neun Zehnteln zurückzuführen.

Was nun die Sprachzugehörigkeit anlangt, so waren im ganzen Lande von den Polen etwa ein Drittel, in den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern nur stark zwei Zehntel fremdsprachig. Ausserordentlich verschieden liegen die Verhältnisse in dieser Beziehung in den Kreisen. Über die Hälfte fremdsprachiger Polen hatten aufzuweisen die Kreise Blankenburg und Holzminden, knapp die Hälfte die Kreise Braunschweig und Gandersheim.

Von den in Braunschweig lebenden Angehörigen der übrigen europäischen Staaten waren fremdsprachig: alle Iren und Spanier, rund zur Hälfte die Bulgaren, die Norweger, die Briten einschließlich der Nordiren und die Ungarn.

3. Gegenüber den aus europäischen Staaten stammenden Ausländern spielen die den asiatischen und amerikanischen Staaten angehörenden keine Rolle; sie machen zusammen überhaupt nur 2,4 v.H. der gesamten Ausländer aus. Weder von den asiatischen Staaten, nämlich den Arabischen Staaten, China, Indien, Japan, **Iran** und Türkei, noch von den amerikanischen Staaten, U.S.A., Argentinien, Brasilien, Guatemala, Mexiko und Uruguay, Haiti, Kanada, weist ein einziger einen Anteil von 1 v.H. an den gesamten Ausländern auf.

/Fremdsprachig

Fremdsprachig waren von den aus Asien stammenden Ausländern alle Inder und Iranier, die Chinesen zu neun Zehnteln und die Japaner und Türken zu einem Viertel, von den aus Amerika stammenden alle Staatsangehörigen von Guatemala, die Argentinier zu drei Vierteln, die Mexikaner zu zwei Dritteln, die Brasilianer zu vier Zehnteln und die die Staatsangehörigkeit der U.S.A. besitzenden Ausländer zu einem Drittel.

VI. Die religiöse Gliederung.

Dazu: Tabelle 6

Karten 10a, 10b, 10c u. 10d.

Nach den bei der Volkszählung 1933 getroffenen Feststellungen gliedert sich die Wohnbevölkerung Braunschweigs konfessionell in 454 250 (88,6 v.H.) evangelische Christen, 21 904 (4,3 v.H.) römisch-katholische Christen, 34 (0,0 v.H.) andere Christen, 1 174 (0,2 v.H.) Israeliten und 35 627 (6,9 v.H.) Sonstige, darunter 33 223 (6,5 v.H.) Gemeinschaftslose. Im Reichsdurchschnitt entfielen auf je 100 Einwohner 62,7 evangelische Christen, 32,5 v.H. römisch-katholische Christen, 0,0 andere Christen, 0,8 Juden und 4,0 Sonstige. Braunschweig gehört mit 88,6 v. H. evangelischen Christen zu den ganz überwiegend evangelischen Ländern. Einen grösseren Hundertsatz weisen nur noch Schaumburg-Lippe, Mecklenburg, Lippe, Lübeck und Thüringen auf.

Gegen 1925 haben die evangelischen Christen geringfügig, die Gemeinschaftslosen aber um mehr als vier Zehntel zugenommen, alle übrigen Bekenntnisse jedoch zum Teil sehr stark abgenommen, die Katholiken um mehr als ein Zehntel, die Israeliten um ein Drittel und die anderen Christen um neun Zehntel. Bei allen Konfessionen hat sich der Anteil an der Bevölkerung, ausgenommen die Gemeinschaftslosen, deren Anteil von 4,7 auf 6,5 gestiegen ist, vermindert, bei den evangelischen Christen von 89,9 auf 88,6 v.H., bei den Katholiken von 4,9 auf 4,3 v.H. und bei den Israeliten von 0,3 auf 0,2 v.H.

/1. Die

1. Die evangelischen Christen.

Die 454 250 evangelischen Christen setzen sich zusammen aus 450 085 Angehörigen evangelischer (unirter, lutherischer und reformierter) Landes- und Freikirchen und 4 165 Angehörigen sonstiger evangelischer Religionsgesellschaften (Sekten). Wie aus Tabelle 6 zu ersehen ist, weist der Kreis Gandersheim den grössten Hundertsatz, der Kreis Helmstedt den geringsten an evangelischen Christen auf. Stadt und Land zeigen ganz verschiedene Ziffern. Auf je 100 Einwohner der Landgemeinden kommen 94,9, auf je 100 Stadtbewohner nur 82,5 evangelische Christen. Bei den Städtegruppen sinkt mit steigender Grösse der Hundertsatz:

Städtegruppe	2 000 - 5 000 Einwohner	95,6 v.H.
"	5 000 - 10 000	" 95,1 "
"	10 000 - 20 000	" 86,5 "
Großstadt Braunschweig	78,1 "

Braunschweig ist im Laufe von etwa 100 Jahren aus einem fast rein evangelischen zu einem nur ganz überwiegend evangelischen Lande geworden. Es betrug nämlich der Anteil des evangelischen Bekenntnisses an der Gesamtbevölkerung:

1831	98,6 v. H.	1880	96,8 v.H.	1910	94,1 v. H.
1855	98,8 "	1890	95,5 "	1925	89,9 "
1861	98,7 "	1900	94,4 "	1933	88,6 "
1871	97,5 "	1905	94,2 "		

Selbstverständlich ist auch die Zahl der rein evangelischen Gemeinden von Zählung zu Zählung gesunken. Ihre Zahl betrug:

1831	322	1880	127	1910	52
1855	288	1890	65	1925	36
1861	212	1900	64	1933	36
1871	143	1905	52		

Andere Bekenntnisse haben dementsprechend ihren Anteil auf Kosten der evangelischen Christen vergrößert: bis 1905 das katholische, nach dem Kriege die Gemeinschaftslosen. Die braunschweigische Bevölkerung hat infolgedessen im Laufe eines Jahrhunderts konfessionell eine immer stärkere Mischung erfahren.

2. Die römisch-katholischen Christen.

An Gemeinden mit Katholiken gab es 1933 398, darunter 194 mit 10 und mehr katholischen Einwohnern. Ein Blick auf Tabelle 6 zeigt, dass der Kreis Helmstedt den höchsten, der Kreis Gandersheim den niedrigsten Hundertsatz aufzuweisen hat. Unter den Amtsgerichtsbezirken ragen Helmstedt mit 10,9 v.H. und Schöningen mit 9,8 v.H. hervor. Über dem Landesdurchschnitt von 4,3 v.H. liegen ausserdem die Amtsgerichtsbezirke Königslutter und Wolfenbüttel. Demgegenüber können die Amtsgerichtsbezirke Thedinghausen und Hasselfelde mit nur 0,4 v.H., die den grössten Hundertsatz an evangelischen Christen (99,3 bzw. 98,4 v.H.) aufweisen, als fast rein evangelische Gebiete bezeichnet werden. Umgekehrt wie bei den evangelischen Christen liegt der Hundertsatz der Städte (5,5 v.H.) über, dagegen der Hundertsatz der Landgemeinden (3,0 v.H.) unter dem Landesdurchschnitt, und umgekehrt wie bei den evangelischen Christen nimmt bei den Katholiken, wenn man von der Großstadt Braunschweig absieht, bei den Städtegruppen mit wachsender Einwohnerzahl auch der Hundertsatz zu:

Städtegruppe	2 000 - 5 000 Einwohner	2,4 v. H.
"	5 000 - 10 000	4,0 "
"	10 000 - 20 000	7,8 "

Den höchsten Hundertsatz überhaupt weist die Stadt Helmstedt (12,6), den niedrigsten die Stadt Hasselfelde (0,2) auf.

Die Entwicklung des katholischen Anteils der Bevölkerung und das Vordringen des katholischen Bekenntnisses in eine ständig wachsende Anzahl von Gemeinden wird in den beiden folgenden kleinen Übersichten veranschaulicht.

Auf je 100 Einwohner kamen Katholiken:

1831	1,0	1880	2,8	1910	5,2
1855	0,8	1890	4,1	1925	4,9
1861	0,9	1900	5,2	1933	4,3
1871	2,3	1905	5,5		

Gemeinden mit römisch-katholischen Einwohnern, und zwar überhaupt und mit 10 und mehr, gab es:

/Gemeinden mit

<u>Jahr</u>	<u>Gemeinden mit</u>		<u>Jahr</u>	<u>Gemeinden mit</u>		<u>Jahr</u>	<u>Gemeinden mit</u>	
	Kath. überh.	10 u. mehr Kath.		Kath. überh.	10 u. mehr Kath.		Kath. überh.	10 u. mehr Kath.
1831	140	22	1880	309	91	1910	386	187
1855	208	30	1890	346	133	1925	390	207
1861	225	31	1900	375	173	1933	398	194
1871	298	70	1905	390	198			

Die Tatsache, dass der katholische Volksteil viel stärker gewachsen ist - in 100 Jahren auf das 4,3fache - als die Gesamtbevölkerung - in 100 Jahren etwa auf das Doppelte -, ist wie Zimmermann in Heft XXIII der "Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig" einwandfrei nachgewiesen hat, nicht etwa auf die grössere Geburtenhäufigkeit bei den Katholiken oder auf Übertritte zum Katholizismus, sondern auf die Zuwanderung katholischer Arbeitskräfte zunächst aus den südöstlichen preussischen Provinzen, später aus dem früheren Oesterreich und Rußland (Polen) zurückzuführen. Diese Katholiken fanden in der Landwirtschaft und in der landwirtschaftlichen Industrie (Zuckerfabriken) als Saisonarbeiter, aber auch in der sonstigen Industrie, vor allem in dem Kali- und Kohlenbergbau, in der Steinindustrie, in der Textilindustrie usw. Beschäftigung. Damit hängt es zusammen, dass gerade die schon frühzeitig landwirtschaftlich und industriell am meisten vorgeschrittenen Kreise Helmstedt, Wolfenbüttel und Braunschweig stets die grössten Hundertsätze an Katholiken aufwiesen und noch heute aufweisen. Diese Zuwanderer sind zum Teil nicht sesshaft geworden. Wenn sie keine Arbeit mehr fanden, oder wenn sich ihnen anderswo besser bezahlte Beschäftigung bot, wanderten sie wieder ab. Damit hängt auch der von 1905 ab einsetzende Rückgang des katholischen Anteils an der Bevölkerung zusammen.

3. Andere Christen.

Es handelt sich um 13 orthodoxe und andere morgenländische Christen und 21 Altkatholiken und verwandte Christen, die in 13 Orten lebten. Diese Gruppe, die schon von jeher ohne jede Bedeutung im Lande war, hat von 1925 bis 1933 noch um neun Zehntel abgenommen.

/4. Die

4. Die Israeliten.

Nach den Angaben in den Haushaltungslisten bei der Zählung 1933 betrug die Zahl der Israeliten 1 174 (0,2 v.H. der Gesamtbevölkerung) bei einem Reichsdurchschnitt von 0,8 v.H. Von diesen 1 174 Juden, die in 34 Gemeinden (1925 in 39) ermittelt wurden, kamen 91,8 v.H. allein auf die Städte. Über 100 Juden wiesen nur die Landeshauptstadt (625 = 0,4 v.H.) und die Stadt Wolfenbüttel (112 = 0,6 v.H.) auf. Ein überdurchschnittlicher Hundertsatz ist von jeher in einigen Gemeinden des Weserkreises Holzminden vorhanden gewesen, 1933 in den Landgemeinden Hehlen (1,7 v.H.) und Ottenstein (1,2 v.H.) sowie in der Stadt Stadtoldendorf (1,0 v.H.).

Die starke Abnahme der Juden um fast ein Drittel dürfte einmal auf den Sterbefall-Überschuss, zum anderen, und zwar in der Hauptsache, auf die Abwanderung besonders ausländischer Juden zurückzuführen sein.

5. Die Gemeinschaftslosen.

Die Gemeinschaftslosen, die schon 1925 zahlenmässig dicht an die Katholiken herangekommen waren, haben sie 1933 glatt überflügelt. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung geht erheblich über den Reichsdurchschnitt hinaus und wird nur von dem der Länder Hamburg, Sachsen, Thüringen, Bremen und Anhalt übertroffen. An der Spitze der Kreise marschiert der Landkreis Braunschweig mit 4,6 v.H., eine Folgeerscheinung der hohen Ziffern der in der Umgebung der Landeshauptstadt liegenden, inzwischen nach ihr eingemeindeten Orte. Mit nicht viel voneinander abweichenden Ziffern folgen die Kreise Wolfenbüttel, Helmstedt und Blankenburg. Die niedrigsten Hundertsätze wiesen die Kreise Holzminden und Gandersheim auf. Keiner der Kreise erreichte aber den Landesdurchschnitt infolge des Überragens der Landeshauptstadt, in der allein 24 234 Gemeinschaftslose (15,5 v.H der Einwohner) am 16. Juni 1933 gezählt wurden. Auf die Städte insgesamt entfallen 28 452 (10,8 v.H. der Städtebewohner).

Die 33 223 Gemeinschaftslose verteilen sich auf 254 Gemeinden, darunter 89 mit 10 und mehr Gemeinschaftslosen (1925 199/77). Und zwar hatten von den

16 Orten der Gemeinden mit unter 100 Einw. 3 = 18,7 v. H.

238	"	"	"	"	100 - 500	"	91 = 38,2	"
118	"	"	"	"	500 - 1000	"	87 = 73,7	"
50	"	"	"	"	1000 - 2000	"	49 = 98,0	"
24	"	"	"	"	über 2000	"	24 = 100	"

/Gemeinschaftslose

Gemeinschaftslose aufzuweisen. 100 und mehr Gemeinschaftslose wurden festgestellt in 17 Gemeinden, darunter mit über 1000 Gemeinschaftslosen die Landeshauptstadt mit 24 234 (15,5 v.H.) und die Stadt Wolfenbüttel mit 1 446 (7,4 v.H.). Einen über dem Landesdurchschnitt liegenden Hundertsatz gab es in 15 Orten. Die Gemeinden mit den höchsten Hundertsätzen liegen fast ausnahmslos in der nächsten Umgebung der Landeshauptstadt und sind jetzt in sie eingemeindet.

Wenn man die Verbreitung der Gemeinschaftslosen im Lande Braunschweig kartenmässig in der Weise darstellte, dass man die Orte mit 10 und mehr Gemeinschaftslosen in ein Kartenblankett eintrüge, so würden sich 7 Punkte herauschälen, in deren Nähe diese Orte dicht gedrängt lägen, vor allem im Kreise Braunschweig die Landeshauptstadt, in nicht geringerem Masse im Kreise Blankenburg die Stadt Blankenburg, im Kreise Wolfenbüttel die Städte Wolfenbüttel und Harzburg, im Kreise Helmstedt die Stadt Schöningen, im Kreise Gandersheim die Stadt Seesen und im Kreise Holzminden die Stadt Holzminden, alles Städte mit 5000 und mehr Einwohnern. Diese Orte waren früher marxistische Hochburgen, und von ihnen aus ist gleichzeitig mit der politischen auch die Propaganda für die Kirchenaustrittsbewegung betrieben worden, die natürlich in den in der Nähe liegenden Orten ganz besonders intensiv gestaltet werden konnte. Mancherlei Anzeichen lassen erkennen, dass aber schon gegen Ende der Zählperiode 1925/33 bei den Gemeinschaftslosen eine rückläufige Bewegung eingesetzt hat, die sich nach dem Umschwung bestimmt ganz ausserordentlich verstärkt hat.

VII. Die berufliche und soziale Gliederung.

Dazu: Tabelle 7a, 7b u. 8.
Karte 11.

I. Allgemeines.

1) Wie 1925 wird 1933 bei der Berufszählung die Gesamtbevölkerung je nach der Ausübung oder Nichtausübung eines Hauptberufs durch die einzelnen Personen eingeteilt in die Bevölkerungsgruppen

Erwerbstätige	}	= Erwerbspersonen,
Erwerbslose		
Berufslose Selbständige,		
Angehörige ohne Hauptberuf.		

Die Erwerbstätigen und Erwerbslosen sind unter dem Oberbegriff Erwerbspersonen zusammengefasst. Die Gruppe Berufslose Selbständige besteht im wesentlichen aus Ruhegehalts- und Rentempfängern und von eigenem Vermögen oder Unterstützungen lebenden Personen. Die Gruppe Angehörige ohne Hauptberuf setzt sich aus den Personen zusammen, die von einer Erwerbsperson oder einem Berufslosen Selbständigen wirtschaftlich abhängig sind und in dessen Haushalt leben.

2a) Die Erwerbspersonen wurden, ebenfalls wie 1925, auf Grund ihrer Zugehörigkeit - frühere Zugehörigkeit bei den Erwerbslosen - zu einem Betriebe Wirtschaftszweigen zugeteilt, die wieder zu Wirtschaftsgruppen und zu den 5 Wirtschaftsabteilungen

Land- und Forstwirtschaft,

Industrie und Handwerk,

Handel und Verkehr,

Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen,

Häusliche Dienste

zusammengefasst sind.

b) Sie wurden ferner auf Grund ihrer Stellung im Beruf einer der 6 sozialen Stellungen

Selbständige, wieder untergeteilt in

Eigentümer und Pächter,

Angestellte in leitender Stellung,

Beamte und Offiziere in leitender Stellung;

Mithelfende Familienangehörige,

Beamte,

/Angestellte

Angestellte, wieder untergeteilt in
 Fachpersonal und technische Angestellte,
 Kaufmännische und Büroangestellte,
 Arbeiter,
 Hausangestellte

zugewiesen. Die dann weiter vorgenommene Gliederung innerhalb der sozialen Stellungen eines jeden Wirtschaftszweiges nach speziellen Berufen, z. B. Schlosser, Schmiede usw., liegt ausserhalb des Rahmens dieser Betrachtung.

3. Bei der Behandlung des Stoffes wird im allgemeinen auf eine Unterteilung der Erwerbspersonen in Erwerbstätige und Erwerbslose, die Tabelle 7a und 7b bringen, verzichtet. Das kann wohl um deswillen ohne Bedenken geschehen, weil eine solche Gliederung bei diesen Betrachtungen für ein Land wie Braunschweig dessen Erwerbslosenzahl dank der Tatkraft seiner Regierung von Mitte 1933 bis Ende 1934 von 40 896 auf 8 134⁺ gesunken ist, in dem also praktisch von einer Arbeitslosigkeit kaum noch gesprochen werden kann, doch nur historischen Wert haben würde.

II. Die Bevölkerung nach der Erwerbstätigkeit.

Von der Wohnbevölkerung des Landes Braunschweig von 512 989 entfallen auf die Bevölkerungsgruppe

Erwerbstätige	209 167	= 40,8 v.H.	(Reich 40,5 v.H.)
Erwerbslose	40 896	= 7,9 "	(Reich 9,0 ")
Erwerbspersonen	250 063	= 48,7 "	(" 49,5 ")
Berufslose			
Selbständige	56 454	= 11,0 "	(" 8,9 ")
Angehörige			
ohne			
Hauptberuf	206 472	= 40,3 "	(" 41,6 ")

1. Knapp die Hälfte der Bevölkerung gehört demnach zur Bevölkerungsgruppe Erwerbspersonen. Ihr Anteil entspricht etwa dem von Thüringen, Mecklenburg, Bremen, Schaumburg-Lippe und Hessen. Erheblich über dem Landesdurchschnitt liegt die Ziffer des Landkreises Braunschweig, der keine Städte aufzuweisen hat, nicht unerheblich darunter die des Harzkreises Blankenburg mit seinen besonders gelagerten Verhältnissen. Von den Erwerbspersonen waren knapp zwei Drittel männlichen Geschlechts.

Gegenüber 1925 ist bei den Erwerbspersonen die ganz geringe Zunahme von 0,1 v.H. festzustellen. Wie im Reich und in fast allen deutschen Ländern, ausgenommen Mecklenburg und

+Am 31.3.1935 nur noch 6012.

/Schaumburg

Schaumburg-Lippe, hat sich auch in Braunschweig der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung, die "Erwerbsquote", vermindert, über deren Entwicklung die folgende Aufstellung unterrichtet. In Braunschweig wurden ermittelt:

1882	145 393	Erwerbspersonen	=	41,6	v.H.	(Reich 42,4 v.H.)
1895	171 270	" "	=	39,3	"	(" 43,0 ")
1907	207 869	" "	=	41,9	"	(" 45,7 ")
1925	249 725	" "	=	49,7	"	(" 51,3 ")
1933	250 063	" "	=	48,7	"	(" 49,5 ")

2. Die Berufslosen Selbständigen, bei denen das weibliche Geschlecht etwas überwiegt, machen über ein Zehntel der Gesamtbevölkerung aus. Mit einem Hundertsatz von 11,0 steht Braunschweig ebenso wie 1925 an der Spitze aller deutschen Länder. Das liegt begründet in dem Gewicht, das die Landeshauptstadt mit ihrer fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes ausmachenden Einwohnerzahl bei allen die Bevölkerung betreffenden Fragen in die Wagschale wirft. Als Sitz zahlreicher Behörden des Reiches, des Landes, der Kommunen und sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften und als Industrie- und Handelsstadt hatte sie von jeher zahlreiche Pensionäre, Rentner der Sozialversicherung und vom eigenen Vermögen lebenden Personen und damit einen besonders hohen Hundertsatz an Berufslosen Selbständigen aufzuweisen. Über dem Landesdurchschnitt liegende Ziffern haben ausser der Landeshauptstadt die Kreise Blankenburg und Helmstedt zu verzeichnen.

Im Gegensatz zu den Erwerbspersonen ist der Anteil der Berufslosen Selbständigen an der Gesamtbevölkerung in allen deutschen Ländern stark gestiegen. Die Entwicklung des Anteils der Berufslosen zeigt die folgende kleine Zusammenstellung. Im Lande Braunschweig entfielen auf die berufslosen Selbständigen

1881	14 478	Personen	=	4,1	v. H.	(Reich 3,1 v. H.)
1895	19 130	"	=	4,4	"	(" 4,2 ")
1907	28 805	"	=	5,8	"	(" 5,6 ")
1925	37 978	"	=	7,6	"	(" 6,2 ")
1933	56 454	"	=	11,0	"	(" 8,9 ")

/Die

Die sprunghafte Zunahme der Berufslosen Selbständigen von 1925 auf 1933 hat verschiedene Gründe. Einmal rücken infolge der immer stärker werdenden Besetzung der höheren Altersklassen, die das grösste Kontingent der berufslosen Selbständigen stellen, ständig mehr Personen in diese Bevölkerungsgruppe ein. Sodann ist in dem Zählabschnitt 1925/33 der schon vor 1925 fällig gewesene Übertritt von Leuten erfolgt, die infolge des Verlustes ihrer Ersparnisse durch die Inflation weit länger im Erwerbsleben verblieben waren, als es zu normalen Zeiten der Fall gewesen wäre. Und schließlich hat infolge der Herabsetzung der Altersgrenze eine ganze Menge Volksgenossen früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen, als es zu günstigeren Zeiten hätte zu geschehen brauchen.

3. Rund vier Zehntel Angehörige ohne Hauptberuf haben ebenso wie Braunschweig die Länder Baden, Hamburg und Schaumburg-Lippe; die niedrigsten Hundertsätze weisen Bayern, Sachsen, Württemberg auf. Von den braunschweigischen Kreisen steht Blankenburg an der Spitze; der Landkreis Braunschweig bildet den Schluss. Von den Angehörigen ohne Hauptberuf gehören fast drei Viertel dem weiblichen Geschlecht an.

Gegenüber 1925 ist eine Abnahme von 3,6 v.H. eingetreten. Und zwar haben die Ehefrauen um 1,3 v.H. zugenommen, die sonstigen Angehörigen (Kinder, Anverwandte usw.) aber um 6,5 v.H. abgenommen. Da die gleichfalls Abnahmen aufweisenden Länder Mecklenburg, Schaumburg-Lippe und Anhalt übereinstimmend mit Braunschweig bei der sozialen Stellung "Mithelfende Familienangehörige" recht erhebliche Zunahmen zu verzeichnen haben, kann mit ziemlicher Sicherheit der Rückgang der Angehörigen ohne Hauptberuf auf den infolge der Ungunst der Verhältnisse erfolgten Übertritt von Hausfrauen, Haustöchtern usw. zu den Mithelfenden Familienangehörigen zurückgeführt werden.

III. Die Bevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen.

1. Erwerbspersonen.

Auf die 5 Wirtschaftsabteilungen verteilen sich die Erwerbspersonen wie folgt:

Land- und Forstwirtschaft	68 654 Personen	= 27,5 v.H.	(Reich 28,9 v.H.)
Industrie und Handwerk	101 586	" = 40,6	" (" 40,4 ")
Handel und Verkehr	46 327	" = 18,5	" (" 18,4 ")
Öffentl. Dienst u. private Dienstleistungen	22 107	" = 8,8	" (" 8,4 ")
Häusliche Dienste	11 389	" = 4,6	" (" 3,9 ")

Die Verteilung ist ungefähr die gleiche wie im Reichsdurchschnitt. Braunschweig zählt wie Baden, Württemberg, Lübeck, Lippe, Anhalt und Thüringen zu den vorwiegend industriellen Ländern - das einzige überwiegend industrielle Land ist Sachsen-, während Mecklenburg, Oldenburg und Bayern vorwiegend landwirtschaftliche Länder sind und in den Stadt-Staaten Hamburg und Bremen die der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr angehörende Bevölkerungsgruppe den grössten Anteil an der Gesamtbevölkerung aufweist. Braunschweig steht mit etwas über einem Viertel landwirtschaftlicher Bevölkerung an zehnter, mit vier Zehnteln industrieller Bevölkerung zusammen mit Württemberg an siebenter, mit knapp einem Fünftel auf Handel und Verkehr entfallendem Anteil hinter Hamburg, Bremen, Lübeck, Sachsen und Preussen an sechster, mit einem Zwölftel auf Öffentlichen Dienst und private Dienstleistungen entfallendem Anteil hinter Hamburg, Lübeck und Bremen an vierter und mit einem knappen Zwanzigstel auf Häusliche Dienste entfallendem Anteil hinter Bremen, Lübeck, Mecklenburg und Hamburg an fünfter Stelle.

Welch grundlegender Wandel sich seit 1882 in dem Verhältnis der drei stärksten Wirtschaftsabteilungen vollzogen hat, zeigt die folgende Zusammenstellung. Es kamen von je 100 Erwerbspersonen auf

Land-und Forstwirtschaft			Industrie und Handwerk			Handel und Verkehr		
Land	Reich		Land	Reich		Land	Reich	
1882	42,5 v.H.	42,2 v.H.	40,8 v.H.	34,3 v.H.	9,8 v.H.	8,6v.H.		
1895	34,2 "	36,4 "	45,8 "	37,9 "	12,3 "	10,9 "		
1907	32,9 "	34,0 "	45,3 "	39,1 "	13,7 "	13,9 "		
1925	27,9 "	30,5 "	43,5 "	42,1 "	16,9 "	16,4 "		
1933	27,5 "	28,9 "	40,6 "	40,4 "	18,5 "	18,4 "		

Wie in der Mehrzahl der deutschen Länder hat auch in Braunschweig die Abteilung Industrie und Handwerk die Abteilung Land-und Forstwirtschaft überflügelt, und zwar in viel stärkerem Masse als im Reichsdurchschnitt. Braunschweig hatte allerdings schon **1895** eine hoch entwickelte Industrie; der Anteil der industriellen Bevölkerung war in diesem Jahr der grösste überhaupt erreichte und ist schon von da an ständig zurückgegangen; im Gegensatz zum Reich, wo bis 1925 eine ununterbrochene Aufwärtsbewegung und erst von da ab ein Rückgang festzustellen ist. Der Rückgang an dem Anteil ist in Braunschweig bei der

/Landwirtschaft

Landwirtschaft ganz wesentlich geringer als bei Industrie und Handwerk, im Reich ungefähr der gleiche. Der Anteil von Land- und Forstwirtschaft dagegen ist ständig gesunken, im letzten Zählabschnitt allerdings in weit geringerem Masse als im Reich; die braunschweigische Landwirtschaft hat demnach sich als weit krisenfester erwiesen als die Industrie. Sehr erfreulich ist, dass dank der tatkräftigen und erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die braunschweigische Regierung Braunschweig auch 1933 noch, wenn man nur die Erwerbstätigen nimmt, also die Erwerbslosen ausscheidet, die Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk mehr Beschäftigte aufzuweisen hatte als die Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft (35,0 : 31,5 v.H.); im Gegensatz zum Reich, wo der Anteil der Land- und Forstwirtschaft erstmals wieder seit 1882 den Anteil der Industrie übertraf (34,2 : 35,5 v.H.). Das Übergewicht der industriellen Bevölkerung hat sich ganz zweifellos inzwischen durch die fast völlige Behebung der Arbeitslosigkeit in Braunschweig weiter verstärkt.

Bei den Erwerbspersonen weist auch die Wirtschaftsabteilung "Häusliche Dienste" einen allerdings erheblich geringeren Rückgang als im Reichsdurchschnitt und eine entsprechende Verminderung ihres Anteils ^{an der} Gesamtzahl der Erwerbspersonen (4,6 : 4,8 v.H.) auf. Dagegen hatten die Wirtschaftsabteilungen Handel und Verkehr, die ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung seit 1882 in stetigem Aufstieg fast zu verdoppeln vermochte, und "Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen" gegenüber 1925 eine Zunahme von 9,6 bzw. 28,3 v.H. und dementsprechend eine Steigerung ihrer Anteile von 16,9 auf 18,5 v.H. bzw. von 6,9 auf 8,8 v.H. zu verzeichnen.

2. Gesamtbevölkerung.

Schlägt man zu den Erwerbspersonen jeder Wirtschaftsabteilung und zu den Berufslosen Selbständigen, die in diesem Falle eine sechste Wirtschaftsabteilung bilden, die von diesen abhängigen Angehörigen ohne Hauptberuf hinzu, dann erhält man eine Gliederung der Gesamtbevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen. Die Erwerbspersonen bzw. die Berufslosen Selbständigen nebst den von ihnen abhängigen Angehörigen bilden die sogenannten "Berufszugehörigen" einer jeden Wirtschaftsabteilung. Es entfielen Berufsangehörige auf die Wirtschaftsabteilung

/Land=

Land- und Forstwirtschaft	96 223	Personen	= 18,8 v.H.	(Reich 21,0 v.H.)
Industrie und Handwerk	195 465	"	= 38,1 "	(" 38,8 ")
Handel und Verkehr	85 758	"	= 16,7 "	(" 16,9 ")
Öffentl. Dienst u. private Dienstleistungen	42 738	"	= 8,3 "	(" 7,8 ")
Häusliche Dienste	11 791	"	= 2,3 "	(" 2,0 ")
Erwerbspersonen nebst Angehörigen	431 980	"	= 84,2 "	(" 86,5 ")
Berufslose Selbständige	81 009	"	= 15,8 "	(" 13,5 ")

Infolge des verhältnismäßig hohen Hundertsatzes (15,8 v.H.) der Beruflosen Selbständigen nebst Angehörigen sind die Anteile der 5 Wirtschaftsabteilungen an der Gesamtbevölkerung kleiner als an den Erwerbspersonen. Verhältnismäßig gering sind die Unterschiede bei den Abteilungen Öffentl. Dienst und private Dienstleistungen (8,3 : 8,8 v.H.) und Industrie und Handwerk (38,1 : 40,6 v.H.). Wenn der Unterschied bei der Abteilung Handel und Verkehr (16,7 : 18,5 v.H.) schon größer und bei der Abteilung Land- und Forstwirtschaft (18,8 : 27,5 v.H.) sehr erheblich ist, so ist es darin begründet, daß bei der ersteren ein Teil der in der Familie Lebenden, bei der letzteren die Mehrzahl der Familienangehörigen als Mit-helfende schon in den Erwerbspersonen enthalten ist. Bei der Abteilung „Häusliche Dienste“ mit dem größten Unterschiede (2,3 : 4,6 v.H.) ist die Ursache des um die Hälfte geringeren Anteils darin zu suchen, daß die zu ihr zählenden Erwerbspersonen in ganz überwiegendem Maße ledig sind und daher Familienangehörige nur in verschwindend geringem Maße haben: auf 11 389 Erwerbspersonen kamen 1933 in dieser Abteilung nur 402 (3,5 v.H.) Familienangehörige.

Was nun die einzelnen Teile des Landes anbelangt, so entfällt bei der Landeshauptstadt natürlicherweise nur ein ganz verschwindend geringer Anteil auf Land- und Forstwirtschaft (1,4 v.H.), ein überdurchschnittlicher Anteil aber auf die Abteilungen Industrie und Handwerk (40,8 v.H.), Handel und Verkehr (25,2 v.H.), Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen (12,4 v.H.), Häusliche Dienste (2,8 v.H.) und Berufslose Selbständige (17,4 v.H.). Anders liegen die Verhältnisse bei den Kreisen. Alle mit Ausnahme des Kreises Blankenburg (17,7 v.H.) übertreffen den Landesdurchschnitt bei der Landwirtschaft, am stärksten der Landkreis Braunschweig (33,9 v.H.). Größer wird der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung bei den Kreisen Wolfenbüttel, Helmstedt, Holzminden und Blankenburg, wenn man - vergl. Karte 11 - die Städte mit

/10 000

10 000 und mehr Einwohnern ausscheidet. Dagegen erreichen bei der Abteilung Industrie und Handwerk nur die Kreise Gandersheim und Holzminden den Landesdurchschnitt. Bei der Abteilung Handel und Verkehr ist das nur beim Kreise Blankenburg (17,0 v.H.), bei der Abteilung Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen überhaupt nicht, bei der Abteilung Häusliche Dienste nur bei den Kreisen Blankenburg und Wolfenbüttel und bei den Berufslosen Selbständigen nur beim Kreise Blankenburg der Fall. (Stadt Blankenburg a/H. beliebter Ruhesitz pensionierter Beamter und Offiziere!).

IV. Die Bevölkerung nach der Stellung im Berufe.

1. Erwerbspersonen.

Von den 250 063 Erwerbspersonen entfielen auf die soziale Schicht

Selbständige	39 213 = 15,7 v.H. (Reich 16,4 v.H.)
Mithelfende Familienangehörige	34 389 = 13,7 " (" 16,4 ")
Beamte	11 549 = 4,6 " (" 4,6 ")
Angestellte	31 938 = 12,8 " (" 12,5 ")
Arbeiter	121 948 = 48,8 " (" 46,3 ")
Hausangestellte	11 026 = 4,4 " (" 3,8 ")

Die Landesziiffern entsprechen im allgemeinen den Reichsziiffern. Nicht unwesentlich tiefer liegt die Ziffer für die Mithelfenden Familienangehörigen, etwas höher die Ziffer für die Arbeiter. Es machen aus die Arbeiter als die weitaus stärkste soziale Schicht knapp die Hälfte, die soziologisch eng zusammengehörenden Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen zusammen nicht ganz drei Zehntel, die Angestellten genau ein Achtel. Die geringsten, nicht viel von einander verschiedenen Anteile haben die Beamten und die Hausangestellten zu verzeichnen.

Ganz ähnlich wie im Reich waren von den Selbständigen 97,3 v.H. Eigentümer und Pächter, 2,3 v.H. leitende Angestellte und 0,4 v.H. leitende Beamte und Offiziere. Von den Selbständigen insgesamt entfielen ein knappes Drittel auf Land- und Forstwirtschaft, ein starkes Drittel auf Industrie und Handwerk und ein Viertel auf Handel und Verkehr. Von den Selbständigen gehörten 17,6 v.H. dem weiblichen Geschlecht an, und von den sämtlichen weiblichen Selbständigen kamen

18,4 v.H. auf Land- und Forstwirtschaft, 35,6 v.H. auf Industrie und Handwerk, 36,0 v.H. auf Handel und Verkehr. Die soziale Schicht der Selbständigen ist gegenüber 1925 in Braunschweig in ganz geringfügigem, im Reich in weit stärkerem Mass zurückgegangen.

Die Mithelfenden Familienangehörigen, die zu vier Fünfteln Weibliche waren, haben, wie schon erwähnt, um ein starkes Sechstel zugenommen; ihr Anteil hat sich von 11,7 auf 13,7 v. H. erhöht. Sie waren zu vier Fünfteln in der Landwirtschaft, zu einem starken Zehntel in Handel und Verkehr und zu einem starken Vierzehntel in Industrie und Handwerk tätig.

Von den Beamten gehörten 7 v.H. (im Reich ein Zehntel) dem weiblichen Geschlecht an. Von den Angestellten waren wie im Reich rund zwei Drittel kaufmännische Büroangestellte und rund ein Drittel Fachpersonal und technische Angestellte, von den männlichen Angestellten knapp sechs Zehntel und von den weiblichen fast drei Viertel kaufmännische und Büro-Angestellte. Die Beamten und Angestellten, die 1925 nicht gesondert, sondern zusammen ausgezählt wurden, haben gegenüber 1925 um 4,3 v.H. zugenommen, ihr Anteil hat sich von 16,7 auf 17,4 v.H. erhöht. Nach den vorgenommenen Umrechnungen entfällt diese Zunahme aber lediglich auf die Angestellten, während die Beamten eine Abnahme aufweisen.

Bei den Arbeitern kam knapp ein Viertel auf das weibliche Geschlecht, also erheblich weniger als bei den Angestellten (rund ein Drittel). Die Arbeitslosigkeit war bei den Arbeitern (37,2 v.H.) erheblich grösser als bei den Angestellten (20,1 v.H.). Gegenüber 1925 haben die Arbeiter eine Abnahme um 5,0 v.H., und zwar die Männer um rund 6 v.H., die Frauen um rund 1 v.H., und eine Verminderung ihres Anteils von 51,4 auf 48,8 v.H. erfahren.

Von 11 026 Hausangestellten waren nur 24 männlichen Geschlechts und lebten 7 271 oder 65,9 v.H. im Haushalt ihres Arbeitgebers. Von diesen im Haushalt ihres Arbeitgebers lebenden weiblichen Hausangestellten waren beschäftigt bei

Eigentümern und Pächtern 4 441 = 61,1 v.H. (Reich 56,8 v.H.)

Angestellten in leitender Stellung

333 = 4,6 " (" 3,6 ")

Beamten u. Offiziere in leitender Stellung

92 = 1,3 " (" 1,8 ")

/Beamten

Beamten u. Soldaten (in nicht leitender Stellung)	629 = 8,7 v.H. (Reich 11,1 v.H.)
Angestellten (in nicht leitender Stellung)	451 = 6,2 " (" 9,7 ")
Arbeitern	205 = 2,8 " (" 2,6 ")
Berufslosen Selbstän- digen	1 106 = 15,3 " (" 14,3 ")

Über sechs Zehntel dieser Hausangestellten standen bei Eigentümern und Pächtern in Arbeit, hinter denen in dieser Hinsicht die übrigen sozialen Schichten weit zurückbleiben. Die Zahl der Hausangestellten ist gegenüber 1925 um 4,3 v.H. und ihr Anteil von 4,6 auf 4,4 v. H. gesunken.

2. Gesamtbevölkerung.

Die folgende Übersicht zeigt die Gliederung der braunschweigischen Gesamtbevölkerung, wenn man jeder sozialen Stellung und den Berufslosen Selbständigen ihre Angehörigen ohne Hauptberuf zuschlägt. Es entfielen 1933 auf die

Selbständigen	77 242 Personen = 15,1 v.H. (Reich 17,6 v.H.)
Mithelfenden Familienangehörigen	35 731 " = 6,9 " (" 8,4 ")
Beamten	28 148 " = 5,5 " (" 5,6 ")
Angestellten	52 792 " = 10,3 " (" 10,0 ")
Arbeiter	226 708 " = 44,2 " (" 43,0 ")
Hausangestellten	11 359 " = 2,2 " (" 1,9 ")
zusammen	431 980 " = 84,2 " (" 86,5 ")

Berufslose Selbständige	81 009 " = 15,8 " (" 13,5 ")
-------------------------	--------------------------------

Aus dieser Aufstellung geht einmal hervor, dass die Ziffern von Reich und Land bei der Gesamtbevölkerung ungefähr dieselben Unterschiede wie bei den Erwerbspersonen zeigen, zum anderen aber, dass die soziale Gliederung der Erwerbspersonen auch bestimmend ist für die soziale Gliederung der Gesamtbevölkerung. Eine Ausnahme machen lediglich die Mithelfenden Familienangehörigen und die Hausangestellten, grösstenteils ledige Personen mit überhaupt keinen oder nur wenigen Familienangehörigen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung wesentlich geringer ist als an den Erwerbspersonen. Gegenüber 1925 hat der Anteil aller sozialen Schichten abgenommen bis auf die Beamten und Angestellten zusammen, bei denen er der gleiche geblieben ist, und auf die Berufslosen Selbständigen, bei denen er aus den schon angegebenen Gründen die ganz erhebliche Steigerung von 11,0 auf 15,8 v.H. aufweist.

Zweiter Hauptteil: W i r t s c h a f t .Abschnitt A. L a n d = u n d F o r s t w i r t s c h a f t .I. Land= und forstwirtschaftliche Betriebe.

Dazu: Tabellen 9a, 9b; 9c.

Karten 12, 13 und 14.

1. Allgemeines.

Die zur Durchführung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung erlassenen Bestimmungen verpflichteten die Haushaltungsvorstände, die irgendeine land- oder forstwirtschaftliche Fläche bewirtschafteten, auf einem besonderen Abschnitt der Haushaltungsliste einige wenige Fragen zu beantworten. Daneben mussten die Inhaber einer land- und forstwirtschaftlichen Betriebsfläche von mehr als 1/2 ha ein sehr eingehendes Frageblatt, die sogenannte Landwirtschaftskarte, ausfüllen. Im Gegensatz zur Landwirtschaftskarte wurden von den Abschnitten der Haushaltungsliste nur diejenigen bearbeitet, auf denen eine Fläche bis zu 1/2 ha angegeben war. Ermittelt wurden insgesamt:

58 243 Betriebe bis zu 1/2 ha mit einer Betriebsfläche v. 9104 ha					
26 737 " über 1/2 ha mit " " "					323 672 "

zus. 84.980	"	"	"	"	"	332 776 "
-------------	---	---	---	---	---	-----------

Bei den Betrieben bis zu 1/2 ha handelt es sich um Kleingärten und landwirtschaftliche Zwergbetriebe. Ihnen können, um Raum für eine eingehende Behandlung der für die Wirtschaft ungleich bedeutungsvolleren Betriebe über 1/2 ha zu gewinnen, nur ganz kurze Ausführungen gewidmet werden. Das ist auch um deswillen berechtigt, weil ihre restlose Erfassung ganz ausserordentliche Schwierigkeiten, besonders in den Städten und größeren Landgemeinden, bereitet.

II. Die Kleingärten und landwirtschaftlichen Zwergbetriebe.

Auf die 58 243 Betriebe entfiel eine Fläche von 9 104 ha, auf den Betrieb demnach 1563 qm. Von je 100 Betrieben hatten 28,6 eine Fläche bis zu 500 qm, 23,0 eine solche von 500 bis 1000 qm, 19,9 eine solche von 1000 bis 2500 qm und 28,5 eine solche von 2500 bis 5000 qm, also von 1 bis 2 Morgen. Wie überall in deutschen Landen wiesen diese Betriebe gegenüber 1925 eine sehr starke Zunahme auf, die bei den Betrieben bis zu 500 qm in Braunschweig 188,5 v.H., bei den Betrieben von 500 bis 5000 qm 18 v.H. betrug. Dieses Anwachsen gegenüber 1925

beruht einmal auf einer besseren Erfassung, zum anderen auf dem Drang der Bevölkerung, insbesondere in der Zeit der grossen Arbeitslosigkeit sich mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen selbst zu versorgen. Von den Besitzern der Kleingärten und Zwergbetriebe bewirtschafteten über vier Fünftel Gartenland, die Hälfte überhaupt nur Gartenland. Der Anteil der Besitzer, die Gartenerzeugnisse verkauften, war verschwindend gering (1,6 v.H.). Von ziemlicher Bedeutung sind die Kleingärten und Zwergbetriebe für die Schweine-, Ziegen- und Hühnerhaltung. Darauf wird unter III,4 eingegangen.

III. Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich in erster Linie darum, die betriebliche Struktur der braunschweigischen Landwirtschaft aufzuzeigen, d.h., darzustellen, welchen Anteil die 5

Betriebs-Größenklassen

Kleinbetriebe	(0,51 bis unter 2 ha)
kleinbäuerliche Betriebe	(2 " " 5 ")
mittelbäuerliche "	(5 " " 20 ")
großbäuerliche "	(20 " " 100 ")
Großbetriebe	(100 ha und darüber)

an Fläche, Personal, Vieh und Maschinen haben. Auf die absoluten Zahlen braucht aus mancherlei Gründen kein besonderer Wert gelegt zu werden, vor allem bei der Fläche und dem Viehbestand, und zwar um deswillen, weil für diese beiden Produktionsmittel unter A II ("Anbauflächen") und unter A IV ("Viehbestand") der neueste zahlenmäßige Stand (1934) geboten wird.

1. Die Fläche.

a) Über den Anteil der fünf Größenklassen an der Zahl der Betriebe und an der Gesamtbetriebsfläche unterrichtet die folgende Aufstellung

Größenklasse	v.H.der Betriebe Land (Reich)		v.H.der Betriebsfläche Land (Reich)	
Kleinbetriebe	48,7	(53,4)	3,8	(8,4)
kleinbäuerliche Betriebe	16,8	(21,7)	4,5	(10,8)
mittelbäuerliche Betriebe	24,7	(20,3)	21,0	(34,9)
großbäuerliche Betriebe	8,7	(4,4)	27,2	(19,4)
Großbetriebe	1,1	(0,2)	43,5	(26,5)

/Wie

Wie überall im Reich so stehen auch in Braunschweig bei sämtlichen Größenklassen mit Ausnahme der mittelbäuerlichen Betriebe die Anteile an den Betrieben und der Betriebsfläche in umgekehrtem Verhältnisse zueinander. Der hohe Anteil der Großbetriebe an der Fläche ist aber nicht etwa auf ein Vorwiegen des privaten Großgrundbesitzes, sondern darauf zurückzuführen, dass allein drei Zehntel der gesamten Betriebsfläche staatliches Eigentum sind, die auf 100 Betriebe entfallen, und zwar auf 30 forstliche Betriebe mit einer Gesamtfläche von 75 668 ha, darunter 72 210 ha forstwirtschaftlich benutzte Fläche, und auf 70 landwirtschaftliche Betriebe, in erster Linie Domänen, mit einer Betriebsfläche von 25 245 ha. Das rechte Bild von der betrieblichen Struktur der braunschweigischen Landwirtschaft gewinnt man nur dann, wenn man die für die Volksernährung allein entscheidende Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf die fünf Größenklassen (nach der Gesamtfläche), wie sie die folgende Zusammenstellung bietet, betrachtet. Der Anteil an je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche betrug bei den

Kleinbetrieben	5,8 ha (Reich 3,3 ha)
kleinbäuerlichen Betrieben	6,8 " (" 8,9 ")
mittelbäuerlichen Betrieben	31,3 " (" 34,7 ")
großbäuerlichen Betrieben	37,1 " (" 33,2 ")
Großbetrieben	19,0 " (" 19,9 ")

Auf die bäuerlichen Betriebe kommen drei Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, auf die Großbetriebe noch nicht einmal ein Fünftel, eine durchaus gesunde Mischung.

Seit 1925 ist die gesamte Betriebsfläche der Kleinbetriebe um ein Achtel zurückgegangen. Die Fläche der bäuerlichen Betriebe dagegen hat sich vergrößert, der kleinbäuerlichen um 1,8 v.H., der mittelbäuerlichen um 6. v.H., der großbäuerlichen um 10,8 v.H.; es sind Betriebe durch Kauf, Pacht usw. von einer niedrigeren in eine höhere Größenklasse hineingewachsen.

Besonders bearbeitet wurden die Betriebe mit mindestens 7,5 bis höchstens 125 ha selbst bewirtschafteter Eigenfläche unter Berücksichtigung der die Person des Eigentümers betreffenden Bestimmungen des Reichserbhofgesetzes, um die Zahl der voraussichtlichen Erbhöfe festzustellen. Nach dem Ergebnis dieser Untersuchung dürften von den braunschweigischen landwirtschaftlichen Betrieben rund 5000 als Erbhöfe in Betracht kommen.

/b) Von

b) Von der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche waren knapp zwei Drittel (63,1 v.H.) landwirtschaftlich und ein Drittel (33,9 v.H.) forstwirtschaftlich genutzt. Wie schon dargestellt, entfallen in Braunschweig auf die bäuerlichen Betriebe drei Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche und etwa ein Fünftel auf die Großbetriebe. Bei den Forsten dagegen kommen von der Gesamtforstfläche auf die Großbetriebe knapp neun Zehntel und auf alle übrigen Größenklassen nur ein starkes Zehntel.

c) Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfallen fast vier Fünftel (78,9 v.H.) auf Ackerland, ein knappes Fünftel auf Wiesen (13,8 v.H.) und Weiden (5,9 v.H.) zusammen und ein ganz geringfügiger Anteil (1,4 v.H.) auf Gartenland.

Ackerland hatten 26 020 oder 98,4 v.H. aller Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche. Der Hundertsatz lag bei allen Größenklassen weit über 90 v.H. Es betrug der Anteil der mittel- und großbäuerlichen Betriebe an der Ackerlandfläche mehr als zwei Drittel, der der Großbetriebe ein Fünftel und der der Klein- und kleinbäuerlichen Betriebe je ein starkes Zwanzigstel.

Wiesen besaßen 19 239 (72,8 v.H.), Weiden 3598 (15.v.H.) der Betriebe mit landwirtschaftlich genutzter Fläche. Von den Kleinbetrieben hatten 56,9 v.H., von den kleinbäuerlichen Betrieben über vier Fünftel, von den mittel- und großbäuerlichen Betrieben je über neun Zehntel und von den Großbetrieben knapp neun Zehntel Wiesen. Von den Großbetrieben hatten drei Viertel, von den großbäuerlichen Betrieben sechs Zehntel, von den mittelbäuerlichen Betrieben ein starkes Viertel, von den kleinbäuerlichen Betrieben ein knappes Zehntel und von den Kleinbetrieben nur 2,2 v.H. Viehweiden. Hinsichtlich des Anteils der fünf Größenklassen an den Wiesen und Weiden zusammen liegt es ganz ähnlich wie beim Ackerland, allerdings mit dem Unterschied, daß der Hundertsatz der Großbetriebe kleiner (14,6 v.H.), der Hundertsatz der kleinbäuerlichen Betriebe größer ist (10 v.H.).

Vom Gartenlande entfiel je rund ein Fünftel auf die Kreise Wolfenbüttel (21,6 v.H.) und Holzminden (19,8 v.H.). Einen nicht viel von einander verschiedenen Hundertsatz weisen Helmstedt (17,8 v.H.), Gandersheim (16,5 v.H.) und Braunschweig (15,7 v.H.) auf; in weitem Abstände folgt Blankenburg mit 8,5 v.H.

/d) Das

d) Das Ackerland war bestellt zu etwa zwei Dritteln (64,5 v.H.) mit den vier Hauptgetreidearten Roggen, Weizen, Gerste und Hafer und etwa zu einem Fünftel (19,7 v.H.) mit den beiden wichtigsten Hackfrüchten Kartoffeln (10,6 v.H.) und Zuckerrüben (9,1 v.H.), etwa zu einem Zwanzigstel mit Futterpflanzen (5,8 v.H.), zu einem Fünfzigstel (1,9 v.H.) mit Gemüse. Der Anteil der Weizenfläche, auf die fast ein Viertel (24,9 v. H.) des ganzen Ackerlandes entfiel, wurde nur noch in Württemberg übertroffen (26,7 v.H.). Der Anteil der Gerstenfläche (8,6 v.H.) und der Haferfläche (14,7 v.H.) entsprachen dem Reichsdurchschnitt, während der Anteil der Roggenfläche (16,3 v.H.) sehr erheblich unter der Reichsziffer lag.

Getreide bauten 24 908 (94,2 v.H.) der Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche, und zwar die großbäuerlichen Betriebe zu 99,5 v.H., die mittelbäuerlichen Betriebe zu 98,8 v. H., die kleinbäuerlichen zu 95,5, die Großbetriebe zu 93,4 v. H., die Kleinbetriebe zu 90,5 v.H. Von den 26 445 Betrieben mit landwirtschaftlicher Nutzfläche trieben 20 784 (78,6 v.H.) Roggenbau, 16 122 (61 v.H.) Weizenbau, 11 802 (44,6 v.H.) Gerstenbau und 14 611 (55,3 v.H.) Haferbau.

Kartoffeln wurden von 25 203 (95,3 v.H.) und Zuckerrüben von 7890 (26,1 v.H.) ^{Betrieben} gepflanzt. Welcher Hundertsatz der Betriebe in jeder Grössenklasse die betreffende Fruchtart baut, ist aus der folgenden Zusammenstellung zu ersehen.

Von je 100 Betrieben mit landwirtschaftlicher Nutzfläche bauten

Benklasse	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zucker - rüben
1 bis unter 2 ha	63,1	43,7	25,2	23,3	93,7	8,3
" " 5 "	87,8	59,3	40,3	67,6	94,0	27,7
" " 20 "	96,6	83,3	69,3	94,5	98,2	55,7
" " 100 "	97,1	95,3	90,4	98,5	99,0	78,6
ha und darüber	85,3	92,4	90,0	91,5	92,4	88,6
zusammen	78,6	61,0	44,6	55,3	95,3	26,1

Mit dem größten Hundertsatz von Betrieben sind bei allen Getreidearten die großbäuerlichen Betriebe beteiligt, bei Roggen und Hafer stehen die mittelbäuerlichen Betriebe, bei Weizen und Gerste die Großbetriebe an zweiter Stelle, bei allen Getreidearten die Kleinbetriebe an letzter Stelle. Die großbäuerlichen Betriebe haben auch bei den Kartoffeln den größten Hundertsatz

dertsatz aufzuweisen, die Großbetriebe stehen hier an letzter Stelle hinter den Kleinbetrieben, bei den Zuckerrüben aber an der Spitze. Über den Anteil der 5 Betriebsgrößenklassen an der Fläche bei den 4 Hauptgetreidearten unterrichtet die folgende Zusammenstellung. Von je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche waren bestellt mit .. .

Größenklasse	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer
0,51 bis unter 2 ha	7,4	3,0	4,5	2,4
2 " " 5 "	9,0	3,1	3,9	5,0
5 " " 20 "	40,9	23,2	23,8	36,3
20 " " 100 "	33,9	43,3	39,7	41,4
100 ha und darüber	8,8	27,4	28,1	14,9
Zusammen	100.-	100.-	100.-	100.-

Auch bei den Getreideflächen überragen die mittel- und großbäuerlichen Betriebe die übrigen Größenklassen. Ihr Anteil am Ackerland beträgt bei Roggen und Hafer rund drei Viertel, bei Weizen und Gerste etwa zwei Drittel. Der Anteil der Klein- und kleinbäuerlichen Betriebe ist bei allen Getreidearten unbedeutend; er liegt bei Weizen und Gerste bei den Großbetrieben zwischen einem Viertel und drei Zehnteln. Was den Anteil der Kreise an der Gesamtfläche für die vier Hauptgetreidearten anlangt, so weist bei Weizen, Gerste und Hafer der Kreis Wolfenbüttel, bei Roggen der Kreis Helmstedt den höchsten Hundertsatz auf.

Gegenüber 1925 hatte die Roggenfläche um mehr als ein Siebentel und die Haferfläche geringfügig abgenommen, die Weizenfläche um die Hälfte und die Gerstenfläche um ein Viertel zugenommen.

Die Kartoffelfläche machte etwas mehr als ein Zehntel des Ackerlandes aus; ihr Anteil war geringer als der Reichsdurchschnitt (13 v.H.). Umgekehrt überragt Braunschweig hinsichtlich des Anteils der Zuckerrübenfläche an dem gesamten Ackerland mit 9,1 v.H. den Reichsdurchschnitt (1,7! v.H.) ganz erheblich; kein anderes Land weist auch nur annähernd einen so hohen Hundertsatz auf. Auch bei diesen beiden Hackfruchtarten liegt das Schwergewicht wieder bei den mittel- und großbäuerlichen Betrieben, auf die bei den Kartoffeln stark sechs Zehntel und bei den Zuckerrüben fast sieben Zehntel des Ackerlandes

/entfallen

entfallen. Einen verhältnismässig starken Anteil hatten bei den Kartoffeln die Kleinbetriebe mit 17,7 v.H., bei den Zuckerrüben die Großbetriebe mit 27,1 v.H. Den größten Anteil an der Zuckerrübenfläche hat mit 43,1 v.H. der Kreis Wolfenbüttel, an der Kartoffelfläche mit 40,4 v.H. der Kreis Helmstedt.

Die Kartoffelfläche war gegenüber 1925 geringfügig, die Zuckerrübenfläche infolge der Kontingentierungsmaßnahmen um mehr als ein Viertel zurückgegangen, was der Weizenfläche zugute gekommen ist.

Die Futterpflanzen bieten ein ähnliches Bild. Nahezu vier Fünftel der Fläche entfielen auf die mittel- und großbäuerlichen Betriebe, ein starkes Fünftel auf die Großbetriebe, 5,8 v.H. auf die kleinbäuerlichen und 2,4 v.H. auf die Kleinbetriebe.

Der Anteil des mit Gemüse in feldmässigem Anbau bestellten Teiles des Ackerlandes ist dem Hundertsatz nach nur klein, beträgt aber mehr als das Doppelte des Reichsdurchschnittes. Etwa ein Fünftel 5261 = 19,9 v.H. der Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche treibt Gemüsebau. Von den kleinbäuerlichen Betrieben baut rund ein Drittel, von den Großbetrieben etwa ein Viertel, von den großbäuerlichen- und mittelbäuerlichen Betrieben je ein starkes Fünftel und von den Kleinbetrieben ein Siebentel Gemüse. Die Hauptgemüsebauggebiete sind die Kreise Braunschweig mit fast vier Zehnteln der Gesamtgemüsebaufläche, Wolfenbüttel mit einem starken Viertel und Helmstedt mit einem knappen Viertel.

Im Landesdurchschnitt sind die verschiedenen Größenklassen mit Ausnahme der untersten, auf die aber immer noch ein starkes Achtel kommt, ziemlich gleichmäßig an der Fläche beteiligt, die kleinbäuerlichen, die großbäuerlichen und Großbetriebe mit etwa je einem Fünftel und die mittelbäuerlichen Betriebe mit einem starken Viertel.

Es wurde nur die Gesamtfläche erfasst, nicht aber die Fläche der einzelnen Gemüsearten. Es steht aber zu vermuten, dass der Anteil der Größenklassen an den Flächen der drei wichtigsten in Braunschweig angebauten Gemüsearten, Spargel, grüne Erbsen und grüne Bohnen, für die die zahlreichen braunschweigischen Konservenfabriken sichere, stets angemessene Preise zahlende Abnehmer sind, ungefähr der gleiche ist, wie bei dem Gemüse überhaupt.

/2. Die

2. Die Besitzverhältnisse.

Von der land- und forstwirtschaftlichen Gesamtbetriebsfläche kamen in Braunschweig 81,3 v. H. auf eigenes und 18,5 v. H. auf gepachtetes Land; der Rest entfiel auf Deputat-, Dienst- und sonstiges Land. Braunschweig gehört infolge der grossen im Eigentum des Staates und der Gemeinden stehenden land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche zu den Ländern mit besonders kleinem Eigenlandanteil, der, wenn man von den Hansestädten absieht, nur noch in Oldenburg (76 v.H.) und Anhalt (73 v.H.) geringer ist.

Ganz ausserordentlich verschieden ist der Anteil des Eigenlandes an der Betriebsfläche in den fünf Größenklassen. Er beträgt bei den Kleinbetrieben nur stark ein Drittel (Reich zwei Drittel), bei den kleinbäuerlichen Betrieben etwas über die Hälfte (Reich fast drei Viertel), bei den mittelbäuerlichen Betrieben etwa drei Viertel (Reich 85,1 v.H.), bei den großbäuerlichen Betrieben 87 v.H. (Reich über neun Zehntel), bei den Großbetrieben mit 100 bis 1000 ha etwas über sieben Zehntel (Reich 87,1 v. H.) und bei den Großbetrieben mit 1000 und mehr ha = Forstgroßbetriebe = 100 v.H. (Reich 99,1 v.H.). Es nimmt der Anteil des Eigenlandes an der Gesamtfläche von den Kleinbetrieben bis zu den großbäuerlichen Betrieben zu, sinkt bei der Größenklasse 100 bis 1000 ha, um dann bei den Forstgroßbetrieben auf 100 v.H. zu steigen.

Wenn wie im Reich auch in Braunschweig die Betriebsfläche der bäuerlichen Betriebe, vor allem der mittel- und großbäuerlichen zugenommen hat, so entfällt der Zuwachs bei den Betrieben bis zu 50 ha nur oder fast ausschließlich auf Pachtland, bei den Betrieben zwischen 50 und 100 ha etwa zur Hälfte auf Pacht- und eigenes Land.

3. Das Personal.

a) Die Zahl der bei der Berufszählung ermittelten Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft kann mit der bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung, die an gleichen Tage stattgefunden hat, als land- und forstwirtschaftliches Personal festgestellten Zahl aus zwei Gründen nicht übereinstimmen. Einmal stecken in den Erwerbspersonen der sogenannten landwirtschaftlichen Bevölkerung alle in der Landwirtschaft

/tätigen

tätigen Personen, also auch die in den Betrieben bis zu einem halben Hektar, während die folgenden für das landwirtschaftliche Personal angegebenen Zahlen nur die in den Betrieben über einem halben Hektar beschäftigten Personen umfassen. Zum anderen beruhen die bei der Berufszählung ermittelten Zahlen auf den Angaben der Haushaltungsvorstände über die berufliche Tätigkeit ihrer Haushaltsangehörigen, die bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung festgestellten Ergebnisse aber auf den Angaben der Betriebsinhaber über die bei ihnen ständig oder vorübergehend beschäftigten Arbeitskräfte.

Am 16. Januar 1933 wurden 140 001 Personen gezählt, die mit den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben unmittelbar zusammenhängen, nämlich 103 454 Betriebsinhaber nebst Angehörigen, 22 281 vollbeschäftigte und 14 866 vorübergehend beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte. Davon kamen nahezu drei Viertel (73,6 v.H.) auf die im Haushalt des Betriebsinhabers lebenden Personen und ein starkes Viertel auf die familienfremden Arbeitskräfte. Was die Verteilung dieser beiden Gruppen auf die Größenklassen anlangt, so sind die Kleinbetriebe fast reine Familienbetriebe. Auch bei den bäuerlichen Betrieben bis zu 50 ha Gesamtbetriebsfläche handelt es sich vorwiegend um Familienbetriebe; es werden aber schon in stärkerem Masse fremde Arbeitskräfte als im Reichsdurchschnitt beschäftigt. Von 50 ha ab überwiegen die familienfremden Arbeitskräfte, die bei den Großbetrieben über neun Zehntel ausmachen. Auch wenn man nur die Betriebsinhaber nebst ihren über vierzehn Jahre alten Familienangehörigen den vollbeschäftigten fremden Arbeitskräften gegenüberstellt, ergibt sich, dass die Arbeit in den Klein- und den bäuerlichen Betrieben bis zu 50 ha Fläche überwiegend von der bäuerlichen Familie, in den bäuerlichen Betrieben über 50 ha und in den Großbetrieben überwiegend von fremden Arbeitskräften geleistet wird.

b) Die 103 454 in den Haushaltungen der Betriebe über 0,5 ha lebenden Familienangehörigen setzen sich zusammen aus 11 400 hauptberuflichen Landwirten mit 34 770 Angehörigen und 14 918 nebenberuflichen Landwirten nebst 42 366 Angehörigen. Es wird demnach von mehr als der Hälfte der Betriebsinhaber (56,7 v.H.) die Landwirtschaft nur neben einem Hauptberufe ausgeübt. Vier Fünftel dieser Betriebe sind Kleinbetriebe, ein weiteres Sechstel

/kleinbäuerliche

kleinbäuerliche Betriebe.

Von den Betrieben der hauptberuflichen Landwirte entfallen neun Zehntel auf die bäuerlichen Betriebe zusammen - ein starkes Sechstel auf die kleinbäuerlichen, mehr als die Hälfte auf die mittelbäuerlichen und fast ein Fünftel auf die großbäuerlichen -; ein Zwölftel kommt auf die Kleinbetriebe und nur 1,6 v.H. auf die Großbetriebe. Ungefähr die gleiche Verteilung ergibt sich, wenn man die wirklich mittätigen Familienangehörigen hinzuschlägt.

c) Von den vollbeschäftigten fremden Arbeitern, die zu vier Zehnteln weiblichen Geschlechts waren, entfielen mehr als drei Viertel auf die großbäuerlichen (44,3 v.H.) und Großbetriebe (33,0 v.H.) zusammen, ein Sechstel auf die mittelbäuerlichen und nur geringe Anteile auf die kleinbäuerlichen und Kleinbetriebe.

Wenn man die vollbeschäftigten familienfremden Arbeitskräfte nach Berufen gliedert, dann kommen fast sechs Zehntel (58,1 v.H.) auf Tagelöhner, knapp ein Fünftel (19,2 v.H. auf Knechte, ein starkes Sechstel (17,7 v.H.) auf Mägde, 4,2 v.H. auf Aufsichtspersonal, 0,7 v.H. auf Gutshandwerker. Von dem Verwaltungs-, Aufsichts- und Rechnungspersonal entfallen zwei Drittel auf die Großbetriebe und über ein Fünftel auf die großbäuerlichen Betriebe, von den Knechten über neun Zehntel und von den Mägden über vier Fünftel auf die mittelbäuerlichen und großbäuerlichen Betriebe zusammen, von den Tagelöhnern fast neun Zehntel auf die großbäuerlichen und Großbetriebe zusammen, von den Gutshandwerkern 94,8 v.H. auf die Großbetriebe und der Rest auf die großbäuerlichen Betriebe.

d) Von den 14 866 vorübergehend beschäftigten familienfremden Arbeitskräften, die zu fast zwei Dritteln (64,4 v.H.) weiblichen Geschlechts waren, kommen rund vier Zehntel (40,8 v.H.) auf die großbäuerlichen, fast drei Zehntel (28,9 v.H.) auf die Großbetriebe, ein Viertel auf die mittelbäuerlichen (25,6 v.H.), ein Zwanzigstel auf die kleinbäuerlichen (3,5 v.H.) und die Kleinbetriebe (1,3 v.H.) zusammen. Unter diesen Arbeitskräften befanden sich 1 373 Wanderarbeiter, von denen in den Großbetrieben mehr als vier Zehntel (44,4 v.H.), in den großbäuerlichen Betrieben knapp drei Zehntel (28,6 v.H.), in den mittelbäuerlichen Betrieben fast ein Fünftel (18,6 v.H.) und in den kleinbäuerlichen (6,0 v.H.) und Kleinbetrieben (2,4 v.H.)

/zusammen

zusammen ein Achtel beschäftigt waren.

4) Die Viehhaltung.

Die in diesen Ausführungen gegebenen Zahlen machen nicht für alle Tierarten den ganzen Bestand aus, einmal, weil in ihnen die in reinen Gewerbebetrieben gehaltenen Tiere fehlen, zum anderen aber, weil sie nur für einige Tiergattungen auch die Zahlen der Betriebe bis zu 0,5 ha Fläche umfassen.

a) Pferde.

8794 oder rund ein Drittel aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe hielten im Jahre 1933 Pferde. Die Zahl der pferdehaltenden Betriebe ist - wie im Reich - um mehr als ein Zehntel seit 1925 gestiegen, und zwar infolge des starken Anwachsens der mittel- und großbäuerlichen Betriebe. Dagegen ist die Zahl der Pferde um rund ein Zehntel zurückgegangen. Es hatten aufzuweisen von je 100 pferdehaltenden Betrieben 2044 1 Pferd, 3903 2 Pferde, also rund sieben Zehntel (Reich drei Viertel) 1 oder 2 Pferde, 2045 3 bis 5 Pferde, 582 6 bis 10 Pferde und 220 11 und mehr Pferde. Von der Gesamtzahl der Pferde entfielen fast vier Fünftel auf die mittel- und großbäuerlichen Betriebe, ein Siebentel auf Großbetriebe und ein Sechzehntel auf die kleinbäuerlichen und die Kleinbetriebe. Fast die Hälfte aller Pferde wurden in den Kreisen Wolfenbüttel und Helmstedt zusammen gehalten.

b) Rinder.

1933 wurden in 14 209 Betrieben, also etwas mehr als der Hälfte aller Betriebe überhaupt, 123 198 Rinder, darunter 60 437 Kühe gehalten. Es hatten aufzuweisen 1 bis 2 Kühe 5660 Betriebe, 3 bis 6 Kühe 6368 Betriebe, 7 bis 8 Kühe 1814 Betriebe, 21 bis 50 Kühe 193 Betriebe, 51 bis 100 Kühe 31 Betriebe, 101 und mehr Kühe 3 Betriebe. Sechs Siebentel der sämtlichen rinderhaltenden Betriebe hielten demnach 1 bis 6 Kühe.

Die Rinder haben seit 1925 um ein Zehntel zugenommen, während die Zahl der rinderhaltenden Betriebe abgenommen hat. Von den Größenklassen weisen die Großbetriebe den geringsten Anteil, etwas über ein Zehntel, die mittel- und großbäuerlichen Betriebe zusammen etwa drei Viertel und die kleinbäuerlichen und Kleinbetriebe ein Siebentel auf. Je rund ein Fünftel der Gesamtzahl der Rinder entfällt auf die Kreise Helmstedt, Wolfenbüttel

fenbüttel und Braunschweig.

c) Schweine.

Bei den Schweinen müssen die Betriebe bis $1/2$ ha mitberücksichtigt werden, weil sie anders wie beim Großvieh - Pferde und Rinder - und bei den Schafen einen verhältnismässig großen Anteil, der doppelt so groß ist wie im Reichsdurchschnitt, an dem Schweinebestand haben, nämlich mehr als ein Fünftel (22,3 v.H.). Von ihnen hielten 24 375, d.h. mehr als vier Zehntel, Schweine.

Von den eigentlichen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zogen 24 142, das sind neun Zehntel, Schweine. Es hatten aufzuweisen 9732 Betriebe 1 bis 2, 10 220 Betriebe 3 bis 10, 1156 Betriebe 11 bis 20, 288 Betriebe 21 bis 50, 44 Betriebe 51 bis 100 und 11 Betriebe 101 und mehr über drei Monate alte Schweine. Es entfielen hier auf die Betriebe bis 5 ha, wenn man die Kleingärten und Zwergbetriebe hinzunimmt, ungefähr soviel Schweine wie auf die mittel- und großbäuerlichen Betriebe zusammen (46,6 : 48,2 v.H.).

d) Schafe.

Schafe wurden 1933 in 329 Zwerg- und in 1049 eigentlichen landwirtschaftlichen Betrieben gehalten. In den 1049 landwirtschaftlichen Betrieben wurden 76 807 Schafe ermittelt. Gegenüber 1925 hat die Zahl der schafhaltenden Betriebe um rund drei Viertel, die Zahl der Schafe um rund drei Zehntel abgenommen. Den stärksten Anteil an der Zahl der Schafe weisen die Größenklassen von 20 bis 500 ha auf, die Größenklassen 20 bis 100 ha fast drei Zehntel, die Grössenklasse 100 bis 200 ha ein Fünftel und die Größenklasse 200 bis 500 über ein Drittel. Es soll in diesem Zusammenhang aber nicht unerwähnt bleiben, dass die Haltung der Schafe, namentlich in den großbäuerlichen und Großbetrieben des Landes, seit der Zählung 1933 verhältnismässig stark zugenommen hat.

e) Ziegen.

In 10 150 Betrieben über 0,5 ha (38 v.H.) und in 13 159 Betrieben bis 0,5 ha (22,6 v.H.) wurden Ziegen gehalten. Bei den Betrieben über $1/2$ ha Grösse entfielen allein auf die Klein- und kleinbäuerlichen Betriebe rund sechs Siebentel aller ziegenhaltenden Betriebe, auf die Betriebe mit 5 ha und darüber nur ein

/Siebentel

Siebentel.

f) Hühner.

Von den 58 243 Zwergbetrieben hatten 16 123, ein starkes Viertel, Hühnerhaltung; in ihnen wurden 188 017 Hühner festgestellt.

Von den eigentlichen landwirtschaftlichen Betrieben hielten 21 452 oder vier Fünftel Hühner; in ihnen wurden 359 676 Hennen ermittelt. Und zwar wurden gehalten 1 - 50 Hennen in 20 855 Betrieben, 51 bis 100 Hennen in 485 Betrieben, 101 bis 200 Hennen in 87 Betrieben, 201 und mehr Hennen in 25 Betrieben. Von den Hennen entfielen über ein Drittel auf die mittelbäuerlichen, je zwischen einem Fünftel und einem Viertel auf die Kleinbetriebe und die großbäuerlichen Betriebe, 15,6 v.H. auf die kleinbäuerlichen und nur 3,3 v.H. auf die Großbetriebe.

5) Maschinenverwendung.

Sicherlich wird die braunschweigische Landwirtschaft von keiner einzigen im Reich in der Maschinenverwendung übertroffen. Alle Voraussetzungen für ausgedehnteste Maschinenverwendung sind gegeben: das Vorherrschen der mittel- und großbäuerlichen Betriebsformen mit ihrem intensiven Ackerbau, insbesondere Weizen- und Zuckerrübenbau, ausgedehnte ebene Flächen und das Vorhandensein elektrischer Kraft; auch das kleinste braunschweigische Dorf ist mit elektrischem Strom versehen.

Von den 25 Maschinenarten und technischen Einrichtungen, deren Verwendung bei der Betriebszählung 1933 erfragt wurde, dürften drei in allen Betriebsgrößenklassen ziemlich gleichmäßig benutzt werden, die Dreschmaschine, die Milchzentrifuge und die Häckselmaschine.

Dagegen gehört die Sämaschine schon zu der Gruppe, die in den Kleinbetrieben nur ganz wenig und in den kleinbäuerlichen in geringerem Masse als in den mittelbäuerlichen, großbäuerlichen und Großbetrieben Verwendung findet. Zu dieser Gruppe zählen auch die Elektromotoren und Mähmaschinen für Gras. Noch geringer wird der Anteil bei den kleinbäuerlichen Betrieben bei den Kartoffelerntemaschinen, Schrotmühlen, Strohbindern und Strohpressen sowie den Kreissägen und anderen Sägemaschinen.

Zu der nächsten Gruppe von Maschinen, die auch noch ein erheblicher Teil der mittelbäuerlichen, aber ein weit größerer

/Teil

Teil der großbäuerlichen und Großbetriebe verwendet, sind die Selbstbinder, Hackmaschinen mit Steuerung, Düngerstreumaschinen sowie die Heuwender und Rechen für Gespannzug zu rechnen.

Der folgenden Gruppe von Landmaschinen, die nur noch von einem verhältnismässig kleinen Teil der mittelbäuerlichen Betriebe und auch von den großbäuerlichen Betrieben verhältnismässig in weit geringerem Maße als von den Großbetrieben benutzt werden, gehören an die Höhenförderer, Greiferaufzüge und Gebläse, die Leicht- und Schwerölmotoren (ohne Motorschlepper und Motorpflüge), die Dampfkraftmaschinen (ohne Dampfpflug), die Motorschlepper und Motorpflüge mit mehr als 16 PS, die Saatgutreinigungsanlagen mit Kraftanlagen, die Futtersilos, die Lastkraftwagen und maschinellen Tiefkühlanlagen für Milch.

Die Melkmaschinen dagegen verwendet nach den auf den Landwirtschaftskarten gemachten Angaben ein grösserer, an sich natürlich kleiner, Anteil der großbäuerlichen Betriebe als der Großbetriebe. Die Kleinschlepper (einschließlich Motormähmaschinen bis 16 PS Motorleistung) und die Dampfpflüge gehören zu den Maschinen, die ebenso wie die Melkmaschinen nur von einem ganz geringen Teil der Großbetriebe benutzt werden.

Bei den verwendeten Maschinen handelt es sich in der weit- aus größeren Mehrzahl um betriebseigene. Es gibt aber Ausnahmen davon, in erster Linie die Dreschmaschine, die heute wohl ausnahmslos von allen Betrieben zum Ausdreschen des Getreides benutzt wird.

II. Anbauflächen und Bodenbenutzung 1934

Dazu: Karten 15 - 21.

Wenn die bei einer in dem gleichen Jahre stattfindenden Anbauflächenerhebung und landwirtschaftlichen Betriebszählung ermittelten Flächen nicht miteinander übereinstimmen, so liegt es an der Verschiedenheit der Erhebungsmethoden. Bei der Anbauflächenerhebung wird die Fläche in dem politischen Bezirk erfaßt, in dem sie liegt, ganz gleich, ob der Bewirtschafter in diesem Gebiet wohnt oder nicht. Eine in dem braunschweigischen Dorfe A gelegene Fläche, die von einem Bauer in dem preußischen Dorfe B bewirtschaftet ist, wird demnach in dem braunschweigischen Dorfe A erhoben. Umgekehrt wird bei der Betriebszählung die Fläche an dem Betriebsort erfaßt, ganz gleich, ob sie zum politischen Bezirk gehört, in dem der Betriebsinhaber seinen Wohnsitz hat oder nicht. Bei der Betriebszählung wird also die in dem braunschweigischen Orte A gelegene Fläche in dem preußischen Dorfe B erhoben. Das wirkt sich natürlich bei der Zerrissenheit des Landes Braunschweig mit seiner langen Gränze in Verschiedenheit der Ergebnisse beider Erhebungen aus.

I. Die Hauptbodennutzungen.

Von der Gesamtfläche des Landes Braunschweig entfiel 1934

	ha	v.H.	(Reich)
auf landwirtschaftliche Nutzung	225 278	61,7	(62,2)
" Forsten und Holzungen	110 310	30,2	(27,3)
" Haus= und Hofräume	4 603	1,2	(1,4)
" Moorflächen	304	0,1	(0,9)
" sonstiges Oed= und Unland	6 679	1,8	(3,0)
" Wege, Parkland, Gewässer usw.	18 039	5,0	(4,8)

Die Anteile der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der Haus= und Hofräume, der Moorböden und des sonstigen Oed= und Unlandes sind kleiner, die Anteile der Forsten und der Wege, Parks usw. größer als im Reichsdurchschnitt. Gegenüber 1933 sind nur unbedeutende Verschiebungen festzustellen. Die landwirtschaftlichen Nutz= und die Moorflächen haben verhältnismäßig unbedeutend abgenommen, die Forsten, Haus= und Hofräume, die Oed= und Unlandflächen sowie die Gewässer und sonstigen Flächen aber zugenommen. Im grossen und ganzen sind auch gegenüber 1913 keine größeren Veränderungen eingetreten.

/Von

Von je 100 ha Gesamtfläche entfielen in den Kreisen auf

	Braun- schweig	Wolfen- büttel	Helm- stedt	Ganders- heim	Holzmin- den	Blanken- burg
landwirt- schaftl. Nutzfläche	73,9	73,6	69,4	60,6	51,1	29,7
Forsten und Holzungen	14,2	20,0	21,4	32,3	41,5	63,6

Fast drei Viertel der Gesamtfläche der Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel bestehen aus landwirtschaftlicher Nutzfläche, die im Kreise Holzminden noch etwas mehr als die Hälfte, im Kreise Blankenburg aber noch nicht ganz drei Zehntel ausmacht. Im Kreise Blankenburg dagegen entfallen fast zwei Drittel der Gesamtfläche auf Forsten und Holzungen, deren Anteil im Kreise Holzminden etwas über vier Zehntel und im Kreise Gandersheim fast noch ein Drittel beträgt.

II. Die landwirtschaftliche Nutzfläche.

Von den 225 278 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entfiel auf

	ha	v.H.	(Reich)
Ackerland	173 788	77,1	(69,7)
Wiesen	32 249	14,4	(18,7)
Viehweiden	12 441	5,5	(9,1)
Obstanlagen	703	0,3	(0,2)
Gartenland	6 097	2,7	(2,0)

Der Anteil der Ackerfläche ist wesentlich größer, der Anteil der Wiesen und Weiden wesentlich geringer als im Reichsdurchschnitt. Das Schwergewicht liegt also beim Ackerbau. In allen Kreisen außer dem Harzkreis Blankenburg übertrifft der Anteil des Ackerlandes den Reichsdurchschnitt, am stärksten im Kreise Wolfenbüttel mit 87,5 v.H. Auch in den Kreisen Helmstedt, Gandersheim und Braunschweig entfallen etwa drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Ackerland. Nur im Kreise Blankenburg liegt der Anteil der Wiesen (29,6 v.H.), und zwar erheblich, über dem Reichsdurchschnitt; den geringsten Wiesenanteil weist der Kreis Wolfenbüttel (7,6 v.H.) auf. Auch bei den Viehweiden wird der Reichsdurchschnitt von keinem Kreis erreicht, bei dem Gartenland aber in allen Kreisen, ausgenommen Helmstedt, übertroffen.

/Bei

Bei den Obstanlagen weist den höchsten Hundertsatz (1,6 v.H.) Blankenburg (Obstplantagen) auf. Über dem Hundertsatz des Reichs stehen Braunschweig und Helmstedt.

Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche haben gegenüber 1933 das Ackerland um 0,3 v.H. und die Wiesen um 1 v.H. abgenommen, die Viehweiden um 0,2 v.H., die Obstanlagen um 0,7 v.H. und das Gartenland um 0,9 v.H. zugenommen. Von 1913 auf 1934 haben abgenommen die Ackerlandfläche von 182 275 ha auf 173 788 ha oder 4,7 v.H., die Wiesenflächen von 33 129 ha auf 32 249 ha oder 2,7 v.H., haben zugenommen die Viehweiden von 6812 ha auf 12 441 ha oder 82,6 v.H., die Obstanlagen von 385 ha auf 703 ha oder 82,6 v.H., das Gartenland von 4975 ha auf 6097 ha oder 18,4 v.H.

III. Das Ackerland.

Von dem Ackerland entfallen auf

	ha	v.H.	(Reich)
Getreide und Hülsenfrüchte	112 479	64,7	(62,8)
Hackfrüchte	45 543	26,2	(21,8)
Gartengewächse (Gemüse)	4 612	2,6	(0,8)
Handelsgewächse	302	0,2	(0,3)
Futterpflanzen	9 506	5,5	(10,9)
Sonstiges Land	1 346	0,8	(3,4)

In Braunschweig ist der Anteil des Getreides und der Hülsenfrüchte, der Hackfrüchte, ganz besonders aber der Gartengewächse (Gemüseland Braunschweig!) bedeutend größer, der Futterpflanzen ganz erheblich kleiner als im Reich. Besonders starke Hundertsätze bei Getreide und Hülsenfrüchten weisen die Kreise Holzminden, Gandersheim und Wolfenbüttel auf. Bei den Hackfrüchten ragen vor allem die Kreise Helmstedt, Wolfenbüttel und Blankenburg hervor. Bei den Gartengewächsen übertrifft der Kreis Braunschweig alle anderen (7,0 v.H.); auch Wolfenbüttel weist einen sehr starken Anteil auf. Von keinem Kreis wird der Reichsdurchschnitt bei den Futterpflanzen erreicht; an der Spitze stehen hier die Kreise Holzminden (9,0 v.H.) und Gandersheim (8,8 v.H.).

1. Getreide- und Hülsenfrüchte.

Von der gesamten mit Getreide und Hülsenfrüchten bestellten Fläche entfällt über die Hälfte auf die Kreise Wolfenbüttel (27,8 v.H.) und Helmstedt (24,1 v.H.) zusammen. Weit geringer sind
/die

die annähernd gleichen Anteile der Kreise Braunschweig (15,5 v. H.), Gandersheim (14,9 v.H.) und Holzminden (13,10 v.H.); mit großem Abstände folgt erst der Kreis Blankenburg (4,6 v.H.).

In Braunschweig sind fast zwei Drittel (64,7 v.H.) des gesamten Ackerlandes mit Getreide und Hülsenfrüchten bestellt (Reich 62,8 v.H.). Die höchsten Anteile weisen die Kreise Holzminden und Gandersheim mit sieben Zehnteln und Wolfenbüttel mit zwei Dritteln auf. Nicht so groß ist der Anteil in den Kreisen Helmstedt, Braunschweig und Blankenburg, in denen er rund sechs Zehntel ausmacht.

Von der gesamten mit Getreide und Hülsenfrüchten bestellten Fläche von 112 479 ha kommen allein 107 252 ha oder 95,4 v.H. auf die vier Hauptgetreidearten Roggen, Weizen, Gerste und Hafer und nur 5 227 ha oder 4,6 v.H. auf die übrigen Früchte.

Die mit Roggen, Weizen, Gerste und Hafer bestellten Flächen machen über sechs Zehntel (61,7 v.H.) des gesamten Ackerlandes bzw. 47,6 v.H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Am größten ist der Anteil der Getreidefläche an dem Ackerland mit fast zwei Dritteln in den Kreisen Gandersheim, Holzminden und Wolfenbüttel, etwas niedriger in den Kreisen Helmstedt (59,8 v.H.), Braunschweig (57,9 v.H.) und Blankenburg (56,4 v.H.).

Demgegenüber ist der Anteil der Hülsenfrüchte an dem Ackerland (3,0 v.H.) nur gering. Fast die Hälfte dieser Fläche (46,9 v.H.) war mit Speise- und Ackerbohnen, ein Siebentel (14,8 v.H.) mit Gemenge aus Hülsenfrüchten, ein starkes Achtel mit Speise- und Futtererbsen, ein weiteres Achtel mit Mischfrucht, ein Viertel mit Wicken, 2,7 v.H. mit Lupine und 2,3 v.H. mit zum Unterpflügen bestimmten Hülsenfrüchten bebaut. Überdurchschnittlich ist der Anteil der Bohnenfläche an der Hülsenfruchtfläche in den Kreisen Holzminden (71,1 v.H.) und Gandersheim (56 v.H.), der Anteil der Erbsenfläche in den Kreisen Helmstedt (30 v.H.), Blankenburg (27 v.H.) und Wolfenbüttel (21 v.H.).

a) Die vier Hauptgetreidearten.

Ihre Anteile an der landwirtschaftlich genutzten Fläche und dem Ackerland zeigt die folgende Aufstellung.

Es betrug der Anteil an der

	Roggen v.H.	Weizen v.H.	Gerste v.H.	Hafer v.H.
landwirtschaftlichen Nutzfläche	11,3	17,1	6,7	11,5
Ackerlandfläche	14,6	22,3	8,6	14,9

/Ins

Ins Auge fällt sofort der hohe Anteil der Weizenfläche, der in Braunschweig ungefähr doppelt so groß ist wie im Reich. Hervorragt unter den übrigen der Kreis Wolfenbüttel, in dem fast ein Drittel der gesamten Ackerfläche mit Weizen bestellt ist. In den Kreisen Helmstedt und Gandersheim beträgt der Anteil noch rund ein Fünftel, im Kreis Holzminden 18,3 v.H., im Kreis Braunschweig ein Sechstel und im Kreis Blankenburg immer noch ein Achtel.

Von der gesamten Weizenfläche (38 650 ha) entfallen fast vier Zehntel (39,1 v.H.) allein auf den Kreis Wolfenbüttel, dem erst in ziemlichem Abstände der Kreis Helmstedt mit 22,8 v.H. folgt. Zu ungefähr je einem Achtel haben die Kreise Gandersheim und Braunschweig Anteil an der Weizenfläche, während auf den Kreis Holzminden rund ein Zehntel (9,9 v.H.) und auf den Kreis Blankenburg nur 2,8 v.H. kommt.

Mit Winterfrucht bestellt sind von der gesamten Fläche nur 9 284 ha, im Landesdurchschnitt also noch nicht einmal ein Viertel. Verschwindend gering ist deren Anteil in den Kreisen Holzminden, Gandersheim und Blankenburg; im Kreise Wolfenbüttel macht er über ein Viertel, im Kreise Braunschweig über drei Zehntel und im Kreis Helmstedt über ein Drittel aus.

Die Weizenfläche weist gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von über 2000 ha (5,5 v.H.) auf, die fast restlos der Zuckerrübenfläche zugute gekommen ist. Zwischen den Anbauflächen dieser beiden Früchte bestehen gewisse durch Boden, Preise und Fruchtfolge bedingte ursächliche Zusammenhänge. Beide verlangen schwere Böden, die nur im beschränkten Umfange - einige 50 000 ha - vorhanden sind. Wird aus irgendeinem Grunde die Anbaufläche einer der beiden Früchte verkleinert oder vergrößert, dann wird das in entgegengesetzter Richtung auf die Fläche der anderen wirken, falls die zum Anbau dieser beiden Früchte zur Verfügung stehenden Böden voll ausgenutzt sind. Der Anstoß ging stets von der Seite der Zuckerrüben aus, deren Fläche je nach den Kontinganten zu- oder abnahm. Im allgemeinen kann man jedenfalls feststellen, wenn man die Anbaufläche dieser beiden Früchte für die Jahre nach dem Kriege in Kurven darstellt, daß die Kurven nicht etwa die gleiche sondern entgegengesetzte Tendenz zeigen: wenn die eine ansteigt, fällt die andere ab. Dementsprechend ist in der Nachkriegszeit das Jahr 1932 mit der größten Weizenfläche (41 604 ha) gleichzeitig das Jahr mit der kleinsten Zuckerrübenfläche (12 743 ha) und das Jahr 1922 mit der kleinsten Weizenfläche (22 683 ha) gleichzeitig das Jahr der größten Zuckerrübenfläche (23 214 ha).

/Über

Über dem Reichsdurchschnitt (8,0 v.H.) liegt der Anteil der Gerstenfläche an dem Ackerlande. Den Landesdurchschnitt von 8,6 v.H. übertreffen die Kreise Blankenburg (12,6 v.H.) und Wolfenbüttel (11,1 v.H.). Den größten Anteil an der gesamten Gerstenfläche (14 995 ha) weist wieder mit über einem Drittel (35,3 v.H.) der Kreis Wolfenbüttel auf, einen erheblichen Anteil auch der Kreis Helmstedt (22,6 v.H.). Der Hundertsatz der übrigen Kreise schwankt zwischen einem knappen Achtel (Braunschweig) und einem Vierzehntel (Blankenburg).

Von der Gesamtfläche waren 3269 ha, also stark ein Fünftel, mit Sommergerste bestellt. Der Anteil der Sommerfrucht an der Gesamtgerstenfläche beträgt im Kreise Blankenburg etwa vier Fünftel, im Kreise Helmstedt rund drei Zehntel, in den übrigen Kreisen liegt er wesentlich tiefer. Die Gerstenfläche hat gegenüber dem Vorjahre um rund 6 v.H. zugenommen. Sie ist von 7080 ha im Jahre 1913 stetig bis auf 14 995 ha, also um mehr als das Doppelte, im Jahre 1934 gewachsen.

Während der Anteil der Weizen- und Gerstenfläche an dem Ackerland in Braunschweig den Reichsanteil übertrifft, sind die Anteile der Roggen- und der Haferfläche an dem Ackerlande niedriger als im Reich. Ganz besonders gilt das für Roggen (14,6 : 22 v.H.). Den größten Anteil an dem Ackerland hat die Roggenfläche mit einem Fünftel im Kreis Holzminden. Etwa gleiche Anteile weisen die Kreise Braunschweig (18,7 v.H.), Gandersheim (18,0 v.H.) und Helmstedt (17,8 v.H.) auf. Im Kreise Blankenburg macht die Roggenfläche ein Siebentel des Ackerlandes aus, im Kreise Wolfenbüttel dagegen nur ein Zwanzigstel. Von der Gesamtroggenfläche von 25 503 ha kamen auf die Sommerfrucht nur 255 ha, also rund 1 v.H. Etwas größere Flächen sind nur in den Kreisen Helmstedt, Braunschweig und Blankenburg vorhanden. Drei Zehntel der gesamten Roggenfläche umfasst allein der Kreis Helmstedt. Es kommt auf den Kreis Braunschweig ein starkes Fünftel, auf die Kreise Gandersheim und Holzminden je ein Sechstel, auf den Kreis Wolfenbüttel noch nicht einmal ein Zehntel und auf den Kreis Blankenburg nicht ganz ein Zwanzigstel.

Die Roggenfläche ist von 33 616 ha im Jahre 1913 auf 25 503 ha, also um nicht ganz ein Viertel, gegenüber dem Vorjahre um 2,5 v. H. zurückgegangen. Die Kurve geht bis 1924 nach unten, von 1924 bis 1926 nach oben und zeigt von da an im allgemeinen sinkende Tendenz.

/Von

Von der ~~gesamten~~ Haferfläche von 25 861 ha entfallen ein ~~starkes~~ Viertel auf den Kreis Wolfenbüttel, ein starkes Fünftel auf Helmstedt, ein starkes Sechstel auf Braunschweig, ungefähr je ein Siebentel auf die Kreise Gandersheim und Holzminden und ein Zwanzigstel auf den Kreis Blankenburg. Keine andere Getreideart weist einen so gleichmäßigen Anteil am Ackerlande in allen Kreisen auf wie der Hafer: höchster Anteil Kreis Holzminden mit 17,8 v.H., niedrigster Anteil Kreis Helmstedt mit 12,7 v.H.

Gegenüber dem Vorjahre ist die Haferfläche fast unverändert. Die Entwicklung ist bei ihr fast genau die gleiche wie bei dem Roggen: Rückgang von 33 317 ha im Jahre 1913 auf 25 861 im Jahre 1934, also ebenso wie bei dem Roggen um nicht ganz ein Viertel. Die Kurve zeigt aber größere Schwankungen; sie sinkt zunächst bis 1922, steigt bis 1924, fällt 1925 ab, um dann wieder bis 1929 anzusteigen und dann stetig abzufallen.

b) Die Hackfrüchte.

An der Hackfruchtfläche sind beteiligt die Kreise Helmstedt mit über drei Zehnteln, Wolfenbüttel mit über einem Viertel, Braunschweig mit nicht ganz einem Fünftel, Gandersheim mit einem Zehntel, Holzminden mit etwa einem Elftel und Blankenburg mit einem Neunzehntel. Mit 26,2 v. H. Anteil an dem Ackerland und 20,2 v.H. Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden die Reichsanteile erheblich übertroffen. Vom Ackerland macht die Hackfruchtfläche aus in den Kreisen Helmstedt und Blankenburg über drei Zehntel, in den Kreisen Braunschweig 28,4 v.H., Wolfenbüttel 25,4 v.H. Auch in den Kreisen mit den niedrigsten Anteilen beträgt sie fast noch ein Fünftel: Gandersheim 19,9 v.H., Holzminden 19,1 v.H.

Von der Hackfruchtfläche im GröÙe von 45 543 ha entfällt der ganz überwiegende Anteil, zusammen 85,9 v.H., auf Kartoffeln (47,4 v.H.) und Zuckerrüben (38,5 v.H.), ein Neuntel (11,6 v.H.) auf Runkelrüben und 2,5 v.H. auf Kohlrüben und Mohrrüben für Futterzwecke und sonstige Hackfrüchte zusammen.

An der Kartoffelfläche (21 628 ha = 47,4 v.H. der gesamten Hackfruchtfläche) hat der Kreis Helmstedt den weitaus größten Anteil, über ein Drittel, aufzuweisen. Dagegen fallen die übrigen Kreise, Braunschweig und Wolfenbüttel mit je etwa einem Sechstel, Gandersheim und Holzminden mit je etwa einem Achtel, Blankenburg mit einem Elftel Anteil, ganz ausserordentlich ab.

/Mit

Mit einem Hundertsatz von 12,4 am Ackerland und 9,6 an der landwirtschaftlichen Nutzfläche erreicht Braunschweig bei den Kartoffeln ebenso wie beim Roggen den Reichsdurchschnitt (14,3 bzw. 9,8) nicht. Eine Ausnahme bilden die Kreise Blankenburg und Helmstedt mit 23 bzw. 16,8 v.H. Anteil der Kartoffelfläche am Ackerlande.

Die Kartoffelfläche hat gegenüber dem Vorjahre um 2,2 v.H. abgenommen, gegenüber 1913 aber eine Zunahme von 20 334 auf 21 628 ha (6,4 v.H.) erfahren. Die Kurve zeigt bei ganz gering steigender Tendenz nur ganz kleine Abweichungen nach oben und unten.

In noch stärkerem Maße als der Kreis Helmstedt bei der Kartoffelfläche überragt der Kreis Wolfenbüttel mit einem Anteil von 43,1 v.H. alle anderen Kreise bei der Zuckerrübenfläche. Von Bedeutung sind neben ihm nur noch der Kreis Helmstedt mit 27,5 v.H. und der Kreis Braunschweig mit 20,5 v.H. Anteil. Auf die übrigen drei Kreise zusammen kommt noch nicht einmal ein Zehntel der gesamten Zuckerrübenfläche.

Mit 7,8 v.H. Anteil der Zuckerrübenfläche an der landwirtschaftlichen Nutzfläche und genau einem Zehntel Anteil an dem Ackerland steht das Land Braunschweig weit über dem Reichsdurchschnitt und an der Spitze aller deutschen Länder (Reich 1,24 bzw. 1,8 v.H.); der Landesanteil an dem Ackerlande von 10 v.H. wird noch wesentlich im Kreise Wolfenbüttel (15,9 v.H.) übertroffen.

Über die Wechselwirkung zwischen Weizen- und Zuckerrübenfläche ist schon bei den Betrachtungen über die Weizenanbaufläche das Nötige gesagt. Es sei nur noch hinzugefügt, dass die Zuckerrübenfläche um über 2000 ha oder 13,8 v.H. gewachsen ist. Der Rückgang der Zuckerrübenfläche von 26 078 ha im Jahre 1913 auf 17 113 ha im Jahre 1934, also um mehr als ein Drittel, wird verhältnismäßig nur noch bei der Spargelfläche übertroffen.

Gegenüber Kartoffeln und Zuckerrüben spielen die Runkelrüben mit einer Fläche von 5220 ha, die Kohlrüben mit einer solchen von 1010 ha und die Mohrrüben zu Futterzwecken und die sonstigen Hackfrüchte mit zusammen 168 ha nur eine ganz geringe Rolle. Die Flächen der Runkelrüben mit einem Anteil von 3 v.H. sowie der Kohlrüben, Mohrrüben und sonstigen Hackfrüchte zusammen mit einem Anteil von 0,8 v.H. an dem Ackerland bleiben hinter den entsprechenden Reichsziffern ganz erheblich zurück. Fast die Hälfte der Runkelrübenfläche haben zusammen die Kreise

/Gandersheim

~~Sanderhohn~~ und Helmstedt aufzuweisen. Von der Kohlrübenfläche kommen sechs Zehntel auf den Kreis Helmstedt und mehr als drei Zehntel auf den Kreis Braunschweig.

c) Die Gartengewächse.

So klein die Fläche der Gartengewächse (4612 ha) im Verhältnis zu der landwirtschaftlich genutzten Fläche und zum Ackerlande ist, von so grosser Bedeutung ist sie für die braunschweigische Wirtschaft. Beruht doch auf ihr ein blühender Wirtschaftszweig, die braunschweigische Konservenindustrie, die 35 % aller deutschen Gemüsekonserven erzeugt. Die Rolle, die der Kreis Wolfenbüttel bei der Weizen- und Zuckerrübenfläche und der Kreis Helmstedt bei der Kartoffelfläche spielt, fällt bei der Fläche der Gartengewächse, fast ausschließlich Gemüse in feldmässigem Anbau und in Erwerbsgartenbaubetrieben, dem Kreise Braunschweig zu. Sein Anteil beträgt 44,1 v.H., während auf die Kreise Wolfenbüttel und Helmstedt 32,6 bzw. 20,3 v.H. der Gemüsefläche kommen. Daneben sind die Anteile der übrigen drei Kreise, die zusammen genau 3 v.H. ausmachen, völlig bedeutungslos.

Der Anteil der Gemüsefläche von 2,4 v.H. an der landwirtschaftlichen Nutzfläche und von 2,7 v.H. an dem Ackerland macht ein Vielfaches der Reichsziffer (0,5 bzw. 0,8 v.H.) aus. Den an sich hohen Landesdurchschnitt überragt noch der Kreis Braunschweig um mehr als das Doppelte.

Die drei wichtigsten Gemüsearten sind Spargel mit 1953 ha, Grüne Erbsen mit 1403 ha und Grüne Bohnen mit 425 ha Anbaufläche. Grössere Bedeutung als die gesamten Kohlarten mit 203 ha Anbaufläche haben aber die Erdbeeren 151 ha, Gurken 145 ha, Mohrrüben 101 ha. Angebaut waren ferner 41 ha Spinat, 33 ha Sellerie, 33 ha Zwiebeln, 29 ha Kohlrabi, 12 ha Tomaten, 8 ha Salat, 2 ha Meerrettich, 1 ha Feldsalat. Auf die Sammelposition "Sonstige Arten von
/Gartengewächsen

Gartengewächsen" kamen 72 ha.

Von der Spargelfläche entfallen 1272 ha, fast genau zwei Drittel, auf den Kreis Braunschweig, drei Zehntel auf den Kreis Helmstedt und 4 v.H. auf den Kreis Wolfenbüttel. Die Spargelfläche war 1934 um 3,4 v.H. kleiner als 1933. Der Anbau keiner anderen Feldfrucht hat so starke Schwankungen und einen so starken Rückgang aufzuweisen, nämlich ^{von} 3497 ha im Jahre 1913 auf 1953 ha im Jahre 1934, d. h. um 44,2 v.H. Die Fläche war 1925 bis auf 1408 ha gesunken, ist dann ständig bis 1931 auf 3198 ha gestiegen, um schließlich auf den jetzigen Stand von 1953 ha zurückzugehen.

Im Gegensatz dazu ist die Fläche der Grünen Erbsen von 884 ha im Jahre 1913 auf 1403 ha im Jahre 1934, also um 36,4 v.H. gewachsen und die Fläche der Grünen Bohnen sich fast genau gleich geblieben. Den größten Anteil an den Grünen Erbsen, fast sechs Zehntel, weist der Kreis Wolfenbüttel auf. Ein Viertel kommt auch hier wieder auf den Kreis Braunschweig, ein knappes Achtel auf den Kreis Helmstedt. Ebenso wie bei den Grünen Erbsen überragt bei Grünen Bohnen der Kreis Wolfenbüttel mit 42,6 v.H. alle übrigen Kreise. Auch hier kommen nur noch Braunschweig (28,9 v.H.) und Helmstedt (21,9 v.H.) ernstlich in Betracht.

Von den übrigen hochwertigen Gemüsearten bzw. Gartenfrüchten wird der größte Teil von Gärtnereien in der Stadt Wolfenbüttel erzeugt. Daher übertrifft hier der Kreis Wolfenbüttel, ausgenommen Gurken und Mohrrüben, für die der Kreis Braunschweig die größte Anbaufläche aufweist, alle übrigen Kreise. Es kommen auf den Kreis Wolfenbüttel von 151 ha Erdbeeren 98, von 33 ha Sellerie 25, von 41 ha Spinat 31, von 33 ha Zwiebeln 18, von 8 ha Salat 5, von 12 ha Tomaten 5.

/d)

d) Handelsgewächse.

An den 302 ha Handelsgewächsen haben die Kreise Helmstedt (41,7 v.H.) und Wolfenbüttel (36,1 v.H.) zusammen über drei Viertel Anteil. Auf Raps und Rüben entfallen 238 ha oder fast vier Fünftel. In den Kreisen Blankenburg und Holzminden werden an Handelsgewächsen überhaupt nur Raps und Rüben angebaut, auch in den anderen Kreisen ganz überwiegend.

Von der Flachsanbaufläche von 12 ha entfielen allein 10 ha auf den Kreis Helmstedt. Mohn wird nur in drei Kreisen angebaut; von den 3,45 ha Anbaufläche kamen allein 3 ha auf den Kreis Wolfenbüttel. Mit Arzneipflanzen sind nur 2,15 ha bestellt, davon 1,90 ha im Kreise Helmstedt.

e) Futterpflanzen.

Die Futterpflanzenfläche betrug 9506 ha. Fast gleich große Anteile wiesen die Kreise Wolfenbüttel (22,5 v.H.) und Gandersheim (22,2 v.H.) auf. Es kamen 19,9 v.H. auf den Kreis Holzminden, 16,5 v.H. auf den Kreis Helmstedt, 11,7 v.H. auf den Kreis Braunschweig und 7,2 v.H. auf den Kreis Blankenburg. Der Anteil der Futterpflanzenfläche an der landwirtschaftlichen Nutzfläche betrug 4,2 v.H. (Reich 7,8 v.H.), an dem Ackerlande 5,5 v.H. (Reich 10,9 v.H.). Beide Ziffern bleiben demnach ganz erheblich hinter den Reichsziffern zurück. In keinem einzigen Kreise werden die Reichsziffern auch nur annähernd erreicht. Gegenüber 1933 hat die Futterpflanzenfläche geringfügig zugenommen, von 1913 bis 1934 von 9865 auf 9506 ha, also um 3,6 v.H. abgenommen.

III. Die Ernte 1934.

Dazu: Karten 22 - 30.

I. Feldfrüchte.

Infolge der lang anhaltenden Trockenheit blieb die Ernte 1934 hinter der Rekordernte des Jahres 1933 nicht unwesentlich zurück. Sie kann aber im allgemeinen als zufriedenstellend bezeichnet werden. Für den zehnjährigen Durchschnitt 1924/33 wurden die Hektarerträge im allgemeinen erreicht, teilweise sogar überschritten, nicht aber für den fünfjährigen Durchschnitt 1929/33.

1. Getreide und Hülsenfrüchte.

1934 wurden geerntet:

	überhaupt dz	je ha dz	(Reich)
Sommerroggen	3.993	15,7	(12,6)
Winterroggen	522.313	20,7	(17,0)
Roggen insgesamt	526.306	20,6	(16,9)
Sommerweizen	224.754	24,2	(19,0)
Winterweizen	776.485	26,4	(20,9)
Weizen insgesamt	1.001.239	25,9	(20,6)
Sommergerste	58.350	17,8	(19,0)
Wintergerste	302.985	25,8	(22,5)
Gerste insgesamt	361.335	24,1	(19,6)
Hafer	617.207	23,9	(17,3)
Menggetreide	48.994	21,8	(17,2)
Speiseerbsen	5.052	10,3	(9,0)
Futtererbsen	1.684	10,0	(9,0)
Speisebohnen	2.069	11,5	(12,6)
Ackerbohnen	27.504	12,4	(11,2)
Wicken	818	9,2	(9,0)
Lupinen	623	8,8	(8,2)
Gemenge von Hülsenfrüchten	6.519	13,7	(9,9)
Mischfrucht	6.797	18,0	(14,3)

Das Bild ist ein durchaus günstiges. Die Hektarerträge liegen, ausgenommen Sommergerste, die aber keine große Bedeutung in Braunschweig hat, höher als im Reich. Bei den vier Hauptgetreidearten hat Braunschweig mit die höchsten Hektarerträge unter allen deutschen Ländern.

/a) Getreide

a) Getreide.

An der Roggenernte von 526.306 dz, von der auf Sommerroggen nur 3993 dz kamen, waren die Kreise Braunschweig (22,7 v.H.) Helmstedt (21,8 v.H.), Gandersheim (20,5 v.H.) und Holzminden (19,8 v.H.) mit je rund einem Fünftel ziemlich gleichmäßig beteiligt. Mit einem Hektarertrag von 20,6 dz stand Braunschweig unter den deutschen Ländern an dritter Stelle hinter Schaumburg-Lippe und Lippe. Die höchsten Hektarerträge wiesen die Kreise Wolfenbüttel (26,8 dz), Holzminden (26,6 dz) und Gandersheim (25,9 dz) auf, hinter denen die übrigen Kreise ganz erheblich zurückblieben. Der fünfjährige Durchschnitt 1929/33 wird weder bei der Sommerfrucht, noch bei der Winterfrucht erreicht.

Von der rund 1 000 000 dz betragenden Weizenernte, von der fast genau ein Viertel auf Sommerfrucht und drei Viertel auf Winterfrucht entfielen, wurden nicht ganz die Hälfte (49,7 v.H.) allein im Kreise Wolfenbüttel, ein starkes Drittel im Kreise Helmstedt, ein Neuntel im Kreise Braunschweig, in den übrigen Kreisen zusammen noch nicht einmal 4 v.H. geerntet. Der Hektarertrag von 25,9 dz wurde nur in einem einzigen Lande (Lippe) übertroffen. An der Spitze der Kreise stand Wolfenbüttel mit 28,4 dz; hinter ihm folgten Gandersheim (26,4 dz), Holzminden (26,1 dz), Braunschweig (24,5 dz), Helmstedt (23,6 dz) und Blankenburg (13,3 dz). Der Hektarertrag blieb beim Sommerweizen (24,2 dz) hinter dem fünfjährigen Durchschnitt zurück, war aber beim Winterweizen (29,2 dz) höher.

Auch bei der Gerstenernte - ein Sechstel Anteil kam auf Sommergerste - marschiert der Kreis Wolfenbüttel mit fast vier Zehnteln des Gesamtertrages an der Spitze, während auf den Kreis Helmstedt ein Fünftel, auf den Kreis Braunschweig ein Siebentel, auf den Kreis Gandersheim ein Achtel und auf die Kreise Holzminden und Blankenburg zusammen ein Achtel entfielen. Wie bei dem Weizen so nimmt Braunschweig auch bei der Gerste mit einem Hektarertrag von 24,1 dz (hinter Schaumburg-Lippe) den zweiten Platz ein. Den höchsten Hektarertrag wies auch hier wieder der Kreis Wolfenbüttel (27,2 dz), den niedrigsten der Kreis Blankenburg (11,4 dz) auf. Weder bei der Sommerfrucht, noch bei der Winterfrucht wurde der fünfjährige Durchschnitt erreicht.

An der Haferernte waren beteiligt die Kreise Wolfenbüttel mit drei Zehnteln, die Kreise Helmstedt (18,7 v.H.), Braunschweig
/(17,3 v.H.)

(17,3 v.H.) und Gandersheim (16,1 v.H.) mit nicht viel ~~voneinander~~ ~~der verschiedenen Hundertsätzen.~~ der Kreis Holzminden mit 13,8 v.H., der Kreis Blankenburg mit 2,6 v.H. Mit einem Hektarertrag von 23,9 dz wurde Braunschweig nur von Schaumburg-Lippe übertroffen, blieb aber hinter dem fünfjährigen Durchschnitt (26,3 dz) ziemlich erheblich zurück.

Von den 48.994 dz Menggetreide kamen über ein Viertel auf den Kreis Helmstedt, je etwas über ein Fünftel auf die Kreise Gandersheim und Holzminden und 18,9 v.H. auf den Kreis Wolfenbüttel. Der Hektarertrag von 21,8 dz übertraf den Reichsdurchschnitt (17,2 dz). Die höchsten Erträge je Hektar wiesen die Kreise Holzminden (25,3 dz) und Wolfenbüttel (25 dz) auf.

b. Hülsenfrüchte und Hülsenfrüchtegemenge.

An Erbsen zusammen wurden 6736 dz, davon 5052 dz Speiseerbsen und 1684 dz Futtererbsen, geerntet. An der Speiseerbsenernte war der Kreis Wolfenbüttel mit stark vier Zehnteln, der Kreis Helmstedt mit stark einem Fünftel und der Kreis Braunschweig mit einem Neuntel beteiligt. Der Hektarertrag von 10,3 dz lag über dem Reichsdurchschnitt. Die Kreise Gandersheim (15,7 dz), Holzminden (13,3 dz) und Wolfenbüttel (12 dz) wiesen überdurchschnittliche Hektarerträge auf. An der Futtererbsenernte hat der Kreis Helmstedt mit 37,5 v.H. den größten Anteil. Den Landeshektarertrag von 10 dz übertrafen die Kreise Braunschweig (17,5 dz) und Gandersheim (16 dz) ganz ausserordentlich.

Fast ein Drittel der 2069 dz Speisebohnen wurden im Kreise Gandersheim geerntet, nächst dem der Kreis Wolfenbüttel den stärksten Anteil (23,3 v.H.) aufwies. Der Hektarertrag von 11,5 dz erreichte den Reichsdurchschnitt von 12,6 dz nicht.

Von den 27.504 dz Ackerbohnen entfielen fast ein Drittel auf den Kreis Holzminden, drei Zehntel auf den Kreis Gandersheim und fast gleiche Teile auf die Kreise Wolfenbüttel (15,5 v.H.) und Braunschweig (15 v.H.). Der Ertrag je Hektar (12,4 dz) ist größer als im Reich (11,2 dz). Hervor ragt der Kreis Braunschweig mit 19,8 dz.

Von der Wickenernte von 818 dz kamen größere Anteile auf die Kreise Helmstedt (37,4 v.H.), Blankenburg (27 v.H.) und Braunschweig (18 v.H.). Der Hektarertrag von 9,2 dz entspricht etwa dem Reichsdurchschnitt.

/Von

Von der Lupinenernte entfiel über die Hälfte (56,2 v.H.) auf den Kreis Helmstedt, ein knappes Fünftel auf den Kreis Holzminden. Der Hektarertrag von 8,8 dz liegt etwas über dem Reichsdurchschnitt.

An Gemenge aus Hülsenfrüchten ohne Getreide und mit Getreide wurde ungefähr die gleiche Anzahl Doppelzentner (6519 : 6797 dz) geerntet. Die Hektarerträge übertrafen die Reichsziffern ziemlich erheblich.

2. Hackfrüchte.

An Hackfrüchten wurden 1934 geerntet:

	überhaupt dz	je ha dz	(Reich)
Frühkartoffeln	136 679	97,6	(99,4)
Spätkartoffeln	3 424 815	169,3	(166,4)
Zuckerrüben	5 324 732	311,2	(291,6)
Runkelrüben	1 831 158	361,2	(400,1)
Kohlrüben	215 806	213,7	(247,7)
Mohrrüben zu Futterzwecken	12 047	177,2	(222,5)

Auch hier bringt der Vergleich mit dem Reich nichts Ungünstiges, vor allem nicht bei den beiden wichtigsten Hackfruchtarten, Kartoffeln und Zuckerrüben. Bemerkenswert ist besonders, daß auf Braunschweig allein über 5 v.H., rund ein Zwanzigstel, der gesamten Zuckerrübenernte im Reich entfiel.

a) An Kartoffeln wurden 136.697 dz frühe und 3.424.815 dz späte Sorten geerntet. Sowohl bei Früh- wie bei Spätkartoffeln stand der Kreis Helmstedt mit weit über einem Drittel Anteil an der Spitze. An der Frühkartoffelernte war der Kreis Wolfenbüttel mit einem Fünftel, und waren die Kreise Braunschweig mit 17,9 v.H., Gandersheim mit 12,1 v.H., Holzminden mit 11,6 v.H. und Blankenburg mit 2,0 v.H. beteiligt. Bei den späten Sorten wiesen die Kreise Wolfenbüttel, Braunschweig und Gandersheim mit einem etwas über 15 v.H. liegenden Hundertsatz ungefähr gleiche Anteile auf; der Kreis Holzminden war mit 11,9 v.H., der Kreis Blankenburg nur mit 5,1 v.H. beteiligt. Der Hektarertrag im Reich (99,4 dz) wurde bei den Frühkartoffeln nicht ganz erreicht, bei den Spätkartoffeln aber nicht unerheblich übertroffen. Die höchsten Hektarerträge hatten zu verzeichnen bei den frühen Sorten die Kreise Gandersheim (125 dz) und Holzminden (115,3 dz), bei den späten Sorten die Kreise Gandersheim (195 dz) und Helmstedt
(185,4)

(185,4 dz). Am meisten fällt hier (91,2 dz), ebenso wie bei den Frühkartoffeln (60,3 dz), der Kreis Blankenburg ab. Der fünfjährige Durchschnitt (176,7 dz) wurde im Land und in den Kreisen Braunschweig, Wolfenbüttel, Holzminden und Blankenburg nicht erreicht, in den Kreisen Gandersheim und Helmstedt übertroffen.

b) Von der Zuckerrübenernte von 5.324.732 dz entfielen 44,2 v.H. allein auf den Kreis Wolfenbüttel, 26,8 v.H. auf den Kreis Helmstedt, 20,4 v.H. auf den Kreis Braunschweig und nur ein starkes Zwölftel auf die übrigen Kreise zusammen. Der durchschnittliche Hektarertrag im Reich (291,6 dz) wurde im Lande und in den einzelnen Kreisen mit Ausnahme von Blankenburg übertroffen, am stärksten in den Kreisen Gandersheim (347,2 dz), Wolfenbüttel (320 dz) und Holzminden (317,3 dz).

c) Den größten Anteil an der Runkelrübenernte hatte mit einem Viertel der Kreis Gandersheim aufzuweisen, hinter dem mit nicht viel voneinander verschiedenen Hundertsätzen die Kreise Holzminden (19,5 v.H.), Helmstedt (19,4 v.H.) und Wolfenbüttel (18,2 v.H.) folgten, wogegen die Kreise Braunschweig (12,9 v.H.) und Blankenburg (4,8 v.H.) erheblich abfallen. Der Hektarertrag von 361,2 dz erreichte den Reichsdurchschnitt nicht; am höchsten lag er im Kreise Gandersheim mit 415,7 dz.

Von der Kohlrübenernte von 215.806 dz entfielen stark sechs Zehntel auf den Kreis Helmstedt und etwas über drei Zehntel auf den Kreis Braunschweig. Der Hektarertrag im Reichsdurchschnitt wurde nicht erreicht.

An den 12.047 dz Mohrrüben zu Futterzwecken hatte der Kreis Braunschweig weit über die Hälfte (56,7 v.H.) und der Kreis Helmstedt über ein Drittel (35 v.H.) Anteil. Der Hektarertrag (177,2 dz) blieb ganz erheblich hinter dem Reichsdurchschnitt (225,5 dz) zurück.

3. Gemüse und Erdbeeren.

Auf Grund der von den Gemüseberichterstattem geschätzten Hektarerträge wurden für die Hauptgemüsebaugebiete die folgenden Ernteerträge errechnet:

	überhaupt dz	je ha dz
Weißkohl	15 623	240,2
Rotkohl	5 528	183,3
Wirsingkohl	4 640	180,2
Blumenkohl	2 726	131,1

/Rosenkohl

	überhaupt dz	je ha dz
Rosenkohl	1 763	41,4
Grünkohl	4 907	111,0
Kohlrabi	5 656	119,0
Grüne Pflückerbsen	50 712	38,7
Grüne Pflückbohnen	19 166	48,0
Möhren und Karotten	44 171	309,8
Zwiebeln	5 410	208,9
Meerrettich	105	62,1
Spargel	42 161	22,8
Gurken	11 327	92,9
Salat	1 036	117,5
Feldsalat	60	19,6
Tomaten	2 194	178,4
Spinat	8 581	106,5
Sellerie	2 622	87,5
Erdbeeren	3 229	21,7

Es handelt sich hier um die Ernteerträge von 134 braunschweigischen Gemeinden mit 10 ha und mehr Gemüsefläche, die als Hauptgemüsebaugebiete in die Gemüsestands- und Gemüseernteberichterstattung einbezogen sind und rund neun Zehntel der Gesamtgemüsefläche umfassen dürften. Es sind das 48 Gemeinden im Kreise Braunschweig, 53 Gemeinden im Kreise Wolfenbüttel, 29 Gemeinden im Kreise Helmstedt und 4 Gemeinden im Kreise Gandersheim. Die Gemüsestands- und Gemüseernteberichterstattung ist erst zwei Jahr alt und hat sich noch nicht eingespielt, sodaß ihre Ergebnisse noch keinen Anspruch auf unbedingte Zuverlässigkeit machen können. Es wird daher von einem Vergleich mit anderen Ländern abgesehen und nur kurz angedeutet, welche Anteile die Kreise an der gesamten Gemüseernte haben.

Der Kreis Braunschweig stand an der Spitze mit rund zwei Dritteln bei Spargel, knapp zwei Dritteln bei Möhren und Karotten, knapp sechs Zehnteln bei Gurken und stark der Hälfte bei Kohlrabi. Er nahm den zweiten Platz ein bei Erdbeeren mit drei Zehnteln, bei Spinat mit einem Drittel, bei Rotkohl, Wirsingkohl, Blumenkohl, Grünkohl, Grünen Pflückbohnen, Zwiebeln, Tomaten mit rund einem Viertel, bei Meerrettich und Salat mit etwa einem Fünftel, bei Rosenkohl, Sellerie mit einem Achtel und bei Feldsalat mit einem Zwanzigstel, den dritten Platz mit einem starken

/Fünftel

Fünftel bei Grünen Pflückerbösen- und Weißkohl.

Haupterzeugungsgebiet war der Kreis Wolfenbüttel bei Feldsalat (95 v.H.), bei Rosenkohl, Meerrettich und Salat mit je vier Fünfteln, bei Wirsingkohl mit sieben Zehnteln, bei Erdbeeren, Rotkohl, Grünen Pflückerbösen, Zwiebeln und Grünkohl mit zwei Dritteln, bei Spinat mit etwa sechs Zehnteln, bei Weißkohl, Blumenkohl, Tomaten und Grünen Pflückbohnen mit der Hälfte und mehr. An zweiter Stelle stand er bei Kohlrabi und Gurken mit etwa vier Zehnteln und bei Mohrrüben und Karotten mit etwa drei Zehnteln.

In wesentlich geringerem Maße war daneben der Kreis Helmstedt an der Gemüseernte beteiligt. Den zweiten Platz nahm er ein bei Spargel mit einem Drittel und bei Weißkohl und Grünen Pflückbohnen mit einem starken Fünftel. Ein über einem Zehntel liegender Anteil entfiel auf ihn nur noch bei Erdbeeren und Blumenkohl mit einem Siebentel, bei Rotkohl und Tomaten mit einem Achtel.

Der Kreis Gandersheim hingegen hatte an den oben angegebenen Erntemengen bei Spargel, Erdbeeren, Rotkohl, Wirsingkohl, Meerrettich und Feldsalat überhaupt keinen Anteil. Über 1 v.H. entfiel bei ihm nur bei Blumenkohl (9,5 v.H.), Tomaten (4,3 v.H.) Sellerie (3,8 v.H.), Weißkohl (3,4 v.H.), Grünen Pflückbohnen (1,8 v.H.) und Grünen Pflückerbösen (1,6 v.H.).

Demnach ist Haupterzeugungsgebiet für alle Gemüsearten einschließlich Erdbeeren - außer Spargel, Kohlrabi, Mohrrüben und Karotten sowie Gurken - der Kreis Wolfenbüttel, für die wichtigste Gemüseart, Spargel, aber auch für Kohlrabi, Möhren und Karotten sowie Gurken der Kreis Braunschweig. Von wesentlich geringerer Bedeutung für die Gemüseerntemengen sind daneben die Kreise Helmstedt und Gandersheim.

4. Handelsgewächse.

Es wurden im Jahre 1934 geerntet:

	überhaupt dz	je ha dz	(Reich)
Raps und Rüben	4 440	18,7	(15,7)
Rohstengelflachs	416	34,7	(30,6)
Flachssamen	125	10,4	(7,2)

a) Von der Ernte an Raps und Rüben kamen über vier Zehntel auf den Kreis Wolfenbüttel, nahezu ein Drittel auf den Kreis Helmstedt und ein Siebentel auf den Kreis Holzminden. Der Hektar-
/ertrag

ertrag im Reiche wurde ziemlich erheblich übertroffen. Den Landesdurchschnitt überragten die Kreise Wolfenbüttel mit 20,5 dz und Holzminden mit 20,3 dz.

b) Von der Flachsernte an Rohstengeln und Samen entfielen über vier Fünftel auf den Kreis Helmstedt. Sowohl der Hektarertrag an Rohstengeln wie an Samen übertraf den Reichsdurchschnitt nicht unerheblich.

5. Futterpflanzen.

Auf Grund der von den Ernteberichterstattem geschätzten Hektarerträge sind die in der folgenden Zusammenstellung aufgeführten Ernteerträge für Kleeheu, Luzerneheu und Heu errechnet.

	überhaupt dz	je ha dz	(Reich)
Kleeheu	274 664	42,3	(42,1)
Luzerneheu	126 940	48,3	(50,7)
Heu von Bewässerungswiesen	117 100	44,7	(40,6)
Heu von anderen Wiesen	784 202	26,5	(31,6)

a) Die Kleeheuenernte betrug 274 664 dz. Fast sechs Zehntel davon entfielen auf die Kreise Holzminden (30,3 v.H.) und Gandersheim (28,1 v.H.) zusammen. Ungefähr gleiche Anteile hatten die Kreise Wolfenbüttel (15,1 v.H.) und Helmstedt (14 v.H.). Der Hektarertrag entsprach fast genau dem Reichsdurchschnitt. Der fünfjährige Durchschnitt 1929/1933 (58,6 dz) wurde in keinem Kreise, auch nicht im Lande als Ganzem erreicht.

Das Gleiche gilt von dem Luzerneheu. Von der Gesamternte entfielen fast vier Fünftel auf die Kreise Wolfenbüttel (38,6 v.H.), Helmstedt (27,4 v.H.) und Gandersheim (13,2 v.H.) zusammen.

b) An Heu wurden zusammen 901 302 dz geerntet, davon 117 100 dz auf Bewässerungs- und 784 202 dz auf anderen Wiesen. Von dem auf Bewässerungswiesen gewonnenen Heu kamen über drei Viertel auf die Kreise Braunschweig (39 v.H.) und Wolfenbüttel (38,3 v.H.) zusammen und 18,2 v.H. auf den Kreis Helmstedt. Der Hektarertrag (44,7 dz), der nicht unwesentlich geringer war als im fünfjährigen Durchschnitt, übertraf den Reichsdurchschnitt. An dem auf anderen Wiesen erzeugten Heu waren die Kreise mit Ausnahme von Blankenburg (7,6 v.H.) ziemlich gleichmäßig beteiligt. Der Ertrag je Hektar (26,5 dz) war ganz ausserordentlich viel niedriger als im fünfjährigen Durchschnitt; er lag auch unter dem Reichsdurchschnitt.

/II.

II. Das Obst.

Bei der Obstbaumzählung und der Obstertragsermittlung im Herbst 1934 wurden für Äpfel, Birnen, Süßkirschen, Sauerkirschen, Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Reineklauden, Aprikosen, Pfirsiche und Walnüsse an Bäumen und Ertrag (überhaupt und je Baum) ermittelt:

	Ertragfähige Bäume	Ertrag		
		überhaupt dz	je Baum Pfund	(Reich)
Äpfel	506 189	86 244	34	(59)
Birnen	136 920	31 403	46	(69)
Süßkirschen	52 136	9 522	37	(44)
Sauerkirschen	98 793	6 512	13	(22)
Pflaumen, Zwetschen Mirabellen und Reineklauden	242 739	22 848	19	(31)
Aprikosen	1 937	145	15	(31)
Pfirsiche	7 614	740	19	(39)
Walnüsse	7 081	574	16	(34)

Die ertragfähigen Bäume wurden bei der Erhebung der Obstbäume gezählt und der Ertrag je Baum in den Hauptobstbaugebieten von dazu eingesetzten Sachverständigenausschüssen für jede einzelne Gemeinde geschätzt. Hauptobstbaugebiete sind die sämtlichen Gemeinden des Kreises Wolfenbüttel und die 10 Vorharzgemeinden des Kreises Blankenburg. Aus den nicht zu den Hauptobstbaugebieten gehörenden Bezirken wurden Repräsentativgemeinden ausgewählt und in ihnen der Obstertrag geschätzt. Auf Grund der Ergebnisse dieser Schätzungen wurden dann die Obsterträge der nicht zu den Hauptobstgebieten gehörenden Gemeinden errechnet.

Wie sind nun die Kreise an dem Ertrag der verschiedenen Obstarten beteiligt? Von der Apfelernte kam je ein Viertel auf die Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel, ein Fünftel auf den Kreis Helmstedt, ein Achtel auf den Kreis Holzminden und knapp ein Zwanzigstel auf den Kreis Blankenburg. Bei der Birnenernte entfielen auf den Kreis Braunschweig fast drei Zehntel, auf den Kreis Wolfenbüttel ein Fünftel, auf den Kreis Helmstedt ein Sechstel, auf die Kreise Holzminden und Blankenburg je ein Neuntel und auf den Kreis Gandersheim ein Vierzehntel.

Bei den Süßkirschen kamen auf den Kreis Blankenburg mehr als drei Zehntel der Ernte, auf den Kreis Wolfenbüttel 19,4 v.H.,

/auf

auf den Kreis Braunschweig 17 v.H., auf den Kreis Gandersheim 14,5 v.H., auf den Kreis Holzminden 12,3 v.H. und auf den Kreis Helmstedt 5,7 v.H.. An der Sauerkirschenernte hatten die Kreise folgende Anteile: Braunschweig fast drei Zehntel, Wolfenbüttel ein starkes Viertel, Blankenburg ein Fünftel, Helmstedt ein Sechstel, Gandersheim 4,5 v.H. und Holzminden 3 v.H..

Von dem Ertrag der Pflaumen=, Zwetschen=, Mirabellen= und Reineklaudenbäume entfielen auf den Kreis Braunschweig ein starkes Fünftel, auf den Kreis Helmstedt 18,7 v.H., auf die Kreise Wolfenbüttel und Gandersheim etwa je ein Sechstel, auf den Kreis Holzminden ein knappes Achtel und auf den Kreis Blankenburg ein einvierzehntel. Bei den Aprikosen überragen Braunschweig mit drei Zehnteln und Blankenburg mit einem starken Fünftel des gesamten Ertrages die übrigen Kreise; auf Wolfenbüttel kamen 17,9 v.H., auf Helmstedt 15,9 v.H., auf Holzminden 9 v.H. und auf Gandersheim nur 1,4 v.H. Von den Pfirsichen wurden im Kreis Wolfenbüttel fast zwei Drittel, im Kreise Helmstedt ein Achtel und der Rest in den übrigen Kreisen geerntet.

An der Walnußernte hatten ungefähr gleiche Anteile - je ein Viertel - die Kreise Wolfenbüttel, Braunschweig und Holzminden. Auf den Kreis Helmstedt kam ein starkes und auf die Kreise Gandersheim und Blankenburg zusammen ein knappes Zehntel.

IV. Viehbestand - Milchleistungen.

Dazu: Tabellen 10 u. 11
Karten 31 - 33.

1. Der Viehbestand.

Bei der Viehzählung am 5. Dezember 1934 wurden für das Land Braunschweig ermittelt:

- + v.H. gegen 1925

	Land	(Reich)
28 591 Pferde	+ 0,6 v.H.	(- 0,7 v.H.)
28 229 Maulesel	-14,9 "	(- 9,3 ")
124 680 Rinder	- 2,5 "	(- 2,9 ")
234 474 Schweine	- 0,3 "	(- 3,2 ")
75 125 Schafe	+ 8,3 "	(+ 2,8 ")
43 517 Ziegen	- 6,3 "	(- 3,8 ")
31 422 Kaninchen	-	-
558 294 Hühner	- 2,2 "	(- 2,3 ")
25 463 Gänse	- 3,4 "	(- 5,0 ")
20 757 Enten	-21,5 "	(-16,8 ")
8 544 Bienenvölker	+ 0,9 "	(- 5,2 ")

Der Vergleich mit der vorjährigen Zählung ergibt ungefähr das gleiche Bild wie im Reich: allgemeiner Rückgang des Viehbestandes infolge der Futterknappheit, aber mit dem Unterschied, daß, wie die Ziffern in den Klammern zeigen, Braunschweig bei den Pferden und den Bienenvölkern eine, wenn auch nur geringe, bei den Schafen aber eine sehr viel stärkere Zunahme aufzuweisen hat.

a) Pferde.

Der sehr erfreuliche Zuwachs gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß er nur deshalb so gering ausgefallen ist, weil die 5 bis 9jährigen Pferde eine Verminderung um rund 9.v.H. erfahren haben, alle anderen Klassen, besonders die Fohlen, aber auch die übrigen Altersklassen bis zu den Fünfjährigen zum Teil recht erhebliche Zunahmen aufweisen. Damit hat die seit 1924 mit dem höchsten Nachkriegsstande von 33 895 ständig rückläufige Bewegung erstmalig eine Unterbrechung erfahren. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Tiefenpunkt überschritten ist und anstelle der Abwärts= eine Aufwärtsbewegung treten wird. Die Entwicklung möge die folgende kleine Aufstellung veranschaulichen.

/1913

1913	32 233 Pferde	1930	30 465 Pferde
1922	32 185 "	1931	29 406 "
1924	33 895 "	1932	28 781 "
1925	33 884 "	1933	28 591 "
1928	32 448 "	1934	28 758 "

Den Anteil der Kreise an den Pferden zeigt die folgende Übersicht.

Verwaltungs- bezirke	Pferde			
	Über- haupt	v.H.	Es kamen auf	
			1 qkm	1000 Einwohner
Braunschweig	6261	21,8	11,5	30,4
Wolfenbüttel	7058	24,5	9,6	81,4
Helmstedt	6612	23,0	8,3	84,2
Gandersheim	3921	13,6	7,3	75,7
Holzminden	3588	12,5	6,1	69,9
Blankenburg	1318	4,6	2,8	34,4
Land Braunschweig	28758	100,-	7,8	56,1

Die Stadt Braunschweig und der Kreis Blankenburg -auch der Amtsgerichtsbezirk Harzburg- drücken den Landesdurchschnitt außerordentlich herab. In den Amtsgerichtsbezirken Calvörde mit 8,0 Pferden je 1 qkm und 194,4 Pferden je 1000 Einwohner und Thedinghausen mit 11,8 Pferden je 1 qkm und 171,2 Pferden je 1000 Einwohner besitzt Braunschweig zwei Gebietsteile, die als besonders pferdereich bezeichnet werden können. Die braunschweigischen Ziffern für die Fläche und für die Einwohnerzahl übertreffen die Reichsziffern (7,2 bzw. 51,7). Von jeher hat das braunschweigische Landgestüt befruchtend auf die einheimische Pferdezucht gewirkt.

b) Rindvieh.

Die Unterbrechung, die die seit 1929 ununterbrochene Aufwärtsbewegung erlitten hat, ist darauf zurückzuführen, daß infolge der Futterknappheit die Kälberaufzucht eingeschränkt und Bullen abgeschlachtet worden sind, um im Interesse der Volksernährung den Milchkuhbestand nicht vermindern zu müssen. Die Kühe -68 375 oder 54,9 des gesamten Rindviehbestandes- haben ganz
/geringfügig

geringfügig abgenommen, die Milchkühe aber (62 380) um etwa 3 v. H. zugenommen. Die folgenden Zahlen zeigen, daß der Vorkriegsstand noch nicht wieder erreicht worden ist.

1913	129 117	Stück Rindvieh	1930	116 700	Stück Rindvieh
1922	108 059	" "	1931	121 987	" "
1924	115 490	" "	1932	123 694	" "
1925	110 122	" "	1933	127 910	" "
1928	119 040	" "	1934	124 680	" "

Den Anteil der Kreise an dem Rindviehbestand gibt die folgende Übersicht wieder.

Verwaltungs- bezirke	Rindvieh			
	Überhaupt	v.H.	Es kamen auf	
			1 qkm	1000 Einwohner
Braunschweig	24 770	19,8	45,5	120,4
Wolfenbüttel	27 638	22,2	37,6	318,6
Helmstedt	28 774	23,1	36,0	366,2
Gandersheim	20 810	16,7	39,0	401,7
Holzminden	17 312	13,9	29,6	337,1
Blankenburg	5 376	4,3	11,3	138,7
Land Braun- schweig	124 680	100,-	34,0	243,0

Es kamen
im Lande auf 1 qkm 34,0, auf 1000 Einwohner 243 Rinder,
im Reiche " 1 " 49,3, " 1000 " 293,9 " .
Die Flächenziffer des Reiches wird in keinem Kreise erreicht, die Einwohnerziffer aber in allen Kreisen mit Ausnahme von Braunschweig und Blankenburg erheblich übertroffen. Wenn Braunschweig, als Ganzes betrachtet, gleichwohl infolge des Einflusses der Stadt Braunschweig mit den beiden Ziffern unter dem Reichsdurchschnitt liegt, somit Rindfleischzuschußgebiet ist, so kommt es daher, daß der Bestand an Kühen verhältnismäßig weit geringer ist als im Reich, weil die Aufzucht keine so große Rolle spielt.

Ganz ausserordentlich rindviehreich sind wieder die beiden Gebietsteile Thedinghausen mit 1381,2 Rindern auf 1000 Einwohner und Calvörde mit 846,5 Rindern auf 1000 Einwohner.

c) Schweine.

Es weisen nur die $\frac{1}{2}$ bis unter 1 Jahr alten Schweine eine Zunahme, alle anderen aber eine Abnahme auf. Die folgende

/Aufstellung

Aufstellung zeigt, daß die Zahl der Schweine 1931 mit dem Nachkriegshöchststand von 251 896 ziemlich dicht an den Bestand von 1913 herangekommen war.

1913	254 230	1930	241 168
1922	200 816	1931	251 896
1924	212 837	1932	231 815
1925	182 796	1933	235 138
1928	212 238	1934	234 474

Über den Schweinebestand der Kreise unterrichtet folgende Übersicht.

Verwaltungs- bezirke	Schweine			
	Überhaupt	v.H.	Es kamen auf	
			1 qkm	1000 Einwohner
Braunschweig	51 405	21,9	94,5	249,9
Wolfenbüttel	38 469	16,4	52,3	443,4
Helmstedt	58 287	24,9	72,9	741,9
Gandersheim	39 923	17,0	74,8	770,6
Holzminden	36 821	15,7	63,0	716,9
Blankenburg	9 569	4,1	20,2	246,8
Land Braun- schweig	234 474	100,-	63,9	457,1

Die schweinereichsten Kreise sind Gandersheim, Helmstedt und Holzminden mit über 700 Schweinen auf 1000 Einwohner. Ebenso wie bei den Pferden und Rindern übertreffen aber mit den Ziffern 2781,6 bzw. 1916,6 die Amtsgerichtsbezirke Thedinghausen und Calvörde alle übrigen braunschweigischen Gebietsteile.

Wenn kamen

im Lande auf 1 qkm 63,9, auf 1000 Einwohner 457,1 Schweine,
im Reiche " 1 " 49,3, " 1000 " 354,6 " ,
so beweist das am besten den hohen Stand der braunschweigischen Schweinezucht. Das Land selbst -ebenso wie seine Kreise mit Ausnahme von Blankenburg und dem Amtsgerichtsbezirk Harzburg- ist daher Überschußgebiet für die Schweinefleischversorgung.

d) Schafe.

In Braunschweig wurden gezählt:

/1913 96 633 Schafe

1913	96 633	Schafe	1930	67 024	Schafe
1922	101 149	"	1931	65 620	"
1924	100 575	"	1932	69 597	"
1925	87 545	"	1933	69 385	"
1928	69 736	"	1934	75 152	"

Der Stand von 1913 ist zwar noch lange nicht wieder erreicht. Die kräftige Zunahme insbesondere bei den unter einem Jahre alten Schafen verheißt aber eine weitere Aufwärtsbewegung, die im Interesse der deutschen Wollerzeugung dringend erwünscht ist.

Über den Anteil der Kreise an dem Schafbestand unterrichtet die folgende Übersicht.

Verwaltungs- bezirke	Schafe			
	Überhaupt	v.H.	Es kamen auf	
			1 qkm	1000 Einwohner
Braunschweig	6 040	8,0	11,1	29,4
Wolfenbüttel	29 858	39,7	40,6	344,2
Helmstedt	21 332	28,4	26,7	271,5
Gandersheim	9 743	13,0	18,2	188,0
Holzminden	3 447	4,6	5,9	67,1
Blankenburg	4 732	6,3	10,0	122,1
Land Braun- schweig	75 152	100,-	20,5	146,5

Mit 20,5 Schafen je qkm und 146,5 Schafen auf 1000 Einwohner steht Braunschweig weit über dem Reichsdurchschnitt von 7,4 bzw. 53,4. Der Kreis Wolfenbüttel überragt alle anderen Gebietsteile weit. Am nächsten kommt ihm der Kreis Helmstedt, beides Gebiete mit intensivst betriebener Landwirtschaft, insbesondere intensivstem Rübenbau.

d) Ziegen.

Aus der folgenden Zusammenstellung geht hervor, daß die Ziegenhaltung, die 1923 ihren Höhepunkt erreicht hatte und 44,6 v. H. über den letzten Vorkriegsstand hinausgewachsen war, von da ab fast ständig zurückgegangen und wieder unter den Stand von 1913 gesunken ist. Es wurden ermittelt:

/1913 54 131 Ziegen

1913	54 131	Ziegen	1930	45 858	Ziegen
1922	72 887	"	1931	45 915	"
1923	78 819	"	1932	45 784	"
1925	63 604	"	1933	46 435	"
1928	51 608	"	1934	43 517	"

Auch hier überragt Braunschweig mit 11,9 Ziegen auf 1 qkm und 84,8 Ziegen auf 1000 Einwohner den Reichsdurchschnitt (5,3 bzw. 38,2) ganz erheblich.

Unter den braunschweigischen Kreisen stechen sowohl dem Anteil als auch der Flächen- und Einwohnerziffer nach die Kreise Gandersheim (17,4 : 179,1) und Holzminden (16,1 : 182,8) ganz besonders hervor. Das zeigt die folgende Zusammenstellung.

Verwaltungs- bezirke	Ziegen			
	Überhaupt	v.H.	Es kamen auf	
			1 qkm	1000 Einwohner
Braunschweig	5 528	12,7	10,2	26,9
Wolfenbüttel	9 077	20,9	12,3	104,6
Helmstedt	6 265	14,4	7,8	79,7
Gandersheim	9 280	21,3	17,4	179,1
Holzminden	9 391	21,6	16,1	182,8
Blankenburg	3 976	9,1	8,4	102,6
Land Braun- schweig	43 517	100,-	11,9	84,8

e) Federvieh.

Wie aus der folgenden Gegenüberstellung hervorgeht, wurde im Jahre 1929 zum ersten Mal der letzte Vorkriegsstand überschritten und im Jahre 1930 mit 666 004 Stück Geflügel der bisherige Höchststand erreicht. Das Federvieh ist von 1930 ab an Zahl ständig zurückgegangen und wieder ziemlich dicht an den Stand von 1913 herangekommen.

1913	597 872	Stck.Federvieh	1930	666 004	Stck.Federvieh
1922	546 428	"	1931	633 824	"
1924	581 718	"	1932	633 336	"
1925	553 847	"	1933	623 694	"
1929	620 655	"	1934	604 514	"

Über die Verhältnisse in den Kreisen unterrichtet die folgende Übersicht, in der das Federvieh nach Gänsen, Enten und Hühnern auf-
gegliedert ist.

/Gänse

Kreis	G ä n s e				E n t e n				H ü h n e r			
	Überhaupt	v. H.	Es kamen auf		Überhaupt	v. H.	Es kamen auf		Überhaupt	v. H.	Es kamen auf	
			1 qkm	1000 Einwohner			1 qkm	1000 Einwohner			1 qkm	1000 Einwohner
Braunschweig	2654	10,4	4,9	12,9	3417	16,5	6,3	16,6	123755	22,1	227,5	601,6
Mittel	2908	11,4	4,0	33,5	4342	20,9	5,9	50,0	114791	20,6	156,0	1323,2
Stadt	8164	32,1	10,2	103,9	6520	31,4	8,2	83,0	121613	21,8	152,1	1548,0
Helmstedt	3915	15,4	7,3	75,6	2909	14,0	5,4	56,1	80370	14,4	150,5	1551,2
Wolfenbüttel	6249	24,5	10,7	121,7	2662	12,8	4,6	51,8	75540	13,5	129,3	1470,8
Verden	1573	6,2	3,3	40,6	907	4,4	1,9	23,4	42225	7,6	89,0	1089,2
Landkreis	25463	100,-	6,9	49,6	20757	100,-	5,7	40,5	558294	100,-	152,0	1088,2

Bei dem Federvieh erreicht Braunschweig den Reichsdurchschnitt nicht mit Ausnahme der Amtsgerichtsbezirke Thedinghausen und Calvörde, wo er bei allen drei Arten Federvieh ganz erheblich übertroffen wird, am stärksten bei den Hühnern, und zwar in Thedinghausen mit 5215,4 Hühnern und in Calvörde mit 3485,6 Hühnern je 1000 Einwohner.

f) Maulesel.

Die Maultiere, Maulesel und Esel haben auch 1934 eine weitere Verminderung um 14,9 v.H. erfahren. Fast genau die Hälfte entfällt auf den Kreis Helmstedt, ein starkes Viertel auf den Kreis Wolfenbüttel, der Rest auf die übrigen Kreise.

g) Bienenvölker.

Unter den 8544 Bienenstöcken befanden sich 1722 mit unbeweglichen Waben. Die Zahl der Bienenvölker hat in den letzten Jahren hin- und hergeschwankt. Der Höchstbestand von 8882 im Jahre 1921 ist noch nicht wieder erreicht. Über die Verteilung der Bienenvölker auf die Kreise gibt die folgende Übersicht Aufschluß.

/Bienenvölker

Verwaltungs- bezirke	Bienenvölker			
	Überhaupt	v.H.	Es kamen auf	
			1 qkm	1000 Einwohner
Braunschweig	1594	18,7	2,9	7,7
Wolfenbüttel	1306	15,3	1,8	15,1
Helmstedt	2394	28,0	3,0	30,5
Gandersheim	1059	12,4	2,0	20,4
Holzminden	1583	18,5	2,7	30,8
Blankenburg	608	7,1	1,3	15,7
Land Braun- schweig	8544	100,-	2,3	16,7

h) Kaninchen.

Unter den 31 422 Kaninchen befinden sich 1016 Angorakaninchen. Die letzte Zählung der Kaninchen fand 1925 statt, sodaß sich schwer zu der ermittelten Zahl Stellung nehmen läßt. Über die Anteile der Kreise unterrichtet die folgende Übersicht.

Verwaltungs- bezirke	Kaninchen			
	Überhaupt	v.H.	Es kamen auf	
			1 qkm	1000 Einwohner
Braunschweig	6620	21,1	12,2	32,2
Wolfenbüttel	7718	24,5	10,5	89,0
Helmstedt	7179	22,8	9,0	91,4
Gandersheim	5175	16,5	9,7	99,9
Holzminden	2252	7,2	3,9	43,8
Blankenburg	2478	7,9	5,2	63,9
Land Braun- schweig	31422	100,-	61,3	8,6

Am stärksten ist die Kaninchenhaltung in dem Amtsgerichtsbezirk Harzburg mit 119,4 Kaninchen auf je 1000 Einwohner, wo sogar der Reichsdurchschnitt von 111,9 übertroffen wird. Alle übrigen Gebietsteile bleiben darunter.

2. Milchleistung.

Von den bei der Viehzählung 1934 ermittelten 62 380 Milchkühen standen 5006, darunter 55 Zugkühe unter und 57 374, darunter 11 218 /Zugkühe

Zugkühe, nicht unter Leistungskontrolle. Der Jahresmilchertrag je Kuh betrug bei den unter Leistungskontrolle stehenden Milchkühen 3901 l und bei den unter Leistungskontrolle stehenden Zugkühen 2885 l, bei den nicht unter Leistungskontrolle stehenden Milchkühen 2817 l und bei den nicht unter Leistungskontrolle stehenden Zugkühen 2131 l. Das ergibt für die Gesamtheit aller Kühe eine Durchschnitts-Jahresmilchleistung von 2780 l je Kuh und für sämtliche Kühe eine Jahresmilcherzeugung von 173 392 000 l.

Über die Verteilung der Milchkühe, die Jahresmilcherträge je Kuh und die Kuhmilcherzeugung in den einzelnen Kreisen gibt Tabelle 11 Aufschluß. Je Kuh wurden in den Kreisen Braunschweig, Gandersheim und Holzminden über 2800 l, in den Kreisen Wolfenbüttel und Helmstedt zwischen 2600 und 2800 l und im Kreise Blankenburg rund 2300 l Milch erzeugt. An der gesamten Kuhmilcherzeugung sind die Kreise wie folgt beteiligt: Wolfenbüttel mit 21,3 v.H., Helmstedt mit 20,6 v.H., Braunschweig mit 19,8 v.H., Gandersheim mit 18,4 v.H., Holzminden mit 15,5 v.H. und Blankenburg mit 4,4 v.H. Gegenüber dem Jahr 1931, in dem die Jahresmilchleistung der Kühe ebenfalls statistisch erfaßt wurde, ist der Jahresmilchertrag je Kuh von 2568 l auf 2780 l, also um 8,3 v.H. und die Jahresmilcherzeugung allerdings bei einer um 4907 größeren Kuhzahl von 147 598 000 l auf 173 392 000 l, also um 17,5 v.H. gestiegen.

V. Landwirtschaftliche Überschuß= und Zuschußgebiete 1933.(Weizen=, Roggen=, Kartoffel=, Schweinefleisch= und Rindfleischversorgung).

Dazu: Karten 34-38.

I. Allgemeines.

Eine genaue Abgrenzung der Überschuß= und Zuschußgebiete wird dadurch erschwert, daß das Land Braunschweig kein einheitlich geschlossenes Gebiet bildet. Es ist in verschiedene Teile zerrissen, die in wirtschaftlicher Beziehung auch enge Berührungspunkte mit den sie umgebenden preußischen Gebiets teilen haben. Der Hauptverbrauchsort für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die Stadt Braunschweig, deren Einwohnerzahl fast ein Drittel der Bevölkerung des Landes ausmacht, kommt für die weiter entfernt liegenden Gebiete -wie z.B. die Kreise Holzminden, Blankenburg, die Amtsgerichtsbezirke Calvörde oder Thedinghausen- als Absatzmarkt kaum in Frage. Dagegen wird die Stadt wegen ihrer geringen Entfernung von der hannoverschen Grenze in größerem Umfange mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Provinz Hannover versorgt. Auch hierüber gibt es keine ausreichenden statistischen Unterlagen.

Zur Feststellung des Bedarfes bzw. des Überschusses sind in erster Linie folgende Statistiken heranzuziehen: Bodenbenutzungs= und Anbauflächenerhebungen, Erntestatistik, Viehzählungen, Schlachtungsstatistik. Wichtiges Material zur Feststellung des Verbrauchs könnte die Statistik der Güterbewegung auf den Eisenbahnen sowie des Verkehrs auf den Binnenwasserstraßen (Mittellandkanal) liefern. Allerdings ist die Güterbewegungsstatistik insofern nur unzureichend, weil sie den heute vielfach umfassenden Verkehr auf der Landstraße mit Lastkraftwagen und sonstigem Fuhrwerk nicht berücksichtigt. Die Verkehrsstatistik konnte für die vorliegende Arbeit nicht benutzt werden, da sich die Angaben über den Versand bzw. Empfang der in Frage kommenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht so schnell beschaffen ließen. Es kann infolgedessen nur der Versuch gemacht werden, unter Zugrundelegung des zur Verfügung stehenden z.T. lückenhaften statistischen Materials mit Hilfe von Schätzungen und Vergleichen einigermaßen brauchbare Ergebnisse zu
/erzielen

erzielen, die für die Beurteilung der Frage: Überschuß oder Zuschußgebiet? verwandt werden können.

II. Überschuß=, Zuschuß= und Selbstversorgungsgebiete.

1. Erzeugung und Verbrauch von Weizen.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Landes Braunschweig betrug nach der Anbauflächenerhebung von 1933 225 696 ha. Sie verteilte sich auf die einzelnen Kreise folgendermaßen: Braunschweig 40 127 ha, Wolfenbüttel 54 117 ha, Helmstedt 55 816 ha, Gandersheim 32 215 ha, Holzminden 29 485 ha, Blankenburg 13 936 ha. Von den 225 696 ha waren 174 188 ha Ackerland, 32 569 ha Wiesen, 12 201 ha Weiden und 6 738 ha Obstanlagen und Gartenland. Von dem Ackerland waren rund 63 v.H. mit Getreide bestellt. Unter den Getreidearten nahm der Anbau von Weizen mit 40 895 ha Fläche die erste Stelle ein; es folgten die Anbauflächen von Roggen mit 26 169 ha, von Hafer mit 25 819 ha und von Menggetreide mit 2 209 ha.

Aus den genannten Zahlen geht die große Bedeutung hervor, die der Weizenanbau für die braunschweigische Landwirtschaft besitzt. Während im Reiche 2 317 530 ha = 7,9 v.H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche mit Weizen bebaut waren, waren es im Lande Braunschweig 40 895 ha = 18,1 v.H. Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche waren mit Weizen bestellt im Kreise Braunschweig 4 934 ha = 12,3 v.H., im Kreise Wolfenbüttel 16 257 ha = 30,0 v.H., im Kreise Helmstedt 9 793 ha = 17,5 v.H., im Kreise Gandersheim 4.885 ha = 15,1 v.H., im Kreise Holzminden 3 913 ha = 13,3 v.H. und im Kreise Blankenburg 1 113 ha = 8,0 v.H. Die wichtigsten Anbauggebiete für Weizen, unter denen der Kreis Wolfenbüttel bei weitem die erste Stelle einnimmt, befinden sich demnach in dem nördlichen Hauptteil des Landes, während naturgemäß der im Harz gelegene Kreis Blankenburg die geringste Anbaufläche aufweist.

Die Ernteerträge je Hektar lagen nach der amtlichen Ernteschätzung im Jahre 1933 im Landesdurchschnitt bei Winterweizen um 3,4 dz, bei Sommerweizen um 4,7 dz über dem Reichsdurchschnitt. Unter dem Reichsdurchschnitt blieb die Ernte in den Kreisen Holzminden und Blankenburg. Insgesamt wurden im Lande Braunschweig 1 135 962 dz Weizen geerntet, davon in den Kreisen Braunschweig 143 970 dz, Wolfenbüttel 476 815 dz, Helmstedt 272 806 dz, Gandersheim 126 325 dz, Holzminden 89 593 dz,
/Blankenburg

Blankenburg 26 453 dz.

Genaue Angaben darüber, wieviel von der Weizenernte in den einzelnen Kreisen bzw. im Lande verwendet wird, wieviel aus- und wieviel eingeführt wird, sind unmöglich. Es ist nicht bekannt, welche Mengen im eigenen Betrieb verbraucht werden, welcher Anteil der Ernte verfüttert und als Deputat gegeben wird.

Eine im Sommer 1934 von der Landesbauernschaft bei etwa 200 landwirtschaftlichen Betrieben vorgenommene Rundfrage über die Verwendung der Weizenernte im Wirtschaftsjahr 1933/34 brachte interessante Ergebnisse, die allerdings nicht ohne weiteres verallgemeinert werden dürfen, da die Verwertung des Weizens in den einzelnen Betrieben je nach der Betriebsgröße, Viehhaltung und anderen Faktoren außerordentlich verschieden ist. Auf Grund der Rundfrage konnte in den Kreisen Braunschweig, Helmstedt, Gandersheim und Holzminden der Anteil der Weizenernte, der im eigenen Betriebe (als Saatgut, Deputat, Futter, im Haushalt) Verwendung findet, im Durchschnitt auf 17 - 18 v.H. berechnet werden. Dagegen wurden im Kreise Wolfenbüttel 7 v.H. und im Kreise Blankenburg 32 v.H. der Ernte im eigenen Betriebe verbraucht. Der geringe Hundertsatz für Wolfenbüttel erklärt sich aus der großen Erntemenge in diesem Kreise; für Blankenburg ergibt sich die hohe Ziffer daraus, daß hier viele Kleinbetriebe vorhanden sind, die nur eine geringe Fläche mit Weizen bebauen, der von vornherein hauptsächlich zur Deckung des eigenen Bedarfes bestimmt ist. Wenn man die genannten Hundertsatzzahlen zugrunde legt, würde im Lande Braunschweig im Wirtschaftsjahr 1933/34 eine Weizenmenge von rund 155 000 dz zur Deckung des Eigenbedarfes gebraucht worden sein. Obwohl diese Zahl nur mit einer gewissen Vorsicht verwendet werden darf, so wird man aus ihr doch ohne Bedenken den Schluß ziehen können, daß das Land Braunschweig einen so erheblichen Überschuß an Weizen hat, daß ihn die Stadt Braunschweig und die anderen städtischen Gemeinden nicht restlos aufnehmen können.

Daß im Lande Braunschweig große Weizenüberschußmengen vorhanden sind, die außerhalb des Landes abgesetzt werden müssen, beweist auch die nachstehende Berechnung, die in Anlehnung an die vom Statistischen Reichsamt verwandte Methode bei der Feststellung der in einem Erntejahr verfügbaren Mengen von Getreide vorgenommen wurde. Das Statistische Reichsamt stellt zunächst die Erntemengen fest und erhält nach Abzug der Aussaatmengen den

/Inlandsvorrat

Inlandsvorrat. Unter Berücksichtigung des Einfuhr- bzw. des Ausfuhrüberschusses ergibt sich die für menschliche und tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke verfügbare Getreidemenge. Diese wird sodann auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet. Genau die gleiche Methode konnte für die Berechnung der in Braunschweig je Kopf der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Mengen nicht angewandt werden, weil nicht bekannt ist, wieviel ausländischer Weizen oder ausländisches Weizenmehl im Lande verbraucht wird. Da aber im Wirtschaftsjahr 1933/34 der Einfuhrüberschuß an Weizen ganz geringfügig war, so entsteht kein großer Fehler, wenn man die Ein- und Ausfuhr ganz unberücksichtigt läßt und den Verbrauch einfach so feststellt, daß man die Aussaatmenge vom Ernteertrag abzieht und den verbleibenden Rest durch die Bevölkerungszahl teilt. Die Aussaatmenge wurde bei Sommerweizen mit 1,7 dz, bei Winterweizen mit 1,8 dz je ha angenommen und auf die Anbaufläche umgerechnet.

Nach einer nach dieser Methode vorgenommenen Berechnung waren für menschliche, tierische Ernährung sowie für gewerbliche Zwecke je Kopf der Bevölkerung an Weizen verfügbar:

Kreis Braunschweig (ohne Stadt)	275 kg
" Wolfenbüttel	519 "
" Helmstedt	327 "
" Gandersheim	226 "
" Holzminden	161 "
" Blankenburg	63 "
<hr/>	
Land Braunschweig	208 kg
Deutsches Reich	80 "

Wenn man den für das Reich errechneten Verbrauch von 80 kg als normal annimmt, so zeigt sich, daß für die Bevölkerung aller Kreise mit Ausnahme Blankenburgs so große Mengen an Weizen verfügbar waren, daß sie nicht in den betreffenden Kreisen selbst verbraucht werden konnten. Die Kreise Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim und Holzminden sind daher als Überschußgebiete anzusprechen, während nur der Kreis Blankenburg und die Stadt Braunschweig als Zuschußgebiete gelten können. Das größte Bedarfsgebiet ist natürlich die Stadt Braunschweig. Da im Lande Braunschweig selbst bei Einrechnung der Einwohnerzahl der Stadt immer noch 208 kg Weizen je Kopf verfügbar waren, ist Braunschweig als ein Gebiet mit erheblichem Weizenüberschuß anzusprechen.

/2. Erzeugung

2. Erzeugung und Verbrauch von Roggen.

Eine geringere Bedeutung als der Weizenanbau hat für die braunschweigische Landwirtschaft der Roggenanbau, der nur in den Gegenden mit geringeren Böden und stärkerem Viehbestand in nennenswertem Umfange betrieben wird. Während im Reiche im Jahre 1933 4 524 182 ha = 15,4 v.H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche mit Roggen bestellt waren, waren es im Lande Braunschweig nur 26 169 ha = 11,6 v.H. Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche waren mit Roggen bestellt im Kreise Braunschweig 5 401 ha = 13,4 v.H., im Kreise Wolfenbüttel 2 981 ha = 5,5 v.H., im Kreise Helmstedt 7 981 ha = 14,3 v.H., im Kreise Gandersheim 4 359 ha = 13,5 v.H., im Kreise Holzminden 4 249 ha = 14,4 v.H., im Kreise Blankenburg 1 198 ha = 8,6 v.H. Den im Verhältnis zur Nutzfläche größten Anbau hatte der Kreis Holzminden mit 14,4 v.H.; es folgten die Kreise Helmstedt mit 14,3 v.H., Gandersheim mit 13,5 v.H., Braunschweig mit 13,4 v.H. und in weitem Abstände Blankenburg mit 8,6 v.H. und Wolfenbüttel mit nur 5,5 v.H. Eine Verminderung des Roggenanbaues ist in den letzten Jahren nicht eingetreten; er hat vielmehr in einigen Gegenden noch zugenommen. Die Hauptanbaugebiete sind der Amtsgerichtsbezirk Braunschweig sowie die zum Kreise Helmstedt gehörigen Bezirke Vorsfelde und Calvörde.

Die Ernteerträge je Hektar lagen im Lande und in seinen Kreisen, mit Ausnahme des Kreises Blankenburg, über dem Reichsdurchschnitt. Geerntet wurden 1933 im Lande Braunschweig insgesamt 623 764 dz, davon im Kreise Braunschweig 136 365 dz, im Kreise Wolfenbüttel 78 806 dz, im Kreise Helmstedt 170 657 dz, im Kreise Gandersheim 115 942 dz, im Kreise Holzminden 99 735 dz und im Kreise Blankenburg 22 259 dz.

Für die Darstellung der Verwendung der Roggenernte gelten dieselben Schwierigkeiten wie beim Weizen. Die überragende Bedeutung des Roggens als Brotgetreide ist in den letzten Jahren immer geringer geworden, ein erheblicher Teil der Ernte wanderte in den Futtertrog und wurde dadurch der menschlichen Ernährung entzogen. Erst der Reichsnährstand hat mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß, ehe an die Verfütterung gegangen wird, die für die Ernährung des deutschen Volkes notwendige Roggenmenge sichergestellt werden muß. Trotzdem werden auch im laufenden Wirtschaftsjahr in zahlreichen Betrieben wegen der bestehenden Futterknappheit große Mengen von Roggen für die Verfütterung bestimmt sein. Zuverlässige Angaben über den Umfang der Verfütterung zu machen,

/ist

ist sehr schwer. In seiner auf Buchführungsergebnissen beruhenden Untersuchung über "Die Verwendung der deutschen Getreideernte" (Berlin 1930) hat Fensch wertvolles Material über die einzelnen Verwendungszwecke des Roggens geliefert. Da die Auswertung des Materials aber nur für große Gebietsteile erfolgt ist und die braunschweigischen Buchführungsergebnisse zusammen mit denen aus Freistaat und Provinz Sachsen, dem westlichen und südlichen Brandenburg, Anhalt, Thüringen, Regierungsbezirk Kassel, Oberhessen, Regierungsbezirk Hildesheim und Waldeck unter dem Wirtschaftsgebiet "Mitteldeutschland" erscheinen, so verliert die Arbeit für diese Betrachtung an Wert. Nach Fensch wurden im Durchschnitt der Jahre 1924/25 bis 1927/28 im Reich 20 v. H. der Roggenerzeugung aller Betriebe verfüttert. Die Verfütterung ist in den Kleinbetrieben am höchsten, mit zunehmender Betriebsgröße nimmt sie ab.

Für Mitteldeutschland gibt Fensch an, daß von der Erzeugung verfüttert wurde in den Betrieben von 5 - 20 ha 21,9 v.H., in den Betrieben von 20 - 50 ha 17,4 v.H., in den Betrieben von 50 - 100 ha 10,3 v.H., in den Betrieben von 100 - 200 ha 6,5 v.H., in den Betrieben von 200 - 400 ha 6,0 v.H., in den Betrieben über 400 ha 3,1 v.H. Diese Zahlen dürften für Braunschweig zu niedrig sein. Auf Grund der bereits unter dem Abschnitt "Weizen" erwähnten Umfrage bei 200 Bauern und Landwirten über die Verwendung der Ernte kann man - mit Vorbehalt, da die Zahlen in Wirklichkeit wohl noch höher sind - die Verfütterung von Roggen im Wirtschaftsjahr 1933/34 schätzen in den Kreisen Braunschweig auf etwa 21 v.H., Wolfenbüttel 7,5 v.H., Helmstedt 27 v.H., Gandersheim 21 v.H., Holzminden 23,5 v.H., Blankenburg 32 v.H. der Ernte. Im Kreise Wolfenbüttel, der nur eine geringe Schweinehaltung aufweist, sind die verfütterten Mengen am geringsten. Die über dem Durchschnitt liegende Ziffer für den Kreis Blankenburg erklärt sich aus den besonderen landwirtschaftlichen Verhältnissen des Harzes. Legt man die letztgenannten Hundertzahlen zugrunde, so kann man die im Wirtschaftsjahr 1933/34 im Lande Braunschweig verfütterte Roggenmenge auf mindestens 136 000 dz schätzen. Nimmt man das Saatgut mit etwa 35 700 dz, das Deputat mit rund 50 000 dz und den Haushaltsverbrauch mit 156 000 dz an, so ergibt sich insgesamt ein Eigenverbrauch in den Betrieben von 377 700 dz. Für den Verkauf würden dann noch 246 064 dz zur

/Verfügung

Verfügung gestanden haben. Diese Menge, von der noch der Schwund und der industrielle Verbrauch abgesetzt werden müßten, dürfte kaum ausgereicht haben, um die Bevölkerung der braunschweigischen städtischen und städtähnlichen Gemeinden, die annähernd 300 000 Menschen ausmacht und die nicht als Selbstversorger in Frage kommende Landbevölkerung mit dem notwendigen Roggenmehl zu versorgen. Das Land Braunschweig kann also nicht als Überschußgebiet für Roggen angesehen werden.

Diese Behauptung wird auch wieder durch eine Berechnung der je Kopf der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Roggenmenge unterstützt. Nach der in dem Abschnitt "Weizen" beschriebenen Methode vorgenommenen Berechnung waren

für menschliche und tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke je Kopf der Bevölkerung an Roggen verfügbar:

Kreis Braunschweig (ohne Stadt) ..	254 kg
" Wolfenbüttel	87 "
" Helmstedt	203 "
" Gandersheim	212 "
" Holzminden	182 "
" Blankenburg	53 "

Land Braunschweig	114 kg
Deutsches Reich	124 "

Da der Schweinebestand je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Lande Braunschweig insgesamt und in den vorwiegenden Roggenbaugebieten, den Kreisen Braunschweig, Helmstedt, Gandersheim und Holzminden, erheblich höher ist als im Reich, so ist der Anteil des Futterroggens an den zur Verfügung stehenden Roggenmengen in Braunschweig auch höher anzusetzen als im Reich. Der Vergleich der oben aufgeführten Zahlen zeigt uns, daß die im Lande Braunschweig aus der einheimischen Ernte für den Verbrauch zur Verfügung stehende Menge unter dem Reichsdurchschnitt bleibt. Hieraus kann man den Schluß ziehen, daß die Roggenernte in Braunschweig nicht ausreicht, um den Bedarf der Bevölkerung des Landes restlos zu decken. Der Vergleich der Zahlen der einzelnen Kreise ergibt, daß die Kreise Braunschweig (ohne Stadt Braunschweig), Helmstedt, Gandersheim und Holzminden Überschußgebiete, die Kreise Blankenburg und Wolfenbüttel und die Stadt Braunschweig Zuschußgebiete sind.

/3. Die

3. Die Erzeugung und der Verbrauch von Kartoffeln.

Der Kartoffelanbau steht im Lande Braunschweig hinter dem Anbau der anderen wichtigen landwirtschaftlichen Kulturpflanzen etwas zurück, weil die besseren Böden soweit wie möglich mit der wertvolleren Hackfrucht, der Zuckerrübe, bestellt werden. Die Kartoffelanbaufläche des Landes betrug 1933 22 108 ha, von denen 1 711 ha mit frühen und 20 397 ha mit späten Kartoffeln bepflanzt waren. Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes nahmen die Kartoffeln 1933 9,8 v.H. in Anspruch. Auch im Reich machte die Kartoffelanbaufläche genau 9,8 v.H. der Nutzfläche aus. Der Frühkartoffelanbau findet sich namentlich in der Umgebung der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel sowie im Amtsbezirk Vorsfelde. Die wichtigsten Kartoffelanbaugebiete des Landes sind die Amtsbezirke Braunschweig, Vorsfelde und Calvörde. Auch für die Landwirtschaft des Kreises Blankenburg ist der Kartoffelanbau von großer Bedeutung. Die folgende Übersicht gibt Aufschluß über die Verteilung der Kartoffelanbauflächen im Reich, im Land sowie in dessen Kreisen.

Kartoffelanbauflächen 1933.

	<u>frühe</u>	<u>späte</u>	<u>zusammen</u>		
Braunschweig..	334 ha	3 288 ha	3 622 ha	= 9,0 v.H.	der landw.genutz-
Wolfenbüttel..	354 "	3 283 "	3 637 "	= 6,7 " "	ten Fläche "
Helmstedt.....	667 "	6 744 "	7 411 "	=13,3 " "	" "
Gandersheim...	169 "	2 706 "	2 875 "	= 8,9 " "	" "
Holzminden....	144 "	2 464 "	2 608 "	= 8,8 " "	" "
Blankenburg...	43 "	1 912 "	1 955 "	=14,1 " "	" "
<hr/>					
Braunschweig	1 711 ha	20 397 ha	22 108 ha	= 9,8 v.H.	" "
Reich	245 225 "	2643 591 "	2888 816 "	= 9,8 " "	" "

Die Hektarerträge an Kartoffeln lagen im Landesdurchschnitt mit 174,4 dz erheblich über dem Reichsdurchschnitt von 152,6 dz. In den Kreisen betrug die Ernte je Hektar: Kreis Braunschweig 188,6 dz, Kreis Wolfenbüttel 180,7 dz, Kreis Helmstedt 191,9 dz, Kreis Gandersheim 194,5 dz, Kreis Holzminden 144,3 dz, Kreis Blankenburg 80,9 dz.

Geerntet wurden demnach 1933 im Kreise Braunschweig 683 160 dz, im Kreise Wolfenbüttel 657 060 dz, im Kreise Helmstedt 1 422 094 dz, im Kreise Gandersheim 559 250 dz, im Kreise /Holzminden

Holzminden 376 298 dz, im Kreise Blankenburg 158 244 dz, also im Land Braunschweig 3 856 106 dz. Im allgemeinen rechnet man damit, daß im Reich von einer durchschnittlichen Kartoffelernte etwa 30 v.H. für menschliche Ernährungszwecke benötigt werden, 14 v.H. als Pflanzgut dienen, 4 v.H. in der Brennerei, 2 v.H. in der Stärkeindustrie und 1,5 v.H. in der Trocknungsindustrie Verwendung finden. Den Schwund nimmt man mit etwa 10 v.H. einer Normalernte an. Der Rest, also knapp 40 v.H. der Ernte, steht für Fütterungszwecke zur Verfügung. Diese Zahlen können aber nicht einfach auf die braunschweigischen Verhältnisse übertragen werden. Der Anteil der für die Verfütterung bestimmten Kartoffeln an der Ernte ist wegen der stärkeren Schweinehaltung in Braunschweig zweifellos höher als im Reich. Infolge der intensiven Aufklärungstätigkeit des Reichsnährstandes über den großen Wert der Einsäuerung und Trocknung der Kartoffeln sind im letzten Jahre für diese Zwecke größere Mengen verwandt worden. Man wird annehmen dürfen, daß im Lande Braunschweig (1933/34) 60 v.H. verfüttert wurden. Die Verwertung der Kartoffeln durch die wenigen im Betriebe gewesenen Brennereien und die einzige im Amt Calvörde gelegene Stärkefabrik kann nur von geringer Bedeutung gewesen sein. Rechnet man die industrielle Verwertung (3 v.H.), das Saatgut (12 v.H.) und den Schwund (10 v.H.) von der gesamten im Lande erzeugten Kartoffelmenge ab, dann würden 15 v.H. = 574 276 dz als Speisekartoffeln verbraucht worden sein; das macht auf den Kopf der braunschweigischen Bevölkerung bei Zugrundelegung einer Einwohnerzahl von 513 000 1,12 dz Speisekartoffeln aus. Da diese Menge für Ernährungszwecke ausreicht, kann man wohl sagen, daß die braunschweigische Landwirtschaft in der Lage gewesen ist, den im Lande herrschenden Bedarf an Kartoffeln selbst zu decken. Das Land Braunschweig als solches ist demnach für Kartoffeln Selbstversorgungsgebiet. Ausgesprochene Überschußgebiete sind die Kreise Braunschweig und Helmstedt, Zuschußgebiete Kreis Blankenburg und die Stadt Braunschweig, während die Kreise Wolfenbüttel, Gandersheim und Holzminden als Selbstversorgungsgebiete anzusehen sind.

4. Die Erzeugung und der Verbrauch von Rindfleisch und Schweinefleisch.

Die Viehhaltung im Lande Braunschweig hat in erster Linie die Aufgabe, die Abfälle des ausgedehnten Hackfrucht- und /Getreideanbaues

Getreideanbaues zu verwerten. Besonders in den Gebieten mit starkem Rübenbau ist viel Rindviehfutter vorhanden, das nicht allein für die Milchviehfütterung bestimmt ist, sondern auch zur Mast des Rindviehs verwendet wird. Die braunschweigischen Bauern sind, da sie verhältnismäßig wenig Aufzucht treiben, gezwungen, Magervieh zuzukaufen. Magere Jungbullen, Magerrinder und Ochsen werden kurz vor der Rübenenernte zur Mast aufgestellt, um zunächst das Rübenblatt günstig verwerten zu können. In früheren Jahren, als die Einfuhr von Kraftfutter ungehemmt vor sich ging, wurden erhebliche Mengen von Kraftfutter verwendet. Auch die abgemolkenen Kühe werden in den Abmelkwirtschaften zur Mast bestimmt. Das braunschweigische Mastvieh, das sich seit langen Jahren bis weit über die Grenzen des Landes hinaus einen guten Ruf erworben hat, wurde z.T. im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet abgesetzt.

Eine besondere Bedeutung kommt wegen der in der Stadt Braunschweig vorhandenen zahlreichen Wurst- und Fleischwarenfabriken der Schweinehaltung zu. Die Braunschweiger Wurst- und Fleischwaren erfreuen sich innerhalb des Deutschen Reiches und sogar im Ausland der größten Wertschätzung. Die vorzügliche Beschaffenheit der Waren ist nicht zuletzt durch die gute Qualität der braunschweigischen Mastschweine bedingt. In einigen Teilen des Landes ist auch die Schweinezucht stark ausgedehnt.

Die Schlachtungsstatistik gibt uns darüber Auskunft, welche Mengen an Rind- und Schweinefleisch im Lande und in den einzelnen Kreisen anfallen. Sie läßt uns aber im Stich, wenn wir die Überschuß- und Zuschußgebiete für Fleisch festlegen wollen; denn dabei ist auch die Ausfuhr bzw. Einfuhr von Vieh und Fleisch zu berücksichtigen. Da hier die statistischen Unterlagen versagen, müssen wir uns damit begnügen, aus dem Umfang und der Bedeutung der Viehhaltung in den einzelnen Kreisen die für uns notwendigen Schlüsse zu ziehen. Die Bedeutung der Viehhaltung für die Landwirtschaft wird aus dem Vergleich der im Lande Braunschweig und im Reich auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche gehaltenen Rinder und Schweine ersichtlich.

/Auf

Auf 100 ha landw. Nutzfläche wurden 1933/34 gehalten:

	<u>Rindvieh</u>	<u>Schweine</u>
Kreis Braunschweig	63,99	138,15
" Wolfenbüttel	52,80	72,49
" Helmstedt	51,91	104,93
" Gandersheim	66,67	115,85
" Holzminden	59,27	118,66
" Blankenburg	42,89	72,10
<hr/>		
Land Braunschweig	56,78	104,38
Deutsches Reich	67,26	81,40

Der Rindviehbestand ist anteilmäßig in Braunschweig geringer als im Reich. Der Reichsdurchschnitt wird in keinem Kreise erreicht. Das kommt daher, daß der Bestand an Kühen im Lande verhältnismäßig weit kleiner ist als im Reich, da die Aufzucht keine große Rolle spielt. Viele Kälber werden bald nach der Geburt zur Milchmast aufgestellt und kommen daher nicht in die höheren Altersklassen. Günstiger für Braunschweig sind die Zahlen für die Schweine. Nur die Kreise Wolfenbüttel und Blankenburg bleiben hinter dem Reichsdurchschnitt zurück, der in den Kreisen Braunschweig, Helmstedt, Gandersheim, Holzminden und im Lande insgesamt weit überschritten wird, am meisten im Kreise Braunschweig, der durch die Landeshauptstadt die besten Verwertungsmöglichkeiten hat.

Für die Beurteilung der Versorgungsverhältnisse erhalten wir einigermaßen brauchbares Material, wenn wir die im Lande vorhandenen Rinder und Schweine mit der Einwohnerzahl in Verbindung bringen.

Auf 1000 Einwohner kamen bei der Viehzählung 1933.

	<u>Rinder</u>	<u>Schweine</u>
Kreis Braunschweig (ohne Stadt)	510	1 077
" Wolfenbüttel	329	452
" Helmstedt	368	744
" Gandersheim	413	718
" Holzminden	339	679
" Blankenburg	154	258
<hr/>		
Land Braunschweig	249	458
Deutsches Reich	303	366

/Auch

Auch diese Übersicht bestätigt, daß der Rindviehbestand im Lande hinter dem im Reiche verhältnismäßig weit zurückbleibt. Es kann also wohl ohne Bedenken der Schluß gezogen werden, daß das Land kein Überschußgebiet für Rindfleisch ist. Dagegen liegen die Ziffern für Schweine so hoch über dem Reichsdurchschnitt, daß man ohne weiteres das Land als Überschußgebiet für Schweinefleisch bezeichnen kann. Während bei der Berechnung der Viehstärke auf die landwirtschaftliche Nutzfläche bei Rindvieh sämtliche Kreise unter dem Reichsdurchschnitt liegen, weisen bei der Berechnung der Viehstärke auf die Einwohnerzahl alle Kreise mit Ausnahme von Blankenburg höhere Ziffern auf als das Reich. Man darf die errechneten Ziffern aber nur mit einer gewissen Vorsicht bei der Untersuchung der Versorgungsverhältnisse verwenden; denn in den ländlichen Kreisen muß natürlich eine erheblich größere Anzahl von Tieren auf 1000 Einwohner entfallen als im Reichsdurchschnitt. Als Überschußgebiete für Rindfleisch können die Kreise Braunschweig, Gandersheim und Helmstedt gelten. Dagegen wird man die Kreise Holzminden und Wolfenbüttel nur als Selbstversorgungsgebiete, den Kreis Blankenburg und die Stadt Braunschweig als Zuschußgebiete ansehen müssen. Für Schweinefleisch sind alle Kreise mit Ausnahme von Blankenburg und der Stadt Braunschweig Überschußgebiete. Sehr wichtig sowohl für die Rindfleisch- als auch für die Schweinefleischversorgung sind die Exklaven Thedinghausen, wo auf 1000 Einwohner 1390 Rinder und 3378 Schweine, und Calvörde, wo auf 1000 Einwohner 853 Rinder und 1914 Schweine entfallen. Ein erhebliches Bedarfsgebiet ist demgegenüber die zum Kreise Wolfenbüttel gehörende Exklave Harzburg, wo auf 1000 Einwohner nur 90 Rinder und 184 Schweine kommen.

VI. Forstwirtschaft.

Dazu: Karten 39, 40,
87a, 87b u. 87c.

1. Waldfläche und forstliche Besitzverhältnisse.

Über die Waldfläche des Landes Braunschweig gibt die Karte Nr. 39 "Fläche der Forsten und Holzungen nach der Bodenbenutzungserhebung 1927" und die nachfolgende Zusammenstellung 1 Aufschluß.

Zusammenstellung 1

Waldfläche und Bewaldungsprozent, Verhältnis der Waldfläche zur Gesamtfläche im Lande Braunschweig.
(Nach der Reichsforststatistik 1927)

Verwaltungs- bezirke	Waldfläche			
	über- haupt ha	v.H.der Ge- samtwald- fläche des Landes	v.H.der Ge- samtfläche des Verwal- tungsbezir- kes (Bewal- dungsprozent)	je 1000 Einwoh- ner ha
1	2	3	4	5
Kreis Braunschweig	7 663	7,0	14,2	39,1
Wolfenbüttel	14 510	13,3	19,8	168,1
Helmstedt	17 125	15,6	21,5	214,3
Gandersheim	17 067	15,6	32,3	329,5
Holzminden	23 662	21,6	41,4	464,9
Blankenburg	29 424	26,9	63,5	792,8
Braunschweig	109 451	100,0	30,2	218,0

Die Verteilung der forstlichen Besitzverhältnisse ist aus der Karte Nr. 40 "Verteilung der forstlichen Besitzarten usw." und aus den Zusammenstellungen 2-4 zu ersehen.

Zusammenstellung 2

Die forstlichen Besitzverhältnisse in Braunschweig 1932.

	ha	v.H.
Staatsforsten	75 668,0	= 67
(Holzboden)	(70 815,0)	
Gemeindeforsten	926,9	
Stiftungsforsten	279,0	18 171,2 = 17
Privatforsten	16 965,3	
Genossenschaftsforsten	18 458,4	= 16
Gesamtwaldfläche	112 297,6	= 100

/Zusammenstellung

Zusammenstellung 3

Verteilung der forstlichen Besitzarten im Lande Braunschweig
in Hundertteilen der Holzbodenfläche jeder Besitzart.
(Nach der Reichsforststatistik 1927)

Verwaltungs- bezirke	Von je 100 ha der Gesamtholzfläche bzw. der betr. forstlichen Besitzarten entfielen auf die Kreise					
	Gesamt- holz- fläche	Staats- forsten	Gemein- defor- sten	Stiftungs- forsten	Genossen- schafts- forsten	Privat- forsten
1	2	3	4	5	6	7
Kreis Braunschweig	7,0	4,4	0,2	26,8	13,9	10,1
Verden	13,3	10,3	2,8	15,8	33,6	5,4
Verden	15,6	15,9	2,6	11,7	20,0	11,5
Verden	15,6	15,6	8,6	29,6	23,6	8,2
Verden	21,6	27,0	39,3	0,9	8,5	13,7
Verden	26,9	26,8	46,5	15,2	0,4	51,1
././.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Zusammenstellung 4

Verteilung der forstlichen Besitzarten im Lande Braunschweig
in Hundertteilen der Holzbodenfläche jedes Kreises.
(Nach der Reichsforststatistik 1927)

Verwaltungs- bezirke	Von je 100 ha d. Gesamtholzfläche entfielen auf						
	Gesamt- holz- fläche	Staats- forsten	Gemein- defor- sten	Stiftungs- forsten	Genossen- schafts- forsten	Privat- forsten	
1	2	3	4	5	6	7	
Kreis Lüneburg	100	39,8	0,1	1,2	1,1	33,3	25,7
Verden	100	49,5	0,3	0,7	0,4	42,7	7,1
Verden	100	65,2	0,2	0,4	0,2	21,4	13,0
Verden	100	64,1	0,5	1,1	0,6	25,4	9,4
Verden	100	80,3	1,7	-	-	6,7	11,3
Verden	100	64,2	1,7	1,8	0,1	0,3	33,7
././.	100	64,2	1,0	0,2	-	16,8	17,8

Das Bewaldungsprozent des Landes Braunschweig liegt mit
rd. 30 v.H. über dem Reichsdurchschnitt von 27 v.H. Ganz auf-
fallend hoch ist der Anteil der Staatsforsten an der Forstflä-
che des Landes, der z.Z. mit 67 v.H. den Reichsdurchschnitt um mehr
als das Doppelte übertrifft.

/Aus

Aus dem hohen Anteil der Staatsforsten in Verbindung mit dem verhältnismäßig ebenfalls hohen Bewaldungsprozent erklärt es sich, daß die braunschweigische Staatsforstverwaltung wesentlich größer ist, als man der Größe des Landes nach zunächst anzunehmen geneigt ist. Die braunschweigischen Staatsforsten erreichen mit ihrer rd. 75 000 ha großen Gesamtfläche die Staatsforstfläche Hessens nahezu ganz und bleiben auch nur um ein Viertel hinter der Staatsforstfläche Badens zurück, obschon Hessen dreimal und Baden nahezu fünfmal so viel Einwohner hat als Braunschweig.

Das höchste Bewaldungsprozent weisen die Gebirge des Harzes und Sollings in den Kreisen Blankenburg und Holzminden auf, in denen zugleich der Staatswaldbesitz bei weitem vorherrscht. Das geringste Bewaldungsprozent besitzen die Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel, in denen -in ausgesprochen landwirtschaftlicher Gegend- der bäuerliche private und genossenschaftliche Waldbesitz verhältnismäßig am stärksten vertreten ist. Forstliche Betriebe waren im Lande Braunschweig nach der Reichsforststatistik von 1927 1488 vorhanden. Von der forstwirtschaftlich benutzten Fläche entfielen auf die Betriebe über 1000 ha 70 v.H., über 500 - 1000 ha 3 v.H., über 100 - 500 ha 14 v.H., unter 100 ha 13 v.H.

2. Waldbauliche Verhältnisse.

Kaum ein zweites Land weist so außerordentlich wechselnde waldbauliche Verhältnisse auf so engem Raume auf wie Braunschweig. Niederschlagsmengen und Temperaturen und damit das Klima wechseln schon infolge der großen Höhenunterschiede (80-970 m) sehr stark. Das Gleiche gilt für die geologischen und Bodenverhältnisse. Nahezu sämtliche Schichten aller Erdzeitalter sind in reichem Maße vertreten. Als Extreme seien nur erwähnt der arme Kulmkiesel-schiefer des Paläozoikums und der fruchtbare Lößlehm des Diluviums. Besonders schwierige Probleme bieten der außerordentlich labile Hilssandstein, die Molkenböden des Sollings, die Hochmoore des Harzes und das Niederungsgebiet des Drömlings. Die Geländeausformung wechselt außerordentlich; es finden sich Ebene, Hügelland und Mittelgebirge in reichem Wechsel.

Die Vegetationstypen reichen von den verschiedenen Typen
/des

des Eichenwaldes bis zum reinen Piceetum des Harzes und zum Pinetum des Ostens. Dazu treten die Bruch- und Au-Waldtypen. Mit Ausnahme der Weißtanne sind sämtliche deutschen Holzarten bestandesbildend und auf den verschiedensten Bonitäten vertreten. Die Verteilung der Hauptholzarten und Betriebsarten im Lande Braunschweig ist aus den Zusammenstellungen 5 und 6 zu ersehen.

Zusammenstellung 5

Verteilung der Hauptholzarten im Lande Braunschweig.
(Nach der Reichsforststatistik 1927)

Verwaltungs- bezirke	Holz- boden- fläche	Von der Holzbodenfläche jedes Kreises sind bestanden mit				
		Ei- che	Buche und sonstige Harthöl- zern	Birke u. sonst. Weich- hölzern	Kiefer und Lärche	Fichte und sonstige Nadelhölzern
1	2	3	4	5	6	7
Kreis Braunschweig	7 663	3 413	2 358	230	1 191	471
Verdenbüttel	14 510	997	8 028	148	168	5 169
Verdenstedt	17 125	2 640	5 093	1 238	6 018	2 136
Verdenheim	17 067	594	9 512	84	134	6 743
Verdenmünden	23 662	1 272	11 607	107	290	10 386
Verdenburg	29 424	600	9 464	95	598	18 667
Braunschweig	109 451	9 516	46 062	1 902	8 399	43 572

/Zusammenstellung 6

Zusammenstellung 6

Verteilung der Holz- und Betriebsarten im
Lande Braunschweig.
(Nach der Reichsforststatistik 1927)

Geg- en- stände	Von je 100 ha Holzbodenfläche sind bestanden mit											
	Laubholz							Nadelholz				
	Hochwald			Niederwald			Mittel- wald	Hochwald				
	Ei- che	Buche und sonst. Hart- hölzer	Birke und sonst. Weich- hölzer	Ei- chen- schäl- wald	Wei- den- häh- ger	Sonst. Stock- aus- schlä- ge	Stock- aus- schlä- u.Ober- holz	Kie- fer	Lär- che	Fich- te	Tan- ne	Sonst. Nadel- höl- zer
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Braun- schweig	2,1	1,3				0,2	1,8	1,1		0,4		
Abte- büttel	0,5	7,1	0,05				0,8		0,2	4,7		0,1
Bedt	1,8	4,2	1,1			0,1	1,0	5,5	0,1	1,9		
rsheim	0,2	8,4					0,6	0,1		6,1	0,1	0,1
nden	0,8	10,3	0,05			0,1	0,7	0,2		9,4		
nburg	0,3	8,4					0,6	0,5		17,0		
schweig	5,7	39,7	1,2	-	-	0,4	5,5	7,4	0,3	39,5	0,1	0,2
Laubholz = 52,5 v.H.								Nadelholz = 47,5 v.H.				

Die Zusammenstellung 6 zeigt, daß die Niederwaldbetriebsform im Lande Braunschweig fast überhaupt nicht vertreten ist, neben der Hochwaldbetriebsform aber der Mittelwaldbetrieb noch vorkommt. Namentlich im Hügellande und in der Ebene Braunschweigs sind noch zahlreiche Mittelwald- und Überführungsbestände anzutreffen, die teilweise auch einen ausgesprochenen plänterwaldartigen Charakter aufweisen.

Laub- und Nadelholzbestände sind etwa zu gleichen Anteilen vertreten. Die Hauptholzarten sind die Fichte und Buche, von denen die erstere namentlich im Harz und Solling, die Buche im Weserberglande und im braunschweigischen Hügellande vorkommt. Besondere Erwähnung verdient noch, daß die Staatsforsten Braunschweigs mit die wertvollste Lärchenrasse Deutschlands in den Forstamtsbezirken Mariental und Helmstedt aufweisen.

Auf Grund der mit den Forsteinrichtungserneuerungen der letzten Jahre verbundenen genauen waldbaulichen Zustandserfassungen und bestandesgeschichtlichen Forschungen sind in den Einrichtungswerken waldbauliche Richtlinien entwickelt worden, die an Stelle des bis vor kurzem in der Forstwirtschaft und

/besonders

~~besonders dem Waldbau überall vorherrschenden Liberalismus~~ für einheitliche Wuchsgebiete waldbauliche Grundsätze und Grundregeln festlegen, die insbesondere weitgehendste Ausnutzung der Naturverjüngung und Nachzucht von Mischbeständen unter Wahrung der standörtlichen Belange und Berücksichtigung der natürlichen Vegetationstypen zur Pflicht machen.

Besondere Beachtung wird seit Jahren, wie jetzt auch im Reichsjagdgesetz vorgeschrieben, dem Ausgleich der Interessen von Jagd, Forst- und Landwirtschaft geschenkt, dem bei dem erheblichen Rotwildbestande des Landes ganz besondere Bedeutung zukommt. Besonders in den beiden letzten Jahren sind im Staatshaushalt für Anlage von Kulturgattern, Äsungsflächen und für Wildfütterung erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.

3. Holzertrag

Der Holzertrag der braunschweigischen Forsten (Staats- und Nichtstaatswaldungen) hat nach den Erhebungen des Jahres 1927 betragen:

Land — Reich	Laubholz		Nadelholz		Stock- und Reis- holz fm	Verwertete Masse im ganzen fm
	Derbholz fm	Nutz- holz v.H.	Derbholz fm	Nutz- holz v.H.		
1	2	3	4	5	6	7
Braunschweig	209 000	35	203 000	87	69 000	481 000
Reich	11 600 000	29	30 600 000	70	7 500 000	49 700 000

Während die braunschweigischen Waldungen nur 0,8 v.H. der Reichswaldfläche ausmachen, betrug der Holzertrag der braunschweigischen Forsten nach den Erhebungen des Jahres 1927 rd. 1 v.H. des Gesamtanfalls des deutschen Waldes. Besonders muß bezüglich der Wertleistung der braunschweigischen Forsten dabei noch hervorgehoben werden, daß die Nutzholzanteile am Gesamtderbholzeinschlag im Lande Braunschweig den Reichsdurchschnitt weit übertreffen (s. Spalte 3 und 5 der vorstehenden Übersicht).

Die hohe Massen- und Wertleistung der braunschweigischen Forsten ist abgesehen von der Standortwahl, der Pflege und der Bestockung ohne Zweifel in erster Linie mit auf den durch die Jahrhunderte alte Tradition geförderten hohen Stand der braunschweigischen Forstverwaltung zurückzuführen, die nicht nur

/die

die Staatsforsten, sondern auch einen großen Teil des Nichtstaatswaldes, der über die Hälfte seit Jahrzehnten unter staatlicher Beförsterung steht, zu leistungsfähigen forstwirtschaftlichen Betrieben gestaltet hat.

Der Holzeinschlag hat in den braunschweigischen Forsten seit dem Jahre 1910 unter dem Einfluß der Kriegs- und Inflationsjahre und während der Zeit der Holzhöchst- und -tiefstpreise (1928 - 1932) stark geschwankt. Die Staatsforstverwaltung hat mit Rücksicht hierauf wie zur Erfassung der vorhandenen Holzvorräte vom Jahre 1929 an gelegentlich der Einrichtungen genaueste Vorrats- und Zuwachsermittlungen zur Neufestsetzung der Hiebsätze ausgeführt. Die Aufnahmen sind in dem größten Teile der Staats- und beförsterten Waldungen abgeschlossen. Nach den vorliegenden Aufnahmen kann künftig mit folgendem Holzertrag an verwertbarer Masse gerechnet werden:

Staatsforsten	rd. 75 000 ha	mit 380 000 fm	= 5.0 fm je Jahr u. ha						
Beförsterte									
Waldungen	" 20 000 "	" 90 000 "	= 4,5 "	" "	" "	" "	" "	" "	" "
Freie Privat-									
waldungen	" 17 000 "	" 75 000 "	= 4,5 "	" "	" "	" "	" "	" "	" "
insgesamt 112 000 ha mit rd. 550 000 fm.									

Auf die Hiebsatzfestsetzung im freien Privatwalde hat die Staatsforstverwaltung keinen Einfluß. Da es sich bei diesem Waldbesitz jedoch um gut bewirtschafteten größeren und Großwaldbesitz handelt, wird mit Sicherheit mit einem gleichen durchschnittlich jährlichen Holzertrag wie in den beförsterten Waldungen gerechnet werden können.

Nach den Erhebungen des Jahres 1927 betrug die durchschnittliche jährliche Holznutzung je ha im Reichsdurchschnitt

im Staatswald	= 4,5 fm verwertbare Masse
im beförsterten Wald	= 3,8 " " "
im Privatwald (Großwaldbesitz)	= 4,5 " " "
im Kleinwaldbesitz	= 2,3 " " "

4. Forstpolitische Verhältnisse und Forstverwaltung.

Forstpolitisch ist Braunschweig vor allem dadurch interessant, daß es zusammen mit Teilen von Hannover das am weitesten nach Norden vorgeschobene Gebiet mit einer ausgesprochenen gesetzlichen Beeinflussung der nichtstaatlichen Forsten darstellt. Die Waldungen sämtlicher juristischen Personen stehen
/unter

~~unter staatlicher Beförderung~~ (Forstaufsicht). Es handelt sich dabei weit überwiegend um Genossenschaftsforsten, die sich aus den alten Markforsten entwickelt haben und die heute in Braunschweig die Rolle der Gemeindeforsten des übrigen Deutschlands einnehmen. Die meist ideellen Anteile dieser Forsten bilden ein wesentliches Rückgrat für den braunschweigischen Bauern, sodaß diese Waldungen auch agrarpolitisch von besonderem Interesse sind. Für sämtliche Nichtstaatsforsten besteht weiter seit alter Zeit ein bedingtes Rodungsverbot und ein Wiederaufforstungsgebot. Die frühzeitige Einwirkung des Staates auf den Nichtstaatswald hat sich sehr segensreich ausgewirkt. Ihr dürfte in erster Linie zu verdanken sein, daß auch auf den fruchtbaren Lößlehm Böden des Hügellandes und der Ebene die landwirtschaftlichen Flächen von Forstflächen mittleren Umfangs unterbrochen werden und damit die Landschaft ihr heutiges kerndeutsches Gepräge erhalten hat. Jedenfalls gibt es zu denken, daß in der anstoßenden preußischen Provinz Sachsen, die bisher keine die Privatforstwirtschaft einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen kannte, der Wald auf den Lößlehm Böden fast völlig verschwunden ist.

Eine gleichalte Tradition und Erfahrung wie auf dem Gebiete der Forstaufsicht besitzt die braunschweigische Forstverwaltung hinsichtlich der Fragen der Forstberechtigungen, die in Braunschweig zufolge der geschilderten uralten engen Verbindung zwischen Wald und Wirtschaftsleben einen besonders großen Umfang einnahmen. Es ist ein großes Verdienst der braunschweigischen Forstwirtschaft zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, daß bereits damals die den Wald am meisten belastenden Berechtigungen, insbesondere die Streu- und Weideberechtigungen, in großzügiger Weise abgelöst wurden. Der Frage der Ablösung der Holzberechtigungen hat die braunschweigische Forstverwaltung, wie die einschlägigen Gesetzesbestimmungen zeigen, bis zur Gegenwart weiterhin größte Beachtung entgegengebracht.

Bezüglich der Frage der Forstverwaltung sei nochmals darauf hingewiesen, daß von der Gesamtwaldfläche des Landes entfallen auf

Staatsforsten	rd.	75 000 ha
Aufsichtsforsten	"	20 000 "
(beförsterte Privatforsten)		
Freie Privatforsten	"	<u>17 000 "</u>
././.		112 000 ha.

/In

In dem freien Privatwald wird der Forstverwaltungs- und Betriebsdienst bei dem Großwaldbesitz von Beamten ausgeübt, die die gleiche Vorbildung wie die Staatsforstbeamten haben.¹⁾ In den kleinen Privatwaldungen übernimmt diese Aufgabe -vielfach unter Zuziehung eines Forstbetriebsbeamten- der Besitzer selbst. Die eigentlichen Betriebsarbeiten (Waldarbeiten) werden beim Großwaldbesitz von besonderen Waldarbeitern, bei dem kleinen Waldbesitz, bei dem es sich in der Regel um gemischten forst- und landwirtschaftlichen Betrieb handelt, hauptsächlich von landwirtschaftlichen Arbeitern erledigt.

Die Zentralforstbehörde für die Staats- und Aufsichtsforsten hat ihren Sitz in Braunschweig. Nach dem Weltkrieg wurde die alte Herzogliche Kammer aufgehoben und durch eine besondere Mittelbehörde, das Landesforstamt, ersetzt. Nach der Machtergreifung durch die nationalsozialistische Regierung wurde auch diese Mittelinstanz beseitigt und das Landesforstamt als Ministerialforstabteilung -"Forstabteilung"- in das Staatsministerium eingegliedert.

Als örtliche Verwaltungsbezirke sind 30 Forstamtsbezirke vorhanden, die einschließlich der Aufsichtsforsten eine Durchschnittgröße von 3 200 ha aufweisen (vgl. Karte 87c "Die Forstamtsbezirke der Braunschwg. Staatsforstverwaltung"). Den Forstämtern unterstehen die Revierförstereibezirke mit einer Durchschnittsgröße von 730 ha. Die Durchschnittsgröße der Forstamtsbezirke und Revierförstereien entspricht etwa den Durchschnittssätzen, die auch vom Reichsforstamt für angemessen und erstrebenswert gehalten werden. Es ist hierbei jedoch zu berücksichtigen, daß die braunschweigische Forstverwaltung zahlreiche über das übliche Maß weit hinausgehende Arbeiten zu erfüllen hat. Neben den erwähnten forstpolitischen Aufgaben ist hier vor allem auf die allgemeine kulturelle Bedeutung der braunschweigischen Forsten hinzuweisen, die -am weitesten nach Norddeutschland vorgeschoben- einen ausserordentlich starken Fremdenverkehr aufzuweisen haben; Umstände, die zwangsläufig die Verwaltungsarbeiten wesentlich erhöhen.

Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in der Staatsforstverwaltung allein betrug im Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1928- 1932 3 035 Männer und Frauen. An Arbeitsschichten

¹⁾ Henkelsches Forstamt Hasselfelde I
Herzogliches Forstamt Blankenburg
" " Heimburg

/sind

sind in den gleichen Jahren im Mittel 290 000 Arbeitstage geleistet. Die Ausgaben für die planmäßigen Forstarbeiten betrugen im Wirtschaftsjahr 1931 1 500 000 RM und werden sich für das Wirtschaftsjahr 1934 auf 2 000 000 RM belaufen.

Als Besonderheit der braunschweigischen Staatsforstverwaltung muß noch hervorgehoben werden, daß Braunschweig unter der nationalsozialistischen Regierung als erste deutsche Staatsforstverwaltung einen ausgesprochenen Nettoetat einführen konnte, der die wirtschaftliche Beweglichkeit der Verwaltung stark erhöht und das besondere Interesse verschiedener deutscher Länder erregt hat.

Besondere Beachtung verdient auch die braunschweigische forstliche Betriebsstatistik, die bis in die 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreicht und im Jahre 1932 einen Ausbau in moderner betriebswissenschaftlicher Hinsicht erfuhr. Insbesondere gilt dies für die in Ergänzung der kameralistischen Kassensollrechnung eingeführte Gewinn- und Verlustrechnung. Die alljährliche Veröffentlichung der braunschweigischen "Wirtschaftsergebnisse" findet weit über die braunschweigischen Landesgrenzen, ja selbst über die deutschen Grenzen hinaus Beachtung.

5. Forsteinrichtungswesen und forstliche Versuchsanstalt.

Die Forsteinrichtung wurde in den letzten Jahren der großen Vergangenheit würdig weiter aus- und umgebaut. Das geltende Forsteinrichtungsverfahren ist in der Dienstanweisung für Forsteinrichtung vom Jahre 1931 niedergelegt. Diese Dienstanweisung trägt durch weitestgehende Vorratsermittlungen mit Hilfe von Vollklupierungen, Weiserflächen und Probestreifen den neuzeitlichen Forderungen nach Leistungswirtschaft und Leistungskontrolle Rechnung wie kein zweites Einrichtungsverfahren eines deutschen Landes. Diese Tatsache ist auch in der Literatur anerkannt und findet ihren Beweis darin, daß die neue Forsteinrichtungsdienstanweisung von zahlreichen Staats- und Privatforstverwaltungen Deutschlands und des Auslandes als Muster zur Ausführung von Einrichtungsarbeiten und Vorratsaufnahmen angefordert wird. Nachdem der größte Teil der braunschweigischen Staatsforsten nach dem neuen Verfahren eingerichtet ist, wird die Staatsforstverwaltung binnen kurzer Zeit in der Lage sein, einen lückenlosen Überblick über ihre Holzvorräte
/gegliedert

-gegliedert nach Alters-, Durchmesser- und Wertsklassen- zu besitzen. Außer auf dem Gebiete der Vorrats- und Leistungskontrolle geht das braunschweigische Forsteinrichtungsverfahren neue Wege insbesondere durch Ermittlung auch des Vorratswertes zum Zwecke einer besseren Sicherung der Nachhaltigkeit und der Gewinnung der für eine einwandfreie forstliche Erfolgsrechnung notwendigen Grundlagen; die Theorie der Betriebsklassen ist wesentlich weiter entwickelt, die Rentabilitätskalkulation ist auf eine neue einwandfreie Grundlage gestellt, und schließlich sind die laufenden Wirtschaftsverbuchungen in einer solchen Form angeordnet, daß sie automatisch eine ausreichende Bestandesgeschichte liefern.

Das Vorhandensein einer eigenen forstlichen Versuchsanstalt kommt auch der gegenwärtigen Verwaltung noch erheblich zugute. Die Forstliche Versuchsanstalt hat sich in den letzten Jahren insbesondere mit der Bessergestaltung der forstlichen Arbeit beschäftigt und auf diesem Gebiete auch eine größere Reihe von Veröffentlichungen herausgebracht, die allgemeine Beachtung gefunden haben. Der Forstlichen Versuchsanstalt obliegt auch die Pflege und Bewirtschaftung des staatlichen Forstgartens Riddagshausen und der in diesem gelegenen staatlichen Darrre, die für die sichere Erhaltung der einheimischen Holzartenrassen von größter Bedeutung ist. Der Versuchsanstalt untersteht neben ihren eigentlichen Versuchsaufgaben auch der schon oben erwähnte meteorologische Beobachtungsdienst.

6. Zusammenfassung

Die braunschweigische Staatsforstverwaltung weist, aufgebaut auf einer Jahrhunderte alten großen Tradition, ein ausgeprägtes und fruchtbares Eigenleben und so vielseitige forsttechnische, betriebswirtschaftliche, verwaltungs- und forstpolitische Erfahrungen auf, wie man auf Grund der Größe des Landes zunächst nicht annehmen sollte, die aber ohne Zweifel auch den Vergleich mit weit größeren forstlichen Landeszentralen standzuhalten vermögen. Hinzu kommt, daß sich am Sitz der forstlichen Zentrale in Braunschweig mannigfache gute und

/umfangreiche

umfangreiche Organisations- und Existenzgrundlagen und andere Hilfsmittel befinden, zu denen insbesondere auch die botanische Abteilung der Technischen Hochschule, die Forsteinrichtungs- und Forstliche Versuchsanstalt, die umfangreichen, mehrere Tausende von Bänden umfassenden Bibliotheken der Forstabteilung des braunschweigischen Finanzministers, sowie der Forsteinrichtungs- und Forstlichen Versuchsanstalt zu rechnen sind. - Es steht zu erwarten, daß diesen bodenständigen und organisch erwachsenen Werten auch bei dem Neubau des Reiches und dem Ausbau einer einheitlichen Reichsforstverwaltung Rechnung getragen wird, indem Braunschweig als ehrwürdiger Mittelpunkt forstlichen Schaffens und Gestaltens der Sitz einer künftigen forstlichen Mittelstelle (Landforstmeisterbezirk) werden wird, zu dem es auch weiterhin im Hinblick auf seine günstige Lage und Verbindung zu den großen Waldgebieten des Harzes und des Weserberglandes ganz besonders geeignet ist.

Abschnitt B: G e w e r b e (Industrie und Handwerk).I. Die gewerblichen Betriebe in Industrie und Handwerk 1933.

Dazu: Tabellen 12a, 12b u. 12c.

Karten 41 bis 48.

1. Allgemeines.

Die nachstehenden Ausführungen, die ein Bild der industriellen und handwerklichen Wirtschaft im Lande Braunschweig geben sollen, beruhen auf den Ergebnissen der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1933. Als gewerblicher Betrieb im Sinne dieser Zählung galt die örtliche Einheit, die alle auf räumlich zusammenhängenden Grundstücken liegenden Einrichtungen eines Unternehmens umfaßt. Jede einzelne räumlich gesonderte Betriebsstätte wurde besonders erfaßt, und zwar auch dann, wenn sie dem gleichen Unternehmer und zur gleichen Gewerbeart gehörte. Alle von der Hauptniederlassung räumlich getrennten Zweigniederlassungen, Verkaufsstellen, Filialen usw. zählten demnach als selbständige Betriebe. Dabei beschränkte sich die Erhebung nicht nur auf die privaten Erwerbsbetriebe, sie erfaßte daneben auch sämtliche gemeinnützigen Betriebe und Einrichtungen privater, genossenschaftlicher und öffentlich-rechtlicher Art.

Bei der Wertung der Zahlenangaben ist besonders zu beachten, daß die 1933er Betriebszählung das Bild der gewerblichen Wirtschaft in dem Zustande wiedergibt, in dem die verschiedenen Maßnahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik sich noch nicht ausgewirkt hatten. Zwar konnte bereits damals das äußerste Tief der Wirtschaftskrise als überschritten gelten, die Einschrumpfung des Wirtschaftskörpers war aber noch äußerst weitgehend. Zur Zeit, im Frühjahr 1935, hat die braunschweigische gewerbliche Wirtschaft ihr Aussehen in recht wesentlichen Teilen bereits wieder verändert. Zahlreiche 1933 stillliegende Betriebe haben inzwischen ihre Pforten wieder geöffnet, und Tausende von Volksgenossen sind infolgedessen wieder in den Produktionsprozeß eingereiht.

Die nachstehenden Ausführungen beziehen sich auf die Zahl der Betriebe, deren Personalbestand und die zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendete Kraftmaschinenleistung, ferner auch auf die nach der Stärke der Belegschaft abgestuften

/Größenklassen

Größenklassen der Betriebe (Klein-, Mittel-, Groß- und Riesenbetriebe).

Vergleiche mit den Ergebnissen der früheren gewerblichen Betriebszählung vom Jahre 1925 sollen den Umfang der Zu- oder Abnahme und die hierfür wahrscheinlich maßgebenden Ursachen aufzeigen. Die Angaben sind hauptsächlich auf das gesamte Land, häufig aber auch daneben noch auf die Stadt Braunschweig abgestellt. Ein Eingehen auf die einzelnen Kreise verbot sich wegen der Knappheit des zur Verfügung stehenden Raumes. Die angezogenen Zahlenangaben sind zu einem großen Teile in der Tabelle 12a "Die gewerblichen Niederlassungen, ihr Personal und die verwendete Kraftmaschinenleistung im Lande Braunschweig und in der Stadt Braunschweig 1933" Tabelle 12b "Die Gewerbebetriebe im Lande Braunschweig nach Größenklassen 1933" Tabelle 12c "Die Gewerbebetriebe in der Stadt Braunschweig nach Größenklassen 1933" enthalten.

2. Die Zahl der industriellen und handwerklichen Betriebe und das Personal.

Im vorgeschilderten Rahmen der gewerblichen Betriebszählung 1933 wurden, wie aus Abschnitt B der Übersicht 12a hervorgeht, im Lande Braunschweig 15 723 industrielle u. handwerkliche Betriebe in der Stadt " 3 704 " " " " be ermittelt. Das Personal betrug im Lande Braunschweig 74 508 Köpfe, in der Stadt " 27 172 " .

Von der Gesamtzahl der Betriebe entfielen

	im Lande Braunschweig	in d. Stadt Braunschw.		
	Betriebe	v.H.	Betriebe	v.H.

Abt. A. Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei usw.	357	1,2	51	0,6
" B. Industrie u. Handwerk	15 723	54,7	3 704	46,5
" C. Handel u. Verkehr	12 630	44,1	4 222	52,9

Während also im Lande Braunschweig die industriellen und handwerklichen Betriebe, der eigentliche Gütererzeugungsapparat, den ersten und die Handels- und Verkehrsbetriebe, der Güterverteilungsapparat, den zweiten Platz einnahmen, rangierten in der Stadt Braunschweig die letzteren an erster Stelle vor Industrie und Handwerk. Der Grund liegt darin, daß die zahlreichen in der Stadt Braunschweig vorhandenen mittleren und kleinen Handelsbetriebe den Hundertsatz der industriellen und handwerklichen Betriebe herabgedrückt haben.

/Etwas

Etwas anders liegen die Verhältnisse bezüglich der beschäftigten Personen. Von ihnen entfielen

	im Lande Braunschweig		in der Stadt Braunschweig	
	Personen	v.H.	Personen	v.H.

Abt. A	878	0,7	133	0,3
" B	74 508	62,8	27 172	57,4
" C	43 238	36,5	19 985	42,3

Hier nimmt demnach sowohl im ganzen Lande als auch in der Stadt Braunschweig die Abteilung Industrie und Handwerk die überragende Stelle ein.

Im Vergleich zu 1925 ist für das Land Braunschweig eine Zunahme der Betriebs=, aber eine Abnahme der Personenzahlen, für die Stadt Braunschweig jedoch eine Abnahme in beiden Richtungen festzustellen.

		Betriebe	Beschäftigte Personen
1925	Land Braunschweig ...	15 160	101 179
	Stadt "	... 4 153	40 467
1933	Land Braunschweig ...	15 723	74 508
	Stadt "	... 3 704	27 172

Zu= oder Abnahme (-) v.H.

Land Braunschweig ...	+ 3,7	- 26,4
Stadt "	... -10,8	- 32,9
<u>Reich</u>	- 0,3	- 30,3

Dieser Entwicklung liegen vermutlich verschiedenartige, zum Teil einander entgegengesetzte Ursachen zugrunde. Was zunächst die Zunahme der Betriebszahl im Lande anlangt, so handelt es sich wohl nur in seltenen Fällen um eine tatsächliche Ausweitung des Erzeugungsapparates, sondern vielmehr um die in krisenhaften Zeiten verständliche Entstehung kleiner und kleinster Betriebe, die ihren Inhabern eine Art Zufluchtsstätte vor dem Elend der Arbeitslosigkeit und den damit im Zusammenhang stehenden Begleitumständen gewähren sollten. Dafür spricht namentlich die starke Zunahme im Nahrungs= und Genußmittel= sowie im Reinigungsgewerbe (Wasch= und Plättanstalten). Die Zahl der beschäftigten Personen in den Betrieben des Landes ist dagegen gegenüber 1925 zurückgegangen, wenn diese Abnahme auch nicht, wie die vorstehende Übersicht weiter ersehen läßt, das Ausmaß des Rückganges wie im Reich erreicht hat. Besonders beteiligt sind dabei die Gruppen Bergbau und Salinenwesen sowie Industrie der

/Steine

Steine und Erden.

In der Stadt Braunschweig erstreckte sich die Abnahme gegenüber 1925 sowohl auf die Zahl der Betriebe als auch auf die der beschäftigten Personen. An dem Rückgange der Betriebszahl sind besonders das Holz- und Schnitzstoffgewerbe sowie vor allem das Bekleidungsgewerbe und unter diesem die Schneiderei und Schuhmacherei beteiligt. Zahlreiche selbständige Maßschneidereien hatte bei der sinkenden Kaufkraft ihrer Kundschaft die Konkurrenz der Konfektionsgeschäfte zum Erliegen gebracht; ebenso haben die in allen Teilen der Stadt Braunschweig neu aufgetretenen Schnellbeschlanstalten auf das Fortbestehen des selbständigen Schuhreparaturgewerbes ungünstig eingewirkt.

Eine Abnahme der Kopfzahl machte sich namentlich in dem Holz- und Schnitzstoffgewerbe, dem Bekleidungsgewerbe, dem Baugewerbe, vor allem aber in der Musikinstrumenten-Industrie (Pianofortebau) und im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau bemerkbar. Die beiden letzteren Gruppen übten 1925 noch einen regen Export nach dem Auslande aus, der jedoch 1933 fast vollständig aufgehört hatte. Welches Ausmaß die Einschränkung des Personals, bei nur geringem Rückgang der Betriebszahl, erreicht hatte, geht daraus hervor, daß die Gruppe Maschinen- usw. bau allein eine Personaleinbuße von 55 v.H. und, gemessen an der Kopfzahl der Industrie- und Handwerksbetriebe in der Stadt Braunschweig, von 15 v.H. erlitten hatte. Inzwischen ist jedoch bei zahlreichen Betrieben eine kräftige Belebung eingetreten. So haben z.B. das Baugewerbe und der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau ihre Personaleinbuße mehr als aufgeholt.

3. Die Motorenverwendung.

Die Zahl der Industrie- und Handwerksbetriebe, die motorische Kraft, d.h. zum Antrieb von Arbeitsmaschinen bestimmte Wind-, Wasser-, Wärmekraftmaschinen und Elektromotoren verwendeten, betrug

1925	im Lande Braunschweig	3 575	oder	23,6	v.H. der Gesamtzahl
	in der Stadt	"	876	"	21,1 " " "
1933	im Lande Braunschweig	5 277	oder	33,6	v.H. der Gesamtzahl
	in der Stadt	"	1 161	"	34,4 " " "

Die Zunahme stellte sich also im Lande Braunschweig auf 1 702 Betriebe oder 47,6 v.H., in der Stadt Braunschweig auf 285 Betriebe oder 32,5 v.H.

/Welohe

Welche Bedeutung die Motorisierung in Industrie und Handwerk 1933 im Rahmen des gesamten Gewerbes gewonnen hatte, möge die folgende Aufstellung zeigen. Von der Gesamtzahl der motorisierten Betriebe entfielen

	im Lande Braunschweig		in der Stadt Braunschweig	
	Betriebe	v.H.	Betriebe	v.H.
bt. A. Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei usw.	16	0,3	3	0,2
B. Industrie u. Handwerk	5 277	84,7	1 161	81,4
C. Handel und Verkehr	934	15,0	262	18,4

Etwa fünf Sechstel aller motorisierten Gewerbebetriebe gehörten also in Land und Stadt Braunschweig der Abteilung Industrie und Handwerk an; die Abteilung Handel und Verkehr fällt demgegenüber scharf ab.

Die Motorisierung der Betriebe im Lande stellt sich am höchsten bei den Gewerbegruppen Bergbau und Salinenwesen, Eisen- und Stahlgewinnung sowie Metallhütten und Metallhalbwerkzeuge mit 100 v.H. (in der Stadt Braunschweig mit 100 v.H.) der motorisierten Betriebe, dann folgen Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung mit 71,0 v.H. (87,5 v.H.), Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 70,3 v.H. (70,4 v.H.), die chemische Industrie usw. mit 69,2 v.H. (71,1 v.H.), Holz- und Schnitzstoffgewerbe usw. mit 63,9 v.H. (49,4 v.H.), Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau mit 55,5 v.H. (57,0 v.H.), Eisen- und Metallwarenherstellung mit 54,1 v.H. (48,2 v.H.). Demgegenüber sind Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 9,5 v.H. (16,1 v.H.), Baugewerbe nebst Baunebengewerbe mit 9,1 v.H. (7,3 v.H.) und Leder- usw. Industrie mit 4,8 v.H. (11,6 v.H.) nur in geringem Umfange motorisiert.

Am deutlichsten zeigt sich das Wesen der fortschreitenden Motorisierung, wie sie sich namentlich im Weg der sogen. "Rationalisierung" in den letzten Jahren vollzog, in der Verschiebung des Verhältnisses zwischen menschlicher und motorischer Arbeitskraft. Im Jahre 1925 überwog, wenn man die verwandten PS zu den beschäftigten Personen in Beziehung setzt, wie es in der nachstehenden Aufstellung geschieht, im gesamten Lande die Maschinenkraft lediglich in Industrie und Handwerk. Jetzt hat sie dort derart überhand genommen, daß sie auch im Gesamtgewerbe vorherrschend ist. Noch schärfer zeigt sich die Zurückdrängung der menschlichen Arbeitskraft in der Stadt Braunschweig. Im Jahre

1925 überwog die menschliche Arbeitskraft sowohl in Industrie und Handwerk als auch im Gesamtgewerbe noch die motorische. Im Jahre 1933 hatte jedoch die Motorisierung der industriellen und handwerklichen Betriebe ein solches Ausmaß angenommen, daß auf 100 beschäftigte Personen 151,7 PS -anstatt 58,5 1925- kamen. Das hatte die Wirkung, daß nunmehr auch im Gesamtgewerbe der Stadt Braunschweig die motorische Arbeitskraft überwiegt. Auf 100 beschäftigte Personen der gewerblichen Betriebe

		entfielen PS			
		1925		1933	
Land Braunsch.		Stadt Braunsch.		Land Br.	Stadt Br.
Verbeabt. A.	6,6	2,2		4,0	0,2
" B.	125,9	58,5		213,0	151,7
" C	28,3	30,7		38,3	31,1
Sammen	94,6	48,6		147,8	100,3

Das Übergewicht der motorischen über die menschliche Arbeitskraft stieg am höchsten im Lande in der Montanindustrie, in der Wasser=, Gas= und Elektrizitätsgewinnung sowie in der Industrie der Steine und Erden, bemerkenswerterweise auch im Holzgewerbe und in der chemischen Industrie. Andererseits behauptete die menschliche Arbeitskraft ihren Vorrang in der Eisen=, Stahl= und Metallwarenherstellung, der elektrotechnischen, der optischen und feinmechanischen Industrie, in der Lederindustrie und im Bekleidungs= und Reinigungsgewerbe.

Berechnet man die Kraftmaschinenleistung auf je 1 Motorenbetrieb, so zeigten das höchste Maß von Motorisierung im Lande die Montanindustrie, auf die die weitaus größte Leistung von 2 119 Ps je Betrieb entfiel. Auch Eisen= und Metallgewinnung, Metallhütten usw. mit 230 PS, Textilindustrie mit 222 PS, Industrie der Steine und Erden mit 174 PS, Wasser=, Gas= und Elektrizitätsgewinnung mit 115 PS sowie Maschinen= usw.bau mit 101 PS nahmen noch einen bevorzugten Platz ein. Die übrigen Gewerbegruppen fielen demgegenüber zurück. In der Stadt Braunschweig behauptete die erste Stelle Wasser=, Gas= usw.Gewinnung und =versorgung mit 235 PS. Es folgen dann noch mit Leistungen von mehr als 100 PS je Betrieb Maschinen=, Apparate= und Fahrzeugbau (192 PS), Textilindustrie (187 PS) und Baugewerbe (139 PS).

4. Klein=, Mittel=, Groß= und Riesenbetriebe.

Die Gewerbebetriebe werden üblicherweise nach der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen in 4 Größenklassen: Kleinbetriebe (1 bis 5 beschäftigte Personen), Mittelbetriebe (6 bis 50 beschäftigte Personen), Großbetriebe (51 bis 1000 beschäftigte Personen) und Riesenbetriebe (über 1000 beschäftigte Personen) eingeteilt. Was den Anteil dieser 4 Größenklassen an der Gesamtzahl der Betriebe anlangt, so überwiegen die Kleinbetriebe ganz ausserordentlich stark. Auf sie allein kamen über neun Zehntel, während auf die Mittelbetriebe 7,3 v.H., auf die Großbetriebe nur 1,2 v.H. und auf die Riesenbetriebe gar nur 0,1 v. H. entfielen. Ganz wesentlich verschiebt sich das Bild, wenn man den Anteil der 4 Größenklassen an der Zahl der beschäftigten Personen betrachtet. Hier nahmen die Großbetriebe mit 39,2 v.H. die erste Stelle ein, es folgen dann die Kleinbetriebe mit 34,9 v.H. Dagegen fallen die Mittelbetriebe mit 19,9 v.H. und vollends die Riesenbetriebe mit 6,0 v.H. stark ab.

Was die Motorisierung betrifft, so waren die Kleinbetriebe zu rund 30 v.H. und die Mittelbetriebe zu rund 70 v.H., die Großbetriebe zu rund 98 v.H. und die Riesenbetriebe zu 100 v.H. mit Kraftmaschinen ausgerüstet. Es muß auffallen, daß nicht sämtliche Großbetriebe mit Kraftmaschinen ausgerüstet sind. Tatsächlich ist das bei 4 von 91 Betrieben mit 51 bis 100 beschäftigten Personen nicht der Fall gewesen. Je 1 dieser 4 Betriebe gehörte der elektrotechnischen Industrie und dem Bekleidungs-gewerbe sowie 2 dem Baunebengewerbe an. An der Nennleistung der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten Kraftmaschinen sind die Groß- und Riesenbetriebe ^{ebenfalls} am stärksten beteiligt; sie verfügen über rund 60 v.H., die Mittelbetriebe über ein Viertel und die Kleinbetriebe über ein Sechstel der gesamten Kraftmaschinenleistung.

II. Die gewerbliche Produktion

1. Die handwerkliche Produktion.

Wie man an wundervollen alten Meisterstücken im Städtischen Museum oder an sonstigen handwerklichen Kostbarkeiten Handwerksfleiß und Handwerkskultur bewundern kann, wie die wundervollen Fachwerksbauten mit ihrem reichen Aufbau und Schnitzwerk dem Stadtbild Braunschweigs ihr Gepräge geben und von handwerklichem Gestaltungswillen verflossener Jahrhunderte zeugen, so zeigt sich auch das braunschweiger Handwerk der Jetztzeit den Aufgaben gewachsen, die die neue Zeit erfordert. In ihm werden die alten Handwerkstraditionen besonders gehegt und gepflegt, um sie in verständnisvoller Anpassung an die heutigen Zeiterfordernisse als Kulturwerte für alle Zeiten zu erhalten.

Das braunschweigische Handwerk hat schon von jeher eine bedeutende Stellung im Wirtschaftsleben der engeren Heimat und weit über deren Grenzen hinaus eingenommen. Einzelne Handwerkerzeugnisse, wie Braunschweiger Wurst, Mummecier und Braunschweiger Honigkuchen, sind in der ganzen Welt bekannt und geschätzt. Auch Industrieerzeugnisse, die heute Weltgeltung haben, wie Mühlenbau, Büssing-Autos, Optik- und Feinmechanik, Pianobau, Konservendosen u.a., sind ursprünglich aus heimischen Handwerksbetrieben, die durch Gewerbefleiß und Erfindergeist sich zu Großindustrien entwickelten, hervorgegangen.

Nicht der Zufall hat diese Gewerbeerzeugnisse in Braunschweig groß werden lassen, sondern die Vorbedingungen waren durch landschaftliche Verhältnisse und bodenständige Handwerke gegeben. Für den ausgedehnten Spargelbau hat zuerst ein Klempnermeister die Blechdosen in seiner Werkstatt hergestellt und verlötet. Daraus entwickelte sich die Konservendosenindustrie in Braunschweig, die heute führend in Deutschland ist. Der Harzer Erzbergbau hat schon in frühesten Zeiten die metallverarbeitenden Handwerkszweige ^{in Braunschweig} zu hoher Blüte gebracht. Die Erz-, Rot-, Stück- und Glockengießer waren schon in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts als Gilde anerkannt; damit waren die Huf-, Grob- und Waffenschmiede verbunden, von denen sich die Beckenwerker, Kleinschmiede, Schlosser und Büchsenmacher

später absenderten. Die Bedeutung dieser Handwerkszweige geht daraus hervor, daß Braunschweig der Vorort der Gilden von Magdeburg, Celle, Hannover, Hildesheim, Hameln, Northeim und Quedlinburg war.

Hervorragende Erzeugnisse der aus diesen Handwerken hervorgegangenen Kunstgießereien von Rinkleben und Howald sind in Bildwerken in ganz Deutschland verbreitet. Die Beckenwerkergilde war die bedeutendste in ganz Norddeutschland; Magdeburger und Lübecker Beckenwerker gehörten der Braunschweiger Gilde an.

Die Fortentwicklung dieser Gewerbe, die an sich zum Teil durch die Zeit überholt sind, bereitete den Boden für die Feinmechanik und den optischen Instrumentenbau vor, befruchtete andere damit verbundene Handwerkszweige, wie Tischlerei, Mechanik, Instrumentenbau, die für die Entwicklung der Pianoforte-Industrie, den Mühlenbau und Autobau von entscheidender Bedeutung waren. Wie diese Industrien nachweisbar ihren Ursprung und ihre Entwicklung auf Handwerksbetriebe zurückführen, so sind sie noch heute im wesentlichen auf den gelernten Handwerker, Schlosser, Mechaniker, Tischler, Maler usw. in ihrer Gefolgschaft angewiesen und ergänzen ihren Bedarf daher vorwiegend aus dem Handwerkerstand.

Die hohen Anforderungen, die durch diese Verhältnisse an den Handwerker gestellt werden, bedingen eine besonders sorgfältige und durchdringende Ausbildung des Handwerkernachwuchses, die sich ganz allgemein auf alle Handwerkszweige erstreckt. An reinen Handwerkerfortbildungsstätten sind im Lande Braunschweig vorhanden: die Handwerkerschule in Braunschweig, die höhere Landesbauschule in Holzminden, das Technikum in Wolfenbüttel, die Konditor-Fachschule in Wolfenbüttel, die Tischlerfachschule in Blankenburg a.H., die die handwerkliche Berufsausbildung des Handwerksnachwuchses durch die Meister neben der gewerblichen Berufsschule ergänzen und vertiefen, und die ständig Besucher aus dem ganzen Reichsgebiet und auch aus dem Auslande aufzuweisen haben. Von der Tischlerfachschule in Blankenburg heißt es erst in einer kürzlich von dem Reichsverband des Deutschen Tischlergewerbes und der Fachgruppe Holz in der Reichsbetriebsgemeinschaft Handwerk gemeinsam unterzeichneten Erklärung:

" Die Schule entspricht dem Aufbau- und Erziehungsprogramm der unterzeichneten Organisationen und

/wird

wird von diesen darin unterstützt. Die Schule ist unserer Auffassung nach als vorbildlich zu betrachten hinsichtlich des Lehrstoffes, der Lehrpläne und der Methoden."

2. Die industrielle Produktion.

Braunschweigs Anteil an der gewerblichen Wirtschaft des Deutschen Reiches geht weit über den ihm nach seiner Gebietsgröße und Bevölkerungszahl zukommenden Anteil hinaus.

Die gewerbliche Wirtschaft des Landes ist in einer Jahrhunderte währenden organischen Entwicklung mit dem Boden der Heimat aufs engste verbunden und hat gleichzeitig ihren Blick stark auf den Weltmarkt gerichtet. Sie stützt sich hierbei auf die mannigfachen Bodenschätze sowie auf die Bodenerzeugnisse des Landes und wird zugleich unterstützt durch charakteristische Eigenschaften seiner Bevölkerung: Intelligenz, Fleiß und Zähigkeit. Das harmonische Zusammenwirken dieser Grundfaktoren hat ihr zu allen Zeiten einen Platz an der Spitze der deutschen gewerblichen Wirtschaft zugewiesen.

Die gewerbliche Wirtschaft des Landes Braunschweig gliedert sich nach der gewerblichen Betriebstatistik von Jahre 1933 wie folgt:

A. Güter-Erzeugung.

I. Produktionsgüter	Betriebe	Arbeiter
a) Gewinnung von Kraftstoffen:	45	2 307
b) Gewinnung von Grundstoffen:	548	12 718
c) Herstellung von Konstruktionen:	4 319	23 216
	4 912	38 241
II. Verbrauchsgüter.		
a) Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln:	2 927	17 089
b) Herstellung von Bekleidungsgegenständen:	5 984	11 662
c) Herstellung von Wohnungsausstattungen, Kultur- und Luxusgegenständen:	1 900	7 516
	10 811	36 267
<u>Gütererzeugung</u>	<u>15 723</u>	<u>74 508</u>

/B. Güter-Verteilung.

B. Güter-Verteilung.

	Betriebe	Arbeiter
III. Großhandel	993	4 143
IV. Einzelhandel	6 797	16 111
V. Hilfsgewerbe des Handels	1 191	2 440
VI. Geld=,Bank= u.Börsenwesen	417	2 319
VII. Verkehr	1 131	10 836
VIII. Gaststätten	2 151	7 389
<u>Güter-Verteilung</u>	<u>12 680</u>	<u>43 238</u>

Vom Standpunkt einer nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik aus betrachtet, muß es für Braunschweig als ein günstiger Umstand bezeichnet werden, daß seine Wirtschaft in solch starkem Maße produktiv ist.

Die gewerbliche Wirtschaft des Landes Braunschweig ist auch, an der Verteilung der Erwerbstätigen auf die großen Wirtschaftsabteilungen gemessen, in stärkerem Maße produktiv als dies in den benachbarten niedersächsischen Landesteilen der Fall ist. Von der Zahl der gewerblich Erwerbstätigen entfallen in Braunschweig auf die produzierenden Gewerbeklassen -Industrie und Handwerk- 62,8 v.H., in der Provinz Hannover sind es 59,9 v.H. und in Oldenburg 58,1 v.H. Braunschweigs Anteil liegt ferner über dem Reichsdurchschnitt, der 61,7 v.H. beträgt.

Die Tatsache, daß in Braunschweig nicht eine einzelne Gewerbegruppe der gesamten Wirtschaft ihr Gepräge gibt, sondern eine ganze Reihe dieser Gruppen maßgeblichen Anteil an der Zahl der Erwerbstätigen und damit im gewissem Umfange auch am Produktionsumfang haben, stellt die Gesamtwirtschaft des Bezirks auf eine krisenfesten Grundlage, als dies in einseitig orientierten Wirtschaftsbezirken der Fall ist.

An der Gesamtzahl der in den gewerblichen Niederlassungen beschäftigten Personen (118 624) sind die einzelnen Gewerbegruppen wie folgt beteiligt: Nahrungsmittelindustrie mit 17 089 = 14 v.H., Einzelhandel mit 16 111 = 13 v.H., Metallindustrie mit 15 723 = 13 v.H., Verkehrsgewerbe mit 10 836 = 9 v.H., Bau- und Baunebengewerbe mit 8 299 = 7 v.H., Gaststättengewerbe mit 7 389 = 6 v.H., Bekleidungsgewerbe mit 6 284 = 5 v.H. und Holz- und Schnittstoffgewerbe mit 5 800 = 5 v.H.

Auf einer gleich breiten Basis beruht auch die

Exportbedeutung der braunschweigischen Industrie; am Export ist fast ausschließlich die Produktionsgüterindustrie beteiligt. Eine bei den 60 größten Exportfirmen des Landes durchgeführte Erhebung über den Produktionsumfang und den Exportanteil in den letzten 5 Jahren ergibt folgendes Bild:

Der Wert der Produktion dieser 60 Firmen betrug:

1930	1931	1932	1933	1934	
155	125	89	138	146	Millionen RM

Von diesen Werten entfielen auf den Export:

58	49	32	26	27	Mill. RM
= 37 v.H.	38 v.H.	36 v.H.	18 v.H.	18 v.H.	des Produktionswert.

An der Exportsumme sind 1934 dem Werte nach beteiligt:

Die Gruppe Maschinen-, Apparate und Fahrzeugbau mit rund 16 Mill.

"	"	Optik und Feinmechanik	"	"	5 "
"	"	Steine und Erden	"	"	1 1/2 "
"	"	Chemische Industrie	"	"	1 "

Der Anteil des Exportes am Produktionsumfang betrug im Jahre 1934 in der Gewerbe-Gruppe:

Optik und Feinmechanik 61 v.H., Musikinstrumente 40 v.H., Steine und Erden 30 v.H., Graphisches Gewerbe 25 v.H., Maschinen 19 v.H., Chemische Industrie 19 v.H., Asphaltindustrie 11 v.H., Metallhütten 20 v.H. und Papierindustrie 10 v.H.

In allen diesen Gruppen sind einzelne Betriebe vorhanden, die noch heute über die Hälfte ihrer Produktion exportieren und damit die größten Exportanteile aufweisen.

Ein erstmalig durchgeführter Versuch, Braunschweigs Anteil an der deutschen Volkswirtschaft zahlenmäßig - auf Grund amtlichen Materials - zu erfassen, gibt folgendes Bild:

0,78 v.H. des Reichsgebietes
 0,78 v.H. der Reichsbevölkerung
 0,78 v.H. der Betriebsfläche d. landwirtschaftl. Betriebe
 0,80 v.H. der Erwerbstätigen

Produktionsgüter:

1,6 v.H. des Wertes d. deutschen Produktion d. Eisen- und	
	Stahlgießereien
1,5 " " " " " "	im Maschinen-,
	Apparate u. Kesselbau,
1,7 " " " " " "	der Eisen und
	Stahlwarenindustrie
3,1 " " der Kalkprodukte	
100 " " des Asphaltgesteins	

/ 4,3 v.H.

4,3	v.H.	der Braunkohlenförderung	(Braunschw. Magdeburger Braunkohlen Bezirk)
4,5	" "	Braunkohlenbriketterzeugung	(Braunschw. Magdeburger Braunkohlen Bezirk)
6,1	" "	des Metallinhalts der Kupfererzförderung	(Harzer Bezirk)
13,9	" "	der Blei-, Silber- und Zinkerzführung	(Harzer Bezirk)
35,9	" "	des Bleimetallinhalts	
25,7	" "	Eisenerz-Fördermenge	(Südharzynischer und Harzer Bezirk)

Verbrauchsgüter:

1,5	v.H.	der Produktionsmenge an Marmelade u. Obstmarmelade	
2,1	" "	"	" Pflaumen- und Obstmus
8,2	" "	"	" Obstkonserven
31,0	" "	"	" Gemüse- u. Obstkonserven
davon:			
38,0	" "	"	" Gemüsekonserven
44,5	" "	"	" Erbsen
51,4	" "	"	" Spargel
2,1	" "	"	Molkereierzeugnisse
6,6	" "	"	Rohzuckermenge

Kraftwirtschaft:

1,0	v.H.	der Stromerzeugung KW
1,8	" "	" Stromerzeugung kWh

Verkehrswirtschaft:

0,85	v.H.	der Länge des Reichsbahnnetzes
5,9	" "	" " Privatnetzes
1,2	" "	" " Privatbahn- u. d. Reichsbahn-Netzes.

Von der Darstellung der Produktionsprogramme aller Gewerbegruppen im einzelnen soll Abstand genommen werden; die nachstehenden Ausführungen beschränken sich auf die Hervorhebung der besonders charakteristischen Merkmale der braunschweigischen Wirtschaftszweige.

Die Bedeutung Braunschweigs für die Gewinnung von Kraftstoffen (Kohle) und Grundstoffen (Rohstoffe) kommt in der vorstehenden Zahlenübersicht nicht voll zum Ausdruck; denn sowohl die Kohle als auch die Erzlagerstätten befinden sich an den östlichen und westlichen Grenzen des Landes Braunschweig und erstrecken sich in die benachbarten preußischen Gebietsteile hinein. Diese Tatsache hat denn auch zur Folge gehabt, daß zwischen Braunschweig und den benachbarten preußischen Gebieten

/besonders

besonders enge wirtschaftliche Wechselbeziehungen bestehen.

Der Braunschweigisch-Magdeburgische Braunkohlenbezirk -in ihm sind die Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke Helmstedt der bedeutenste Betrieb- ist mit 4,3 v.H. an der deutschen Rohbraunkohlenförderung und mit 4,5 v.H. an der deutschen Braunkohlenbriketterzeugung beteiligt. (Braunschweigs Gebiets- und Bevölkerungsanteil am Reich macht nur 0,78 v.H.aus). Die Braunschweigischen Braunkohlenlagerstätten erhalten für die deutsche Elektrizitätswirtschaft ihre besondere Bedeutung durch die von den Braunschweigischen Kohlenbergwerken betriebenen Großkraftwerke. Das Großkraftwerk Harbke, dessen Maschinenleistung jetzt von 70 000 KW auf 110 000 KW ausgebaut wird, wird künftig der Knotenpunkt der west- und ostdeutschen Elektrizitätswirtschaft sein. Die von Harbke aus im Bau befindlichen 220 000 Volt-Leitungen nach Berlin einerseits und nach Borken andererseits werden die bisher in dem deutschen Starkstromnetz vorhandene Lücke schließen.

Von wesentlich stärkerer Bedeutung für die deutsche Rohstoffwirtschaft ist der Reichtum des Gebietes an Eisen-, Blei-, Silber-, Zink- und Kupfererzen. Der subherzynische und der Harzer Bezirk -an beiden ist Braunschweig gebietsmäßig stark beteiligt- lieferten nach der Reichsproduktionsstatistik selbst in dem Krisenjahr 1932 rund 26 v.H. der deutschen Eisenerzförderung. Im nördlichen Harzvorland, in dem Raum Salzgitter-Peine-Braunschweig, wurden in den Jahren 1919-1931 Erzlager von beträchtlichem Ausmaße neu nachgewiesen; es handelt sich hierbei um ein Eisenerzkonglomerat der unteren Kreide, das einen durchschnittlichen Eisengehalt von nicht ganz 30 v.H. hat. Hierfür kann, nachdem das Erz durch ein besonderes Verfahren angereichert ist, das Thomasverfahren in Frage kommen. Neuere Verhüttungsmethoden, z.B. das Krupp'sche Rennverfahren u.a., werden in diesem Gebiete sicher in nicht allzu ferner Zukunft ihre weitverbreitete Verwendung zur Stahlerzeugung finden. Die allein im Salzgitterschen Höhenzug bergamtlich verliehenen Felder besitzen einen Erzvorrat, der für viele Jahre unerschöpflich ist.

Die z.Zt. nicht im Abbau befindlichen Eisenerzlager des Ostharzes mit einem Eisengehalt von 35-40 v.H. sind geeignet zur Erblasung eines Qualitäts-Roheisens.

Wenn auch zurzeit auf eine völlige Eisenerzeinfuhr nicht verzichtet werden kann, so besteht doch die Möglichkeit, unter

/Anwendung

~~Anwendung neuer Verhüttungsmethoden durch eine wesentlich stärker~~
 kere Auswertung der Eisenerzlager des Bezirkes die deutsche
 Einfuhr erheblich zu senken. Hingewiesen werden muß weiter
 darauf, daß noch keineswegs sämtliche Eisenerzvorkommen im
 Harzvorlande erschürft sind.

Eine Verhüttung dieser heimischen Rohstoffe findet im
 Lande Braunschweig seit einiger Zeit nicht mehr statt; die frü-
 her vorhanden gewesenen Hochofenanlagen sind vor einigen Jah-
 ren als Folge einer Konzernpolitik stillgelegt. Diese Maßnahme
 hat aber die Bedeutung der Eisen weiter verarbeitenden Indu-
 strien des Landes in keiner Weise beeinträchtigt. Die braun-
 schweigischen Eisengießereien setzen ihre Spezialerzeugnisse
 nach allen Teilen Deutschlands, selbst nach dem Auslande ab.
 Braunschweig ist ferner einer der Hauptproduktionspunkte der
 deutschen Blechwarenindustrie, die infolge ihrer engen Verbin-
 dung mit der braunschweigischen Konservenindustrie als boden-
 ständig anzusprechen ist.

Das Gleiche kann in gewissem Umfange von der braunschwei-
 gischen Metallindustrie schlechthin gesagt werden. Richtungs-
 gebend für ihre Entstehung und Entwicklung war der agrarwirt-
 schaftliche Charakter des braunschweigischen Landes in der er-
 sten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Die aus dem Handwerks-
 mäßigen herausgewachsene ursprünglich ihr Augenmerk mehr auf
 die Befriedigung des Lokalbedarfes der landwirtschaftlichen Ne-
 bengewerbe und der Landwirtschaft selbst richtende Maschinen-
 industrie hat sich organisch weiter entwickelt zu ihren heuti-
 gen Spezialitäten und Spitzenleistungen; ihr Absatzgebiet ist
 zu einem erheblichen Teil der Weltmarkt geworden.

Ursprünglich auf die Herstellung kleiner Mühlenanlagen,
 auf Apparate für die Zuckerindustrie und auf landwirtschaftli-
 che Geräte eingestellt, spezialisierte sie sich nach der
 Reichsgründung und vergrößerte sich durch Hinzunahme neuer
 Fabrikationsgebiete so z.B. der Eisenbahn-Signaleinrichtungen,
 Blechbearbeitungsmaschinen, Spezialmaschinen für die Konserven-
 industrie, Fleischereimaschinen, Nähmaschinen. In den 80er und
 90er Jahren wurden neu aufgenommen die Fabrikationen von Holz-
 bearbeitungsmaschinen, Dampfkesseln, Gasbehältern, Rechenma-
 schinen, Eisenbahnbedarf aller Art, Fahrrädern und Kraftwagen
 und schließlich die Herrichtung ganzer Fabrikanlagen wie Groß-
 mühlen, Zementwerke, Getreidespeicher, Transportvorrichtungen

aller Art, Zuckerfabriken u.a.m.

Die Tatsache, daß gerade in der braunschweigischen Metallindustrie in weitaus größtem Maße hochwertige Erzeugnisse hergestellt werden -an welchen der Arbeitslohn den größten Teil ausmacht- ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Miag-Amme-Luther-Seck-Mühlen verarbeiten in allen Erdteilen alle Arten von Körnerfrüchten zu Mehl, Oel und zu anderen Erzeugnissen; Speicher und Transporteinrichtungen der gleichen Firma sind in allen Welthäfen im Massengüterumschlag in Betrieb. Mineralöl-, Lagerungs-, Förderungs- und Verarbeitungsanlagen der Firma Dampfkessel-Wilke arbeiten in fast allen Oelproduktionsgebieten. Büssing-NAG Lastkraftwagen und Personenomnibusse laufen auf allen Autostraßen der Welt; mechanische Stellwerkanlagen der Vereinigten Eisenbahn-Signalwerke sichern den Betrieb unzähliger Bahnstrecken in allen Erdteilen; Rohr- und Rübenzuckerfabriken der Braunschweiger Maschinenbau Anstalt trifft man in allen Zucker erzeugenden Ländern der Welt; das "Gehirn von Stahl", die Brunsviga-Rechenmaschine, hilft in allen Ländern die schwierigsten Rechenaufgaben lösen; Voigtländers "Bergheil" und Fraiche & Heideckes "Rolleiflex" halten die Schönheiten aller Welt für das menschliche Auge fest; auf Zeitter & Winkelmann- und Grotrian-Steinweg-Flügeln ertönt deutsche Musik in der ganzen Welt; die feinmechanischen Werkstätten von Günther & Tegetmeyer liefern die empfindlichsten Forschungsapparate zur Messung atmosphärischer Vorgänge des Weltalls.

Von gleicher Bedeutung für die deutsche Metallwirtschaft sind die Blei-, Silber-, Zink- und Kupfererze im Harzbezirk. Das Erzvorkommen liegt zwar größtenteils auf preußischem Gebiete, jedoch werden die Hauptmengen der Förderung in den Ober- und Unterharzer Berg- und Hüttenwerken verarbeitet. An der Blei-, Silber- und Zinkerzförderung Deutschlands ist der Harzbezirk mit rund 14 v.H. beteiligt; da der Bleigehalt dieser Erze mit durchschnittlich 11,5 v.H. weit über dem Reichsdurchschnitt (4,5 v.H.) liegt, entfallen auf die Harzer Förderstätten rund ein Drittel des Bleigehaltes der deutschen Bleierzförderung. Die Kupfererzförderung des Harzes ist prozentual genommen nur gering, aber auch hier hat der hohe Metallinhalt der Erze zur Folge, daß rund 6.v.H. des Metallinhaltes der deutschen Kupfererzförderung auf den Harzbezirk entfällt.

/Die

Die geologische Struktur des Landes ist ferner ausschlaggebend dafür, daß die Industrien der Steine und Erden in so starkem Maße und in solcher Mannigfaltigkeit vertreten sind; auch in diesen Industriezweigen besteht eine enge wirtschaftliche Verflechtung mit den preußischen Nachbarbezirken. Von der Grauwacke, dem Gabbro und Granit des Harzes, geeignet für Wasser- und Straßenbauten mit höchster Beanspruchung, dem Sandstein für Hochbauten, dem Kalkstein für Bau- und Düngezwecke bis zu den mannigfachsten Erzeugnissen der Tonindustrie sind alle Gruppen durch Höchstleistungen erzielende Werke vertreten. Die Glasindustrie des Landes ist ausnahmslos auf Spezialfabrikate eingestellt, neben Hohl-, Spiegel- und Tafelglas werden Uhren- gläser, Brillengläser und sonstige technische Spezialgläser hergestellt.

Von besonderer Bedeutung für die deutsche Bauwelt ist das einzige deutsche Vorkommen an Naturasphaltgestein im braunschweigischen Weserkreis. Das Asphaltgestein steht hier in solchen Mengen an, daß mit einer Erschöpfung der Lagerstätten selbst bei steigender Ausbeute in absehbarer Zeit nicht gerechnet zu werden braucht.

Der Abbau von Kalisalzen ist im Lande Braunschweig infolge der Einwirkung der Naturgewalten zum Erliegen gekommen; demgegenüber ist die Steinsalz- und Siedesalzgewinnung durch große neuzeitlich eingerichtete Werke vertreten. Diese Werke sind noch heute mit rund einem Achtel an der gesamten deutschen Salzerzeugung beteiligt.

Der starke Anteil der Forsten an der Gesamtfläche. (rund drei Zehntel) bildet die Grundlage für eine ausgedehnte Holzindustrie, die sich keineswegs nur auf eine rohe Verarbeitung der Hölzer (Sägewerke) beschränkt, sondern auch eine Reihe von Spezialgebieten umfaßt. Die Harzforsten liefern in der Fichte ein gutes, besonders zu Bauzwecken, aber auch zur Kisten-, Papier- und Pappenfabrikation geeignetes Holz; in den übrigen über das ganze Land verteilten Forsten treten die Laubhölzer, vor allem die Buche stark in den Vordergrund und bilden die Grundlage einer mannigfach gegliederten Spezialindustrie (Stiele für Handwerksgeräte, Fässer, Möbelzubehörteile, Stühle, Turn- und Sportgeräte u.a.). Von besonderer Bedeutung ist ferner die Sperrholzfabrikation des Weserkreises, die zu einem

Teil auch ausländische Hölzer bearbeitet.

Das braunschweigische Druck- und Verlagsgewerbe reicht durch seine Spezialerzeugnisse in seiner Bedeutung nicht nur über den Rahmen des Bezirkes weit hinaus, sondern ist auch in erheblichem Umfange am Export beteiligt; es ist mit der Ausfluß eines starken kulturellen Lebens, das seit Jahrhunderten in Braunschweig in die Erscheinung trat. Die Arbeitsgebiete der braunschweigischen Verlagsfirmen liegen in der Hauptsache in der naturwissenschaftlichen und technischen Richtung, ferner auf schöngeistigem Gebiet, der Kartographie, dem Musikalienverlag und der Stenographie.

Von den Verbrauchsgüter-Industriegruppen - Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung-, Wohnungs- und Kulturbedarf - kommt der ersteren die weitaus größte Bedeutung zu. Sie stützt sich zu einem erheblichen Teil auf die infolge der guten Bodenbeschaffenheit erzielten Ernteträge und steht mit an der Spitze aller deutschen Erzeugergebiete.

Unter den verschiedenen Zweigen der Nahrungsmittel-Industrie des Bezirkes steht die Konservenindustrie an erster Stelle. Die braunschweigische Konservenindustrie nimmt dank ihrer organischen Entwicklung von jeher eine Sonderstellung innerhalb der deutschen Konservenindustrie ein. In ihrer Bedeutung ragt sie weit über den Rahmen des braunschweigischen Bezirkes hinaus und bildet mit den benachbarten preußischen Gebietsteilen einen einheitlichen Konservenwirtschaftsbezirk. In diesem Bezirk, der 70 v.H. der deutschen Gemüsekonservenproduktion umfaßt, ist Braunschweig der unbestrittene Vorort. Auf ihn allein entfallen rd. ein Drittel der gesamten deutschen Produktion.

Braunschweigs Bedeutung als Gemüsekonservenplatz stützt sich zu einem erheblichen Teil auf die eigenen züchterischen Arbeiten der Konservenindustrie selbst; mit dieser Pionierarbeit hat die Konservenindustrie wesentlich zur Förderung der allgemeinen landeskulturellen Entwicklung beigetragen. Durch die Anlage von Spargelkulturen auf Sandboden, die bisher ihrer geringen Fruchtbarkeit wegen nur wenig Nutzen abwarfen, sind diese Flächen allmählich auch für den Anbau anderer Feldfrüchte geeignet gemacht. Gerade in den Jahren nach dem Kriege hat die braunschweigische Konservenindustrie in dieser Hinsicht wertvolle Kulturarbeit geleistet. Eine Folge dieser Maßnahmen war,

daß der feldmäßige Anbau der Konservengemüse bis in die südlichen Randteile der Heide vordringen konnte. Dadurch wurden diese nördlich Braunschweigs gelegenen preußischen Gebietsteile in engste wirtschaftliche Verflechtung mit der braunschweigischen Konservenindustrie gebracht.

Ähnlich liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Zuckerindustrie. Braunschweigs Anteil an der deutschen Rohzuckererzeugung beträgt fast 7 v.H. Die im Bezirk Braunschweig gewonnenen Rohzuckermengen gehen z.T. als Rohzucker nach anderen Teilen des Reiches, z.T. werden sie in einheimischen Raffinerien zu Verbrauchszucker verarbeitet, deren Absatzgebiet im Norden bis zur Küste, im Westen bis weit in das rheinisch-westfälische Industriegebiet hineinragt.

Die wirtschaftliche Verbundenheit der benachbarten braunschweigischen und preußischen Gebietsteile erstreckt sich weiter auf die Getreidevermahlung. Die braunschweigischen Weizenmühlen decken ihren Bedarf an Mahlgut nicht nur aus den braunschweigischen, sondern auch aus den angrenzenden Teilen der Provinzen Hannover und Sachsen und geben ihre Produkte an den Norden und Westen des Reiches ab.

Einen weit über die Landesgrenze hinausgehenden Ruf besitzt auch die braunschweigische Fleischwarenindustrie; in der Braunschweiger Mumme besitzt Braunschweig ein Erzeugnis, das schon vor Jahrhunderten ein begehrter Exportartikel war.

Die Gewerbegruppe Bekleidung wird beherrscht von den handwerksmäßig betriebenen Gewerben; aber auch hier haben einige Spezialindustrien sich einen beachtlichen Ruf erkämpfen können, so z.B. die Kammgarnspinnerei in Helmstedt, die Herstellung von Futterstoffen und Baumwollgeweben in Stadtoldendorf, sowie in kleinerem Umfange die Damastweberei in Schöningen; auch die Mützenfabrikation in Braunschweig ist von Bedeutung.

Die Gewerbegruppe Wohnungsausstattung, Kultur- und Luxusgegenstände zeigt wieder das typische Bild der Vielgestaltigkeit. Von den industriell betriebenen Gruppen tritt die optische Industrie am stärksten hervor; ihr folgt die Klavierindustrie, die zwar an Umfang erheblich zurückgegangen, aber im Export doch noch von Bedeutung ist. Die an sich zahlenmäßig nicht sehr starke chemische Industrie stellt

pharmazeutische Erzeugnisse, künstliche Riech- und Geschmacksstoffe sowie Kerzen, Seifen und Farben her. Weltbekannt ist der Ruf des Fürstenberger Porzellans.

Von den Gewerbegruppen der "Güterverteilung" dürfte infolge ihrer besonderen Bedeutung noch kurz auf das Verkehrs- und das Gaststättenwesen des Landes einzugehen sein.

Der Wirtschaftsbezirk Braunschweig ist ein historisches Lehrbeispiel für eine planmäßig betriebene Verkehrspolitik, sowohl hinsichtlich der Wasserstraßen als auch der Eisenbahnen. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß in Braunschweig der Wasserstraßenverkehr -allerdings mit längeren Unterbrechungen- bis auf die Zeit Heinrich des Löwen zurückgeht, der Braunschweig erstmalig eine Wasserverbindung mit der "Salzenen See" ermöglichte. Immer, wenn unter den Folgen der Kleinstaatorei diese günstige Verkehrsmöglichkeit verloren ging, fanden sich weitblickende Wirtschaftspolitiker, welche ihr Augenmerk darauf richteten, dem Lande die Vorteile eines Binnenwasserstraßenweges erneut zu verschaffen, so z.B. Herzog Julius im 16. Jahrhundert und Herzog Karl I. im 18. Jahrhundert. Seit einigen Jahren ist Braunschweig durch den Mittellandkanal mit dem westdeutschen Wasserstraßennetz verbunden; in wenigen Jahren wird auch die Verbindung mit den ostdeutschen Binnenwasserstraßen hergestellt sein. Auf dem Gebiete der Eisenbahn ist der braunschweigische Staat bahnbrechend vorangegangen.

Braunschweig hat als erstes der deutschen Länder den Staatsbahngedanken zur Ausführung gebracht. Der braunschweigische Staat hatte, solange er im Besitz der Eisenbahnen seines Gebietes war, alles getan, was im Interesse seiner Wirtschaft notwendig war. Als aber die braunschweigischen Staatseisenbahnen zunächst an eine Privatgesellschaft und später an den preußischen Staat übergingen, ergab sich für die braunschweigische Wirtschaft die Notwendigkeit, dem vom preußischen Staat nicht befriedigten Verkehrsbedürfnis durch Bau von Privatbahnen Rechnung zu tragen. Dieses Netz der braunschweigischen Privatbahnen, das heute noch ein Drittel des gesamten Eisenbahnnetzes umfaßt, beschränkt sich aber nicht nur auf braunschweigisches Hoheitsgebiet, sondern brachte ganz besonders auch die benachbarten preußischen Gebietsteile in eine engere Verbindung mit Braunschweig. 40 Prozent des gesamten Verkehrs der

/braunschweigischen

braunschweigischen Privatbahnen entfallen auf preußische Gebietsteile. In den benachbarten preußischen Provinzen ist eine derartige Initiative der Wirtschaft nicht in die Erscheinung getreten; die Provinzen Sachsen und Hannover bleiben daher mit der Dichte ihres Eisenbahnnetzes auch wesentlich hinter der des braunschweigischen Bezirks zurück.

Ähnlich liegen auch die Verhältnisse hinsichtlich des Kraftwagenverkehrs, der besonders im Harz unter tätigster Anteilnahme der braunschweigischen Kraftwagenindustrie so engmaschig ausgebaut ist, daß nur wenige Orte des Harzes ohne Eisenbahn, oder ohne Kraftwagenverbindung sind. Des weiteren wird Braunschweig von Reichsautobahnen sowohl in west-östlicher als auch in nord-südlicher Richtung berührt.

An der Entwicklung des Fremdenverkehrs nimmt Braunschweig -das Land zwischen Harz und Heide- in starkem Maße teil. Sowohl die alten historischen Stätten dieses Gebietes wie auch die landschaftlich bevorzugten Teile des Weserberglandes und des Harzes werden dank einer zielbewußten Führung in steigendem Maße besucht. Im letzten Sommer betrug der braunschweigische Anteil an den ganzen Fremdenübernachtungen des Harzes rd. 50 v.H.

Die braunschweigische Wirtschaft war zu allen Zeiten bodenständig und weltumspannend zugleich und ist es geblieben bis auf den heutigen Tag trotz aller Krisen und der damit zusammenhängenden Umstellungen, die in einer Jahrhunderte währenden Entwicklung unausbleiblich waren. Dieses dankt sie dem alten Hanseaten-Geist, der fortlebt und fortwirkt in den Führern der heutigen Wirtschaft.

Abschnitt C: H a n d e l u n d V e r k e h r .

I. Die gewerblichen Betriebe in Handel und Verkehr 1933.

Dazu: Tabellen 12a, 12b u. 12c.

1. Allgemeines.

Im Nachfolgenden soll ein Bild des Handels- und Verkehrsgewerbes im Lande Braunschweig, gemessen an der Zahl der Betriebe, deren Personalbestand und der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten Kraftmaschinenleistung, gegeben werden. Dabei greifen die grundsätzlichen Ausführungen, die in der Einleitung des Aufsatzes "Die gewerblichen Betriebe in Industrie und Handwerk im Lande Braunschweig 1933" gemacht worden sind, auch hier Platz. Die aufgeführten Zahlenangaben sind wie dort so auch hier zu einem großen Teile in der im Tabellenwerk befindlichen Übersicht Nr. 12a "Die gewerblichen Niederlassungen, ihr Personal und die verwendete Kraftmaschinenleistung im Lande Braunschweig und in der Stadt Braunschweig 1933", i. d. Übersicht 12b "Die Gewerbebetriebe im Lande Braunschweig nach Größenklassen 1933" u. i. d. Übersicht 12c "Die Gewerbebetriebe in der Stadt Braunschweig 1933" enthalten.

2. Die Zahl der Handels- und Verkehrsbetriebe u. das Personal:

Bei der gewerblichen Betriebszählung 1933 wurden, wie aus der Tabellenübersicht Nr. 12a zu ersehen ist,

im Lande Braunschweig	12 680	Handels- und Verkehrsbetriebe,
in der Stadt	4 222	" " " "

ermittelt. Das Personal betrug

im Lande Braunschweig	43 238	Köpfe
in der Stadt	19 985	" .

Im Rahmen des gesamten Gewerbes nahm also der Güterverteilungsapparat der Zahl der Betriebe nach im gesamten Lande mit 44,1 v. H. die zweite Stelle hinter Industrie und Handwerk, in der Stadt Braunschweig dagegen mit ihren zahlreichen mittleren und kleineren Betrieben die erste Stelle mit 52,9 v. H. ein. Legt man aber die Zahl der beschäftigten Personen zugrunde, so überragte Industrie und Handwerk sowohl im Lande als auch in der Stadt Braunschweig weit das Handels- und Verkehrsgewerbe, das im Lande nur den Hundertsatz von 36,5 und in der Stadt den etwas besseren von 42,3 erreichen konnte.

Im Vergleich mit der Zählung vom Jahre 1925 ist, wie die

folgende Nachweisung erkennen läßt, im Handel und Verkehr eine Abnahme sowohl der Betriebe als auch der Personenzahlen, und zwar für das Land und für die Stadt Braunschweig festzustellen.

	Betriebe	beschäftigte Personen
1925 Land Braunschweig	13 710	46 841
Stadt "	4 833	21 971
1933 Land Braunschweig	12 680	43 238
Stadt "	4 222	19 985

Zu- oder Abnahme (-) v.H.

Land Braunschweig	- 7,5	- 7,7
Stadt "	-12,6	- 9,0
<u>Reich</u>	+ 5,9	- 1,2

Während also hinsichtlich der Zahl der Betriebe das Reich einen Zuwachs von 5,9 v.H. aufwies, hatte das Land Braunschweig eine Abnahme von 7,5 v.H. und die Stadt Braunschweig sogar eine solche von 12,6 v.H. erfahren. Neben Braunschweig haben im Reich nur noch die preußischen Provinzen Posen/Westpreußen, Niederschlesien und Hohenzollern sowie der bayerische Landesteil Nordbayern eine Einbuße erlitten. In Bezug auf die Personenzahl hatte das Reich zwar auch eine Abnahme aufzuweisen, deren Ausmaß aber vom Lande und von der Stadt Braunschweig nicht unerheblich übertroffen wurde.

An dieser im ganzen nicht günstigen Entwicklung waren, wie aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlich ist, die 6 einzelnen Gruppen des Handels- und Verkehrsgewerbes sehr verschiedenartig beteiligt:

Gewerbegruppe	Zu- oder Abnahme(-) der Betriebszahlen gegen- über 1925 in v.H.		Zu- oder Abnahme(-) der Personenzahlen gegen- über 1925 in v.H.	
	Land Br.	Stadt Br.	Land Br.	Stadt Br.
Handel	- 24,6	- 23,3	- 25,7	- 29,0
Handel	- 8,4	- 14,8	- 1,6	- 5,2
Gewerbe, Handels- stellung u. sonstige +	3,3	+ 0,1	- 8,9	- 15,8
Gewerbe d. Handels- Bank-, Börsen- u. Versicherungswesen	- 27,9	± 0	- 7,3	+ 4,4
Arbeitswesen	+ 31,1	+ 103,7	- 10,5	- 1,5
Handwerkswesen	- 9,6	- 31,3	- 2,8	- 10,1

Die größte Abnahme inbezug auf die Zahl der Betriebe hatte im Lande die Gruppe Geld-, Bank-, Börsen- und Versicherungswesen mit fast 28 v.H. zu buchen. Sie beruht darauf,

daß eine ganze Anzahl von Filialen, die die Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften in der Zeit der Scheinblüte der Wirtschaft in einzelnen Teilen des Landes eingerichtet hatten, nach Eintritt der Krise wieder aufgegeben werden mußte. Die Stadt Braunschweig ist an diesem Betriebsrückgange nicht beteiligt, hier ist sogar eine Vermehrung des Personals in dieser Gewerbe-
gruppe festzustellen. Inzwischen hat sich aber auch in den übrigen Teilen des Landes die Zahl der Sparkassen und Kreditgenossenschaften nicht unerheblich wieder gehoben.

Nächst dem Geld=, Bank=, usw.wesen ist die Gewerbe-
gruppe Großhandel an der Einschrumpfung mit fast genau einem Viertel der Betriebs= und der Personenzahlen in Land und Stadt Braunschweig am meisten beteiligt. Dieser wesentliche Rückgang gegenüber 1925 ist besonders im Vergleich mit dem Einzelhandel bemerkenswert, der hinsichtlich der Betriebszahl eine ungleich geringere und hinsichtlich der Personenzahl fast überhaupt keine Einbuße erlitten hat. Die Unterschiede in der Entwicklung der beiden Handelszweige dürften sich zum Teil daraus erklären, daß der Großhandel nicht nur wie der Einzelhandel für die heimische Wirtschaft, sondern auch für den Warenbezug und =absatz von und nach dem Auslande arbeitet. Eine Betrachtung der Zahlenangaben für die einzelnen Zweige der Gruppe Großhandel läßt erkennen, daß besonders der Großhandel mit Getreide usw., mit Holzwaren und verwandten Artikeln sowie mit Textilgeweben die empfindlichsten Verluste erlitten hatte. Dagegen hatte der Großhandel mit Wein und Spirituosen, der allerdings teilweise auf den Einzelhandel übergreift, eine Zunahme der Betriebe und einen nur unerheblichen Rückgang der Personenzahl zu verzeichnen.

Die Gewerbegruppen Einzelhandel und Gaststättenwesen weisen im ganzen gesehen, ebenfalls nur einen geringen Rückgang auf, wenn auch das Gaststättenwesen in der Stadt Braunschweig, namentlich in bezug auf die Zahl der Betriebe, eine schärfere Schrumpfung erfahren hatte. Die Hauptträger dieser Rückwärtsentwicklung in der Landeshauptstadt waren die Hotels und Gasthäuser, besonders aber die Pensionate und Heime. Hier zeigten die Minderung der Kaufkraft der Bevölkerung sowie der Rückgang der Reisetätigkeit ihre besondere Auswirkung.

Eine entgegengesetzte Entwicklung hatten demgegenüber die beiden Gewerbegruppen Verlagsgewerbe, Handelsvermittlung und sonstige Hilfgewerbe des Handels sowie Verkehrswesen genommen.

In beiden ist in Land und Stadt Braunschweig eine Zunahme der Betriebe festzustellen. An dieser Aufwärtsbewegung waren bei der ersteren Gruppe die Gewerbearten Zeitungsexpedition und =Handel, Revision und Steuerberatung, Leihbibliotheken sowie Maschinenverleihung, bei der Gruppe Verkehrswesen dagegen Reichspost und Reichsbahn sowie sonstige Landbeförderung von Personen und Lasten beteiligt.

3. Die Motorenverwendung.

Die Zahl der Handels= und Verkehrsbetriebe, die motorische Kraft, d.h. zum Antrieb von Arbeitsmaschinen bestimmte Wind=, Wasser=, Wärmekraftmaschinen und Elektromotoren verwenden, betrug

im Lande Braunschweig 512	im Lande Braunschweig 934
<u>1925</u> in der Stadt " 149	<u>1933</u> in der Stadt " 262

Die Zunahme stellte sich hiernach gegenüber 1925 im Lande auf 422 Betriebe oder 82,4 v.H. und in der Stadt Br. auf 113 Betriebe oder 75,8 v.H. Bei den industriellen und handwerklichen Betrieben war demgegenüber im Lande eine Zunahme von nur 47,6 v. H. und in der Stadt Br. von nur 32,5 v.H. festzustellen. Hieraus läßt sich wohl der Schluß ziehen, daß jetzt auch in Handel und Verkehr das Bestreben, die in Betracht kommenden Betriebe mit Kraftmaschinen und Elektromotoren auszustatten, erheblich zugenommen hat. Im Rahmen der gesamten Gewerbebetriebe nahmen allerdings die Kraftmaschinen verwendenden Handels= und Verkehrsbetriebe nur eine untergeordnete Stelle ein. Denn nur etwas mehr als ein Siebentel der Gesamtzahl der Kraftmaschinenbetriebe entfielen im Lande und etwa ein Sechstel in der Stadt Braunschweig auf Handel und Verkehr. Daraus darf aber nicht etwa auf geringe Motorisierung des Güterverteilungsapparates geschlossen werden. Während nämlich die Motorisierung in Industrie und Handwerk im wesentlichen im motorischen Antrieb der Arbeitsmaschinen zum Ausdruck kommt, besteht sie im Handel und Verkehr in erster Linie in der Verwendung von Kraftfahrzeugen. Das nähere Ausmaß der Kraftfahrzeugverwendung kann allerdings nicht näher dargelegt werden, weil sie bei der gewerblichen Betriebszählung 1933 nicht ermittelt worden ist. Welchen Umfang die Motorisierung im braunschweigischen Güterverteilungsapparat aber erreicht hat, geht daraus hervor, daß nach den Ergebnissen der gewerblichen Betriebszählung 1925 von der gesamten Kraftfahrzeugleistung zu

372 848 PS allein 336 037 PS oder neun Zehntel auf Handel und Verkehr entfielen.

Die Verwendung von Arbeitskraftmaschinen in den Handels- und Verkehrsbetrieben stellte sich am höchsten im Lande beim Großhandel mit 17,2 v.H. und beim Verlagsgewerbe usw. mit 16,9 v.H. der Gesamtbetriebe dieser Gruppen. Es folgen im großen Abstände Verkehrswesen und Gaststättenwesen mit je 6,7 v. H., Einzelhandel mit 4,9 v.H. und an letzter Stelle Geld-, Bank-, usw.wesen mit 2,4 v.H. In der Stadt Braunschweig nahm dagegen die erste Stelle der Großhandel mit 14,8 v.H. seiner Betriebe ein. Auch das Verkehrswesen hatte mit 13,3 v.H. noch einen günstigen Platz inne, Demgegenüber fiel das Gaststättenwesen mit 8,0 v.H., der Einzelhandel mit 5,1 v.H. sowie das Verlagsgewerbe und das Geld- und Bankwesen mit 3,3 v.H. ab.

Von Interesse ist noch, daß im Handel und Verkehr die menschliche Arbeitskraft das Übergewicht über die motorische Arbeitskraft behalten hat; denn es entfielen auf 100 beschäftigte Personen im Lande nur 38,3 PS und in der Stadt Braunschweig nur 31,1 PS. Im Gegensatz dazu hatte in Industrie und Handwerk die motorische Arbeitskraft mit 147,8 PS im Lande und mit 100,3 PS auf 100 beschäftigte Personen in der Stadt Braunschweig das Übergewicht über die menschliche Arbeitskraft gewonnen.

4. Klein-, Mittel-, Groß- und Riesenbetriebe.

Bei der Gliederung der Gewerbebetriebe nach Größenklassen in die Gruppen Kleinbetriebe (1 bis 5 Personen), Mittelbetriebe (6 bis 50 Personen), Großbetriebe (51 bis 1000 Personen) und Riesenbetriebe (1001 und mehr Personen) entfielen von den 12 680 Betrieben in Handel und Verkehr, die 1933 im Lande Braunschweig ermittelt wurden, mehr als neun Zehntel auf die Gruppe Kleinbetriebe, rund ein Fünfzehntel auf Mittelbetriebe und 0,6 v.H. auf Großbetriebe. Ferner gehörte ein Betrieb, das Reichsbahn-Ausbesserungswerk in der Stadt Braunschweig mit 1 087 beschäftigten Personen, zu den Riesenbetrieben. Fast das gleiche Bild ergibt sich für die Stadt Braunschweig. Demnach herrschte im Handel und Verkehr weit überwiegend der Kleinbetrieb vor.

Legt man die Zahl der beschäftigten Personen zugrunde,

so nahmen im gesamten Lande die Kleinbetriebe mit 49,0 v.H. die erste Stelle ein; es folgten die Mittelbetriebe mit 25,2 v.H., die Großbetriebe mit 23,3 v.H. und die Riesenbetriebe mit 2,5 v.H. In der Stadt Braunschweig überragten dagegen die Großbetriebe mit 33,6 v.H. um ein Geringes die Kleinbetriebe mit 33,2 v.H. Den dritten Platz nahmen die Mittelbetriebe mit 27,8 v.H. und den letzten die Gruppe Riesenbetriebe mit 4,4 v.H. ein.

An der Motorisierung waren der Zahl nach im Lande die Kleinbetriebe mit 5,5 v.H., die Mittelbetriebe mit 27,5 v.H., die Großbetriebe mit 53,3 v.H. und die Gruppe Riesenbetriebe mit 100 v.H. beteiligt. Eine andere Reihenfolge ergibt sich aber, wenn man die Gruppen nach dem Anteil an der Nennleistung der Arbeitskraftmaschinen gruppiert. Dann nahmen wieder den ersten Platz ein die Kleinbetriebe mit rd. 43 v.H., den zweiten Platz die Riesenbetriebe mit rd. 23 v.H., den dritten Platz die Mittelbetriebe mit rd. 22 v.H. und endlich den vierten Platz die Großbetriebe mit 12 v.H. der gesamten Kraftmaschinenleistung.

II Verkehrswege und Verkehrsleistungen

1. Die Staatsstraßen

Dazu: Karte 54

Aus den alten Verkehrsadern, die das Land durchzogen, den Heer= und Landstraßen (auch Poststraßen), entwickelte sich im wesentlichen das heutige Netz der Staatsstraßen. Die übergeordnete Bedeutung dieser Straßen kommt auch heute noch häufig in der Bezeichnung der Straßen zum Ausdruck, z.B. Frankfurter Straße, Magdeburger Straße, Leipziger Straße usw. Die braunschweigischen Staatsstraßen erhielten ihre gesetzliche Eigenschaft als Staatsstraßen durch die sogen. neue Wegeordnung von 5.6.1871 (bzw. 29.6.1899). Danach sind Staatsstraßen solche Straßen, "welche zum allgemeinen Verkehr in einzelnen Landesteilen oder zu deren Verbindung mit den Nachbarstaaten dienen. Zu denselben gehören diejenigen Wege, welche bisher zu Heer= und Landstraßen ausdrücklich erklärt oder doch als solche behandelt worden sind usw." Hiermit fielen eindeutig auch die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der Staatsstraßen allein dem Staate zur Last.

Die Unterhaltung und Verwaltung der Staatsstraßen obliegt der Tiefbauabteilung des Braunschw. Finanzministers, früher der Braunschw. Baudirektion, die sich zur Durchführung aller für die Staatsstraßen notwendigen Maßnahmen usw. der in den einzelnen Baukreisen eingerichteten Straßen= und Wasserbauämter bedient. Die Baukreise entsprechen hierbei etwa den politischen Kreisen.

Der Umfang des braunschweig. Staatsstraßennetzes betrug am 31. März 1934 rund 739,2 km, die sich auf die einzelnen Baukreise wie folgt verteilen:

1) Braunschweig	111,7 km
2) Wolfenbüttel	100,4 "
3) Helmstedt	122,8 "
4) Gandersheim	118,8 "
5) Holzminden	141,5 "
6) Blankenburg a./H.	<u>144,0 "</u>
zusammen rund	739,2 km.

Von diesen Staatsstraßen waren rund 322,2 km Fernverkehrsstraßen, d.s. solche Straßen, die eine besondere, übergeordnete Verkehrsbedeutung haben. Staatsstraßen von besonderer Verkehrsbedeutung waren u.a. hiernach die in folgenden Fernverkehrsstraßenzügen enthaltenen Straßen:

- 1.) Magdeburger Straße - Hannoversche Straße in F 1:
(Rheinland-Hannover-Braunschweig-Magdeburg-Berlin);
 - 2.) Hamburger Straße-Leipziger Straße zwischen Braunschweig und
Wolfenbüttel - Goslarsche Straße- Harzburg- Nordhäuser Straße
in F.4 (Hamburg-Braunschweig-Harz-Erfurt-Nürnberg);
 - 3.) Frankfurter Straße bis zur Abzweigung der Holzmindener Stra-
ße sowie die Holzmindener Straße in F 64 (Braunschweig-Lut-
ter a.Bbge.-Seesen-Gandersheim-Eschershausen-Holzminden-
Höxter-Münster i.W.);
 - 4.) Hildesheimer Straße in F 78: (Braunschweig-Hildesheim-Hameln);
 - 5.) Leipziger Straße in F 79; (Braunschweig-Wolfenbüttel-Hessen
i.Br.-Halberstadt);
 - 6.) Blankenburg-Halberstädter Straße und Blankenburg-Hasselfelde-
Ilfelder Straße in F 81 (Magdeburg-Halberstadt-Blankenburg-
Nordhausen);
- außerdem führten noch die Fernverkehrsstraßen 3 und 82 z.T.
über braunschweigische Staatsstraßen.

Nach der mit dem Reichsgesetz über die einstweilige Neure-
gelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 26.März
1934 eingeleiteten Neueinteilung des Straßennetzes gingen zu-
nächst die im Zuge von Fernverkehrsstraßen liegenden Staatsstra-
ßen als "vorläufige Reichsstraßen" in die Unterhaltungspflicht
des Reiches über.

Bei der endgültigen Neueinteilung des Straßennetzes, die
am 1.April 1935 durchgeführt sein wird, werden von den bisher
739,2 km Staatsstraßen rd. 485 km Reichsstraßen werden; alsdann
wird auf diesen Straßen die Unterhaltung und der Ausbau mit
Mitteln des Reiches durch die bestehende Straßenbauverwaltung
durchgeführt werden. Der verbleibende Rest der Staatsstraßen
wird überwiegend in das zukünftige Netz der Landstraßen I.Ord-
nung und zum kleineren Teil in das Netz der Landstraßen II.Ord-
nung eingegliedert werden.

Nach dem Stande von Ende 1934 waren auf den Staatsstraßen
etwa die nachstehenden Strecken mit den folgenden verschiedenen
Befestigungsarten versehen:

- 1.) rd. 238 km: schwere Deckenarten (Pflaster; überwiegend Kleinpflaster);
- 2.) " 8 " : schwere bituminöse Deckenarten (Hartgußasphalt);
- 3.) " 69 " : mittelschwere Deckenarten (vorwiegend bituminöse Einstreu-, Einguß-, Misch- oder Tränkdecken);
- 4.) " 189 " : Oberflächenschutzschichten auf gewöhnlichen Schotterdecken (leichte Deckenarten) und
- 5.) " 235 " : gewöhnliche Schotterdecke (auch wasser- oder kiesgebundene Chaussierung genannt) (leichte Deckenarten).

Der Gesamtbauaufwand (Unterhaltungen, Ausbau, Umbau, einschl. Löhne, Soziallasten usw. aber ohne die Verwaltungskosten) betrug für die Jahre 1930 bis 1934 (für 1934 unter Ein-schluß der vorläufigen Reichsstraßen):

1930:	rd. 1 690 000 RM
1931:	" 820 000 "
1932:	" 1 300 000 "
1933:	" 1 350 000 "
1934:	" 2 865 000 " (vorläufige Ermittlung).

Je km Staatsstraße wurden demnach aufgewandt:

1930:	rd. 2 290 RM
1931:	" 1 110 "
1932:	" 1 760 "
1933:	" 1 830 "
1934:	" 3 880 " .

Außer den Staatstraßen wurden von der Staatsbauverwaltung noch rd. 2 200 km Kreisstraßen mitverwaltet, die nach dem 1. April 1935 Landstraßen I. Ordnung bzw. Landstraßen II. Ordnung, zu einem ganz geringen Teil aber auch Reichsstraßen werden; sie verbleiben auch fernerhin in der Verwaltung der staatl. Straßenbauverwaltung, soweit nicht durch die zukünftige Neuregelung der Straßenverwaltung etwas anderes bestimmt werden wird.

2. Eisenbahnen

Dazu: Karte 55

Braunschweig hat als erstes deutsches Land Staatseisenbahnen gebaut. Als erste braunschweigische Eisenbahn wurde im Jahre 1838 die Teilstrecke Braunschweig-Wolfenbüttel der Strecke Braunschweig-Bad Harzburg in Betrieb genommen, der bald weitere Eisenbahnstrecken folgten. Die braunschweigischen Staatseisenbahnen wurden jedoch im Jahre 1872 an eine Bankenvereinigung verkauft, die sie unter der Firma Braunschw.Eisenbahn-Gesellschaft bis zu dem in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erfolgtem Weiterverkaufe an den preußischen Staat als Privatbahnen betrieben hat. Vom preußischen Staat sind sie dann im Jahre 1920 auf das Deutsche Reich übergegangen.

An Reichsbahnstrecken sind z.Zt. im Lande Braunschweig vorhanden:

- 1) 293,20 km zweigleisige Hauptbahnen
- 2) 42,23 " eingleisige "
- 3) 121,21 " eingleisige Nebenbahnen, zusammen
456,64 km Reichsbahnen, und zwar

A. Hauptbahnen

(sämtlich vollspurig)

	Kilometerlänge auf braunschweig. Gebiet
1 Braunschweig-Hannover (einschl. Brschw. Hbf.) zweigl.	18,64
2 Braunschweig-Magdeburg (ausschl. Brschw. Hbf.) "	41,20
3 Braunschweig-Bad Harzburg " " " "	30,58
4 Groß Gleidingen-Hildesheim eingl.	13,01
5 Wolfenbüttel-Oschersleben zweigl.	35,41
6 Hannover-Stendal "	9,62
7 Helmstedt-Schöningen eingl.	10,94
8 Eilsleben-Börßum zweigl.	38,71
9 Börßum-Kreiensen-Holzminden "	80,03
10 Vienenburg-Goslar-Neuekrug-Hahausen "	10,44
11 Vienenburg-Langelsheim eingl.	2,78
12 Seesen-Herzberg "	15,50
13 Elze-Kreiensen-Salzderhelden (ausschl. Kreiensen) zweigl.	12,50
14 Elze-Hameln "	0,44
15 Wehrden-Holzminden "	7,31
16 Ottbergen-Northeim-Herzberg-Walkenried-Nordhausen "	<u>8,32</u>
A. Hauptbahnen zusammen	335,43

B. Nebenbahnen

(sämtlich vollspurig und eingleisig)

	Kilometerlänge auf braunschwg. Gebiet
1 Braunschweig-Gifhorn-Ülzen	13,66
2 Gliesmarode-Rb-Celle	17,26
3 Schandelah-Öbisfelde	23,71
4 Helmstedt-Öbisfelde	27,16
5 Büddenstedt-Trendelbusch (nur Güterverkehr)	2,12
6 Jerxheim-Nienhagen (ausschl. Jerxheim)	1,85
7 Langelsheim-Altenau (ausschl. Langelsheim)	5,10
8 Halberstadt-Wernigerode-Bad Harzburg-Oker	15,85
9 Bad Gandersheim-Groß Dungen	13,57
10 Bodenburg-Elze	0,93
B. Nebenbahnen zusammen	121,21

Neben diesen Reichsbahnstrecken werden im Lande Braunschweig noch 9 Privateisenbahnen des allgemeinen Verkehrs (Privatnebenbahnen) mit einer Gesamtlänge von 265,62 km und 10 nebenbahnähnliche Kleinbahnen mit einer Gesamtlänge von 51,52 km auf braunschweigischem Gebiete betrieben, die unter C und D nachstehend namentlich aufgeführt sind.

C. Privatnebenbahnen (Privateisenbahnen) des allgemeinen Verkehrs
(sämtl. einkl. u. vollspurig (bis auf Nr. 6, 8 u. 9 mit 1 m Spurweite))

	Kilometerlänge auf braunschwg. Gebiet
<u>1.) Braunschw. Landes-Eisenbahn.</u>	
a) Brschwg.-Nord-Derneburg-Seesen (einschl. Brschwg.-Nord)	57,-
b) Hoheweg-Wolfenbüttel (ausschl. Hoheweg)	5,-
c) Braunschweig-Nord-Fallersleben	17,-
<u>2.) Braunschweig-Schöninger Eisenbahn.</u>	
a) Braunschweig-Schöningen	71,34
b) Hötzum-Mattierzoll	
<u>3.) Oschersleben-Schöninger Eisenbahn.</u>	
Oschersleben-Schöningen	3,72
<u>4.) Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn.</u>	
a) Halberstadt-Blankenburg/H.	6,36
b) Blankenburg-Tanne	16,16
c) Blankenburg-Quedlinburg m. Abzweigung n. Thale	9,05
<u>5.) Vorwohle-Emmerthaler Eisenbahn.</u>	
Vorwohle-Emmerthal	22,63

6.) Südharz-Eisenbahn.

Walkenried-Braunlage bzw. Tanne	36,08
---------------------------------	-------

7.) Osterwiek-Wasserleebener Eisenbahn.

Börßum-Hornburg	1,74
-----------------	------

8.) Gernrode-Harzgeroder Eisenbahn.

Gernrode-Stiege-Hasselfelde bzw. Eisf. Talmühle	17,21
---	-------

9.) Nordhausen-Wernigeroder Eisenbahn.

Wernigerode-Nordhausen	2,33
------------------------	------

C. Privatnebenbahnen zusammen	<u>265,62</u>
-------------------------------	---------------

D. Nebenbahnähnliche Kleinbahnen (Eisenbahnen des nicht allgemeinen Verkehrs).

(sämtl. eingl. u. vollspurig (bis auf Nr. 6 u. 7 mit 0,75 m Spurweite))

Kilometerlänge auf
braunschwg. Gebiet

1	Bremen-Huchting-Thedinghausen	3,28
2	Wegenstedt-Calvörde	3,73
3.	Gardelegen-Neuhaldensleben	4,95
4	Wittingen-Öbisfelde	10,94
5	Heudeber-Mattierzoll	5,93
6	Kreiensen-Osterode/H	6,5
7	Ellrich-Zorge	3,35
8	Gittelde-Grund	3,0
9	Voldagsen-Duingen-Delligsen	9,10
10	Groß Ilsede-Broistedt	<u>0,74</u>

D. Kleinbahnen zusammen	<u>51,52</u>
-------------------------	--------------

Die Gesamtlänge der auf braunschweigischem Gebiete liegenden öffentlichen Eisenbahnstrecken -mit Einschluß der nebenbahnähnlichen Kleinbahnen- beträgt demnach 773,78 km. Auf 1 qkm Grundfläche entfallen rd. 0,211 km und auf je 1000 Einwohner rd. 1,5 km Eisenbahnstrecken; ohne die nebenbahnähnlichen Kleinbahnen entfallen auf 1 qkm 0,197 km. Das Land Braunschweig weist danach ein sehr dichtes Eisenbahnnetz auf, das dem regen Verkehrsbedürfnisse seiner Einwohner und der wirtschaftlichen Bedeutung des Landes entspricht.

Außer den bisher genannten öffentlichen Eisenbahnen sind im Lande Braunschweig noch vorhanden:

E. Straßen-Eisenbahnen.

		km	km
Straßeneisenbahnen i.d. Stadt Braunschweig	schmalsp.	eingl.	58,95
		36,03	
Braunschweig-Wolfenbüttel	1,10 m	zweigl.	
		22,92	

F. Personendrahtseilschwebbahn.

Bad Harzburg-Burgberg bei Bad Harzburg 0,49 km

Von den braunschweigischen Bahnhöfen wurden 1934 befördert:

	Güter		Personen
	Versand t	Empfang t	
A.Hauptbahnen	2 778 125	1 659 297	4 360 015
B.Nebenbahnen	154 659	136 053	346 474
C.Privatnebenbahnen	997 996	1 097 801	950 605
D.Kleinbahnen	773 102	209 468	144 719
E.Straßenbahnen	-	-	13 472 492
F.Personendrahtseilschwebbahn	-	-	180 532
zusammen	4 703 882	3 102 619	19 454 837

Den größten Personenverkehr weist naturgemäß der Hauptbahnhof Braunschweig auf, von dem im Jahre 1934 rd. 1 120 000 Personen abgefahren sind. Den größten Güterverkehr mit rd. 878 000 t.Versand und 11 780 t.Empfang im Jahre 1934 hat der Reichsbahnhof Büddenstedt gehabt, auf dem der Versand der Rohbraunkohle der Braunschweigischen Kohlenbergwerke in Helmstedt stattfindet. Den zweitgrößten Güterverkehr im gleichen Jahre hat der Kleinbahnhof Broistedt der Kleinbahn Großilsede - Broistedt der Ilseder Hütte mit 677 280 t.Versand -in der Hauptsache Eisenerze- und 91 000 t.Empfang gehabt, dem mit 543 360 t.Versand -in der Hauptsache Braunkohlenbriketts der Braunschweigischen Kohlenbergwerke in Helmstedt- und 7 565 t. Empfang der Reichsbahnhof Offleben folgte.

3. Postverbindungen - Kraftwagenlinien

Dazu: Karte 56

1) Postverbindungen.

Das Land Braunschweig wird von nicht weniger als sechs Reichspostdirektionen postalisch betreut. Der größte Teil gehört zum Bereich der Reichspostdirektion Braunschweig, die außerdem noch preußische Gebiete umfaßt. Der Amtsgerichtsbezirk Calvörde und der Südwestzipfel des Kreises Wolfenbüttel zählen zum Reichspostdirektionsbezirk Magdeburg. Die Nordwestecke des Kreises Braunschweig und seine Exklave Oelsburg (mit Neuölsburg), die Nordwestecke des Kreises Gandersheim und seine Exklave Bodenburg (mit Östrum) sowie die beiden nördlich hervorspringenden Ecken des Kreises Holzminden werden von der Reichspostdirektion Hannover betreut. Ferner rechnet der südlichste Zipfel des Kreises Holzminden zur Reichspostdirektion Münster, ein Teil des Amtsgerichtsbezirkes Walkenried zum Reichspostdirektionsbezirk Erfurt und schließlich der Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen zur Reichspostdirektion Bremen.

24 Postämter, 7 Zweigpostämter, 104 Postagenturen, 274 Poststellen und 57 Posthilfsstellen dienen der postalischen Versorgung des Landes. Über ihre Verteilung auf die Verwaltungsbezirke gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß.

Verwaltungs- bezirke	Post- ämter	Zweig- post- ämter	Post- agen- turen	Post- stel- len	Post- hilfs- stellen
Kreis Braunschweig	2	5	17	65	4
" Wolfenbüttel	4	2	22	74	4
" Helmstedt	5	-	16	70	1
" Gandersheim	4	-	18	52	3
" Holzminden	4	-	16	11	41
" Blankenburg	5	-	15	2	4
<u>Land Braunschweig</u>	<u>24</u>	<u>7</u>	<u>104</u>	<u>274</u>	<u>57</u>

Aus der folgenden Übersicht ist zu ersehen, in welcher Weise innerhalb der Kreise den Orten die Post zugeführt wird.

/Verwaltungsbezirke

Ver- waltungs- bezirke Orte des Kreises				
	werden be- rührt durch Kraftpost- linien	Eisen- bahn	haben Postverbindung durch Land- kraft- post	Boten- post	Landzu- steller
Kreis Braunschweig	6	8	75	-	15
" Wolfenbüttel	11	11	91	2	6
" Helmstedt	7	11	81	-	4
" Gandersheim	11	12	64	-	5
" Holzminden	25	12	13	4	53
" Blankenburg	16	12	3	2	8
Land Braunschweig	76	66	327	8	91

Aus dieser Zusammenstellung geht klar hervor, daß Braunschweig gute Postverbindungen hat; denn es gibt im ganzen Lande nur noch 46 Orte, etwas über ein Zehntel, die auf Landzustellung allein angewiesen sind -den 45 weiteren Orten wird die Post auch auf andere Art zugeführt-, und keinen einzigen, der lediglich Botenpostverbindung hätte. Von den 46 Orten, die nur durch Landzustellung postalisch versorgt werden, entfallen allein 30, also fast zwei Drittel, auf den hinsichtlich der Verkehrsverhältnisse am ungünstigsten dastehenden Kreis Holzminden. Außerdem ist heute im Lande Braunschweig die Post schon soweit verkraftet, daß 327 Orte Landkraftpostverbindung und 76 Orte Kraftpostverbindung, darunter 19 mit beidem zusammen also 384, das heißt knapp neun Zehntel der Gemeinden Kraft- bzw. Landkraftpostverbindung haben. In den Kreisen Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt und Gandersheim ist die Post heute schon zu neun Zehnteln und mehr verkraftet. Daneben spielt die Zuführung der Post durch die Eisenbahn (66 Orte) in Braunschweig eine weit geringere Rolle.

2) Dem Personenverkehr dienende Kraftwagenlinien.

49 dem Personenverkehr dienende Kraftwagenlinien berühren braunschweigische Orte, nämlich 15 Kraftpostlinien, 32 Kraftwagenlinien der Kraftverkehrsgesellschaft G.m.b.H. Braunschweig und 2 Kraftwagenlinien der braunschweigischen Landeseisenbahn.

a) Die Reichspost unterhält folgende Kraftpostlinien:

Northeim - Ildehausen; Einbeck - Stadtoldendorf - Dassel - Sievershausen; Holzminden - Bad Pyrmont; Holzminden - Stadt-

oldendorf; Hameln - Bodenwerder - Polle; Goslar - Wolfshagen; Bad Harzburg - Vienenburg; Bad Harzburg - Braunlage und Braunlage - Schierke (beide im Gemeinschaftsbetrieb mit der Kraftverkehrsgesellschaft Braunschweig); Borssum - Salzgitter; Blankenburg - Wernigerode; Blankenburg - Treseburg - Stiege; Blankenburg - Hasselfelde - Hohegeiß; Tiddische - Vorsfelde; Verden - Thedinghausen.

b) Kraftwagenlinien der Kraftverkehrsgesellschaft G.m.b. H. Braunschweig verkehren auf den Strecken: Holzminden - Neuhaus; Hörter - Neuhaus; Stadtoldendorf - Eschershausen - Grünenplan - Brunkensen; Bad Gandersheim - Sievershausen; Bad Harzburg Bahnhof - Schwebebahn; Bad Harzburg - Braunlage und Braunlage - Schierke (beide im Gemeinschaftsbetrieb mit der Reichspost); Bad Harzburg - Altenau und Goslar - Altenau (beide als Eisenbahnkraftwagenlinien zusammen mit der Reichsbahn); Braunlage - Walkenried - Bad Sachsa; Braunlage - Oderhaus - St. Andreasberg; Braunlage - Oderbrück - Sonnenberg - St. Andreasberg; Wernigerode - Rübeland - Hasselfelde; Rübeland - Treseburg; Wolfenbüttel - Semmenstedt; Braunschweig - Adenbüttel; Braunschweig - Abbenrode; Braunschweig - Bettmar; Braunschweig - Bodenstedt; Braunschweig - Bortfeld; Braunschweig - Essenrode; Braunschweig - Hordorf; Braunschweig - Lesse; Braunschweig - Rautheim; Braunschweig - Riddagshausen - Waldfrieden; Gliersmarode - Waggumer Weghaus; Helmstedt - Bad Helmstedt; Helmstedt - Querenhorst - Groß Sießbeck; Helmstedt - Rennau - Groß Sießbeck; Helmstedt - Rübke; Königslutter - Tetzelsstein; Schöppenstedt - Tetzelsstein.

c) Schließlich hat die braunschweigische Landeseisenbahn die Kraftwagenlinien Braunschweig - Fallersleben und Seesen - Bockenem - Derenburg eingerichtet.

4. Wasserstraßen - Binnenhäfen

Dazu: Karte 57

a) Wasserstraßen.

Das Land Braunschweig wird von zwei Wasserstraßen berührt, dem Mittellandkanal und der Weser.

Der Mittellandkanal durchschneidet als vollschiffige Wasserstraße die Kreise Braunschweig und Helmstedt nördlich von Braunschweig bzw. südlich von Vorsfelde und westlich von Calvörde in rund 35 km Länge. Für die öffentliche Schifffahrt freigegeben ist bis jetzt der Teil des Kanals bis zum Anschluß des Braunschweiger Hafens östlich der Durchquerung des Okertales. Begonnen ist mit den Arbeiten auf dieser Strecke 1926, fertiggestellt sind sie im Herbst 1933. Der Kanal selbst ist zweischiffig für Tausendtonnen-Kähne ausgebildet. Eines der interessantesten Bauwerke des ganzen Mittellandkanales ist der Okerdüker, der für eine Höchstwassermenge von 225 m³/sek. bemessen und z.Zt. das größte Dükerbauwerk Deutschlands ist. Von Braunschweig aus wird auf dem Mittellandkanal einstweilen nur der westliche Verkehr betrieben. Der volle Verkehr auf dem Kanal kann erst dann einsetzen, wenn auch die Verbindung nach Osten fertiggestellt ist, was voraussichtlich 1936 der Fall sein wird.

Die zweite Wasserstraße, die das Land Braunschweig berührt, ist die Weser. Sie ist durch das Gesetz über den Staatsvertrag betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich vom 29. Juli 1921 mit Wirkung vom 1. April 1921 in das Eigentum und die Unterhaltung des Reiches übergegangen. Sie führt an braunschweigischem Gebiete entlang bzw. durchschneidet solches auf folgenden Strecken:

Weser von Stromkilometer bis	Beiderseitig km	Einseitig		Mithin insgesamt einscitige Ufer- länge km
		links km	rechts km	
Braunschweig (Hannover)	335,42 - 351,15	-	15,73	15,73
Verden	55,95 - 66,50	-	10,55	10,55
	70,42 - 70,74	-	0,32	0,32
	78,89 - 87,96	-	9,07	9,07
	97,76 - 101,33	3,57	-	7,14
	101,33 - 108,44	-	7,11	7,11
	111,63 - 118,26	6,63	-	13,26
			././.	63,18

/ Mithin

Mithin liegen insgesamt rd. 63 km einseitige Uferlänge der Weser auf braunschweigischem Gebiet.

Da die Weser noch nicht kanalisiert ist, kann sie nicht als vollschiffige Wasserstraße gelten. Die Schifffahrt wird nicht nur in den Wintermonaten durch Zufrieren des Stromes beeinträchtigt, sondern es kann vorkommen, daß sie auch in wasserarmer Zeit, wie im Jahre 1934, monatelang fast vollkommen ruhen muß. Die nunmehr beschlossene Kanalisierung der Weser, zunächst von Minden abwärts, ist daher im Interesse der Schifffahrt sehr zu begrüßen.

b) Häfen.

Der Umschlag von der bzw. auf die Wasserstraße wird im Lande Braunschweig durch den Braunschweiger Hafen, der nördlich von Veltenhof unmittelbar vom Mittellandkanal abzweigt, und dem Kemnader Hafen, der gegenüber von Bodenwerder/Kemnade auf dem rechten Weserufer im Lennetal zwischen der Königszinne und dem Eckberg liegt, ermöglicht.

Der Braunschweiger Hafen gilt als einer der am besten eingerichteten modernen Binnenhäfen Deutschlands. Sein Hafenbecken ist 500 x 70 m groß. Die zum größten Teil mit Verladegleisen versehenen Kaianlagen haben eine Länge von 2 x 500 = 1000 m. Auf ihnen bewegen sich 3 Krane neuester Konstruktion von je 5 t Tragfähigkeit und 23 m Ausladung. Ausgedehnte Speicher und auch Siloanlagen sind vorhanden. Der Umschlag im ersten Betriebsjahre (1934) betrug rund 246 000 t. Umgeschlagen sind besonders Kohlen, Koks, Getreide, Mehl, Rohzucker, Zucker und Salz. Bei der Angabe der Umschlagszahl für den Braunschweiger Hafen ist jedoch zu beachten, daß der Mittellandkanal östlich von Braunschweig noch nicht fertig ist und sich die angegebenen Verkehrszahlen lediglich auf den Verkehr mit dem Westen beziehen.

Der Kemnader Hafen ist in den Jahren 1879/80 mit einem Kostenaufwande von 204 000 RM einschließlich Grunderwerb gebaut worden. Da der Hafen jedoch bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts bezüglich der Breite der Hafeneinfahrt, der nicht hochwasserfreien Lage und der Länge seiner Verlademauern und seiner Tiefe den inzwischen gesteigerten, nicht vorherzusehenden Verkehrsansprüchen nicht mehr genügte, wurde er in den Jahren 1910/11 mit einem Aufwande von rund 147 000 RM umge-

/baut.

umgebaut. Die Hafeneinfahrt ist jetzt 20 m i. L. weit. Das Hafenbecken hat ausreichende Tiefe und eine Breite von 60 m. Seine mit Gleisen versehenen Kaimauern sind 100 bzw. 120 m lang. Speicher, Krane und Kaliumschlageeinrichtung sind ebenfalls vorhanden. Umgeschlagen sind im Jahre

1910	47 200 t
1912	70 200 t
1920	21 800 t
1925	43 200 t
1928	73 000 t
1929	72 300 t
1930	100 800 t
1931	54 900 t
1932	44 700 t
1933	48 900 t

Die Hauptumschlagsgüter sind Kali, Asphalt, Steine, Zucker und Getreide.

Schließlich sei noch bemerkt, daß bei Holzminden noch ein Schutzhafen und eine am Strom liegende rd. 400 m lange Kaimauer mit Eisenbahnanschluß und Floßbindeplatz vorhanden ist. Der Lösch- und Ladeverkehr ist hier aber, da der Stadt ein entsprechendes Hinterland fehlt, nur gering.

5. Luftfahrt.

Wie für viele andere Gebiete so besitzt Braunschweig auch für die deutsche Luftfahrt eine weit über seine Größe hinausgehende Bedeutung. Die Stadt Braunschweig ist heute schon mit ihrer Fliegerschule, einem im Betrieb und einem im Ausbau befindlichen Flughafen und zwei zur Förderung der deutschen Luftfahrt bestimmten wissenschaftlichen Instituten der Technischen Hochschule ein Flugzentrum ersten Ranges und wird es nach Durch-

führung der aufgestellten Pläne in noch viel stärkerem Maße werden.

Die Entwicklung ist die folgende gewesen. Nach der Inflation wurde der im Kriege im Südwesten der Landeshauptstadt geschaffene Flugplatz zum Flughafen ausgebaut. Seine Betreuung übernahm später die 1926 gegründete Braunschweigische Flughafen G.m.b.H. Bis 1928 wurde Braunschweig von den beiden Luftverkehrslinien Prag - Leipzig - Amsterdam und Berlin - Dortmund berührt. Von 1928 bis 1929 war ein Zubringerverkehr von Braunschweig nach Magdeburg, Hannover, Hildesheim und den Harzorten Goslar und Wernigerode eingerichtet. Nach der im Jahre 1929 erfolgten Übersiedlung der Deutschen Verkehrsfliegerschule nach Braunschweig, die den Flughafen voll für ihre Zwecke benötigte, und in der seitdem von hervorragenden Lehrern ein großer Teil des deutschen Fliegernachwuchses ausgebildet worden ist, schied die Landeshauptstadt aus dem Luftverkehr aus. In diesen wird sie aber wieder eingegliedert werden nach Fertigstellung des neuen Flughafens im Norden der Stadt (Braunschweig-Waggum), der als öffentlicher Sport- und Verkehrsflughafen erster Ordnung ausgebaut wird. Geplant ist auf dem neuen Flughafen auch die Errichtung einer Bordgerätewart- und einer Funkerschule.

Dorthin verlegt wird dann auch das eine der beiden zur Förderung der deutschen Luftfahrt bestimmten wissenschaftlichen Institute der Technischen Hochschule, das Institut für Flugmeßtechnik und Flugmetereologie, das nach den eigenen Worten seines Leiters einen tüchtigen Nachwuchs von Luftfahrtmeßtechnikern und Flugmetereologen heranziehen, zu immer höherer Entwicklung der Luftfahrt und zu immer sicherer Beherrschung des Luftmeeres beitragen will. Das andere wissenschaftliche Institut, das Aerodynamische Institut, soll in Zusammenarbeit mit den zuständigen Reichsstellen zu einer Zentrale der deutschen Flugwissenschaft ausgebaut werden.

Nach Durchführung aller dieser Pläne wird die Stadt Braunschweig, in der seit dem Umbruch die Fliegeruniformen in immer steigendem Maße das Straßenbild beleben, noch viel mehr Fliegerstadt sein als bislang schon.

III Kraftfahrzeuge.

Dazu: Karte 58.

Im Lande Braunschweig waren am 1. Januar 1934 einschließlich der Reichsbahn- und Reichspostkraftfahrzeuge vorhanden 9.421 Krafträder, 6.432 Personenkraftwagen, 1.676 Lastkraftwagen, 32 Kraftwagen für Feuerlöschzwecke, 13 Sprengwagen und 461 Zugmaschinen, zusammen also 18.035 Kraftfahrzeuge. Vorübergehend abgemeldet waren von den Krafträdern ein Zwanzigstel, von den Personenkraftwagen ein Zehntel und von den Lastkraftwagen ein starkes Siebentel.

Die 9.421 Krafträder, darunter 9.133 oder 96 v.H. deutscher Marke, setzten sich zusammen aus 5.251 Kleinkrafträdern und 4.170 anderen Krafträdern. Unter den 6.432 Personenkraftwagen, davon 5.445 oder 84,7 v.H. deutscher Marke, befanden sich 141 Kraftomnibusse. Von den 1.676 Lastkraftwagen waren 1.275 oder 76,1 v.H. und von den 461 Zugmaschinen 374 oder 81,1 v.H. deutsche Marke.

Im Reichsdurchschnitt entfällt ein Kraftfahrzeug überhaupt auf 35, ein Kraftrad auf 66, ein Personenkraftwagen auf 97 und ein Lastkraftwagen auf 341 Personen. In Braunschweig kommt ein Kraftfahrzeug schon auf 28 (1925 : 34), ein Kraftrad auf 54 (65), ein Personenkraftwagen auf 80 (98) und ein Lastkraftwagen auf 306 (349) Einwohner. Braunschweig zählt damit zu den Ländern mit der größten Dichte des Bestandes an Kraftfahrzeugen. Bei den Kraftfahrzeugen überhaupt hat es Württemberg überholt und teilt hinter Sachsen mit Hamburg den zweiten Platz. Bei den Krafträdern hat es Thüringen hinter sich gelassen und nimmt hinter Lippe und Sachsen zusammen mit Mecklenburg den dritten Platz ein. Bei den Personenkraftwagen hat es Württemberg überflügelt und steht hinter Hamburg, Bremen und Sachsen an vierter Stelle, und schließlich ist es bei den Lastkraftwagen vom fünften auf den vierten Platz hinter Hamburg, Bremen, Lübeck und Sachsen vorgerückt.

Die Verteilung der Kraftfahrzeuge auf die Verwaltungsbezirke zeigt die folgende Übersicht, in der die vom Statistischen Landesamt nicht selbst erfaßten Reichsbahn- und Reichspostkraftfahrzeuge nicht enthalten sind, sodaß die Zahl der Kraftfahrzeuge insgesamt um 132 kleiner ist.

/Verwaltungs-

Verwaltungs- bezirke	Kraft- fahr- zeuge insge- samt	Kraft- rät- der	Per- sonen- kraft- wagen	Last- kraft- wagen	Son- stige Kraft- fahr- zeuge	davon		
						Spreng- maschi- nen u.s.w.	Zug- ma- schi- nen	Kraft- wagen für Feuer- lösch- zwecke
1	2	3	4	5	6	7	8	9
St Braunschweig	6484	2749	2867	787	81	11	57	13
Kreis Braunschweig	1648	1081	368	144	55	.	55	.
Kreis Wolfenbüttel	2856	1502	992	203	159	2	153	4
Helmstedt	2704	1617	813	176	98	.	94	4
Gandersheim	1457	825	460	125	47	.	41	6
Holzminden	1373	856	397	73	47	.	44	3
Blankenburg	1381	791	488	84	18	.	16	2
Braunschweig	17.903	9421	6385	1592	505	13	460	32

Die Stadt Braunschweig hat -mit Ausnahme der sonstigen Kraftfahrzeuge, bei denen es von dem Kreis Wolfenbüttel mit seiner besonders intensiven Landwirtschaft (Zugmaschinen für landwirtschaftliche Zwecke !) übertroffen wird- an allen Kraftfahrzeugen den größten Anteil, an den Kraftfahrzeugen überhaupt mehr als ein Drittel, an den Krafträdern fast drei Zentel, an den Personenkraftwagen 44,9 v.H. und an den Lastkraftwagen fast die Hälfte. Gegenüber den Kreisen Wolfenbüttel und Helmstedt fallen die übrigen Kreise ziemlich erheblich ab.

Über die Veränderungen gegen 1933 unterrichtet die folgende Übersicht.

Verwaltungs- bezirke	Es haben zu beziehungsweise abgenommen(-) um... v.H. der				
	Kraft- fahrzeuge insgesamt	Kraft- rät- der	Personen- kraft- wagen	Last- kraft- wagen	Sonstige Kraft- fahrzeuge
St Braunschweig	22,1	23,0	23,3	14,4	21,0
Kreis Braunschweig	- 2,7	0,7	- 12,0	- 6,3	- 0,0
Kreis Wolfenbüttel	13,5	11,5	17,9	12,3	6,9
Helmstedt	13,1	11,7	19,7	11,4	- 14,3
Gandersheim	21,0	18,8	26,1	21,6	8,5
Holzminden	7,6	6,5	8,3	2,7	27,7
Blankenburg	17,8	22,5	10,5	21,4	- 5,6
Braunschweig	15,5	14,8	18,3	12,3	5,9

/Wenn

Wenn Braunschweig hinsichtlich der Dichte des Kraftfahrzeugstandes bei allen Kraftfahrzeugarten je um eine Stelle vorgerückt ist, so liegt es an der weit stärkeren Zunahme als im Reich: Kraftfahrzeuge insgesamt Land + 15,5 v.H. (Reich + 12,0 v.H.); Kraftfahräder Land + 14,8 v.H. (Reich + 9,7 v.H.); Personenkraftwagen Land + 18,3 v.H., (Reich + 16,1 v.H.); Lastkraftwagen Land + 12,3 v.H. (Reich + 10,1 v.H.). Die Abnahme des Landkreises Braunschweig ist nur eine scheinbare. Sie hängt mit der Eingemeindung der großen Orte um Braunschweig herum zusammen. Wenn es möglich wäre, diese Orte für 1933 auszuscheiden und der Stadt Braunschweig zuzuschlagen, dann würde auch der Landkreis Braunschweig eine ganz erhebliche Zunahme aufweisen. Infolgedessen sind die Zugänge bei der Stadt Braunschweig überhöht, sodaß in Wirklichkeit den größten und bei allen Kraftfahrzeuganteilen gleichmäßig über dem Landesdurchschnitt liegenden Zuwachs der Kreis Gandersheim aufweisen dürfte. Der starke Rückgang bei den sonstigen Kraftfahrzeugen im Kreise Helmstedt ist auf eine Abnahme der Zugmaschinen zurückzuführen. Die Kreisdirektion vermutet, daß man in der Landwirtschaft von der Zugmaschine nun teilweise wieder zu den Pferden übergegangen ist, eine Vermutung für die spricht, daß auch sonst im Reiche diese Beobachtung gemacht worden ist.

Einen besseren Einblick in die tatsächliche Verbreitung der Kraftfahrzeuge in den einzelnen Landesteilen gibt die Berechnung, auf wieviel Einwohner ein Kraftfahrzeug entfällt. Darüber unterrichtet die folgende Übersicht.

Verwaltungsbezirke	Ein Kraftfahrzeug entfällt auf ... Einwohner bei den			
	Kraftfahrzeugen insgesamt	Kraft- rädern	Personen- Kraft- wagen	Last- kraft- wagen
Stadt Braunschweig	26	61	58	212
Landkreis Braunschweig	24	36	106	270
Kreis Wolfenbüttel	30	58	87	427
" Helmstedt	29	49	97	446
" Gandersheim	36	63	113	414
" Holzminden	37	60	129	704
" Blankenburg	28	49	79	462
Land Braunschweig	28	54	80	306

/Der

Der kraftfahrzeugreichste braunschweigische Verwaltungsbezirk ist demnach der Landkreis Braunschweig, der bei allen Kraftfahrzeugarten mit Ausnahme der Personenkraftwagen den an sich schon sehr günstigen Landesdurchschnitt, weit übertrifft. In ihm kommt schon auf 24 Einwohner je ein Kraftfahrzeug, auf 36 Einwohner ein Kraftrad, auf 106 Einwohner ein Personenkraftwagen und auf 270 Einwohner ein Lastkraftwagen. Bei den Personenkraftwagen und den Lastkraftwagen steht Braunschweig als Großstadt an der Spitze. Sehr günstig schneidet auch der Harzkreis Blankenburg bei den Krafträdern und Personenkraftwagen ab. Mit einem Kraftfahrzeug überhaupt auf 37 Einwohner, einem Kraftrade auf 60 Einwohner, einem Personenkraftwagen auf 129 Einwohner und einem Lastkraftwagen auf 704 Einwohner bleibt der Kreis Holzminden weit hinter allen anderen braunschweigischen Verwaltungsbezirken zurück und weist damit den dünnsten Kraftfahrzeugbestand im ganzen Lande Braunschweig auf.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, dürfte sich die kräftige Zunahme der Kraftfahrzeuge und die darauf beruhende Steigerung der Dichte des Kraftfahrzeugbestandes, die als Voraussetzung die Aufwärtsbewegung der Wirtschaft hat, auch in den verflossenen Monaten fortgesetzt haben.

IV Elektrizitätsversorgung.

Dazu: Karten 59 und 60.

Die Elektrizitätsversorgung des Landes Braunschweig stützt sich im Osten auf das Großkraftwerk Harbke der Braunschw. Kohlenbergwerke und das Kraftwerk Nachterstedt, die durch Hochvoltleitungen mit einander verbunden sind. Beide stehen in Verbindung mit dem großen Stromschienensystem der Elektrizitätsgesellschaft Sachsen -Anhalt, das aus den auf der mitteldeutschen Braunkohle errichteten Großkraftwerken, insbesondere von Golpa-Zschornowitz, gespeist wird. Die Leistungsfähigkeit dieser beiden Werke übersteigt den Bedarf der braunschweigischen Landesteile um ein Vielfaches. Außerdem stehen im Osten die Kraftwerke der Braunschw. Kohlenbergwerke auf den Gruben Treue und Emma zur Verfügung sowie das Kraftwerk Schöningen, das wärmewirtschaftlich mit der staatlichen Saline Schöningen gekuppelt ist und seine Abdampfwärme zur Erzeugung von Salz an die staatliche Saline abgibt. Die Stromversorgung der Stadt Braunschweig stützt sich auf ein eigenes sehr leistungsfähiges und modern ausgebautes Kraftwerk im Stadtbezirk, das ebenfalls auf die Verwendung von Braunkohle aus dem Helmstedter-Revier abgestellt ist. Es hat bisher keine Verbindung mit fremden Kraftwerken und ist auf sich allein gestellt. Im Westen stützt sich die Stromversorgung auf die große Stromschiene der Preußag, die von Bremen nach Frankfurt am Main führt und die Wasserkräfte der Weser, Werra und Fulda, der Eder, Oder und Söse aufzunehmen bestimmt ist. Diese Stromschiene wird außerdem gespeist durch das Großkraftwerk Hannover, das Steinkohle verfeuert, und das Großkraftwerk Borken bei Kassel, das ein Braunkohlenvorkommen ausnutzt. Beide Kraftwerke sind durch eine 200 000-Voltleitung als Kupplungsleitung und durch 50 000-Voltleitungen mit einander verbunden. Das Großkraftwerk Hannover wird noch in diesem Jahre durch eine 200 000-Volt-Kupplungsleitung mit dem Großkraftwerk Harbke verbunden und erhält ferner in Kürze eine gleiche Verbindung mit dem Leitungsnetz des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks. Für den Kreis Holzminden steht außerdem noch in Hameln ein Steinkohlen-Kraftwerk des Überlandwerkes Wesertal zur Verfügung.

Das Land Braunschweig befindet sich danach elektrowirtschaftlich gesehen in der sehr glücklichen Lage sowohl Braun-

kohlenstrom als auch Steinkohlenstrom in ausreichender Menge aus nächster Nähe beziehen zu können. Die noch nicht ausgenutzten Wasserkräfte des Harzes bilden dabei eine wertvolle Reserve für die Zukunft. So vermögen allein die Bodetalsperren bei entsprechendem Ausbau 50 000 K.W. Spitzenleistung und 60-70 Millionen KW.St. im Jahre zu liefern. Auch durch den Ausbau der Oder- und Eckertalsperre lassen sich ebenfalls sehr beachtbare Kräfte gewinnen, die mit den vorhandenem Stromschienensystem im ganzen Gebiet leicht verteilt werden können. Der Ausbau dieser Wasserkräfte, insbesondere der Bodetalsperren, deren Wirtschaftlichkeit gesichert ist, steht unmittelbar bevor.

Die Verteilung des Stromes besorgen eine Reihe von Stromversorgungsunternehmen auf Grund langfristiger mit den betreffenden Gemeinden abgeschlossener Stromlieferungsverträge. Für die Versorgung des Braunschweigischen Landes mit elektrischer Energie haben nach Maßgabe der gelieferten Jahreskilowattstunden zur Zeit überragende Bedeutung die folgenden drei Werke:

1. Die Elektrizitätswerk und Straßenbahn Braunschweig A.G. in Braunschweig.

Sie versorgt aus ihren Zentralen in der Uferstraße und Wilhelmstraße in Braunschweig den Stadtbezirk Braunschweig und liefert den Strom für die Straßenbahn und die Linie Braunschweig-Wolfenbüttel. Die Versorgung erfolgt teils mit Gleichstrom 2 x 220 Volt, teils mit Drehstrom 380/220 Volt.

2. Die Überlandzentrale Helmstedt A.G. in Helmstedt.

Dieses Werk versorgt in Vereinigung mit der Braunschw. Elektrizitäts- Betriebsgesellschaft Schöningen und der ihr angegliederten Überlandzentrale Ringelheim einen großen Teil des Kreises Helmstedt einschl. der Städte Helmstedt, Schöningen und Königslutter, sowie Teile der Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel und Gandersheim aus eigenen Leitungsanlagen und aus ihren Kraftwerken in Harbke und Schöningen und auf den Gruben Emma und Treue.

3. Die Hannoversche-Braunschweigische Stromversorgungs A.G.

(Hastra früher Überlandwerk Braunschweig)

Dieses kommunale Werk, dessen alleinige Gesellschafter früher die Kreise Braunschweig, Wolfenbüttel und Gandersheim waren und das jetzt mit Hannoverschen Kreisen zusam-

/men

mengeschlossen ist, versorgt aus eigenen Leitungsanlagen unter Strombezug von der Überlandzentrale Helmstedt den Landkreis Braunschweig und Teile des Kreises Wolfenbüttel. Außerdem versorgt es aus einem eigenen Kraftwerk in Langelsheim einige Ortschaften des Amtsgerichtsbezirks Harzburg einschl. Bad Harzburg und einen Teil des Kreises Gandersheim.

Bedeutung für die Versorgung braunschweigischer Landesteile haben ferner:

A. im Osten des Braunschw. Versorgungsbezirks

4. Die Überlandzentrale Weferlingen in Weferlingen.

Sie gehört zum Verband genossenschaftlicher Überlandzentralen, die in der Landeselektrizität G.m.b.H. Halle a.d.Saale zusammengeschlossen sind. Sie versorgt Teile des Kreises Helmstedt, insbesondere die Amtsgerichtsbezirke Vorsfelde und Calvörde, hat indessen keine eigenen Kraftwerke und bezieht den Strom von den Braunschw. Kohlenbergwerken aus der Zentrale Harbke.

5. Die Elektrizitätsversorgung Jlfeld-Blankenburg.

Diese beliefert Kreis und Stadt Blankenburg mit elektrischer Energie, und zwar mit Hilfe von Leitungsanlagen, die Eigentum des Kreises und an die Gesellschaft verpachtet sind unter Strombezug von den Überlandzentralen Ostharz und Südharz bzw. aus deren Kraftwerken Nachterstedt und Bleicherode.

6. Die Überlandzentrale Derenburg in Derenburg.

Dieses Werk gehört auch zum Verband genossenschaftlicher Überlandzentralen, welche in der Landeselektrizität G.m.b.H. Halle a.d.Saale zusammengeschlossen sind. Es versorgt einige Gemeinden der Kreise Wolfenbüttel und Blankenburg mit elektrischer Energie unter Strombezug aus dem von Nachterstedt gespeisten Umspannwerk Wasserleben der Esag.

B. im Westen des Braunschw. Versorgungsbezirks.

7. Die Licht- und Kraftwerke Harz in Osterode.

Von diesem Werk wird ein Teil des Kreises Gandersheim einschl. der Stadt Seesen mit elektrischer Energie versorgt. Der Strombezug erfolgt aus dem Umspannwerk Mün-

/chshof

chahof der Preußischen Großkraftversorgung bzw. über das Umspannwerk Berka. Das Werk verfügt außerdem über Wasserkraftanlagen im Okerthal und in St. Andreasberg. Von letzterem Ort aus wird Braunlage versorgt.

8. Das Elektrizitätswerk Greene in Greene.

Dieses Werk versorgt aus seiner Wasserkraft- und Dampfzentrale in Greene unter Stromzukauf von der Preußag Teile des Kreises Gandersheim einschl. der Stadt Gandersheim.

9. Die Überlandzentrale Wesertal in Hameln.

Diese versorgt aus einem eigenen mit der preußischen Großkraftversorgung gekuppelten Kraftwerk in Hameln den Kreis Holzminden.

Im Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen versorgt:

10. die Überlandzentrale Verden-Hoya die braunschweigischen Gemeinden Ahsen-Oetzen, Holtorf-Lunsen und Werder,
11. die Elektrizitäts-Genossenschaft Thedinghausen unter Strombezug vom Überlandwerk Syke die Gemeinden Dibbersen-Donnerstedt, Eissel, Exstedt, Thedinghausen. Die Gemeinden Bahlum und Emtinghausen werden direkt vom Überlandwerk Syke beliefert.
12. Die Jlseder Hütte versorgt die Gemeinden Neuölsburg und Ölsburg des Amtsgerichtsbezirks Vechelde.
13. Die Enklave Bodenburg, zum Kreise Gandersheim gehörig, wird mit der Gemeinde Östrum aus einem eigenen kleinen Werk versorgt.
14. Der südliche Teil des Amtsgerichtsbezirks Holzminden, und zwar die Gemeinden Boffzen, Derental, Fürstenberg und Meinbrexten werden vom Kreise Hörter aus mit Strom von der Edertalsperre versorgt. Die Gemeinde Neuhaus hat eine eigene kleine Ortszentrale, aus der auch Fohlenplacken versorgt wird.
15. Die Gemeinden Ahlshausen - Sievershausen im Amtsgerichtsbezirk Gandersheim werden vom Kreise Northeim mit Strom beliefert.
16. Die Gemeinde Zorge im Amtsgerichtsbezirk Walkenried betreibt ein eigenes kleines Werk.

Unversorgte Gemeinden sind im Lande Braunschweig nicht mehr vorhanden.

/Auf

Auf der Karte 59 sind die Stromversorgungsgebiete der einzelnen Unternehmungen kenntlich gemacht. Das Bild, das die Stromversorgung des Landes Braunschweig bietet, ist ziemlich buntscheckig. Der Grund dafür liegt einmal in der zerrissenen Lage der einzelnen Landesteile und dann darin, daß sich die einzelnen Kreise erst verhältnismäßig spät um eine einheitliche Versorgung ihres Gebietes bemüht haben und die Stromversorgung mehr oder weniger der privaten Initiative überlassen haben. Infolgedessen wurden zunächst hauptsächlich die Gebiete für die öffentliche Versorgung mit elektrischer Energie erschlossen, in denen entweder Industrie vorherrschte oder hohe Konsumdichte zu erwarten war. Die öffentliche Versorgung entwickelte sich zunächst in den Städten und griff erst allmählich auf das platte Land über. Am frühesten war das im Kreise Helmstedt und im Kreise Gandersheim der Fall. Das Bild ist hier auch am buntscheckigsten. Später nahmen die Kreise die einheitliche Versorgung selbst in die Hand und konnten die Versorgung, soweit sie noch nicht in anderen Händen war, auch einheitlich gestalten. Der Kreis Braunschweig zeigt in der Elektrizitätsversorgung eine ziemlich einheitliche Planung, desgl. der Kreis Blankenburg und der Kreis Holzminden, während die Vereinheitlichung der Elektrizitätsversorgung in den Kreisen Helmstedt, Wolfenbüttel und Gandersheim noch sehr im Rückstand ist und bisher an den langfristigen Verträgen scheiterte, die die einzelnen Stromversorgungsunternehmen mit den Gemeinden und den Kreisen abgeschlossen haben.

Immerhin darf abschließend festgestellt werden, daß das Land Braunschweig durch leistungsfähige Hochspannungsleitungen vorzüglich aufgeschlossen ist und jede Gemeinde, auch die entlegenste, die Vorteile genießt, die die Benutzung der elektrischen Energie für Licht- und Kraftzwecke bietet. Der vorhandene Bedarf kann überall sicher und leicht befriedigt werden. Die Zentralen, auf die sich die Versorgung stützt, verfügen zudem über ausreichende Reserven, sodaß sie auch einem stark steigenden Konsum ohne Schwierigkeiten folgen können. Heimische Braunkohle und heimische Wasserkräfte bilden die starke und gesunde Grundlage der Elektrizitätsversorgung des Landes.

Auf der Karte Nr. 60 sind die Hochspannungsleitungen und Transformatorenstationen, die der öffentlichen Versorgung dienen, eingetragen. Sie geben ein anschauliches Bild von dem augenblicklichen Stand der Elektrizitätsversorgung.

V Wasserversorgung

Dazu: Karte 61

Von den 15 Städten und 424 ländlichen Gemeinden Braunschweigs besitzen sämtliche Städte und 161 ländliche Gemeinden eine zentrale Wasserversorgung, das sind rund 40 v.H. aller braunschweigischen Ortschaften. Mit Ausschluß der Stadt Braunschweig haben diese Anlagen ohne Hausanschlüsse Kosten im Betrage von rd. 10,2 Millionen RM verursacht. Aufgebracht sind diese Beträge aus eigenen Mitteln, durch Anleihen und durch einmalige zinsfreie Zuschüsse des Landes und der Kreisgemeindev Verbände. Die Zuschüsse des Landes belaufen sich dabei auf rd. 1,5 Millionen RM. Zuschüsse des Landes sind nur dann gewährt wenn die Anlagen die Feuersicherheit der Ortschaften in einem von der Regierung vorgeschriebenen Umfange berücksichtigen. Grundlegend dabei sind auch heute noch im wesentlichen "die besonderen Bestimmungen für die Projektierung und Ausführung öffentlicher Wasserleitungen in den Landgemeinden und kleinen Städte des Herzogtums Braunschweig", deren letzte Bearbeitung im September 1913 erschienen ist. Entsprechend der größeren Leistungsfähigkeit der in vielen Ortschaften inzwischen beschafften Motorspritzen und der Überlandspritzen der Kreisgemeindev Verbände werden, abweichend von diesen Bestimmungen, jetzt größere Feuerlöschreserven (mindestens möglichst 100 m³) verlangt. Die Größe derselben wird von Fall zu Fall festgesetzt. Auch werden jetzt in jedem Orte eine Anzahl von Hydranten mit Motorspritzenanschluß, die in geeigneter Weise über den Ort zu verteilen sind, verlangt.

Die Zahl der Ortswasserleitungen ist im Gebirgs- und Hügellande wesentlich größer als im Flachlande, weil in jenen Gebieten wegen der meist günstigen Höhenlage der Quellen, die im Bau und im Betriebe billigeren Gravitations- oder Gefällsleitungen ausgeführt werden können, wodurch der Anreiz für den Bau der zentralen Wasserleitung größer ist als im Flachlande, in dem das Wasser künstlich gehoben werden muß. Die künstliche Hebung des Wassers verursacht wegen der meist teuren Anlage und dauernden hohen Betriebskosten hohe Gesteuerkosten und erschwert dadurch den Bau solcher Anlagen. In einzelnen Ortschaften sind, da die in den hoch gelegenen Quellen

/refaßten

gefaßten Wassermengen namentlich in trockener Zeit für die Versorgung der Ortschaften nicht ausreichen, zusätzlich Wassergewinnungsanlagen mit künstlicher Hebung ausgeführt. Wie sich die Zahl und die Art der zentralen Wasserversorgungsanlagen im Lande Braunschweig auf die einzelnen Kreise verteilt, geht aus nachstehender Übersicht und aus der Karte 61 hervor.

Wasserversorgungsanlagen im Lande Braunschweig

Verwaltungs- bezirke	Zentrale Wasserver- sorgungs- anlagen	davon		
		Gravita- tions- leitungen	Leitungen mit künstli- cher Hebung des Wassers	Gemischte Leitungen
Braunschweig	7	—	6	1
Wolfenbüttel	29	22	7	—
Helmstedt	14	11	2	1
Gandersheim	52	43	4	5
Holzminden	56	49	5	2
Blankenburg	18	13	4	1
Zusammen	176	138	28	10

VI Fremdenverkehr

Dazu: Tabellen 13a, 13 b, 13c u. 13d.
Karte 62

1. Allgemeines

Im Lande Braunschweig sind die Vorbedingungen für einen regen Fremdenverkehr in reicher Fülle vorhanden; denn auf verhältnismäßig engem Raum weist das Landschaftsbild Verschiedenheiten und Naturschönheiten auf, die auf die Fremden in hohem Maße anziehend wirken: in den südlichen Teilen das gewaltige Massiv der Harzberge, die im braunschweigischen Gebiet eine Höhe von nahezu 1000 Metern erreichen, im südwestlichen Teile die anmutigen, 300 bis 500 Meter hohen Waldgebirge des Hils, Itha, Sollings und Voglers mit ihrem reichen Bestand an Rot- und Schwarzwild, im Norden der Elm mit seinen herrlichen Wäldern. Einen weiteren besonderen Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr bildet die Hauptstadt des Landes selbst, die auf eine mehr als 1000jährige Vergangenheit zurückblicken kann. Die Innenstadt mit ihren herrlichen, meist aus dem 11. und 12. Jahrhundert stammenden Kirchen, den mehr als 800 reichgeschnitzten Fachwerkhäusern des Mittelalters, der Renaissance und der Barockzeit mit vorgekragten Geschossen und den breit ausladenden Dächern bietet ein altertümliches Stadtebild, wie es in seiner architektonischen Einheitlichkeit und Geschlossenheit stärker keine Stadt Nordeuropas aufweist. Dazu gesellt sich noch ein ausserordentlicher Reichtum an öffentlichen Sammlungen und Bibliotheken, an Kunst- und Kulturschätzen.

Zugkräftig auf den Fremdenverkehr wirkt auch die nahe der Landeshauptstadt gelegene Lessingstadt Wolfenbüttel, die die weltberühmte Herzog August-Bibliothek mit ihren kostbaren Buch- und Handschriften, wie sie nur wenige Bibliotheken aufzuweisen haben, in ihren Mauern birgt. — Erstmals im Sommer 1932 haben die Gemeindebehörden von 13 braunschweigischen Orten auf amtliche Anregung und nach einheitlichen Richtlinien die Unterlagen zur Erfassung des Fremdenverkehrs geliefert. Der Kreis der berichtenden Gemeinden umfaßt allerdings nicht sämtliche Fremdenorte unseres Landes — wenn auch die wichtigeren mit einer Besucherzahl von mindestens 1000 übernachtenden Fremden —, sodaß die ermittelten Ergebnisse keine "Landeszahlen" im eigentlichen Sinne darstellen, sondern als Mindestzahlen gewertet werden

/müssen

müssen, die in der Summe etwa zwei Drittel bis drei Viertel des gesamten Fremdenverkehrs im Lande wiedergeben. Der Kreis dieser Gemeinden wird aber baldigst erweitert werden.

Für die Systematik der nachfolgenden Darlegungen ist die Unterscheidung nach den 4 Gruppen: Großstädte, Kleinstädte, Heilbäder und Luftkurorte gewählt worden. Mittelstädte sind im Lande Braunschweig nicht vorhanden. Als Großstadt ist die Stadt Braunschweig, von den Kleinstädten sind die Städte Helmstedt, Holzminden und Seesen, als Heilbäder sind die Städte Bad Harzburg und Bad Gandersheim, und endlich sind von den Luftkurorten die Gemeinden Blankenburg a.H., Braunlage, Altenbrak, Rübeland, Hohegeiß und Tanne, sämtlich Harzorte, sowie Neuhaus in den Weserbergen des Sollings erfaßt worden. Dabei mußte allerdings die zu den Heilbädern gehörende Stadt Bad Gandersheim ausgeschieden werden, weil die gelieferten Angaben zu lückenhaft und daher zu Vergleichszwecken nicht verwertbar waren.

Die nachstehenden Ausführungen sollen einmal ein Bild der Entwicklung des Fremdenverkehrs in den Winterhalbjahren 1932/33 und 1933/34 und ferner ein solches in den Sommerhalbjahren 1932 und 1934 geben.

2. Der Fremdenverkehr in den Winterhalbjahren 1932/33 u. 1933/34

Unter dem Druck der wachsenden allgemeinen Wirtschaftsnot war, wie überall in deutschen Landen so auch in Braunschweig der Fremdenverkehr immer mehr zurückgegangen. Er hatte zur Zeit der Machtübernahme, also im Winterhalbjahr 1932/33, den äußersten Tiefstand erreicht. Die Zahl der Fremden, die die braunschweigischen Berichtsorte besucht hatten, betrug damals nur noch 37 099. Demgegenüber wies, wie aus der Tabelle 13a hervorgeht, die Zahl der Fremden im Winterhalbjahr 1933/34 erfreulicherweise erstmals wieder eine Steigerung auf. Die Gesamtzahl hatte sich auf 43 689 Fremde erhöht. Von ihr entfielen auf die Stadt Braunschweig 52,4 v.H., auf die Kleinstädte 16,9 v.H., auf Bad Harzburg 8,8 v.H. und auf die Luftkurorte 21,9 v.H. Im Winterverkehr nimmt also die Stadt Braunschweig die überragende Stelle ein, während im Sommerverkehr die Luftkur- und die Badeorte vorherrschen. Die Gesamtzahl der Fremden ist gegenüber 1932/33 um 6 590 oder 17,8 v.H. gestiegen. An dieser Zunahme sind alle Gruppen, am stärksten die Luftkurorte

/mit

mit 40,6 v.H. beteiligt. In allen Gruppen haben ferner die Zahlen der Fremden mit dem Wohnsitz in Deutschland eine Steigerung erfahren. Dagegen sind die Besucherzahlen aus dem Auslande unter dem Einflusse der jüdischen Boykottpropaganda fast durchweg zurückgegangen. Nur in der Gruppe der Luftkurorte hat die Ausländerzahl zugenommen, und zwar verhältnismäßig stark um 560,5 v.H. Das liegt daran, daß der Luftkurort Rübeland erstmals einen starken Zustrom von Dänen und Niederländern erhalten hatte, der auch im Sommer 1934 angehalten hat. Vermutlich übt die eigenartige Schönheit der Rübeländer Tropfsteinhöhlen auf diese Ausländerkreise eine besondere Anziehungskraft aus.

Ein genaueres Bild über die Entwicklung des Fremdenverkehrs in den Winterhalbjahren 1932/33 und 1933/34 ergibt sich bei Betrachtung der Zahl der Übernachtungen (vgl. Tabelle 13b); sie sind von 113 403 im Winter 1932/33 auf 135 531 im Winter 1933/34 oder um 19,5 v.H. gestiegen. Die Zunahme wirkte sich am stärksten bei den Kleinstädten und den Luftkurorten, dagegen nur gering bei der Stadt Braunschweig aus. Die Stadt Harzburg hatte sogar eine Abnahme zu verzeichnen, obwohl die Zahl der Übernachtungen der Inländer eine Steigerung aufwies. Die Abkehr der Ausländer von dieser Stadt war zahlenmäßig aber so erheblich, daß das Plus der Übernachtungen der Inländer das Minus der Übernachtungen der Ausländer nicht wettmachen konnte.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden belief sich insgesamt im Winter 1933/34 auf 3,0 Tage gegenüber 3,1 Tagen im Winter 1932/33. Bei den Besuchern aus Deutschland waren die Ziffern unverändert geblieben, bei den Ausländern aber von 3,1 auf 2,6 zurückgegangen. Die geringste durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Winter 1933/34 wiesen wie auch im Winter 1932/33 die Kleinstädte auf. In der Stadt Braunschweig hielten sich die Fremden durchschnittlich 1,3 Tage, in Bad Harzburg 4,6 Tage und in den Luftkurorten 8,3 Tage auf. Leider ist der durch den Wintersport veranlasste Wochenendverkehr, der sich zum großen Teile in den eigenen Heimen der Sportvereinigungen, aber auch in den Jugendherbergen und Massenquartieren abspielt, von der Statistik noch nicht erfaßt; sein Einfluß tritt jedoch, wie die Tabelle 13b erkennen läßt, in den ansteigenden Ziffern der Fremden in den Luftkurorten, die zu einem erheblichen Teile im Wintersportgebiet liegen, deutlich hervor.

~~Also~~ in allem ist festzustellen, daß das Winterhalbjahr 1933/34 einen leichten Aufschwung gegenüber dem Winterhalbjahr 1932/33 gebracht hat. Die Zahl der Fremden ist um 17,8 v.H. gestiegen, und sogar die Zahl der Ausländer hat um ein Geringes (4,4 v.H.) zugenommen. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung konnten sich allerdings noch nicht soweit auswirken, daß eine wesentliche Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung und im Zusammenhange damit eine Erhöhung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Fremden eingetreten war; immerhin hat sich der Kopfsatz der Übernachtungen insgesamt etwa auf der Höhe des Winterhalbjahres 1932/33 halten können.

3. Der Fremdenverkehr in den Sommerhalbjahren 1932 und 1934.

Zu voller Bedeutung wächst sich der Fremdenverkehr naturgemäß erst in den Sommermonaten aus, in denen der Zustrom der Fremden sich sämtlichen Fremdenplätzen zuwendet. Der Sommerverkehr überragt infolgedessen hinsichtlich der Kopfzahl der Fremden den Winterverkehr in der Regel fast um das Dreifache, hinsichtlich der Übernachtungszeit sogar um fast das Sechsfache. Im Sommer 1932 war der Fremdenverkehr infolge der damaligen allgemeinen wirtschaftlichen Krisenlage auf einen Tiefstand angelangt. Dank der besonderen Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung, bei der die große wirtschaftliche und nationalpolitische Bedeutung des Fremdenverkehrs nachdrücklichste Anerkennung fand und die durch Reichsgesetz vom 1. Juni 1933 eine Beschränkung des Reiseverkehrs nach dem Auslande verfügte, war bereits im Sommerhalbjahr 1933 ein leichtes Anziehen der Fremdenverkehrsziffern festzustellen. Die Gesamtzahl der Fremden in den braunschweigischen Berichtsgemeinden (außer Bad Gandersheim) stieg von 90 308 in 1932 auf 93 553 in 1933 oder um 3,6 v.H. Ein starkes Ansteigen der Fremdenzahlen brachte indessen erst der Sommer 1934. Eine Reihe von größeren Tagungen, die sowohl in der Stadt Braunschweig als auch in verschiedenen braunschweigischen Harzorten stattfanden, hatte dieses Ansteigen günstig beeinflusst.

Im Sommer 1934 wurden in den Berichtsorten (vgl. Tabelle 13c) im ganzen 117 069 Fremde gezählt. Gegenüber dem Sommer 1932 ist also die Zahl der Fremden recht beträchtlich, und zwar um 26 761 oder 29,6 v.H. gestiegen. Die Gesamtzahl der Fremden

/setzt

setzt sich zusammen aus 112 577 (= 96,2 v.H.) Reichsdeutschen und 4 492 (= 3,8 v.H.) Ausländern. Berücksichtigt man hierbei, daß die Ausländer nur um 1 296 oder rund 5.v.H., die Reichsdeutschen aber um 25 465 oder rund 95 v.H. zugenommen haben, so erkennt man ohne weiteres, daß die Wiederbelebung unseres Fremdenverkehrs dem gehobenen Inlandsreiseverkehr der Reichsdeutschen zu verdanken ist.

Was die Besucher aus dem Auslande anlangt, so hat sich deren Gesamtzahl gegenüber 1932 um 1 296 oder 40,6 v.H. gehoben. An dieser Zunahme sind die Stadt Braunschweig nur im geringen Maße, die Stadt Bad Harzburg etwas stärker, die Luftkurorte aber ausschlaggebend beteiligt. Die scharfe Aufwärtsbewegung des Ausländerverkehrs in dieser Gruppe ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Dänen und Niederländer, die bereits im Winter 1933/34 Rübeland aufgesucht hatten, im Sommer 1934 in verstärktem Maße nach dort zurückgekehrt sind und sich durchschnittlich eine Woche dort aufgehalten haben.

Untersucht man die Herkunft der 4 492 Auslandsfremden im Sommer 1934 näher, so ergibt sich, daß fast genau die Hälfte aus Angehörigen der Niederlande besteht. Auf sie übte die Stadt Harzburg, in der 1497 Niederländer einkehrten, die stärkste Anziehungskraft aus. Daneben wiesen noch die Stadt Braunschweig und die Harzkurorte Braunlage und Rübeland einen nennenswerten Besuch dieser Ausländergruppe auf. Den zweitstärksten Besuch bekam Braunschweig aus Dänemark. Die Zahl der Übernachtenden Dänen betrug 670 (rd. 15 v.H.). Nahezu drei Viertel aller Dänen suchten Rübeland auf. Auch die Städte Braunschweig, Bad Harzburg und Braunlage hatten noch namhaften Besuch aus Dänemark. Aus England und Irland stellten sich 404 oder 9,0 v. H. der Ausländer ein; fast die Hälfte hiervon ging nach Bad Harzburg, etwa ein Viertel nach der Stadt Braunschweig und ein Fünftel nach Rübeland. Nord-Amerika entsandte 320 Fremde (7 v. H.); die Hälfte davon beherbergte Bad Harzburg und ein Drittel die Stadt Braunschweig. Verhältnismäßig zahlreich waren die Nord-Amerikaner auch in Rübeland vertreten. Die übrigen Ausländer verteilten sich in kleineren Gruppen auf die verschiedenen Fremdenorte des Landes.

Besser als in der Kopfzahl der Besucher kommt die Bedeutung des Fremdenverkehrs für das ganze Land wie für jede

/einzelne

einzelne Gemeinde in der Zahl der Übernachtungen zum Ausdruck. In den Berichtsgemeinden sind im Sommer 1934 insgesamt 757 259 Übernachtungen gezählt worden (vgl. Tabelle 13d); das sind 224 404 oder 42,1 v.H. mehr als im Sommer 1932. An dieser Aufwärtsbewegung waren alle Gruppen beteiligt. Der Hauptanteil entfiel auch hier wieder auf die Luftkurorte. Auch die Bäderstadt Bad Harzburg hatte an der Zunahme noch kräftig teilgenommen, während demgegenüber die Stadt Braunschweig und die Gruppe der Kleinstädte nicht unwesentlich abfallen. Auffallenderweise sind die Ausländer an der prozentualen Steigerung der Gesamtzahl der Übernachtungen mit 48,2 stärker beteiligt als die Inländer, deren prozentualer Anteil nur 41,9 beträgt. Die Ursache beruht in der bereits erwähnten Tatsache, daß eine verhältnismäßig große Anzahl Dänen und Niederländer (685 mit 3 425 Übernachtungen) im Sommer 1934 den Luftkurort Rübeland besucht haben. Daraus ist auch der hohe Hundertsatz der Ausländerübernachtungen (241,4) bei der Gruppe Luftkurorte zu erklären.

Erfreulicherweise ist auch die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden von 5,9 im Sommer 1932 auf 6,5 Tage im Sommer 1934 gestiegen. Die Fremden haben sich also durchschnittlich einen Tag länger als im Sommer 1932 aufgehalten. Die längste Aufenthaltsdauer hatten mit 10,2 Tagen die Luftkurorte, dann folgt Bad Harzburg mit 6,8 Tagen. Die kürzeste Frist blieben die Fremden durchschnittlich in der Stadt Braunschweig und den Kleinstädten. Es bestätigt sich hier wieder die Beobachtung, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden in den Bade- und Kurorten, die hauptsächlich von den Erholungssuchenden aufgesucht werden, stets bedeutend länger ist als in den Städten, bei denen der Besichtigungs- und Geschäftsverkehr vorherrscht. Aus den Ziffern der Tabelle 13d geht weiter auch hervor, daß, gemessen an den Gesamtzahlen, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Auslandsfremden geringer ist als die der Reichsdeutschen; denn im Sommer 1934 entfielen auf einen Fremden aus Deutschland 6,5, auf einen Fremden aus dem Auslande aber nur 5,1 Übernachtungen. Der Unterschied dürfte darin seine Erklärung finden, daß der Auslandsfremde den Ort häufiger wechselt, um mehr von Deutschland zu sehen, während der inländische Reisende, besonders der Ferienreisende, gewöhnlich seine Zeit an ein und demselben Orte verbringt.

/Zusammenfassend

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Fremdenverkehr im Lande Braunschweig nach den Ergebnissen der Statistik für das Sommerhalbjahr 1934 eine recht günstige Entwicklung genommen hat. Nicht nur die Kopfzahl der Fremden hat beträchtlich zugenommen, sondern es haben sich auch die Übernachtungen um über 40 v.H. gesteigert. Berücksichtigt man ferner, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden ebenfalls nicht unwesentlich zugenommen hat -ein sicheres Kennzeichen dafür, daß die Kaufkraft der Bevölkerung im Steigen begriffen ist-, so ist die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß sich künftig der Fremdenzustrom dem Lande Braunschweig in alter Fülle wieder zuwenden wird.

4. Der volkswirtschaftliche Nutzen.

Der volkswirtschaftliche Nutzen des Fremdenstroms für das Land Braunschweig und für die einzelnen Fremdenplätze läßt sich natürlich nicht ohne weiteres in Zahlen ausdrücken. Wenn trotzdem im Nachfolgenden versucht wird, den Nutzen des Fremdenverkehrs zahlenmäßig zu errechnen, so mag dieser Versuch als rohe Schätzung gewertet werden. Im Winterhalbjahr 1933/34 sind 135 531 Fremdenübernachtungen und im Sommerhalbjahr 1934 757 259 Übernachtungen, zusammen also 892 790 Übernachtungen für die Zeit vom 1. Oktober 1933 bis dahin 1934 ermittelt worden. Diesem Betrage muß, da die berichtenden Gemeinden nur zwei Drittel bis drei Viertel des Fremdenverkehrs im Lande Braunschweig umfassen, ein Viertel des Gesamtbetrages = rund 223 190 Übernachtungen hinzugesetzt werden. Es ergibt sich dann eine Summe von rund 1 116 000 Übernachtungen. Nimmt man für jede Fremdenübernachtung, d.h. für jeden Tag, den der Fremde durchschnittlich an einem Fremdenplatze zubringt, den gewiß bescheidenen Betrag von 5 RM an, der dem Orte

/nutzbringend

nutzbringend zufließ. so ergibt sich ganz abgesehen von den Einkünften, die den Fremdenorten durch den Besuch der Jugendherbergen, Massenquartiere und Eigenheime der Sportvereinigungen erwachsen, mindestens ein Nutzertrag von über 5,5 Millionen RM innerhalb eines Jahres für das Land Braunschweig.

Dieser Betrag kam in der Hauptsache zwar zunächst nur dem Gaststätten- usw. Gewerbe, durch dessen Vermittlung aber über verschiedene Kanäle weiterhin der Landwirtschaft, der Kaufmannschaft, den Bäckern und Schlachtern sowie sonstigen Handwerkszweigen zugute. Außerdem haben in den Fremdenverkehrsorten auch sonst noch zahlreiche Erwerbszweige, wie Andenkengeschäfte, Lichtspiel-Theater, Badeanstalten, Photographengeschäfte, das Transportgewerbe usw., gesteigerte Einnahmen buchen können; man darf sogar ohne Übertreibung behaupten, daß fast alle Bevölkerungskreise der Fremdenorte in irgendeiner Form aus dem Fremdenverkehr Nutzen ziehen.

Abschnitt D: Die sozialen Verhältnisse

I. Arbeitsmarkt.

Dazu: Tabellen 14a und 14b

Karten 63a, 63b und 91.

Bei der Zählung am 31. Dezember 1934 wurden von den 10 Arbeitsämtern, die braunschweigisches Gebiet betreuen, für den ganzen Freistaat 8134 Arbeitslose, nämlich 3184 aus der Arbeitslosenversicherung und 1566 aus der Krisenfürsorge Unterstützte, 682 Wohlfahrtserwerbslose und 2702 sonstige, aus Reichsmitteln nicht unterstützte Arbeitslose ermittelt. Von den 8134 Arbeitslosen entfielen 2876 auf die Stadt Braunschweig, 211 auf den Landkreis Braunschweig, 1847 auf den Kreis Wolfenbüttel, 442 auf den Kreis Helmstedt, 969 auf den Kreis Gandersheim, 925 auf den Kreis Holzminden und 864 auf den Kreis Blankenburg. Von je 1000 Einwohnern waren Ende 1934 im Lande 15,9, in der Stadt Braunschweig 17,2, im Landkreis Braunschweig 5,4, im Kreis Wolfenbüttel 21,3, im Kreis Helmstedt 5,6, im Kreis Gandersheim 18,7, im Kreis Holzminden 18,0 und im Kreis Blankenburg 22,2 arbeitslos. Schaubild 63b zeigt, welcher Tausendsatz im Lande und in den Kreisen auf die 4 Erwerbslosengattungen entfällt.

Gegenüber den Vormonaten ist wie überall im Reich die durch die Jahreszeit bedingte Zunahme an Arbeitslosen eingetreten. Mit 15,9 Erwerbslosen auf 1000 Einwohner weist Braunschweig eine Erwerbslosenziffer auf, die noch nicht einmal die Hälfte der Reichsziffer (39,9) ausmacht und tief unter der Ziffer des ganzen Landesarbeitsamtbezirkes Niedersachsen (26,7) steht, der seinerseits wieder zu den Teilen unseres deutschen Vaterlandes gehört, die mit die wenigsten Arbeitslosen aufweisen. Eine noch geringere Arbeitslosenziffer als Braunschweig weist von allen Landesarbeitsamtbezirken nur Ostpreußen mit 13,4 auf 1000 Einwohner auf. Wenn ein Vergleich mit anderen Ländern möglich wäre – das Material dazu steht leider nicht zur Verfügung, dann würde Braunschweig zum mindesten mit die kleinste Arbeitslosenziffer aufweisen.

Auf dieses Ergebnis darf die Landesregierung umso mehr stolz sein, als Braunschweig bis zu dem Umschwung zu den Ländern mit einer besonders hohen Arbeitslosenziffer gehörte. Als vorwiegend industrielles Land hatte Braunschweig ganz besonders

~~unter dem Wirtschaftsverfall zu leiden, besonders schwer darum,~~
weil in der Landeshauptstadt fast ein Drittel seiner Gesamtbevölkerung zusammengeballt ist. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Lande von Januar 1932 bis Dezember 1934 veranschaulichen Tabelle 14a und Schaubild 63a, während die Tabelle 14 b die Zahlen für die 12 Monate des Jahres 1934 bringt. Bis zur Machtergreifung lagen die braunschweigischen Ziffern stets über der Reichsziffer: Ende Januar 1932 Land 105,9, Reich 96,8; Ende Januar 1933 Land 101,8, Reich 96,4. Noch ungünstiger waren die Verhältnisse in der Stadt Braunschweig, in der am 31. Januar 1933 nicht weniger als 135,8 von je 1000 Volksgenossen ohne Arbeit waren und die mit die höchsten Ziffern unter den deutschen Städten aufwies.

Was planvolle, tatkräftige Arbeit vermag, zeigen Tabelle 14a und Schaubild 63a. Vom 31. Januar 1933 bis Ende Dezember 1934 ist die Erwerbslosenziffer des Landes von 101,8 auf 15,9, die der Landeshauptstadt von 135,8 auf 17,2 zurückgegangen, und die Erwerbslosenzahl hat seit der Machtübernahme um nicht weniger als 84,1 v.H. abgenommen. Den tiefsten Stand hatte sie Ende Oktober mit 5538 und einem Rückgang von 89,2 v.H. erreicht. Mit vollem Recht konnte deshalb der Braunschw. Ministerpräsident Klagges, auf dessen Initiative dieser Erfolg in erster Linie zurückzuführen ist, aus der Feststellung, daß im Lande Braunschweig nur noch 10,8 Arbeitslose auf je 1000 Einwohner kamen, in seinem Aufsatz „Dokumente nationalsozialistischer Aufbauarbeit“ den Schluß ziehen: „Da sich unter diesen“ -10,8 Erwerbslosen je 1000 Einwohner- „noch eine größere Zahl von ganz oder teilweise Arbeitsunfähigen befinden, so hat die Arbeitslosigkeit damit aufgehört, im Lande Braunschweig ein Faktor von beherrschender öffentlicher Bedeutung zu sein“. Das Schaubild 63a läßt deutlich erkennen, daß die Arbeitslosenzahl von Ende Januar 1933 bis Ende Oktober 1934 -mit Ausnahme des Monats Dezember 1933 mit seiner strengen Kälte-, also sogar auch in den an sich eine Steigerung mit sich bringenden Wintermonaten ständig von Monat zu Monat gesunken ist.

Dieser Rückgang ist nicht etwa in der Hauptsache auf Notstandsarbeiten zurückzuführen, zu denen die öffentliche Hand die Mittel gab, sondern in erster Linie darauf, daß infolge des Aufblühens der Wirtschaft der weitaus größte Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden konnte.

/Die

Die Notstandarbeiten haben in größerem Ausmaße erst im Spätherbst eingesetzt, als es galt, die aus Saisonbetrieben (Baugewerbe, Zuckerfabriken usw.) regelmäßig um diese Zeit zurückflutenden Arbeitskräfte aufzufangen und die gewonnene Stellung zu halten. Bester Beweis dafür ist die folgende Gegenüberstellung der Arbeitslosen und Notstandsarbeiter. Es waren vorhanden am

31. 8.1933	27.759	Arbeitslose	1.303	Notstandsarbeiter
31.10.1933	23 774	"	2.153	"
31.12.1933	26.152	"	4.155	"
29. 2.1934	16.419	"	9.361	"
30. 4.1934	10.606	"	8.381	"
30. 6.1934	8.751	"	6.335	"
31. 8.1934	7.403	"	2.403	"
31.10.1934	5.538	"	1.836	"
31.12.1934	8.134	"	2.269	"

Die Zahl der Notstandsarbeiter ist bis Februar 1934 ständig gestiegen, dann aber zugleich mit der Erwerbslosenzahl gesunken. Das ist ja gerade das Bedeutungsvolle, daß der weitaus größte Teil der langjährigen Arbeitslosen wieder in der Wirtschaft produktive Arbeit leistet. Auch dem Teil, bei dem das noch nicht gelungen ist, wieder ständige Arbeit zu geben, ist Sinn und Zweck der jetzt eingeleiteten „Frühjahrsoffensive“. Daß ihr im Lande Braunschweig der Endsieg beschieden sein wird, daran ist nicht zu zweifeln.

II. Löhne

Dazu: Tabellen 15a und 15b
Karten 64a und 64b

1. Allgemeines.

Unterlagen für eine Abhandlung, die eine einigermaßen erschöpfende Darstellung der in Braunschweig gezahlten Löhne ermöglichen, besitzt das Statistische Landesamt nicht. Auf eine solche Aufzählung dürfte es auch nicht ankommen, sondern darauf, die Schichtung der Einkommen und deren Entwicklung von einem konjunkturellem Höchststand der Beschäftigung und der Einkommen im Jahre 1929 bis zu dem Tiefstand 1932/33 und die 1934 beginnende Aufwärtsbewegung aufzuzeigen. Es werden aber, um die Stellung Braunschweigs in dem Rahmen der Gesamtlohnverhältnisse des Reichs wenigstens anzudeuten, die z.Z. geltenden bedeutsamen Lohn- und Gehaltstarife aufgezählt. Daraus ergibt sich der Aufbau für diese Ausführungen von selbst: In zwei getrennten Abschnitten werden die Einkommen der Arbeiter und der Angestellten behandelt, und zwar in der Weise, daß zunächst die geltenden Tarife aufgeführt und dann die Schichtung der Einkommen und ihre Entwicklung einer Betrachtung unterzogen werden, wozu die Statistik der Beiträge der Invaliden- und Angestelltenversicherung die Unterlagen liefert.

2. Die Arbeiterlöhne.

a) Die geltenden Tarifverträge.

Nach den Unterlagen, die das Statistische Reichsamt in seinem Lohnarchiv besitzt, befinden sich gegenwärtig folgende Tarifverträge für das Land Braunschweig in Geltung:

1. Rahmentarifvertrag nebst Lohn tarif vom 13. Januar 1933 für Landarbeiter im Lande Braunschweig und Entscheidung des Treuhänders vom 2. Juni 1934,
2. Lohn tarifvertrag vom 5. März 1931 nebst Nachtrag vom 21. Dezember 1931 für die Gartenbaubetriebe des Blumen- und Pflanzenbaues im Freistaat Braunschweig usw.,
3. Lohnabkommen vom 22. April 1932 für die Landschafts-, Friedhofs-, Baumschul- und Privatgärtnereien von Braunschweig und Umgebung,
4. Tarifordnung vom 22. September 1934 für die Gemüsegartenbaubetriebe im Freistaat Braunschweig,
5. Bezirkslohntarifvertrag vom 16. Januar 1933 für die Forstarbeiter der Staats- und Kommunalverwaltungen sowie ähnlicher Körperschaften Mitteldeutschlands,
6. Tarifvertrag vom 30. April 1934 für die Ziegelindustrie des Bezirks Niedersachsen,
7. Lohn tarifvertrag vom 2. Mai 1933 für die Pflasterstein- und Schotterbetriebe des Bezirks Nord- und Mitteldeutschland,
8. Lohn tarif vom 22. Dezember 1931 für die Braunschweiger Blechwarenindustrie,
9. Lohn tarif vom 31. Dezember 1931 für die Bauschlosser in Braunschweig,
10. Lohn tarif vom 12. Mai 1932 für die Klempner und Installateure Braunschweigs,
11. Lohn tarif vom 12. Januar 1932 für die Schmiede in Braunschweig,
12. Lohn tarif vom 25. Januar 1932 für die Metallindustrie in Wolfenbüttel,
13. Lohn tarif vom 14. Januar 1932 für die Eisen- und Metallindustrie in Braunschweig (Eisen- und Metallindustrie-Vereinigung),
14. Lohn tarif vom 14. Januar 1932 für die Metallindustrie in Braunschweig (Verein Braunschweiger Metallindustrieller),
15. Lohn tarif vom 4. Juli 1932 für die Kupferschmiede in Braunschweig,
16. Lohn tarif vom 15. Dezember 1931 für die Arbeiter der chemischen Industrie des Wirtschaftsgebietes Hannover-Süd,
17. Lohn tarif vom 18. Dezember 1931 für die Arbeiter der Seifenindustrie des Bezirks Hannover-Braunschweig,
18. Lohn tarif vom 30. Dezember 1931 für die Papier-, Pappen-, Holz- und Zellstoffindustrie, Gruppe Hannover,
19. Reichslohntarifvertrag vom 15. September 1932 für die Briefumschlag- und Papierausstattungs-Fabrikation,
20. Reichslohntarif vom 19. Januar 1933 für die Kartonnagen-Industrie,
21. Lohn tarif vom 14. Mai 1932 für Buchdrucker-Gehilfen,
22. Lohn tarif für das Buchdruckerei-Hilfspersonal, gültig ab 12. November 1932,

23. Reichstarifvertrag vom 20. Juni 1932 und Lohnabkommen vom 29. Dezember 1931 für das deutsche Lithographie-, Offset-, Steindruck-, Notendruck- und Notenstichgewerbe,
24. Tarifvertrag vom 18. Oktober 1933 für die Holzindustrie des Wirtschaftsgebietes Niedersachsen,
25. Lohn tariff vom 27. März 1933 für die Konservenfabriken des Bezirks Braunschweig-Lippe-Hannover,
26. Lohn tariff vom 15. Dezember 1931 für die rübenverarbeitenden Zuckerfabriken des Bezirks Hannover-Braunschweig,
27. Bezirkstarifvertrag vom 15. Juli 1932 für die Zigarrenherstellung der Bezirksgruppe Sachsen,
28. Lohn tariff vom 12. Januar 1932 für die Ölmühlenindustrie im Bezirk V (Provinz und Freistaat Sachsen, Braunschweig usw.),
29. Lohn tariff vom 25. Mai 1932 für die Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie (Reichslohn tariff),
30. Lohnabkommen vom 15. Januar 1932 für die Brauereien in Braunschweig,
31. Lohn tariff vom 10. April 1933 für das Schuhmacherhandwerk im Bezirk Niedersachsen,
32. Reichstarifvertrag nebst Zusatzvertrag vom 29. November 1932 für die Schuhindustrie (Fabrikbetriebe),
33. Reichstarifvertrag vom 8. November 1932 für die Uniform-Lieferungsschneidereien,
34. Lohn tariff vom 3. März 1933 für das Hoch- und Tiefbaugewerbe im Tarifgebiet Freistaat Braunschweig,
35. Lohn tariff, gültig ab 2. März 1933, für die Dachdecker im Freistaat Braunschweig,
36. Reichslohn tariffvertrag, gültig ab 1. April 1933, für das Maler- und Lackiererhandwerk,
37. Lohnvereinbarung vom 29. März 1933 für das mitteldeutsche Straßenbau- und Steinsetzgewerbe,
38. Reichslohn tariff vom 7. April 1933 für Isolierer und Helfer,
39. Lohnabkommen vom 27. August 1932 für Tapezierer in Braunschweig,
40. Lohn tariff, gültig ab 1. Januar 1932, für die Niedersächsischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke,
41. Lohn tariff, gültig ab 1. Januar 1932, für die Bezirksgruppe V des Arbeitgeberverbandes der deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen,
42. Lohn tariff gültig ab 1. Juni 1932 für die Arbeiter in der Spedition, im Möbeltransport und Lastfuhrgewerbe, in Molkereien und im Kohlenhandel in Braunschweig.
43. Lohn tariff vom 23. Juni 1932 für die Arbeiter der Gemeinden und anderer öffentlicher Betriebe im Bezirk Mitteldeutschland.

/ b)

b) Die Schichtung des Lohneinkommens von 1929 bis 1934.

Auf Grund des Wochenverdienstes, dessen Höhe die Beitragssätze bestimmt, sind die Versicherten 7 Lohnklassen zugewiesen, nämlich

Lohnklasse I	mit einem Wochenverdienst	bis	6 RM
" II	" "	über 6	" 12 "
" III	" "	" 12	" 18 "
" IV	" "	" 18	" 24 "
" V	" "	" 24	" 30 "
" VI	" "	" 30	" 36 "
" VII	" "	" 36 RM.	

Der Lohnklasse I gehören in erster Linie Lehrlinge, Laufbur-schen, Heimarbeiter usw. an. Lohnklasse II umfaßt die Dienst-boten ohne Unterkunft und Verpflegung bei ihrem Arbeitgeber sowie Arbeitslose, für die, soweit zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlich, die Beiträge aus Mitteln der Arbeits-losenhilfe entrichtet werden, Lohnklasse III die Landarbeiter und die Dienstboten mit Unterkunft und Verpflegung, während die industriellen Arbeiter bei normaler Wirtschaftslage in der Hauptsache in Lohnklasse VII versichert sind.

Die Lohnschichtung und ihre Wandlung von 1929 bis 1934 sind aus Tabelle 15a zu ersehen, die unter 1 über die Stück-zahl der in den einzelnen Lohnklassen und in allen Lohnklassen zusammen geleisteten Wochenbeiträge und unter 2 und 3 über die hieraus berechneten Anteil- und Meßziffern (1929=100) unter-richtet.

Die Tabelle zeigt bei den Gesamtwochenbeiträgen von 1929 bis 1932 infolge der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit einen ständigen, stets stärker anwachsenden Rückgang bis auf etwas über zwei Drittel, im Jahre der Machtübernahme auf Grund der Erfolge in der Arbeitsschlacht ein kräftiges und im Jahre 1934 ein ganz außerordentlich starkes Ansteigen bis fast auf den Stand von 1929 (Meßziffer 99,4).

Dasselbe Bild auch bei den einzelnen Lohnklassen! Bis 1932 haben die Beiträge aller Lohnklassen abgenommen (Arbeitslose, Abwanderung in niedrigere Klassen) mit Ausnahme von Klasse II, die eine Zunahme zu verzeichnen hatte, am meisten in Klasse VII,

/die

die nur noch stark ein Viertel ihres Bestandes von 1929 aufwies, die übrigen aber ziemlich gleichmäßig. 1933 ist dann fast allgemein eine Zunahme eingetreten, die sich 1934 bei einzelnen Klassen in geradezu stürmischem Tempo fortgesetzt hat. Daneben hat sich aber infolge Kurzarbeit, Lohnsenkungen, Abbaus übertariflicher Löhne und Wegfalls von Überstundenverdiensten, wie bei Schaubild 64a ins Auge springt, eine tief einschneidende Strukturwandlung insofern vollzogen, als der Anteil der in industriellen Gebieten stets am stärksten besetzten Klasse VII von 33 v.H. im Jahre 1929 auf 11,9 v.H. im Jahre 1933, also von einem Drittel auf rund ein Achtel, gesunken, 1934 allerdings wieder erheblich gestiegen ist. Die Anteile aller übrigen Klassen, mit Ausnahme der Klasse VI, deren Hundertsatz ungefähr der gleiche geblieben ist, sind gestiegen, am stärksten die der Klassen II und III, denen jeweils die Abwanderungen aus den höheren in die niedrigeren Klassen zugutegekommen sind.

Der Vergleich mit der Lohnumschichtung in den übrigen vorwiegend industriellen Gebieten ergibt für Braunschweig im Gegensatz zu den übrigen Gebieten ein stärkeres Absinken des Anteils der Lohnklasse VII, dafür aber ein stärkeres Anwachsen der Klasse II und ein schwächeres der Klassen III, IV und V. In Braunschweig hat sich die bis in das Jahr 1933 hinein weit größere Arbeitslosenziffer einmal in einer stärkeren Zunahme des Anteils der Klasse II und in einem schwächeren Zuwachs der Klassen III-V, zum anderen aber in einem weit stärkeren Rückgang der Klasse VII als im Durchschnitt der Gebiete mit vorwiegend industrieller Wirtschaft ausgewirkt. Dementsprechend darf vermutet werden, daß bei den großen Erfolgen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Braunschweig die Abnahme der Anteile in den Klassen II und III und die Zunahme der Anteile in den höheren Klassen eine weit stärkere ist als in den übrigen Gebieten der vorwiegend industriellen Wirtschaftszone.

3. Die Angestelltengehälter.

a) Die geltenden Tarifverträge.

Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes befinden sich zurzeit folgende Tarifverträge in Geltung:

1. Gehaltstarif vom 24. Juni 1932 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Braunschweiger Metallindustrie,
2. Gehaltstarif vom 30. Juni 1932 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Wolfenbütteler Metallindustrie,
3. Gehaltstarif vom 12. Juli 1932 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Braunschweiger Blechwareindustrie,
4. Reichstarifvertrag vom 27. April 1920 (5. unveränderte Auflage 1930) für die akademisch gebildeten Angestellten der chemischen Industrie und Gehaltstarif der Sektion IIIa vom 30. Dezember 1931 mit Nachtrag vom 17. März 1933,
5. Gehaltstarif vom 28. Mai 1932 für die kaufmännischen Angestellten der Braunschweiger Konservenindustrie,
6. Gehaltstarif, gültig ab 1. Januar 1932, für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Gruppe Hannover-Braunschweig der rübenverarbeitenden Zuckerfabriken,
7. Tarifordnung 1934 für die Molkerei- und Käsefachleute im Wirtschaftsgebiet Niedersachsen,
8. Gehaltsabkommen, gültig ab 1. Januar 1932, für die kaufmännischen Angestellten im Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe des Gebiets Nordwestdeutschland,
9. Bezirkstarifvertrag vom 14. März 1932 für die kaufmännischen Angestellten im Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe des Gebiets Provinz Sachsen-Anhalt-Thüringen,
10. Reichstarifvertrag vom 14. Februar 1931 für die technischen Angestellten im Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe, Bezirkstarifvertrag vom 29. April 1931 des Gebiets Nordwestdeutschland und Bezirksgehaltstarif vom 16. Dezember 1931,
11. Reichstarifvertrag vom 19. Dezember 1930 für die Angestellten der Banken mit Gruppeneinteilung, Reichstarifvertrag vom 19. Dezember 1930 und vom 7. Januar 1932,
12. Tarifvertrag vom 9. Mai 1923 für die kaufmännischen Angestellten im Zeitungsgewerbe des Bezirks Nordwestdeutschland und Gehaltstarif, gültig ab 1. Januar 1932,
13. Gehaltstarif vom 15. Januar 1932 für die kaufmännischen Angestellten des Braunschweiger Einzelhandels,
14. Tarifvertrag vom 27. Oktober 1928/19. Juni 1931 für die kaufmännischen Angestellten im Großhandel und Verkehrsgewerbe in Braunschweig und Gehaltstarif, gültig ab 1. Januar 1932,
15. Tarifvertrag nebst Gehaltstarif vom 1. August 1932 für die kaufmännischen Angestellten des Helmstedter Einzelhandels,
16. Gehaltstarif vom 24. November 1932 für die kaufmännischen Angestellten von 19 Handelsfirmen in Schöningen,
17. Reichstarifvertrag vom 1. April 1923 für die Angestellten der privaten Versicherungsunternehmungen, Gehaltsnachtrag, gültig ab 1. Januar 1932 und Vereinbarung vom 26. Februar 1932,

18. Tarifvertrag vom 1. Dezember 1929/24. Dezember 1931 für Musiker in Saal- und Konzertlokalen, Restaurants usw. im Bezirk des Landesverbandes Sachsen-Anhalt im Bund der Saal- und Konzertlokalinhaber Deutschlands sowie Nachtrag vom 17. Januar 1933,
19. Tarifvertrag vom 30. September 1933 für die Ärzte bei den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten der öffentlichen Körperschaften Mitteldeutschlands,
20. Reichstarifvertrag vom 17. Dezember 1931 für Zahntechniker nebst Gehaltsabkommen vom gleichen Tage,
21. Gehaltstarif vom 16. Januar 1932 für die kaufmännischen Angestellten in der Industrie, im Groß- und Einzelhandel in Wolfenbüttel,
22. Gehaltstarif vom 22. Dezember 1931 für die kaufmännischen Angestellten in der Industrie des braunschweigischen Weserkreises,
23. Gehaltstarif vom 19. Oktober 1932 für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Industrie und im Handel des Bezirks Altmark,
24. Tarifvertrag vom 30. November 1932 für die kaufmännischen und technischen Angestellten in Industrie und Handel der Stadt Blankenburg a.H.,
25. Bezirkstarifvertrag vom 27. Juni 1931 für die Angestellten der Staats- und Kommunal-Verwaltungen Mitteldeutschlands, Vereinbarung vom 10. Dezember 1931 und Vereinbarung vom 18. April 1932.

b) Die Schichtung der Angestelltegehälter von 1929 bis 1934.

Nach der Höhe des Einkommens sind 10 Gehaltsklassen gebildet, nämlich die Gehaltsklassen

A (bis 50 RM)	F (400 bis 500 RM)
B (50 " 100 ")	G (500 " 600 ")
C (100 " 200 ")	H (600 " 700 ")
D (200 " 300 ")	J und K (700 RM und darüber).
E (300 " 400 ")	

Seit dem 1. Januar 1934 ist die Versicherungspflicht auf die Gehälter bis 600 RM beschränkt, sodaß es sich bei den Gehaltsklassen H, J und K um freiwillige Versicherte handelt.

Wie aus Tabelle 15b ersichtlich ist, sind auch die Beitragszahlen in der Angestelltenversicherung gesunken, und zwar von 1929 (Meßziffer 100) bis 1932 auf 87,4, also weit geringer als in der Invalidenversicherung, die für den gleichen Zeitraum

/einen

einen Rückgang auf 68 aufweisen. Das hängt damit zusammen, daß von den mit dem Eintreten einer Krise verbundenen Produktions-einschränkungen zunächst die Lohnempfänger betroffen werden, während versucht wird, nach Möglichkeit den eingearbeiteten Verwaltungsapparat durchzuhalten; einem schnellen Abbau der Angestellten stehen auch die längeren Kündigungsfristen entgegen. Umgekehrt werden bei der Steigerung der Produktion infolge Wiederbelebung der Wirtschaft zunächst Arbeiter eingestellt, und es wird versucht, die Büroarbeiten mit den vorhandenen Angestellten zu leisten. Das kommt auch in den Meßziffern der Jahre 1932 und 1934 zum Ausdruck. Während die Beiträge zur Invalidenversicherung eine Steigerung von 68 auf 99,4 aufweisen, haben die Beiträge zur Angestelltenversicherung nur eine solche von 87,4 auf 98,6 zu verzeichnen. Die Beitragszahlen zur Angestelltenversicherung hinken gewissermaßen hinter den Beitragszahlen zur Invalidenversicherung ein Jahr hinterher. Das ist auch der Grund dafür, daß die Beitragszahlen einzelner Klassen der Invalidenversicherung für 1934, mit Ausnahme der Klasse VII, weit höhere Meßziffern zeigen als die der Angestelltenversicherung.

Im Gegensatz zu den Arbeiterlöhnen beruhen die in der Schichtung der Einkommen eingetretenen Änderungen mehr auf Gehaltssenkungen als auf Arbeitslosigkeit. Die Folge davon ist, daß sowohl die Umschichtung von den höheren zu den niederen Klassen während der Krise als auch die Umschichtung von den niederen zu den höheren Klassen bei der Wiederbelebung der Wirtschaft eine gleichmäßigere gewesen ist, sodaß sich Rückgänge von dem Umfange wie bei Klasse VII der Invalidenversicherung bei den Beiträgen zur Angestelltenversicherung nicht zeigen. Wenn insbesondere die oberen Klassen in der Angestelltenversicherung ihre Anteile verhältnismäßig gut zu behaupten gewußt haben, so dürfte es damit zusammenhängen, daß es sich um freiwillige Versicherte handelt, die sich bemüht haben, wenn irgend möglich die Anwartschaft für die alte Gruppe aufrecht zu halten.

II. Preise.

Bei den Löhnen ist durch ~~Aufführung der Tarife~~ versucht worden, die Stellung Braunschweigs im Rahmen der Gesamtlohnverhältnisse des Reichs kurz anzudeuten. Bei den Preisen ist das nur für eine ganz kleine Gruppe, die vier Getreidearten, Roggen, Weizen, Gerste und Hafer, auf Grund der Verordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft vom 14. Juli 1934 möglich. Nach dieser Verordnung gehört die große Masse des Landes bei Roggen zum Preisgebiet R IX, ausgenommen der Gebietsteil Thedinghausen (R XIV), bei Weizen zum Preisgebiet W IX, ausgenommen die Kreise Helmstedt und Blankenburg (W VI) sowie Thedinghausen (W XV), bei Gerste zum Gebiet G X, ausgenommen der Kreis Blankenburg (G IX) und Thedinghausen (G XIV), bei Hafer zum Preisgebiet H XIII, ausgenommen Thedinghausen (H XVIII).

Der Vergleich mit den für die übrigen Reichsteile festgesetzten Preisen ergibt, daß der Großteil des Landes zu den Gebieten mit etwa mittleren, bei Gerste und Hafer stärker nach oben neigenden Preisen gehört, während Thedinghausen zu den Gebieten mit den höchsten Preisen zählt.

Über die die Allgemeinheit am meisten interessierenden Einzelhandelspreise für die Nahrungs- und Genußmittel waren Unterlagen bislang nur für die Stadt Braunschweig vorhanden, weil sie zu den 72 Gemeinden gehört, in denen die erforderlichen Preisunterlagen zur Berechnung der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten monatlich zweimal festgestellt werden. Aber selbst wenn diese Preise für eine größere Anzahl von Gemeinden in derselben Weise, wie für die Landeshauptstadt /erhoben

erhoben worden wären, dann würde aus der festgestellten Verschiedenheit der Preise nicht ohne weiteres der Schluß gezogen werden können, daß der eine Ort teurer als der andere wäre. Voraussetzung dafür würde sein, daß in den sämtlichen in Betracht kommenden Gemeinden die Preise für genau die gleichen Warenqualitäten ermittelt wären. Das wird angestrebt, ist aber schon um deswillen schwierig, weil die Verbrauchsgewohnheiten in den verschiedenen Teilen des Reiches, ja schon eines Landes zum Teil recht große Unterschiede aufweisen. Die für die Berechnung der Reichsindexziffer erhobenen Einzelhandelspreise für Nahrungs- und Genußmittel sind aber nicht Preise für gleiche Warenqualitäten, sondern nur für marktgängige Waren. Sie können deshalb nur Anhaltspunkte für die örtliche Preisbewegung, z.B. zweier verschiedener Monate desselben Jahres oder der gleichen Monate verschiedener Jahre, allenfalls noch für einen zwischenörtlichen Vergleich der Preisbewegung geben. Sie sind aber keinesfalls geeignet zum Vergleich der Preishöhe verschiedener Orte und sind niemals „Teuerungszahlen“, wie sie mitunter fälschlich genannt werden.

Um überhaupt einmal einen Einblick in die Nahrungs- und Genußmittelpreise der übrigen Teile des Landes zu bekommen und, wenn möglich, die Bewegung der Preise in den einzelnen Orten kennenzulernen, wurde Anfang Februar eine diesbezügliche Erhebung bei den 22 Gemeinden mit 2000 - 20 000 Einwohnern veranstaltet. Die Leiter der Gemeinden bekamen je zwei der vom Statistischen Reichsamt zur Feststellung der Einzelhandelspreise für Nahrungs- und Genußmittel verwendeten Erhebungsbogen A mit der Aufgabe zugestellt, auf Grund der Ausfüllungsanleitung die ortsüblichen Durchschnittspreise für marktgängige Ware unter Ausschaltung von Spitzenpreisen nach oben und unten für die
/Monate

Monate März und Dezember 1934 einzutragen. Die Bogen wurden dann im Städtischen Statistischen Amt in der Weise bearbeitet, daß nach der bis September 1934 üblichen Methode auf Grund des 1925 aufgestellten Mengenschemas die Nahrungs- und Genußmittelkosten einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie, bestehend aus zwei Erwachsenen, einem Knaben von 12, einem Mädchen von 7 und einem Kinde von 1 1/2 Jahren, berechnet wurden. Die Ergebnisse dieser Berechnung sind in der folgenden Übersicht zusammengestellt.

Gemeinde	Einwohner- zahl am 16. 6. 1933	Kosten für Nahrungs- und Genußmittel im Monat		
		März 1934 RM	Dezember 1934 RM	Januar 1935 RM
1. Braunschweig	166 817	80,04	81,77	81,77
2. Wolfenbüttel	19 620	79,31	82,20	.
3. Helmstedt	17 649	79,31	81,63	.
4. Holzminden	12 905	78,53	80,26	.
5. Blankenburg a/H.	12 813	81,84	.	.
6. Schöningen	10 111	77,55	80,60	.
7. Seesen	6 788	74,18	74,85	.
8. Bad Harzburg	6 186	.	.	86,57
9. Königslutter a/Elm.	5 856	80,53	.	.
10. Oker	4 067	.	.	82,10
11. Stadtoldendorf	4 064	.	.	78,49
12. Braunlage	3 875	.	85,62	.
13. Langelsheim	3 812	.	.	82,15
14. Bündheim	3 378	.	.	79,67
15. Schöppenstedt	3 107	.	.	81,78
16. Bad Gandersheim	2 795	.	.	79,23
17. Hasselfelde	2 749	.	.	79,41
18. Harlingerode	2 519	.	.	80,90
19. Delligsen	2 236	.	.	78,63
20. Eschershausen	2 129	.	76,78	.
21. Kreiensen	2 097	.	79,85	.

/Ein

Ein Blick auf die Übersicht zeigt, daß die Erhebung nicht die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllt hat. Von den 22 Gemeinden mußten zwei, Calvörde und Hessen, bei der Bearbeitung ausgeschieden werden, weil in ihnen ein Kleinverkauf von Kartoffeln und Gemüse nicht stattfindet. Von den bearbeiteten 20 Orten – die Stadt Braunschweig kann nicht mitgerechnet werden, weil ihre Zahlen zur Verfügung standen – haben überhaupt nur 5 die für die Monate März und Dezember 1934 geforderten, 3 nur für den Monat Dezember 1934 und 10 Angaben für den Monat Januar 1935 gemacht. Es hätte deshalb, wenn man die Stadt Braunschweig einschließt, die Preisbewegung von März bis Dezember 1934 in 6 Orten verfolgt werden können. Das geschieht nicht, weil die Schwankungen bei einigen dieser Orte Zweifel auftauchen lassen, ob die Erhebung bei ihnen als gelungen bezeichnet werden kann. Von einem generellen zwischenörtlichem Vergleich der Preise kann unter diesen Umständen natürlich erst recht keine Rede sein.

Hinsichtlich der Höhe der Kosten für Nahrungs- und Genußmittel in den verschiedenen Orten können aus den dargelegten Gründen Vergleiche nicht gezogen werden, wenn natürlich auch die Gründe dafür, daß die Harzkurorte Bad Harzburg und Braunlage an der Spitze marschieren und Eschershausen am niedrigsten steht, für den Kenner der Verhältnisse klar auf der Hand liegen. Daß aber die Kosten für die Nahrungs- und Genußmittel einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie in dem kleinen Landstädtchen Schöppenstedt im Januar 1935 genau so hoch gewesen sein sollen wie in der Großstadt Braunschweig, das ist der schlagendste Beweis dafür, daß sich aus den marktgängigen Preisen zwischenörtliche Vergleiche über die Preishöhe nicht ziehen lassen.

IV. Der volkswirtschaftliche Umsatz

Dazu: Tabelle 16

Karte 65

I. Die Ermittlung des volkswirtschaftlichen Umsatzes.

1) Die Umsatzsteuerstatistik will die Leistung der Wirtschaft darstellen und sucht zu diesem Zwecke den Gesamtumsatz zu erfassen. Nach § 1 Nr. 1 des Umsatzsteuergesetzes fallen unter ihn, ohne Rücksicht darauf ob umsatzsteuerpflichtig oder umsatzsteuerfrei, sämtliche im Inlande innerhalb einer selbständigen gewerblichen Tätigkeit gegen Entgelt ausgeführten Leistungen und Lieferungen sowie der Gebrauch oder Verbrauch von Gegenständen aus dem eigenen Betriebe außerhalb der gewerblichen Tätigkeit, der sogenannte gewerbliche Eigenverbrauch. Nicht zum Gesamtumsatz gehören daher die innerhalb einer unselbständigen Stellung getätigten Leistungen der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Mehrere Gruppen von steuerfreien Umsätzen sind in der Umsatzsteuerstatistik nicht berücksichtigt. Einmal die den Geld- und Kapitalverkehr betreffenden Umsätze absichtlich nicht, weil ihre wirtschaftlichen Leistungen nicht mit denen der Landwirtschaft, des Handels, des Verkehrs und der freien Berufe usw. auf eine Stufe zu stellen sind, daher bei ihnen Umsätze und Erträge nicht in einem recht meßbaren Verhältnis zueinander stehen, und weil ihre Einbeziehung den wirklichen volkswirtschaftlichen Umsatz künstlich erhöhen würde. Es handelt sich hier u.a. um durchlaufende umsatzsteuerfreie Posten des Bank- und Börsenwesens, der Sparkassen, Kreditvereine, Pfandleihen, Versicherungsunternehmungen, der Notare, Rechtsanwälte, Patentanwälte usw. Zum anderen sind nicht berücksichtigt die umsatzsteuerfreien Umsätze der Reichsbahn und Reichspost. Schließlich sind in den Zahlen der Umsatzsteuerstatistik nicht enthalten die steuerfreien Umsätze, die nicht zur Kenntnis der Steuerbehörden gelangt sind, sei es, daß eine Steuererklärung nicht abgegeben zu werden brauchte oder nur auf den steuerpflichtigen Umsatz beschränkt werden durfte wie bei den gemeinnützigen und wohltätigen Unternehmungen-, sei es, daß die Umsätze zu geringfügig waren, vor allem die Kleinstumsätze der Landwirtschaft.

/Die

Die Nichterfassung dieser Kleinstumsätze ist aber für die Höhe des Gesamtumsatzes nur von ganz untergeordneter Bedeutung.

Wenn auch diese steuerfreien Umsätze nicht berücksichtigt sind, so geben doch die Zahlen der Umsatzsteuerstatistik ein nahezu umfassendes Bild von der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit und damit von dem volkswirtschaftlichen Gesamtumsatz. Ihr Wert für den einzelnen Bezirk leidet allerdings etwas darunter, daß die Veranlagung an dem Wohnort des Steuerpflichtigen erfolgt. Wenn sich die Betriebsstätte eines Unternehmens in einer kleinen Stadt oder in einer Landgemeinde, die Geschäftsleitung aber in einer Großstadt befindet, wie es bei den großen Konzernen vielfach der Fall ist, dann erfolgt die Veranlagung in der Großstadt. Es können um deswillen die Umsätze der Großstädte künstlich überhöht sein.

2) Das neueste Material, das vorliegt, behandelt die Umsätze des Jahres 1929. Es kann zu diesen Darlegungen um deswillen nicht benutzt werden, weil in ihm die Umsätze unter 5000 RM nicht enthalten sind, vor allem aber, weil es keine Aufgliederung nach kleineren Verwaltungsbezirken bringt. Diesem Aufsatz mußten deshalb die Zahlen der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 1927 zugrundegelegt werden. Um die Entwicklung anzudeuten, werden einleitend aber die Gesamtumsätze der Jahre 1925, 1926 und 1929 dem Gesamtumsatz des Jahres 1927 gegenübergestellt und kurz gestreift. Es muß dabei aber beachtet werden, daß es sich bei dem Jahre 1925 nicht um den Gesamtumsatz, sondern um den steuerpflichtigen Umsatz handelt.

II. Die Umsätze 1925, 1926, (1927) und 1929.

Es betrug

1925	<u>der steuerpflichtige Umsatz</u>	832.172.000 RM	oder	1658 RM je Kopf
1926	<u>" Gesamtumsatz</u>	962.946.000 "	"	1919 " " "
1927	" "	1.112.743.000 "	"	2217 " " "
1929	" "	1.234.935.000 "	"	2461 " " "

Der Gesamtumsatz 1929 ohne die Umsätze bis 5000 RM belief sich auf 1.204.062.000 RM. Die oben angegebene Zahl ist auf Grund der Angaben in Band 399 der „Statistik des Deutschen Reiches“ errechnet, daß die Kleinstumsätze bis 5000 RM rund 2,5 v.H. des Gesamtumsatzes ausmachen. Wenn man den Umsatz des Jahres 1926 /gleich

gleich 100 setzt, dann ist der Umsatz von 1926 bis 1927 auf 115,5 und von 1926 bis 1929 auf 123,2 gestiegen.

1925 betrug der steuerpflichtige Umsatz 832.172.000 RM oder 1658 RM je Kopf der Bevölkerung. Der Anteil des Landes an der Reichssumme belief sich auf 0,81 v.H., also etwas mehr als ihm nach der Einwohnerzahl zukam. Von dem steuerpflichtigen Umsatz entfielen rund ein Zehntel auf Landwirtschaft, mehr als die Hälfte auf Industrie (54,3 v.H.), genau ein Drittel auf Handel und Verkehr. Auf die Stadt Braunschweig kamen von der Landessumme 364.489.000 RM oder 43,8 v.H., also fast die Hälfte mehr als ihrer Einwohnerzahl entsprochen hätte. Von ihrem Umsatz brachte 0,7 v.H. die Landwirtschaft auf, 50,8 v.H., also mehr als die Hälfte, die Industrie, 46,5 v.H. Handel und Verkehr.

Im Jahre 1926 hatte das Land einen Gesamtumsatz von 962.946.000 RM = 0,71 v.H. der Reichssumme aufzuweisen. Davon entfiel auf die Landwirtschaft ein Zehntel, die Industrie stark die Hälfte (51,8 v.H.), Handel und Verkehr mehr als ein Drittel (36,4 v.H.). An dem Gesamtumsatz des Landes war die Landeshauptstadt mit 449.464.000 RM oder 46,7 v.H. beteiligt. Dazu trugen bei die Landwirtschaft (1,8 v.H.) nur in verschwindend geringem Maße, in fast gleich starker Weise Industrie (49 v.H.) sowie Handel und Verkehr (47,2 v.H.).

Für 1929 können nur die Gesamtumsätze über 5000 RM kurz betrachtet werden, weil kein Schlüssel vorhanden ist, um den mit 2,5 v.H. angenommenen Anteil der Kleinstumsätze auf Landwirtschaft, Industrie sowie Handel und Verkehr umzulegen. Mit 1.204.062.000 RM Gesamtumsatz hatte Braunschweig an dem für das Reich ermittelten Gesamtumsatz 0,66 v.H. Anteil. Es entfiel auf die Landwirtschaft ein Elftel, auf die Industrie etwas mehr als die Hälfte (51,8 v.H.) und auf Handel und Verkehr ein starkes Drittel (36,3 v.H.). Der Anteil der Stadt Braunschweig an der Landessumme betrug 560.697.000 RM oder 46,6 v.H. An ihrem Umsatz waren beteiligt die Landwirtschaft mit 1,3 v.H., die Industrie mit 49,3 v.H., Handel und Verkehr mit 47,3 v.H.

III. Der volkswirtschaftliche Umsatz des Jahres 1927.

1. Verteilung und Erckopfsätze.

- a) Von dem Gesamtumsatz des Reiches von rund 165 Milliarden RM entfielen auf Braunschweig 1113 Millionen oder 0,68 v.H.

/Braunschweig

Braunschweig blieb ebenso wie die kleineren Länder hinter dem Anteil an der Reichsbevölkerung (0,8 v.H.), aber lange nicht in so starkem Maße zurück.

Um zu zeigen, in welchem Maße die Verwaltungsbezirke zu der Landessumme im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl beigetragen haben, sind in der folgenden Übersicht die Anteile an dem Gesamtumsatz und an der Gesamtbevölkerung gegenübergestellt.

	v.H. des Gesamtumsatzes	v.H. der Gesamtbevölkerung
Stadt Braunschweig	46,8	30,6
Landkreis Braunschweig	7,1	9,5
Kreis Wolfenbüttel	15,1	16,9
" Helmstedt	13,8	15,3
" Gandersheim	6,5	10,1
" Holzminden	6,2	10,0
" Blankenburg	4,5	7,6

Ins Auge fällt sofort, daß kein einziger Kreis einen auch nur annähernd so großen Anteil an dem Umsatz wie an der Bevölkerung hat, im Gegensatz zur Landeshauptstadt, deren Anteil an dem Umsatz um mehr als die Hälfte größer ist als der Anteil an der Bevölkerung. Dabei hat die Großstadt Braunschweig in nicht unerheblich geringerem Maße zu dem Gesamtumsatz beigetragen, als es im Reichsdurchschnitt bei den Großstädten der Fall ist, deren veranlagter Umsatz rund 54 v.H. der Reichssumme ausmachte, obwohl auf sie nur 27,3 v.H. der Bevölkerung kam. Voraussetzung für die Anhäufung der großen Menschenmassen in den Großstädten überhaupt ist eine rege Wirtschaftstätigkeit. Infolge ihrer großen Menschenanhäufungen bilden die Großstädte gewaltige Absatzgebiete, und schließlich können auf Grund der einleitend erwähnten Bestimmung des Umsatzsteuergesetzes in den Großstädten auch Umsätze für Leistungen, die außerhalb ihrer Mauern getätigt sind, statistisch erfaßt sein.

b) Um den Grad der Intensität der Wirtschaft in den einzelnen Gebieten zu erkennen, muß man die Umsätze je Kopf der Bevölkerung berechnen. Bei einem Reichsdurchschnitt von 2645 RM steht Braunschweig mit 2218 RM je Einwohner ungefähr in der Mitte unter den deutschen Ländern hinter Württemberg und Anhalt vor Thüringen, Hessen, Bayern, Mecklenburg, Oldenburg und den beiden Lippe. Mit 3551 RM Prokopfsatz übertrifft die Landes-

hauptstadt die Kreise zum Teil um mehr als das Doppelte. Es folgen die Kreise mit folgenden Ziffern:

Wolfenbüttel 1942, Helmstedt 1920, Landkreis Braunschweig 1618, Gandersheim 1402, Holzminden 1356 und Blankenburg 1344.

2. Die Zusammensetzung des Umsatzes nach Hauptwirtschaftsgruppen.

Die Gliederung erfolgt nach den Hauptwirtschaftsgruppen Landwirtschaft, Industrie (einschl. Kleingewerbe und Handwerk), Handel und Verkehr, Freie Berufe, Verwaltung, Heerwesen und Kirche sowie Gesundheitswesen und hygienisches Gewerbe. Die beiden letzteren Gruppen sind wegen ihrer untergeordneten Bedeutung in den folgenden Betrachtungen unter „Freie Berufe usw.“ zusammengefaßt.

a) Zu dem Gesamtumsatz haben, wie aus der Tabelle 16 zu ersehen ist, beigetragen die Hauptwirtschaftsgruppe Landwirtschaft genau ein Zehntel, die Hauptwirtschaftsgruppe Industrie mehr als die Hälfte (51,8 v.H.), die Hauptwirtschaftsgruppe Handel und Verkehr mehr als ein Drittel (36,4 v.H.) und die vereinigten Gruppen Freie Berufe usw. nur 1,9 v.H.. Alle anderen Gruppen überragte bei weitem die Gruppe Industrie, und zwar in weit stärkerem Maße als im Reich (47,5 v.H.). Jhr gegenüber war der Anteil der Hauptwirtschaftsgruppe Handel und Verkehr wesentlich kleiner als im Reichsdurchschnitt (rund 46 v.H.), der Anteil der Hauptwirtschaftsgruppe Landwirtschaft aber mehr als doppelt so groß wie im Reich (4,8 v.H.), ein Zeichen für das intensive Wirtschaften und den hohen Stand der braunschweigischen Landwirtschaft.

Ganz außerordentlich verschieden waren natürlich, entsprechend der wirtschaftlichen Struktur, die Anteile der Hauptwirtschaftsgruppen in den Verwaltungsbezirken. Den größten Teil des Umsatzes brachte die Hauptwirtschaftsgruppe Industrie auf in allen Kreisen mit Ausnahme von Blankenburg, in dem die Gruppe Handel und Gewerbe an der Spitze marschiert, in den Kreisen Braunschweig und Gandersheim fast sechs Zehntel, in den Kreisen Helmstedt, Holzminden und Wolfenbüttel auch weit mehr als die Hälfte und in der Stadt Braunschweig nicht ganz die Hälfte (49 v.H.). An zweiter Stelle stand die Gruppe Handel und Verkehr mit Ausnahme der Kreise Wolfenbüttel und Blankenburg. In der

/Stadt

Stadt Braunschweig kam der Anteil dieser Gruppe (47,2 v.H.) fast dem der Gruppe Industrie gleich. In den übrigen Kreisen schwankte er zwischen 31,3 und 23,4 v.H.. Die Hauptwirtschaftsgruppe Landwirtschaft nahm erst den dritten Platz ein, ausgenommen die Stadt Braunschweig, in der der Anteil der Gruppe Landwirtschaft an dem Gesamtumsatz (1,8 v.H.) noch geringer war als der der Gruppen Freien Berufe usw., und den Kreis Wolfenbüttel, in dem der Anteil der Gruppe Landwirtschaft an dem Gesamtumsatz größer war als der der Gruppe Handel und Verkehr. Die Anteile der Landwirtschaft bewegten sich zwischen 9,5 v.H. (Blankenburg) und 21,8 v.H. (Wolfenbüttel). Gegenüber diesen drei Hauptgruppen war der Anteil der Gruppen Freien Berufe usw. an dem Gesamtumsatz der Kreise verschwindend gering, am größten noch im Kreise Blankenburg mit 4,7 v.H., am kleinsten im Landkreis Braunschweig mit 0,8 v.H.

b) Noch klarer zum Ausdruck kommt die große Bedeutung der Landwirtschaft im braunschweigischen Wirtschaftsleben, wenn man den Umsatz der Hauptwirtschaftsgruppe Landwirtschaft je Einwohner und je Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche berechnet. Mit 487 RM Umsatz je Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche (Reichsdurchschnitt 311 RM) wurde Braunschweig nur von den beiden Stadtstaaten Bremen und Lübeck sowie von Schaumburg-Lippe übertroffen, und mit einem Prokopfsatz von 203 RM (Reichsdurchschnitt 127 RM) stand es nur hinter Waldeck, Mecklenburg und Schaumburg-Lippe zurück. Der hohe Landes-Prokopfsatz wurde in den Kreisen Wolfenbüttel (359 RM) und Braunschweig (353 RM) ganz erheblich, außerdem auch in den Kreisen Helmstedt (268 RM) und Gandersheim (217 RM) übertroffen. Darunter blieben die Kreise Holzminden (174 RM), Blankenburg (127 RM), vor allem aber die Landeshauptstadt mit nur 49 RM.

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, brachte die Hauptwirtschaftsgruppe Industrie einen Umsatz von 1150 RM auf; der Reichsdurchschnitt von 1256 RM wurde nicht erreicht. Braunschweig nahm unter den deutschen Ländern einen mittleren Platz hinter Preußen und Thüringen vor Hessen, Bayern, Oldenburg, den beiden Lippe, den beiden Mecklenburg und Waldeck ein. Fast um die Hälfte überragte der Prokopfsatz der Stadt Braunschweig (1752 RM) den Landessatz, der in keinem Kreise erreicht wurde und am niedrigsten im Kreise Blankenburg war: Helmstedt 1052, Wolfenbüttel

/tel

tel 1032, Braunschweig 962, Gandersheim 835, Holzminden 734 und Blankenburg 507.

Der Umsatz je Kopf der Bevölkerung betrug bei der Hauptwirtschaftsgruppe Handel und Verkehr 823 RM. Den Reichssatz von 1216 RM erreichten überhaupt nur die drei Hansestädte und Sachsen. Braunschweig nahm hinter diesen 4 Ländern sowie Preußen und Baden den siebenten Platz vor Bayern, Württemberg und den übrigen deutschen Landen ein. Der Prokopfsatz der Stadt Braunschweig (1677 RM) war doppelt so hoch als der Landessatz, hinter dem alle Kreise stark zurückblieben: Blankenburg 647 RM, Helmstedt 751 RM, Wolfenbüttel 519 RM, Holzminden 424 RM, Gandersheim 328 RM und der Landkreis Braunschweig 290 RM.

Den geringsten, unter dem Reichsdurchschnitt 146 RM liegenden Umsatz je Einwohner hatten die Gruppen Freie Berufe usw. mit 42 RM aufzuweisen. Über dem Landesdurchschnitt lagen die Prokopfsätze der Stadt Braunschweig (73 RM) und des Kreises Blankenburg (63 RM), darunter die der übrigen Kreise: Wolfenbüttel 32 RM, Helmstedt 29 RM, Holzminden 24 RM, Gandersheim 24 RM, Landkreis Braunschweig 13 RM.

3) Die Schichtung des Umsatzes.

Nach der Höhe des aufgebrachten Umsatzes werden die Betriebe in 5 Umsatzgrößenklassen eingeteilt, nämlich in Kleinstbetriebe mit Umsätzen bis 5000 RM, in Kleinbetriebe mit Umsätzen von über 5000 bis 50 000 RM, in Mittelbetriebe mit Umsätzen von über 50 000 bis 500 000 RM, in Großbetriebe mit Umsätzen von über 500 000 bis 5.000.000 RM und in Größt(Riesen-)betriebe mit Umsätzen von über 5 Millionen RM. Diese Umsatzgrößenklassen stimmen in Industrie sowie Handel und Verkehr ungefähr überein mit den Betriebsgrößenklassen der gleichen Namen, die nach der Zahl der beschäftigten Personen gebildet sind, vielfach dagegen nicht bei der Hauptwirtschaftsgruppe Landwirtschaft, wo Betriebe, die ihrem Umsatz nach Klein- und Mittelbetriebe sind, der Betriebsgröße nach mittel- bzw. großbäuerliche Wirtschaften darstellen.

Im Lande entfielen von dem Gesamtumsatz auf die Kleinstbetriebe 4 v.H., auf die Kleinbetriebe 20,3 v.H., auf die Mittelbetriebe 26,4 v.H., auf die Großbetriebe 32,3 v.H. und auf die Größtbetriebe 16,9 v.H. des Gesamtumsatzes. In Braunschweig war der Anteil der Größtbetriebe wesentlich kleiner, rund nur halb

so groß wie im Reich (16,9:31,5), der Anteil aller übrigen Größenklassen aber größer. Es lag also nicht wie im Reich das Schwergewicht bei den Größt- und Großbetrieben, sondern bei den Groß- und Mittelbetrieben. Das galt auch für die Landeshauptstadt, die sich dadurch ganz wesentlich von dem Durchschnitt der Großstädte unterschied, bei denen die Größtbetriebe alle anderen Klassen weit überragten (für die Summe der Großstädte 45 v.H., für Braunschweig 24,4 !). Im Reich nahm die Bedeutung der Umsatzgrößenklassen in dem Maße ab, in dem sie kleinere Betriebe umfaßten. Für Braunschweig gilt dieser Satz nur dann, wenn man die Größtbetriebe ausnimmt. Das ist aus der folgenden Gegenüberstellung ersichtlich.

Von je 100 RM Umsatz entfielen auf die

	Kleinstbetriebe RM	Kleinbetriebe RM	Mittelbetriebe RM	Großbetriebe RM	Größtbetriebe RM
Reich	3,1	15,1	23,2	27,1	31,5
Land	4	20,3	26,4	32,3	16,9

Ganz genau so lag es bei den beiden Hauptwirtschaftsgruppen Industrie sowie Handel und Verkehr. Im Reich nahm der Anteil an dem Umsatz ab, je kleiner die Betriebe wurden. In Braunschweig aber standen die Größtbetriebe mit ihrem Anteil am Umsatz hinter den Groß- und Mittelbetrieben, bei der Gruppe Handel und Verkehr sogar hinter den Kleinbetrieben zurück. Das veranschaulicht die folgende Übersicht, die für die beiden Gruppen Industrie und Handel und Verkehr die Hundertteile am Umsatz in Reich und Land gegenüberstellt.

	<u>Industrie</u>		<u>Handel und Verkehr</u>	
	Reich	Land	Reich	Land
Kleinstbetriebe	1,8	2,8	1,7	2,7
Kleinbetriebe	10,7	13,0	15,7	21,5
Mittelbetriebe	20,8	21,8	25,5	32,4
Großbetriebe	29,2	41,4	27,7	28,5
Größtbetriebe	37,5	21	29,4	15,0

Ebenso wie im Reich waren aber in der Hauptwirtschaftsgruppe Landwirtschaft die Größt- und Großbetriebe von untergeordneter Bedeutung. Hier lag das Schwergewicht bei den Klein- und Mittelbetrieben, in Braunschweig in noch weit stärkerem Maße als im Reich. Auf sie entfielen im Lande über drei Viertel, im Reich nur zwei Drittel, wohingegen die Kleinstbetriebe in

Braunschweig (15,8 v.H.) mehr zurücktraten als im Reich (27,4 v.H.) Im Gegensatz zu den beiden Gruppen Industrie und Handel und Gewerbe nahm hier, wenn man die Kleinstbetriebe unberücksichtigt läßt, der Anteil an dem Umsatz zu, je kleiner die Betriebe waren. Das zeigt die folgende Aufstellung. Von je 100 RM Umsatz kamen in der Hauptwirtschaftsgruppe Landwirtschaft auf die Umsatzgrößenklasse

	Kleinst- betriebe	Klein- betriebe	Mittel- betriebe	Groß- betriebe	Größt- betriebe
im Reich	27,4	41,7	22,3	6,7	1,8
im Lande	15,8	50,5	26,7		6,9

Zusammenfassend kann über die Anteile der Umsatzgrößenklassen an dem Gesamtumsatz folgendes gesagt werden: Die Kleinstbetriebe trugen lediglich in der Landwirtschaft in erheblicherem Maße zum Umsatz bei, verschwindend dagegen in der Industrie sowie im Handel und Verkehr. Die Kleinbetriebe brachten mehr als die Hälfte des Umsatzes in der Landwirtschaft auf und waren von Bedeutung bei Handel und Verkehr sowie Industrie. Die Mittelbetriebe hatten ihren größten Anteil am Umsatz bei der Gruppe Handel und Verkehr und erhebliche Hundertsätze in der Landwirtschaft und Industrie. Die Großbetriebe trugen bei (zusammen mit den Größtbetrieben, für die besondere Zahlen zur Wahrung des Steuergeheimnisses für die Hauptwirtschaftsgruppe Landwirtschaft nicht veröffentlicht sind,) unbedeutend zu dem Umsatz der Gruppe Landwirtschaft, für sich allein den größten Anteil zu dem Umsatz der Gruppe Industrie und erheblich zu dem Umsatz der Gruppe Handel und Verkehr. Von erheblicher Bedeutung waren die Größtbetriebe für die Umsätze von Industrie sowie von Handel und Verkehr.

4. Zusammenfassung.

Braunschweig blieb ebenso wie die übrigen kleinen Länder mit seinem Anteil an dem Reichsumsatz - aber in erheblich geringerem Maße als die meisten von ihnen - hinter dem Anteil an der Bevölkerung zurück. Mit seinem Prokopfsatz nahm es einen guten Mittelplatz ein. Bei den Umsatzsteuergrößenklassen traten im Gegensatz zum Reich die Größtbetriebe stark zurück, die Mittel- und Großbetriebe stärker hervor. Von den Hauptwirtschaftsgruppen brachten die hochentwickelte Landwirtschaft einen mehr als doppelt so starken, die Industrie, die Freien Berufe usw. einen größeren, Handel und Verkehr aber einen wesentlich geringeren Anteil an dem Gesamtumsatz auf, die Stadt Braunschweig wies, was den Anteil an dem Gesamtumsatz des Landes und die Prokopfsätze anlangt, insgesamt und bei allen Hauptwirtschaftsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft die weitaus größten und den Landesdurchschnitt weit übertreffenden Ziffern auf.

Sozialversicherung.

Dazu: Tabelle 17

Karte 67

Von den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung können in diesem Unterabschnitt nur die reichsgesetzliche Krankenversicherung und die Invalidenversicherung behandelt werden, nicht aber die Angestellten-, Unfall-, Reichsknappschafts- und Arbeitslosenversicherung, für die Zahlen für das Land nicht zu erlangen waren. Für die Krankenversicherung stand dem Statistischen Landesamt lediglich das Zahlenmaterial für das Jahr 1933, nicht aber wie der Landesversicherungsanstalt für die Invalidenversicherung, die das bei ihr anfallende Zahlenmaterial nur zu bearbeiten braucht, für das Jahr 1934 zur Verfügung.

1. Die reichsgesetzliche Krankenversicherung.

Über den Mitgliederbestand der Krankenkassen, ihre Leistungen für die Mitglieder und deren Familienangehörige je Kopf des durchschnittlichen Mitgliederbestandes sowie die Verwaltungskosten je Kopf in den Jahren 1928, 1929, 1930, 1931 und 1932 gibt die folgende Übersicht Aufschluß

Jahr	Mitglieder- bestand	Leistungen für Mit- glieder und deren Familienangehörige je Kopf	Verwaltungskosten je Kopf
1928	172.975	66,95 RM	5,59 RM
1929	172.864	73,92 "	6,26 "
1930	168.462	65,44 "	6,90 "
1931	155.525	59,11 "	7,70 "
1932	141.106	31,96 "	7,78 "

Diese Zahlen reden eine erschütternde Sprache. Das Sinken des Mitgliederbestandes um 18,4 v.H. spiegelt den trostlosen Wirtschaftsverfall vor der Machtübernahme wieder, und der ständige Rückgang der Leistungen um mehr als die Hälfte (52,3 v.H.) bei gleichzeitigem Steigen der Verwaltungskosten um mehr als ein Drittel (37,4 v.H.) bringt eindringlich zum Bewußtsein, in welcher unverantwortlicher Weise zum mindesten in einem Teil der Krankenkassen vor dem Umbruch gewirtschaftet wurde.

Die Zahlen für 1933: 144.989 Mitglieder, 46,78 RM Leistungen je Kopf, 7,78 RM Verwaltungskosten je Kopf, also Steigerung
/des

des Mitgliederbestandes um 2,7 v.H. und der Leistungen je Kopf um fast die Hälfte (46,4 v.H.), dagegen Rückgang der Verwaltungskosten um 17,2 v.H. zeigen anschaulich, wie sich in den Krankenkassen in dem kurzem Zeitraum des Jahres 1933, in dem sich nationalsozialistischer Geist in ihnen auswirken konnte, eine völlige Wandlung vollzogen hat.

Über Zahl und durchschnittlichen Mitgliederbestand der Kassenarten im Jahre 1933 unterrichtet die folgende Übersicht:

Kassenart	Zahl der Kassen	Durchschnittlicher Mitgliederbestand
Ortskrankenkassen	29	120.092
Landkrankenkasse	1	4.601
Betriebskrankenkassen	47	10.429
Innungskrankenkassen	<u>8</u>	<u>9.867</u>
zusammen	85	144.989

Der Einfachheit halber sind die Zahlen für die Ortskrankenkassen und für die eine Landkrankenkasse in den folgenden Zusammenstellungen zusammengefaßt.

Im Jahre 1933 betrugen die Einnahmen:

Kassenart	Insgesamt		an Beiträgen			
	überhaupt	je Kopf des durchschnittlichen Mitgliederbestandes	der Arbeitgeber und versicherungspflichtigen Mitglieder		der versicherungsberechtigten Mitglieder	
			überhaupt	je Kopf	überhaupt	je Kopf
			RM			
Ortskrankenkassen	7.094.287	56,89	5.276.500	42,31	1.225.256	9,83
Betriebskrankenkassen	654.510	62,76	529.965	50,82	38.151	3,66
Innungskrankenkassen	317.540	32,18	232.345	23,55	54.194	5,49
zusammen	8.066.337	55,63	6.038.810	41,65	1.317.601	9,09

Der Hauptteil der Einnahmen entfällt demnach auf die Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherungspflichtigen, bei denen der Kopfsatz der Betriebskrankenkassen die der beiden anderen Kassenarten überragt. Die Versicherungsberechtigten haben bei

/den

den Betriebskrankenkassen in viel geringerem Maße zu den Einnahmen beigetragen als die Ortskranken- und Jnnungskrankenkassen

Die Ausgaben betrugen bei den

	insgesamt		je Kopf	
Ortskrankenkassen	7.053.912	RM	56,57	RM
Betriebskrankenkassen	672,456	"	64,48	"
Jnnungskrankenkassen	315.255	"	31,95	"
zusammen	8.041.623	"	55.46	"

Sie verteilen sich innerhalb der drei Kassenarten auf:

Kassenart	Ortskrankenkassen		Betriebskrankenkassen		Jnnungskrankenkassen		Krankenkassen zusammen	
	überhaupt	je Kopf	überhaupt	je Kopf	überhaupt	je Kopf	überhaupt	je Kopf
hilfe glieder	5.015.599	40,22	500.410	47,98	220.843	22,38	5.736.852	39,57
pflege familienangehörige	346.012	2,77	81.071	7,78	17.088	1,73	441.171	3,06
hilfe glieder	337.755	2,71	13.904	1,33	5.820	0,59	357.479	2,46
hilfe familienangehörige	146.326	1,17	19.256	1,85	4.819	0,49	170.401	1,17
Wohlfahrtsvereine u. Genossenschaften	9.184	0,07	1.012	0,10	97	0,01	10.293	0,07
Wohlfahrtsvereine	51.633	0,42	12.350	1,18	1.905	0,19	65.888	0,45
Wohlfahrtsvereine	877.331	7,04	9.176	0,88	46.835	4,75	933.342	6,44
Wohlfahrtsvereine	23.873	0,19	239	0,02	5	-	24.117	0,17
Wohlfahrtsvereine	13.111	0,11	1 784	0,17	2.006	0,20	16.901	0,12
Wohlfahrtsvereine	203.088	1.87	33.254	3,19	15.837	1,61	282.179	1,95
zusammen	7.053.912	56,57	672.456	64,48	315.255	31,95	8.041.623	55,46

/ Zweierlei

Zweierlei sehr Erfreuliches zeigt der Vergleich mit 1932: einmal Steigerung der Leistungen, zum anderen Rückgang der Verwaltungskosten. Es betrugen die Ausgaben für Leistungen für die Mitglieder bzw. für ärztliche und zahnärztliche Behandlung der Mitglieder sowie die Verwaltungsausgaben je Kopf:

	Leistungen über- haupt je Kopf	Ausgaben f. ärzt- liche u. zahnärzt- liche Leistungen je Kopf	Verwaltungs- ausgaben je Kopf
Ortskrankenkassen	47,36 RM	16,69 RM	7,04 RM
Betriebskrankenkassen	60,22 "	17,10 "	0,88 "
Innungskrankenkassen	25,39 "	10,46 "	4,75 "
zusammen	46,78 RM	16,31 RM	6,44 RM

Die Verringerung der Verwaltungskosten ist den Ausgaben für Leistungen bzw. für ärztliche und zahnärztliche Behandlung zugutegekommen. Ins Auge springt, daß die Leistungen der Betriebskrankenkassen nicht unerheblich über und die Verwaltungskosten ganz erheblich unter den Ziffern für die beiden übrigen Krankenkassenarten liegen. Besonders erfreulich ist die wenn auch geringe Mitgliederzunahme noch im Jahre 1933, die im Jahre 1934 eine starke Steigerung erfahren haben dürfte.

Schon in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik 1933 kommt das Walten nationalsozialistischen Geistes, in die er erst im Laufe des Jahres Einzug halten konnte, deutlich erkennbar zum Ausdruck. Wie segensreich der Umbruch sich für die Versicherten seitdem ausgewirkt hat, wird erst die Krankenkassenstatistik 1934 zeigen. Stände ihr Ergebnis zur Verfügung, dann würde es bestimmt ebenso günstig sein wie das der Invalidenversicherung.

2. Die Invalidenversicherung 1934.

Bis zur Machtübernahme zeigte sich bei der Landesversicherungsanstalt Braunschweig ein Rückgang auf allen Gebieten. Die Zahl der Versicherten sank von Jahr zu Jahr, die Beitragseinnahmen wurden geringer, und bei den zur Verwendung gelangenden Beitragsmarken wurden in zunehmendem Maße die niedrigen Lohnklassen bevorzugt. Die Vermögenssubstanz der Versicherungsanstalt mußte in jedem Jahr zur Ausgleichung der Fehlbeträge größere Beträge abgeben. Diese Entwicklung bedingte eine Ver-

/minderung

minderung der Ausgaben für freiwillige Leistungen. Die Einschränkung des Heilverfahrens führte zwangsläufig zu erhöhten Rentenverpflichtungen.

Mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus und der von der nationalsozialistischen Regierung in Angriff genommenen Sanierung der Rentenversicherung beginnt auch die Gesundung der Landesversicherungsanstalt Braunschweig. Das macht sich am deutlichsten bei den Beitragseinnahmen bemerkbar. Im Voranschlag für 1934 sind 5 400 000 RM als Einnahme aus den Beiträgen der Versicherten angenommen. Die wirkliche Beitragseinnahme beträgt jedoch 7.017.258,20 RM. Sie ist damit 1.617.258.20 RM höher als die Voranschlagssumme 1934. Zu diesen Einnahmen tritt eine weitere Einnahme aus Zahlungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Berlin, in Höhe von 412.925,80 RM. Der Durchschnittsmarkenwert hat sich gegenüber den Vorjahren außerordentlich vermehrt. Auf die einzelnen Lohnklassen verteilt sich der Markenerlös wie folgt:

Lohnklasse	I	für	207.028	Wochen	zu	30	Rpf	=	62.108,40	RM
"	II	"	1.318.635	"	"	60	"	=	791.181,00	"
"	III	"	888.405	"	"	90	"	=	799.564,50	"
"	IV	"	1.107.443	"	"	120	"	=	1.328.931,60	"
"	V	"	887.311	"	"	150	"	=	1.330.966,50	"
"	VI	"	561.455	"	"	180	"	=	1.010.619,00	"
"	VII	"	352.965	"	"	210	"	=	741.226,50	"
"	VIII	"	375.893	"	"	240	"	=	902.143,20	"
"	IX	"	1.876	"	"	270	"	=	5.065,20	"
"	X	"	2.812	"	"	300	"	=	8.436,--	"
"	VII	"	21.032	"	"	200	"	=	42.064,--	"
									5.724.855	Wochen mit
									7.022.305,90	RM

Dazu Ausländerbeiträge und zurückzuzahlende,
aber nicht zustellbare oder aus anderen Gründen

wieder vereinnahmte Beiträge 127,65 RM
././. 7.022.433,55 RM

Hievon ab der zurückgezahlte Betrag für irr-

tümlich bzw. zu Unrecht verwandte Marken 5.175.33 RM
././. 7.017.258,22 RM

Über

Über die Entwicklung der Beitragseinnahmen in den letzten Jahren gibt die nachstehende Übersicht Aufschluß:

Einwohnerzahl nach der Zählung vom 16. Juni 1933 = 512.989.

Jahr	Anzahl der im Jahr geleisteten Wochenbeiträge	Erlös aus dem Markenverkaufe im Jahre RM	Es entfallen von	
			den Wochenbeiträgen auf den Kopf der Bevölkerung Stück	dem Markenerlös RM
1934	5.724.855	7.022.305,90	11,15	13,68
1933	4.616.725	5.240.165,80	8,99	10,21
1932	4.050.119	4.662.124,50	7,89	9,08
1931	4.544.164	5.810.321,80	9,05	11,58
1930	5.522.929	7.434.036,60	11,--	14,81
1929	5.939.061	8.091.407,80	11,83	16,12
1928	6.001.290	7.965.364,40	11,96	15,87

Im Laufe des Jahres 1934 gingen bei der Landesversicherungsanstalt 143.085 Quittungskarten ein. Infolge der Wiederbelebung der Wirtschaft erhöhte sich die Zahl der bei der Landesversicherungsanstalt Braunschweig eingegangenen Quittungskarten. Nachstehende Aufstellung zeigt die Quittungskartenbewegung in den Jahren 1930 bis 1934:

1930:	144.142
1931:	129.247
1932:	122.165
1933:	128.488
1934:	143.085

Die deutsche Reichspost zahlte im Jahre 1934 546.842,50 R an Renten für die Landesversicherungsanstalt Braunschweig aus. Bis Ende 1934 sind überhaupt

Rentenart	bewilligt worden	in Wegfall gekommen	als Bestand geblieben	
			über 65 Jahr	unter 65 Jahr
Invalidenrenten...	55.124	33.042	15.975	6.107
Krankenrenten.....	3.816	3.480	155	181
Altersrenten.....	10.166	9.810	356	--
Witwen u. Witwerrenten.	8.633	3.737	3.719	1.177
Witwen u. Krankenrenten	35	25	4	6
Waisenrenten.....	7.915	5.918	1.997	1

/Am

Am 31. Dezember 1934 war ein Bestand vorhanden von

22.082 Invalidenrenten,	
346 Krankenrenten,	4.896 Witwenrenten und
356 Altersrenten,	1.997 Waisenrenten,
zus. 22.784 Renten	6.893 Renten

insgesamt 29.677 Renten.

Von den am 31. Dezember 1934 laufenden 22.082 Invalidenrenten sind 12.591 für männliche und 9.491 für weibliche Versicherte bewilligt worden. 2.003 Kinderzuschüsse wurden zu diesen Renten gezahlt, so daß auf jede elfte Invalidenrente ein Kinderzuschuß entfiel.

Rentenablehnungen erfolgten im Jahre 1934:

in Invalidenrentensachen	574,
in Witwen- und Witwerrentensachen	158 und
in Waisenrentensachen	156.

Die freiwilligen Leistungen der Landesversicherungsanstalt, die in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße abgedrosselt werden mußten, wurden besonders auf dem Gebiete des Heilverfahrens zum ersten Male wieder stärker in Angriff genommen. Im Jahre 1934 wurden für Heilverfahren und Invalidenhauspflege über 400.000 RM ausgegeben. In Betrieb waren die Heilstätten Albrechtshaus- Marienheim, die Genesungsheime in Bad Oeynhaus und Bad Pyrmont, das Invalidenheim Hahausen und das Kinderkrankenhaus bei Stiege. Das Kinderheim Bad Harzburg wird im März 1935 wieder eröffnet.

Im Jahre 1934 sind 1.439 Anträge auf Durchführung eines Heilverfahrens gestellt, darunter

a) für Lungenkranke (Tuberkulose einschl. 29 Pneumotorax-behandlungsfälle).....	500
b) für Kranke mit anderen als Lungenkrankheiten	917

Daneben waren noch aus dem Vorjahre übernommene Anträge zu erledigen

zu a)	19
zu b)	3

insgesamt: 1.439

Von diesen 1.439 Anträgen sind durch Gewährung von Heilstättenbehandlung und Kurdurchführungen in Bädern usw. 892 Fälle erledigt. 409 Fälle wurden abgelehnt, 85 wurden zurückgenommen

von oder anderweitig erledigt, 55 Anträge wurden in das Jahr 1935 übernommen.

An Verpflegungstagen entfallen bei den 892 in Heilstätten durchgeführten Heilverfahren auf

Männer	18.469
Frauen	<u>11.891</u>
insgesamt	<u>30.360</u>

Das Vermögen der Landesversicherungsanstalt setzte sich Ende 1934 wie folgt zusammen:

I. Kassenbestand	1.570.426,95 RM
II. Hypotheken	2.089.908,83 RM
III. Wertpapiere (Ankaufspreis).....	1.561.761,51 RM
IV. Darlehen (Auszahlungspreis)...	1.401.464,17 RM
V. Grundstücke (Buchwert).....	1.757.653,88 RM
VI. Bewegliche Einrichtung.....	<u>375.848,75 RM</u>
I.-VI. Rohvermögen	8.757.064,09 RM
VII. Schuldverpflichtungen	<u>373.853,96 RM</u>
<u>Reinvermögen.....</u>	<u>8.383.210,13 RM.</u>

In der Hauptverwaltung der Landesversicherungsanstalt waren im Jahre 1934 beschäftigt: 31 Beamte, 17 Angestellte, 8 Arbeiter. In den Heilstätten waren tätig: 5 Ärzte, 1 Beamter, 7 Schwestern, 7 Angestellte und 32 Haus- und Wirtschaftsangestellte.

Im Berichtsjahre 1934 wurden durch die Kontrollbeamten der Landesversicherungsanstalt 30.511 Betriebsprüfungen vorgenommen, dabei wurden 117.802 Versicherte erfaßt. Im ganzen sind 52.005,90 RM Beitragsrückstände festgestellt. Von der Befugnis, Ordnungsstrafen gegen säumige Arbeitgeber zu erlassen, sah sich der Vorstand in 737 Fällen genötigt, Gebrauch zu machen. Eingegangen sind 571 Strafbeträge aus dem Jahre 1934 mit 7.393,11 RM. Niedergeschlagen wurden 97 Strafen mit 2.463,50 RM.

VI Spareinlagen.

Dazu: Karte 66.

1) Das Sparkassenwesen im Lande Braunschweig zeigt eine von Reiche abweichende Regelung. Es besteht nur eine öffentlich-rechtliche Sparkasse, und zwar die Braunschweigische Landessparkasse. Ihren Ursprung führt sie zurück auf die herzogliche Verordnung vom 9. März 1765; sie gilt damit als älteste Sparkasse Deutschlands. Aus den weiteren, die Entwicklung des Sparkassenwesens regelnden Verordnungen und Gesetzen ist besonders hervorzuheben das Gesetz vom 10. Juni 1892, wodurch die Herzogliche Sparkasse zum ersten Male grundlegend umgestellt wurde. Nach diesem Gesetz wurden im Lande Braunschweig nur Jnhaber-Sparkarten ausgegeben, nicht aber Sparbücher auf den Namen lautend. Während des Krieges folgte die große Reform der Sparkasse. Die heutige Grundlage der Braunschweigischen Landessparkasse bildet das Staatsbankgesetz vom 20. Dezember 1919. Das Land Braunschweig ist mit einem engen Netz von Sparstellen und Annahmestellen überzogen und bietet dadurch der Bevölkerung die bequemsten Sparmöglichkeiten.

Die Einlagen der Braunschweigischen Landessparkasse betrugen am 1. April 1914 19.220.000 M. Durch die Inflation wurde wie im übrigen Deutschland auch bei der Landessparkasse der gesamte Einlagenbestand vernichtet. Am 1. November 1923 wurde das neue Geschäftsjahr mit einem Goldmarkbestande von 59 GM angefangen. Das Vertrauen der Bevölkerung kam jedoch darin zum Ausdruck, daß seitdem eine steigende Aufwärtsbewegung zu verzeichnen ist, die nur kurz durch die Bankkrise im Jahre 1931 unterbrochen wurde. Nicht zum wenigsten hat dazu beigetragen, daß die Landessparkasse ihren Sparern die gesamten Aufwertungsbeträge im Jahre 1928 zur Verfügung stellen konnte.

Die Einlagen betrugen:

am 31. Dezember 1925	6.061.000 RM
" 31. Dezember 1928	26.242.000 "
" 31. Dezember 1932	38.497.000 "
" 31. Dezember 1934	47.670.000 "

Am 20. Februar 1935 hatten sie bereits die Höhe von 49.300.000 RM; sie haben damit das über Zweieinhalbfache der Vorkriegszeit erreicht. Die Entwicklung ist wesentlich günstiger gewesen

/als

als im Reiche, wo

1914 rund 20 Milliarden M und

am 31. Januar 1935 dagegen nur 13 Milliarden RM Einlagen ~~zu~~ ver-
zeichnen waren.

An Sparbüchern waren vorhanden:

am 31. Dezember 1928	90.100
" 31. Dezember 1932	122.200
" 31. Dezember 1934	142.200
" 20. Februar 1935	143.500.

Die Sparer setzen sich aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammen.

Das gesamte Aktivgeschäft wird nach Maßgabe der Bestimmungen des Staatsbankgesetzes durch die Braunschweigische Staatsbank besorgt. Durch diese organisatorische Sonderheit, die als verbildlich anzusprechen ist, wird erreicht, daß die Landessparkasse mittels ihres engen Sparstellennetzes auch die kleinsten Beträge als Spargelder schon an der Quelle erfaßt, einen eigenen teuren Kreditverwaltungsapparat aber nicht braucht. Die Verwendung der auf gekommenen Gelder durch die Staatsbank bietet die denkbar beste Gewähr dafür, daß die Spargelder restlos der heimischen Wirtschaft nutzbar gemacht werden.

2) Außer bei der Braunschweigischen Landessparkasse sind auch bei den Privatbanken Spareinlagen in bedeutender Höhe vorhanden, deren Erfassung ist von der Industrie- und Handelskammer Braunschweig für den Stichtag 31. Dezember 1934 versucht worden. Angaben haben aber nur die Genossenschaftsbanken, nicht aber die Großbanken gemacht. Nach den Feststellungen der Industrie- und Handelskammer hatten die Genossenschaftsbanken am 31. Dezember 1934 einen Bestand an Spareinlagen in Höhe von 17 977 000 RM aufzuweisen.

Dritter Hauptteil: K u l t u r .Abschnitt A: M a t e r i e l l e K u l t u r .I. Gesundheitswesen.

Dazu: Tabellen 17a, 18, 19 und 20.

Karten 67, 68 und 69.

1. Die Gesundheitsbehörden.

Das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 und die hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 6. Februar 1935 und vom 22. Februar 1935 regeln die Organisation und die Geschäftstätigkeit der Gesundheitsbehörden erster Instanz. Das braunschweigische Medizinalgesetz vom 18. Dezember 1932 findet nur noch insoweit Anwendung, als ihm nicht das Reichsgesetz oder die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens entgegensteht.

Zentralbehörde für das Gesundheitswesen ist das dem Minister des Innern unterstehende Landesmedizinalkollegium, dem die Leitung und Beaufsichtigung der Medizinalangelegenheiten sowie die Sorge um den Gesundheitszustand der Bevölkerung obliegt.

An Gesundheitsbehörden erster Instanz ist für jeden der 6 Landkreise ein staatliches und für den Stadtkreis Braunschweig ein kommunales Gesundheitsamt eingerichtet. Diese Gesundheitsämter werden von staatlichen Amtsärzten geleitet.

2. Das berufsmäßig tätige Heil- und PflegepersonalAnfang 1934.

a) An berufsmäßig tätigem Heil- und Pflegepersonal hatte Braunschweig Anfang 1934 aufzuweisen: 360 Ärzte, 88 Zahnärzte, 147 Apotheker und Apothekerpersonal, die in 50 Apotheken beschäftigt waren, 124 Zahntechniker, 42 Heilgehilfen und Masseure, 595 in der Krankenpflege tätige Personen, 30 Säuglings- und Kleinkinderschwestern und Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen, 5 staatlich anerkannte Bader, 4 Krankengymnastinnen, 10 Wochenbettpflegerinnen, 42 Desinfektoren und 84 sonstige die Krankenbehandlung berufsmäßig betreibende Personen.

b) Im Lande Braunschweig gab es 77 Orte, in denen Ärzte, und 25 Orte, in denen Zahnärzte sich niedergelassen hatten. 50 Gemeinden hatten Apotheken, und 159 Orte hatten Hebammen

/aufzuweisen.

aufzuweisen. Über die Verteilung dieser Orte auf die Kreise geben die Karten 68 und 69 sowie die folgende Aufstellung Aufschluß.

Verwaltungs- bezirke	Zahl der Orte mit			
	Ärzten	Zahnärzten	Hebammen	Apotheken
Kreis Braunschweig (einschl. Stadt Braunschweig)	13	2	21	13
Kreis Wolfenbüttel	23	9	35	13
" Helmstedt	15	6	27	7
" Gandersheim	10	2	28	8
" Holzminden	9	3	31	5
" Blankenburg	7	3	17	4
Land Braunschweig	77	25	159	50

c) Bei der Veranlagung für das Jahr 1927 waren im ganzen Lande 304 Ärzte mit einem Umsatz von 4 611 000 RM veranlagt, so daß sich die Arztkosten je Kopf der Bevölkerung im Jahre 1927 auf 9,19 RM beliefen. Nach der gleichen Veranlagung betrug der Umsatz der 139 Ärzte in der Stadt Braunschweig 2 555 000 RM, was Arztkosten von 15,37 RM je Einwohner entspricht.

Nach der Krankenkassenstatistik haben die reichsgesetzlichen Krankenkassen für ärztliche Behandlung einschl. Sachleistungen und Wegegebühren je Mitglied aufgewandt 1928 14,66 RM, 1929 15,45 RM, 1930 14,10 RM, 1931 11,72 RM, 1932 12,75 RM, 1933 13,53 RM. Die Kosten der Krankenkassen je Mitglied für ärztliche und zahnärztliche Behandlung zusammen - 1928 17,37 RM, 1929 18,33 RM, 1930 17,11 RM, 1931 14,71 RM, 1932 15,55 RM, 1933 16,31 RM - sind in Schaubild 67 dargestellt.

3. Die Krankenanstalten Anfang 1934.

a) Wie aus Tabelle 20b hervorgeht, besaß das Land Braunschweig zu Anfang des Jahres 1934 10 öffentliche, 8 freie gemeinnützige und 16 private, insgesamt also 34 selbständige Krankenanstalten, zu denen im Laufe des Jahres 1934 eine weitere freigemeinnützige Krankenanstalt hinzugekommen ist. Von den 34 Krankenanstalten hatten 1 bis 10, 10 11 bis 25, 5 26 bis 50, 12 51 bis 150, 2 151 bis 300, 1 301 bis 500 und 3 mehr als 500 planmäßige Betten aufzuweisen.

/ b)

b) Rechnet man jede in einer Krankenanstalt vorhandene, in sich geschlossene Fachabteilung oder -station -außer denen für innere, chirurgische und gynäkologische Kranke- für sich, dann gab es, wie aus Tabelle 20 a zu ersehen ist, an Krankenanstalten und Krankenanstaltsabteilungen 64 im Lande Braunschweig, nämlich 26 öffentliche, 14 freie gemeinnützige und 24 private. Neu in Betrieb genommen wurden im Laufe des Jahres 1933 26, geschlossen 18, sodaß Anfang 1934 ein Zugang von 8 zu verzeichnen war. Von diesen 64 Krankenanstalten und Krankenanstaltsabteilungen waren 26 Allgemeine Krankenhäuser einschl. Abteilungen für innere, chirurgische und gynäkologische Kranke, aber ausschließlich anderer Fachabteilungen, 6 Anstalten und Abteilungen für Tuberkulosekranke einschl. Lupuskranke, 2 desgleichen vorwiegend für Kinder, 4 Anstalten und Abteilungen für kranke Säuglinge und Kinder, 1 Krüppelanstalt, 3 Augenheilanstalten und -abteilungen und 3 Heilanstalten und Abteilungen für Haut- und Geschlechtskranke, 1 Anstalt mit ständiger ärztlicher Behandlung zur dauernden Unterbringung chronisch Kranker und hochgradig Altersgebrechlicher, 2 Anstalten für Geisteskranke und Epileptiker, 1 Anstalt für Schwachsinnige, 14 Entbindungsanstalten unter Ausschluß gynäkologischer Stationen und 1 Krankenabteilung in einer Gefangenenanstalt. Zur Verfügung standen 4079 planmäßige Betten, davon 149 in Isolierräumen für ansteckungsgefährliche Kranke. Der Krankenbestand betrug Anfang 1934 in diesen Anstalten und Abteilungen 2763, darunter 1358 weibliche. Von den Anstaltsinsassen insgesamt entfielen 1614 auf öffentliche, 931 auf gemeinnützige und 218 auf Privatanstalten.

4. Sonstige der Gesundheits- und Krankenfürsorge dienende Einrichtungen.

Hier kommen neben der die Hygiene des täglichen Lebens betreffende Sorge für gesunde Wohnungen, einwandfreies Trinkwasser, Beseitigung der Abfallstoffe, Förderung von Sport- und Leibesübungen und neben der Überwachung der gewerblichen Anlagen vor allem die Schulgesundheitspflege, die vorbeugende Krüppelfürsorge, die Säuglingsfürsorge, die Tuberkulosenfürsorge und die Geschlechtskrankenfürsorge in Betracht, welche letzteren größtenteils von den Jugendämtern betreut werden.

Ganz besonderer Wert wird auf die Schulgesundheitspflege

/gelegt.

geleitet. Im Jahre 1933 wurde die schulärztlichen Beaufsichtigung in der Landeshauptstadt durch einen hauptamtlichen Stadtschularzt, 16 praktische Ärzte und 8 Schulzahnärzte im Nebenamt ausgeführt, denen 8 Fürsorgerinnen zur Seite standen. Im Kreise Helmstedt fanden jährlich Untersuchungen aller Kinder in der Stadt Helmstedt durch den Amtsarzt, in den übrigen Städten und Gemeinden durch die dort praktizierenden Ärzte statt, ebenso im Landkreis Braunschweig und im Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen durch den Amtsarzt, während im Kreise Gandersheim die Schulanfänger und die Beobachtungskinder vom Amtsarzt und in verschiedenen Gemeinden von dort ansässigen Ärzten untersucht wurden. Im Kreise Holzminden wurden in der Stadt selbst und in 7 Gemeinden die Kinder im 1., 4. und 8. Schuljahr vom Amtsarzt, in den übrigen Gemeinden von den in der betreffenden Gegend tätigen Ärzten untersucht. Im Kreise Blankenburg fand die Untersuchung der Schulkinder durch den Amtsarzt statt; die zahnärztlichen Untersuchungen waren noch nicht wieder aufgenommen.

Die Krüppelfürsorge wird in der Weise ausgeübt, daß der Landeskrüppelarzt unter Beihilfe der Amtsärzte die Kinder untersucht und über ihre Behandlung anordnet. Der Tuberkulosenfürsorge dient in der Stadt eine besondere Tuberkulosenfürsorgestelle, in der 1933 neben dem Fürsorgearzt 2 Fürsorgerinnen tätig waren. In den Kreisen haben die Amtsärzte diese Aufgabe übernommen; sie werden dabei zum Teil von praktischen Ärzten unterstützt. Die Geschlechtskrankenfürsorge wurde im Jahre 1933 in der Stadt Braunschweig von einem Facharzt, dem zwei Fürsorgerinnen zur Seite standen, in den Kreisen von den Amtsärzten ausgeübt.

II. Öffentliche Fürsorge und Jugendfürsorge.

Dazu: Tabellen 21, 22, 23.

Karten 70a, 70b, 71, 72a und 72b.

In Durchführung der reichsrechtlichen Bestimmungen obliegt auf Grund der landesrechtlichen Regelung die Ausübung der öffentlichen Fürsorge dem Landesfürsorgeverband und 8 Bezirksfürsorgeverbänden, die Ausübung der Jugendfürsorge dem Landesjugendamt und 8 Jugendämtern.

I. Landesfürsorgeamt, Hauptfürsorgestelle und Landesjugendamt.

1) Die Geschäfte des Landesfürsorgeverbandes werden von dem Minister des Innern wahrgenommen, der zu diesem Zwecke eine besondere Dienststelle bei dem Staatsministerium, das Landesfürsorgeamt, eingerichtet hat, das in seiner Eigenschaft als Betreuerin der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen die Zusatzbezeichnung „Hauptfürsorgestelle“ führt.

a) Dem Landesfürsorgeamt fällt der Kostenaufwand für Personen ohne gewöhnlichen Aufenthalt sowie für in Anstalten oder in Pflegestellen geborenen Pflegekinder („Landhilfsbedürftige“), Fürsorge für Deutsche aus dem Ausland, für Ausländer und Staatlose und schließlich aus Anerkennnissen der früheren Landarmenverbände vor dem 1. April 1924 zur Last.

Das Landesfürsorgeamt übt grundsätzlich keine unmittelbare Fürsorgetätigkeit aus, sondern ersetzt den die vorläufige Fürsorgepflicht ausübenden Bezirksfürsorgeverbänden ihre Auslagen im gesetzlichen Umfange. Eine Ausnahme bilden die Fälle dauernder Anstaltspflege. Hier rechnet das Landesfürsorgeamt zwecks Ersparung von Verwaltungsarbeit mit den Anstalten selbst ab. Das Landesfürsorgeamt hat außerdem in letzter Instanz über die Beschwerden Hilfsbedürftiger zu entscheiden, die diese wegen mangelnder Gewährung oder Versagung von Unterstützung gegen die Entscheidungen der Bezirksfürsorgeverbände einlegen.

Vom Landesfürsorgeverbande als Hauptfürsorgestelle sind zu erfüllen die Aufgaben der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und die ihnen auf Grund der Versorgungsgesetze Gleichstehenden, der Fürsorge für Schwerkriegsbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte durch Arbeits-

/beschaffung

beschaffung, der Verwaltung der Zusatzrenten mit Ausnahme der Zusatzrenten für die Kriegshinterbliebenen, für die neuerdings die Zusatzrentenauszahlung von den Versorgungsämtern übernommen ist.

b) Die wichtigste Aufgabe des zur Ausübung der Jugendfürsorge eingerichteten Landesjugendamtes ist seine Tätigkeit als Fürsorgeerziehungsbehörde; es betreute am 31. März 1934 480 Fürsorgezöglinge; Einzelheiten sind aus Tabelle 21 und Schaubild 72a zu ersehen. Das Landesjugendamt ist außerdem auf dem Gebiete der vorbeugenden Krüppelfürsorge tätig und übt die Aufsicht über sämtliche Anstalten des Landes, die Kinder in Pflege nehmen, und die Dienstaufsicht über die Jugendämter aus. Von den Kosten für die Fürsorgezöglinge (vergl. Schaubild 72b) und für die vorbeugende Krüppelfürsorge für Jugendliche tragen das Landesjugendamt zwei Drittel, die Jugendämter ein Drittel. Die Fürsorgeerziehung übt das Landesjugendamt aus, zieht aber die Jugendämter in jedem Einzelfalle zum Ersatz heran. Umgekehrt obliegt den Jugendämtern die vorbeugende Krüppelfürsorge, und es werden ihnen zwei Drittel der entstandenen Kosten vom Landesjugendamt erstattet.

2) Nach dem Vollzug 1933 wurden verausgabt

a) vom Landesfürsorgeamt	
für landhilfsbedürftige Personen	390.858,35 RM
" soziale Fürsorge	117.413,96 RM
" vorbeugende Krüppelfürsorge	49.121,94 RM
" Jugendwohlfahrtspflege	3.969,42 RM
" Schwangeren- und Wöchnerinnen- fürsorge	7.519,75 RM
als Zuschuß für Beratungsstellen für Geschlechtskranke	3.000,00 RM
für Verwaltungskosten	73.307,91 RM
	<hr/>
	./.. 645.191,33 RM

b) vom Landesjugendamt

für Jugendfürsorge 299 923,-- RM

von denen als Anteile
der Bezirksfürsorgever-
bände und als Zuschuß-
leistungen von Unter-
haltungspflichtigen
erstattet wurden 108.942,-- RM

sodaß die Nettog Ausgaben betrugen 190.981.-- RM

Mithin ergibt sich eine Gesamtausgabe des
Landesfürsorgeamtes und des Landesjugendamtes von 836.172,33 RM

/ II.

II. Kreisfürsorgeämter, Fürsorgestellen und Jugendämter.

1) Die den Bezirksfürsorgeverbänden obliegenden ~~Fürsorge~~-aufgaben werden von den 8 Kreisdienstverbänden Braunschweig-Stadt, Braunschweig-Land, Thedinghausen, Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim Holzminden und Blankenburg bzw. von den bei ihnen eingerichteten Jugendämtern durchgeführt. Dem Aufbau unter I entsprechend sind bei den Kreisdienstverbänden die Kreisfürsorgeämter, Fürsorgestellen und Jugendämter bzw. bei der Stadt Braunschweig das Städtische Fürsorgeamt und das Städtische Jugendamt eingerichtet.

a) Den Kreisfürsorgeämtern obliegt die Fürsorge für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, die Fürsorge für die Kleinrentner und die ihnen Gleichstehenden, die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige, die Wochenfürsorge, die Armenfürsorge und die Fürsorge für Geisteskranke, während die Fürsorgestellen die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für die Hauptfürsorgestelle im Rahmen der ihnen von dieser zur Verfügung gestellten Mittel ausüben.

b) Außer der vorbeugenden Krüppelfürsorge für Jugendliche obliegt den Jugendämtern die Pflegekinderaufsicht, die Führung der Amtsvormundschaft für uneheliche Kinder, die Tätigkeit des Gemeindewaisenrats, die Schutzaufsicht, das Antragsrecht für die Anordnung der Fürsorgeerziehung und die Ausübung der Jugendgerichtshilfe. Sämtliche Jugendämter haben außerdem freiwillig übernommen die Schulgesundheitsfürsorge, die Säuglingsfürsorge, die Mütterberatung, die Tuberkulosefürsorge und die Geschlechtskrankenfürsorge.

2) Am 31. März 1934 wurden von den Bezirksfürsorgeverbänden

/zusammen

zusammen in offener Fürsorge laufend unterstützt 21.345 Parteien oder 41,6 auf 1000 Einwohner. Die größte Kopfzahl entfiel auf Braunschweig-Stadt (63,7), die kleinste auf Thedinghausen (14,8) und auf Gandersheim (19,7). In geschlossener Fürsorge waren am Ende des Rechnungsjahres 1933 untergebracht 10 710 Personen; mit 6 888 Personen stand Braunschweig bei weitem an der Spitze.

Der Gesamtzuschußbedarf der Bezirksfürsorgeverbände und Jugendämter im Rechnungsjahre 1933 belief sich auf 14 422 100 RM oder 28,1 RM je Kopf der Bevölkerung. Den Höchstkopfsatz wies Braunschweig-Stadt mit 48,1 RM auf, den niedrigsten Thedinghausen mit 7,6 RM und Gandersheim mit 19,7 RM. Nähere Einzelheiten, vor allem über die Entwicklung von 1928, 1930 bis 1933 bieten Tabelle 22 und die bildlichen Darstellungen 70a und 70b.

Über die Ausgaben für die öffentliche Jugendhilfe in den Jahren 1928, 1930-1933 unterrichten Tabelle 23 und Schaubild 71. Danach wurden im Jahre 1933 verausgabt von den Jugendämtern insgesamt für Jugendfürsorge ohne Fürsorgeerziehungskosten 16.000 RM, sowie für Jugendpflege und Leibesübungen 45.200 RM, insgesamt also 61.200 RM. Fast genau die Hälfte davon entfiel auf die Stadt Braunschweig (30.600 RM), ein Viertel (15.300 RM) auf Blankenburg, der Rest auf Helmstedt, Gandersheim und Thedinghausen, während Braunschweig-Land, Wolfenbüttel und Holzminden im Rechnungsjahr 1933 für Zwecke der öffentlichen Jugendhilfe Mittel nicht verauslagt hatten.

III. Wohnungswesen.

Dazu Karte 73.

Bei Übernahme der Regierungsgewalt im Lande Braunschweig durch die N.S.D.A.P. im Jahre 1932 hatte die Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungsbaues einen bisher fast ungekannten Tiefstand erreicht. Dem vorübergehenden Aufstieg bis zum Jahre 1928 war ein ebenso starker Absturz gefolgt. (Vgl. dazu die beiden Übersichten auf Seite 221 u. 222 und die graphische Darstellung Nr. 73). Die damalige Bautätigkeit genügte nicht, um die vorhandenen Bauunternehmungen einschl. der damit zusammenhängenden Nebengewerbe betriebsfähig zu erhalten und deckte nicht annähernd den notwendigsten Bedarf an Wohnungen. Die damalige Regierung bemühte sich um die Beseitigung dieser Mißstände, aber erst im Jahre 1933 erfuhr der Wohnungsbau eine merkbare Belebung durch Mittel, die die Reichsregierung zur Verfügung stellte. Die Arbeitslosigkeit ging infolge der hierdurch angeregten gesteigerten privaten Bautätigkeit erheblich zurück, und der Wohnungsbedarf konnte zu einem Teil gedeckt werden. Besonders wirksam erwiesen sich dabei die Reichszuschüsse für Wohnungsumbau, die die Aufteilung großer, nicht mehr oder nur schwer vermietbarer Wohnungen in Klein- und Mittelwohnungen erleichterten. Damit wurde auch gleichzeitig der Forderung nach billigen Kleinwohnungen entsprochen, wohingegen in den vorhergehenden Jahren stets nur der Bau von Mittelwohnungen im Vordergrund gestanden hatte, deren Preislage für die wirtschaftlich schlechter gestellten Bevölkerungsschichten nicht tragbar war. Von den insgesamt im Jahre 1933 hergestellten 738 Wohnungen wurden durch Neubau 436, durch Umbau 302 Wohnungen errichtet, gegenüber insgesamt 580 Wohnungen im Jahre 1932 mit 452 Neubau- und nur 128 Umbauwohnungen.

Ein Zeichen für die Stabilisierung der Wirtschaftslage des Baugewerbes im Jahre 1933 war die Tatsache, daß die privaten Bauherren wesentlichen Anteil an der Bautätigkeit hatten. Bis 1932 standen die gemeinnützigen und sonstigen Baugesellschaften im Vordergrund, und es wurden in der Hauptsache Wohnungen in geschlossenen Blocks und größere Miethäuser erstellt. Erstmals im Jahre 1932 überwogen die privaten Bauunternehmungen mit 61,4 v.H.. Dieser Anteil stieg 1933 auf 82,9 v.H., während die

/Bauvorhaben

Bauvorhaben der gemeinnützigen u.ä. Bauvereinigungen auf 14,3 v.H. und der öffentlichen Körperschaften und Behörden auf 2,8 v.H. abgesunken waren.

Es wurde bereits ausgeführt, daß die Bautätigkeit hauptsächlich durch die dem Lande Braunschweig zur Verfügung gestellten Reichsmittel gefördert wurde, über die die nachfolgende Übersicht unterrichtet.

Übersicht

über die durch Reichsmittel geförderten Wohnungsbauten von Ende 1932 bis Anfang 1935 einschließlich der dadurch im Lande Braunschweig aktivierten Privatmittel.

Aktion	Anzahl der geschaffenen Wohnungen	Bewilligte Reichs- mittel RM	Durch Reichs- mittel aktivier- te Privatmittel RM	Gesamt- bausumme RM
1	2	3	4	5
A. Eigenheimbau	385	465.000	3.535.000	4.000.000
B. Vorstädtische Kleinsiedlung	634	1.530.000	970.000	2.500.000
C. Not- und Be- helfswohnungen	95	86.000	100.000	186.000
D. Reichszuschüsse				
a) für Wohnungsbau	1124	2.000.000	3.000.000	5.000.000
b) für Instand- setzungen	-	2.150.000	8.600.000	10.750.000
Insgesamt	2238	6.231.000	16.205.000	22.436.000

Dieser Zusammenstellung ist zu entnehmen, daß für die insgesamt geschaffenen 2.238 Wohnungen einschl. der an Altwohnungen vorgenommenen Instandsetzungsarbeiten rund 6.231.000 RM vom Reich, und zwar z.T. als verlorene Zuschüsse -vgl. Position Da und b -, zur Verfügung gestellt wurden, dadurch weitere 16.205.000 RM Privatmittel aktiviert wurden und die Gesamtbausumme 22 436 000 RM betrug. Dem stehen nur 778 Wohnungen gegenüber, die im gleichen Zeitraum mit rein privaten Mitteln gebaut wurden. Insgesamt wurden also 3011 Wohnungen von Ende 1932, 1933, 1934 bis Anfang 1935 errichtet, von denen auf das Jahr 1933 738 Wohnungen entfielen.

/Ganz

Ganz erheblich stieg jedoch die Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1934; es wurden insgesamt 1755 Wohnungen, davon 496 durch Umbau, in 945 Wohngebäuden erstellt, unter denen sich 919 Kleinhäuser befanden. Es ist also 1934 eine absolute Höchstzahl an Wohngebäuden erreicht, da sich der Wohnungsbau fast ausschließlich auf Kleinhäuser in offener Bauweise erstreckte.

Über den Reinzugang an Wohngebäuden und Wohnungen von 1919 bis 1934 unterrichten die beiden folgenden Übersichten.

Jahr	Wohngebäude				
	Zugang		Abgang		Reinzugang
	Überhaupt	Davon Kleinhäuser	Überhaupt	Davon Kleinhäuser	Jns-gesamt
1	2	3	4	5	6
1919	97	89	7	-	90
1920	216	201	14	-	202
1921	532	511	21	-	511
1922	649	626	36	-	613
1923	440	414	7	7	433
1924	236	191	19	14	217
1925	463	406	41	33	422
1926	476	393	25	23	451
1927	678	552	34	32	642
1928	834	650	56	51	778
1929	678	484	36	36	642
1930	541	340	44	28	497
1931	345	248	28	27	317
1932	246	227	18	16	228
1933	309	262	18	13	291
1934	945	919	29	25	916
Zusammen	7 683	6 513	433	305	7 250

/ Wohnungen

Jahr	Wohnungen				
	Zugang		Abgang		Reinzugang
	Überhaupt	Davon durch Umbau	Überhaupt	Davon durch Umbau	Jns-gesamt
1	2	3	4	5	6
1919	258	95	12	-	246
1920	585	223	30	-	555
1921	971	170	35	-	936
1922	1230	249	49	-	1181
1923	670	83	8	1	662
1924	576	115	42	10	534
1925	995	110	73	8	922
1926	1277	92	49	7	1228
1927	1806	111	67	10	1739
1928	2227	121	97	9	2130
1929	2176	87	68	11	2108
1930	1778	74	94	10	1684
1931	1166	77	57	5	1109
1932	580	128	49	18	531
1933	738	302	52	20	686
1934	1755	496	81	39	1674
Zusammen	18788	2533	863	148	17925

Die mit der Verteilung und Bewilligung der Reichsmittel betraute Hochbau- und Siedlungsabteilung des Braunschweigschen Finanzministeriums legte von Anbeginn auch bei niedrigen Baukosten größten Wert auf solide Konstruktion, hygienisch einwandfreie Durchbildung und städtebaulich gute Lösungen sowohl bei der Angruppierung von Einzelbauten an vorhandene Baugruppen wie auch besonders bei der Gestaltung geschlossener Siedlungen. Dadurch war dem Reiche gegenüber bestmögliche Verwendung der verwilligten Mittel gewährleistet und die Anlage der vom Reich als besonders gut anerkannten Neusiedlungen gesichert.

/Die

Die für den Bau von Eigenheimen insgesamt verwilligten 463 000 RM verteilen sich folgendermaßen auf die verschiedenen Verwaltungsbezirke:

Verwaltungsbezirke	Streusiedlung		Geschlossene Siedlung	
	Anzahl der Gebäude	Anzahl der Wohnungen	Anzahl der Gebäude	Anzahl der Wohnungen
Stadt Braunschweig	6	11	189	218
Kreis Braunschweig	19	25	-	-
" Wolfenbüttel	12	21	2	2
" Helmstedt	12	16	-	-
" Gandersheim	13	22	-	-
" Holzminden	26	44	-	-
" Blankenburg	15	26	-	-
Insgesamt:	103	165	191	220

Insgesamt wurden also im Lande Braunschweig 293 Eigenheime mit 385 Wohnungen durch Reichsbaudarlehen gefördert. Den wesentlichen Anteil am Verbrauch der Mittel hatte die Stadt Braunschweig, die Gemeinschaftssiedlungen durch Verbindung von vorstädtischen Kleinhausbauten und Eigenheimbauten errichtete. Im Vordergrund steht dabei die Gemeinschaftssiedlung Braunschweig-Lehndorf, die auch den Bedarf an Ersatzwohnungen für die bei der Altstadtsanierung fortfallenden Wohnungen zu decken hatte.

Für Vorstädtische Kleinsiedlungen wurden dem Lande Braunschweig vom Reich 1.531.210 RM zur Verfügung gestellt. Von diesen Mitteln konnten 634 Stellen bezuschußt werden. Für jede Stelle wurden 2.250 RM gewährt, für Kinderreiche außerdem ein Zuschuß von 250 RM bzw. 500 RM.

Die Stellen verteilen sich auf die einzelnen Kreise wie folgt:

/Mittel

	Mittel RM	Stellen	Davon in geschlossenen Siedlungen
Stadt Braunschweig	588.250	241	Br.-Lehndorf 160 Stellen Br.-Gl.Messeweg 44 " Br.-Gl.Fritz- Alpers-Siedlung 22 "
Kreis Wolfenbüttel	201.500	85	Bündheim 10 " Okerforsthaus 37 " Wolfenbüttel 20 "
" Helmstedt	246.120	102	Helmstedt 66 " Schöningen 21 "
" Gandersheim	137.750	59	Gandersheim 10+10 " Seesen 30 "
" Holzminden	198.590	83	Holzminden 10+20 " Stadtoldendorf 20 " Eschershausen 12 "
" Blankenburg	159.000	64	Blankenburg 64 "
Insgesamt	1.531.210	634	556 Stellen

Insgesamt wurden also mit Hilfe von 1.531.210 RM Darlehen 634 Siedlerstellen geschaffen. Besonders bei den vorstädtischen Kleinsiedlungen ergab sich folgerichtig das Zusammenfassen in geschlossenen Siedlungen. Dabei ist die Siedlung „Nordharz“ am Okerforsthaus hervorzuheben, für die das Reich zusätzlich weitere 120 000 RM zur Verfügung stellen wird, sodaß hier eine geschlossene Siedlung von etwa 150 Siedlerstellen geschaffen werden kann. Der Entwurf ist von der Hochbau- und Siedlungsabteilung im Braunschweigischen Finanzministerium als Musterlösung für weitere im Lande Braunschweig entstehende geschlossene Siedlungen aufgestellt.

Für das Jahr 1935 sind auch weitere Siedlungen geplant, die aus rein privaten Mitteln errichtet werden sollen. So soll bereits in Kürze eine Siedlung „Neu Büddenstedt“ von den Braunschweiger Kohlenbergwerken in der Nähe von Helmstedt begonnen werden, die vorläufig etwa 100 Häuser umfaßt, aber nach und nach zu einer selbständigen geschlossenen Gemeinde weiter ausgebaut werden wird.

Weiter werden etwa 200 Waldarbeiterhäuser und etwa 300 Landarbeiterhäuser in diesem Jahre gebaut, für deren Errich-

/tung

tung sich der Staat besonders einsetzt.

Der noch bestehende Wohnungsbedarf verteilt sich folgendermaßen:

Verwaltungs- bezirke	2 Zimmer-	3 Zimmer-	4 Zimmer- Wohnungen	5 Zimmer-	6 Zimmer-	Jnsge- samt
St Braunschweig	1250	1250	1000	400	-	3900
Kreis "	18	43	18	4	-	83
Wolfsbüttel	229	195	90	15	12	541
Helmstedt	126	351	63	12	5	557
Blankenburg	100	205	83	16	-	404
Gandersheim	81	77	25	3	-	186
Holzminen	144	147	92	27	10	420
Insgesamt	1948	2268	1371	477	27	6091

Es werden also insgesamt vorläufig noch 6.091 Wohnungen benötigt, von denen 3 900 auf den Stadtbezirk Braunschweig entfallen. Im wesentlichen besteht Nachfrage nach Klein- und Mittelwohnungen, die daher zunächst am dringendsten erstellt werden müssen.

Ein wesentliches Aufgabengebiet stellt die Altstadtsanierung dar, durch die der alte Stadtkern Braunschweigs von den ungesunden Hintergebäuden und engen Wohnhöfen befreit werden soll. Maßgebend ist bei der Durchführung dieser Aufgabe die Erhaltung des schönen Stadtbildes mit seinen reizvollen Straßenzügen, die von der hohen Kultur, der Größe und Bedeutung der einflußreichen Hansestadt im Mittelalter ein beredtes Zeugnis ablegen. Für die auszusiedelnden Familien werden gesunde Neubauwohnungen in aufgelockerten Siedlungen geschaffen. Damit wird zugleich die Wohndichte in dem alten Stadtkern herabgesetzt.

Abschnitt B: Geistige Kultur.1. Bildungswesen1. Schulwesena. Volks- und Mittelschulen

Dazu: Karte 74

I. Entwicklung des braunschw. Volksschulwesens seit 1914.

Die Verwaltung und Beaufsichtigung des Volksschulwesens im Lande Braunschweig lag bis zum 1. Januar 1919 in den Händen der evangelisch-lutherischen Kirchenregierung. Dem Staatsministerium standen nur gewisse Rechte der Oberaufsicht, die Anstellung der Lehrkräfte und die Grundstücksverwaltung der Schulen zu. Bis zum 1. April 1914 übten 230 Geistliche und Superintenden-ten die Aufsicht über die Schulen und Lehrkräfte aus. An die Stelle der Superintenden-ten traten ab 1. April 1914 6 Bezirksschulinspektoren, während die Ortsgeistlichen als Schulvorstandsvorsitzende die Befugnis behielten, die Lehrer im Unterricht und außerdienstlich zu beaufsichtigen und Bedenken gegen das Verhalten des Lehrers vorzubringen.

Unter der Herrschaft der Kirche traten besonders im Land-schulwesen starke Mißstände hervor. Noch zu Beginn des Jahres 1919 waren in einklassigen Schulen dem alleinigen Lehrer 130 bis 150 Schulkinder zum Unterricht zugewiesen. In den übrigen größeren Einlehrerschulen galten 120 Schulkinder noch als normale Besuchszahl. Um sich in der Gemeinde nicht unbeliebt zu machen, vermied es der Ortsgeistliche, die Errichtung notwendiger Schulstellen zu beantragen.

Das Gesetz vom 18. November 1918 bereitete diesen Zuständen ein Ende und übertrug die Schulverwaltung dem Volkskommis-sariat für Volksbildung. Nahezu 12 Jahre blieb nun das Schulwesen ein Spielball in der Hand der Parteien und ihrer stets wechselnden Regierungen. Während dieser Zeit versuchten nach-einander nicht weniger als 15 unabhängige, sozialdemokratische, demokratische oder volksparteiliche Minister für Volksbildung das Schulwesen im Sinne ihrer herrschenden Partei zu leiten und die Schuljugend des Landes zu beeinflussen. Von 1918 bis 1922 regierte die USPD., von 1922 bis 1924 und 1927 bis 1930 die SPD., von 1924 bis 1927 das "parteilose bürgerliche Mini-sterium", gebildet aus der DNVP. und DVP.

/Seit

Seit dem 1. Oktober 1930 befindet sich die Führung des Schulwesens ununterbrochen in der Hand nationalsozialistischer Volksbildungsminister. Durch diesen Umstand war es im Lande Braunschweig früher als in den anderen Ländern des Reiches möglich, in zielsicherer Tätigkeit Schule, Lehrerschaft und Jugend an die großen Erziehungsaufgaben des Nationalsozialismus heranzuführen und am Ausbau des Reichs zu beteiligen.

Schlagartig setzten nach dem 1. Oktober 1930 die Maßnahmen der nationalsozialistischen Volksbildungsminister ein. Durch Verordnung vom 9. Oktober 1930 wurde dem Geschichtsunterricht in den Volksschulen zum erstenmal seit dem Jahre 1918 statt der Pflege der materialistischen, internationalen Geschichtsauffassung im Geiste der Völkerversöhnung die Aufgabe gestellt, die Jugend zum deutschen Nationalgefühl, zum Willen nationaler Selbstbehauptung und zur Verantwortlichkeit gegenüber der deutschen Volksgemeinschaft zu erziehen. Das bisherige Geschichtslehrbuch, ein durch und durch marxistisches Machwerk, wurde sofort verboten, in den Schulen gesammelt und vernichtet, auch die im Selbstverlag des Staates noch lagernden 26 000 Exemplare.

Bereits zum 1. Dezember 1930 wurde die Schulaufsicht von ihren schlimmsten marxistischen Vertretern bereinigt. Von 21 Schulräten blieben noch 12; die Zahl der Aufsichtsbezirke, die erst im Jahre 1928 zur Sicherung einer marxistischen Erziehung von 6 auf 21 (!) erhöht war, wurde gleichfalls auf 12 herabgesetzt.

Vom Januar 1931 an setzte eine rege Aufklärung in den Schulen über die Not und den Kampf der deutschen Wirtschaft ein. Dabei wurde auch besonders die Jugend auf die Pflicht jedes Deutschen hingewiesen, auf jede nicht unbedingt notwendige Auslandsware zu verzichten.

Ebenso wurde das Verständnis und Interesse der deutschen Jugend am Luftfahrtsgedanken durch Belehrung, durch Flüge von Motor- und Segelflugzeugen, durch Besichtigungen von Flugzeugwerkstätten u. a. geweckt.

Die bisherige Verbindung von Berufsberatung und Schule wurde auf völlig neue Grundlagen gestellt und ihre gegenseitigen Aufgaben nutzbringend geregelt.

/Vom

Vom Februar 1931 an wurde allen Schulen die weitere Aufgabe gestellt, die Kenntnis der wichtigsten Lebensvorgänge und Gesetze im Interesse der Reinerhaltung und Aufartung unserer Rasse und unseres Volkstums planmäßig vorzubereiten; gleichzeitig wurden der Schule die Grenzen gezogen, die sie gegenüber den bisher, namentlich in den Sammelschulen entarteten sexuellen Aufklärungsmaßnahmen zukünftig zu beachten hat.

Gegen die Sammelschulen (Freidenkerschulen), die zum 1. April 1926 von der bürgerlichen Regierung auf Drängen orthodoxer Geistlicher in den Städten Braunschweig, Schöningen und ein Jahr später in Wolfenbüttel gegründet wurden und sich bald zu Hochburgen radikalster, marxistischer Weltanschauung entwickelten, wurde im April 1931 ein Verbot der Teilnahme der Schulpflichtigen an einem Schulstreik erlassen, 11 Monate später die Neuaufnahme von Kindern in diese Schulen verboten und der sofortige Abbau der weltlichen Schulklassen verfügt.

Der Unterricht in der Grundschule, der bis dahin wesentlich unter Verwendung der Antiqua und der lateinischen Druck- und Schreibschrift erteilt wurde, hatte sich nunmehr in allen Schulen auf Erlernung der deutschen Schriftzeichen aufzubauen. Dem Leseunterricht wurde die Fibel in Sütterlinschrift zu Grunde gelegt.

Zur Weckung und Pflege des Verständnisses der Vorzeit, der vorgeschichtlichen Forschung innerhalb des braunschw. Landes und seiner Kultur wurde mit staatlicher Unterstützung eine wertvolle "Vorgeschichte des Landes Braunschweig" für die Hand des Lehrers herausgegeben. Die vorgeschichtlichen Funde wurden an einer Stelle vereinigt, den Schulen zugänglich und dem Unterricht nutzbar gemacht.

Die vom marxistischen "Kulturgut" angefüllten Schulbüchereien wurden einer gründlichen Nachprüfung und Säuberung unterzogen. Die Prüfung des Jugendschrifttums wurde geregelt. Auch dem Wandschmuck in den Schulen wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Zur Weckung und Hebung des Bildungseifers und der eigenen Haltung des Schülers, sowie seiner Wirkung auf die Klassengemeinschaft wurde das Zeugniswesen grundsätzlich umgestaltet. Die zukünftige Beurteilung der Anlagen, Leistungen und des
/Verhaltens

Verhaltens der Kinder soll Eltern und Schülern wesentliche Fingerzeige für die zweckmäßige Gestaltung des weiteren Bildungsganges und für die Berufswahl bieten und Aufschluß geben über die besondere Art der Leistungen, über die Ursache von Mängeln und über Möglichkeiten zur Verbesserung der Ergebnisse. In Verbindung damit wurden auch zur besseren statistischen Erfassung des Schülerbestandes besondere Schülerkarten eingeführt.

Für die Ausrüstung der Schulen mit Rundfunkgerät wurde bereits zu Beginn des Jahres 1932 das Erforderliche veranlaßt.

Ein in Rücksicht auf die schwierige finanzielle Lage des Landes unvermeidbarer Abbau der Zahl der Schulräte- und Lehrerstellen gab bereits damals in Verbindung mit dem Abbau der Sammel-schulen Gelegenheit, einen wesentlichen Teil der radikal-marxistischen Lehrer wieder aus dem braunschw.Schuldienst zu entfernen. Besonders in den Jahren 1928bis 1930 war eine größere Anzahl dieser Lehrkräfte auf Vorschlag der Berliner Zentrale für das marxistische Freidenkertum aus allen Teilen des Reichs in den Schuldienst übernommen. Ihr Wiederausscheiden 1931 und 1932 entlastete bereits im voraus sehr wesentlich die spätere Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.April 1933.

So war zu Beginn des Jahres 1933 der Boden für die kommenden Ereignisse und ihre Wirkungen auf das braunschw.Schulwesen weitgehend vorbereitet. Der sieghafte Geist der Machtübernahme zog auch in die braunschw.Schulen und ihre Jugend mit jener Begeisterung ein, die das Jahr 1933 für alle Zeiten zum größten nationalen Erlebnis der Deutschen gestaltet hat.

Wie eine große Selbstverständlichkeit vollzog sich der gewaltige Umbruch des Schullebens mit seinen heutigen äußeren und inneren Kennzeichen: Die Einführung des Hitler-Grußes, das Tragen der nationalen Abzeichen, die Beschaffung der Flaggen, die Flaggenhissung, die Straffung von Zucht und Haltung in den Schulen und Klassen, die Weckung des Sinnes für alles nationale Geschehen, die Teilnahme an den Erziehungsforderungen für Volk und Staat, die Pflege der Beziehungen zwischen Schul- und Hitlerjugend, die Beteiligung der Jugend an den öffentlichen Veranstaltungen für die gewaltigen Aufbauwerke des Reichs.

/Die

Die Erziehung des Deutschen zur Volksgemeinschaft wurde für die Jugend eine tägliche, praktische Teilnahme und Mitbetätigung größten Ausmaßes. Die Veranstaltungen für die Arbeitsschlacht, für die nationale Arbeitsbeschaffung, für Mutter und Kind, für das Winterhilfswerk, für das Auslanddeutschtum, für die Saarpropaganda, für notleidende Betriebe der deutschen Industrie und der deutschen Heimarbeit, für die Volkswohlfahrt, das Jugendherbergswesen, den Luftschutz und die Luftfahrt waren ohne rührige Anteilnahme und Mithilfe der Jugend nicht mehr denkbar. Jungen und Mädchen wuchsen hinein in die Bewegungen; sie erlebten die Bedeutung der Formationen SS., SA., Arbeitslager, Arbeitsdienst, Arbeitsfront, hörten und sahen den Aufbau der Stände, die Schaffung des Erbhofbauerntums und vieles andere, weil die Schulerziehung und der Unterricht an diesem gewaltigen Geschehen nicht achtlos vorbeizugehen, sondern diese Einrichtungen mitten in die Schularbeit hineinzustellen hatte.

Auf diesem Wege ist es möglich gewesen, die braunschw. Schulen in ihrem Innersten aufzurütteln, mit neuem Inhalt, neuem Tun und neuer Gesinnung zu erfüllen und die ihr vom Führer zugewiesene Aufgabe der Erziehung durchzuführen, "mit Aufgebot aller ihrer Kräfte, körperlich und geistig in der deutschen Jugend die deutsche Volksgemeinschaft zur Tat werden zu lassen".

II. Eigenarten des braunschw. Schulwesens.

Das Volks- und Mittelschulwesen des Landes Braunschweig unterscheidet sich in folgender Hinsicht von dem der anderen deutschen Länder.

In jeder politischen Gemeinde besteht eine eigene Volksschule, die den Namen Gemeindeschule führt. Unter den insgesamt 389 Gemeindeschulen des Landes befinden sich nur 50 Schulverbandsschulen, die auch von Kindern benachbarter meist kleinerer Gemeinden besucht werden.

Jedes schulpflichtige Kind hat die Gemeindeschule seines Wohnortes zu besuchen. Damit vereinigt die Gemeindeschule sämtliche Kinder einer Gemeinde, ohne Rücksicht auf Besitz und Stand der Eltern oder auf die Größe und Gliederung der
/einzelnen

einzelnen Schule. Die Gemeindeschule sichert hierdurch schon äußerlich ihren volksgemeinschaftlichen und bodenständigen Charakter für alle Kinder einer Gemeinde.

Es besteht die mindestens achtjährige Schulpflicht; sie kann auf Beschluß einer Gemeinde für alle auf ein weiteres (neuntes) Schuljahr ausgedehnt werden; sie kann im Einzelfalle bei zurückgebliebenen oder nachlässigen Kindern durch die Schulverwaltung um ein weiteres (neuntes) Schuljahr verlängert werden.

Private Volksschulen oder private Vorschulen bestehen im Lande Braunschweig nicht. Kinder, gegen deren Schulbesuch der Amtsarzt schwerste Bedenken trägt und die in Schulzirkeln beschult werden, gibt es im Berichtsjahre 1934 nur 16 bei insgesamt über 63 000 Volksschulkindern.

Die Schulpflicht erstreckt sich nicht nur auf die Kinder, sondern schließt auch die Pflichten der Eltern und Arbeitgeber an der Durchführung der Schulpflicht mit ein, und zwar die Pflicht, für den regelmäßigen und pünktlichen Besuch der Schule, der Schulfeiern und sonstigen Veranstaltungen der Schule sowie für das Verhalten des Kindes außerhalb des Schulbetriebes zu sorgen - auch bei Verboten der Teilnahme des Kindes an Vereinen und Veranstaltungen jeder Art -, ferner auch für die Reinhaltung des Kindes am Körper und in der Kleidung sowie für die Beschaffung und Instandhaltung der Lernmittel aufzukommen. Pflichtwidriges Verhalten der Eltern oder Arbeitgeber ist unter Geld- oder Haftstrafe gestellt.

Jede Gemeindeschule ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie besitzt ihr eigenes Vermögen, ihre eigene Verwaltung, ihren eigenen Haushalt, ihre eigene Kasse, ihre eigene gerichtliche und außergerichtliche Vertretung. Sie ist keine unmittelbare Einrichtung der Gemeinde oder des Staates, sondern nimmt zwischen beiden eine selbständige Stellung ein. Zwar beaufsichtigt der Staat die Schule und unterhält sie mit der Gemeinde zusammen durch Zuschüsse, aber im übrigen bleibt die Schule selbständig unter der Verwaltung des Schulvorstands. Dieser besteht in der Regel aus fünf Personen, von denen zwei gesetzlich bestimmte Mitglieder und drei aus der Zahl der Erziehungsberechtigten gewählt sind. Infolge dieser

/Zusammensetzung

setzung bleibt das unmittelbare Interesse der Erziehungsberechtigten an dem Zustande der Schule und ihren Leistungen hinreichend gewahrt. Ein besonderer Elternbeirat ist für die Schule unnötig.

Dem achtjährigen Schulbesuche entsprechend und um jeden normal veranlagten Kinde ein ungehindertes Aufsteigen in der Schule zu gewährleisten, ist jede Gemeindeschule in Grund- und Volksschule gegliedert, ausserdem in Klassen oder Unterrichtsstufen entsprechend dem achtjährigen Schulbesuch und den Größenverhältnissen der Schule. Wo es diese zulassen, ist die Schule grundsätzlich achtklassig oder achtstufig.

Das Mittelschulwesen ist mit dem Volksschulwesen aufs engste verbunden. An 15 größeren Orten aller politischen Kreise des Landes sind Mittelschulen vorhanden, und zwar an 4 Orten selbständige Mittelschulen, an den übrigen Orten Mittelschulzüge innerhalb der Gemeindeschule. Die Lehrkräfte dieser Mittelschulen sind tüchtige Volksschullehrer, die nach preußischem Vorbild ihre Mittelschullehrerprüfung in mindestens 2 Fächern bestanden haben. Dem Unterricht liegt der preußische Mittelschullehrplan zugrunde. Die Aufnahme der Kinder in die Mittelschule erfolgt im Ausleseverfahren nach der Begabung, wobei den Bedürftigen das Schulgeld in sehr erheblichen Masse erlassen wird.

Die Besucherzahl der Mittelschulen des Landes im Schuljahr 1934 beträgt 3 736, das sind 5,9 v.H. der gesamten volksschulpflichtigen Kinder. Die vergleichswisen Angaben für die 34 staatlichen, städtischen und privaten höheren Lehranstalten lauten: 6 759 Besucher, darunter 2 193 weibliche, das sind 9,5 v.H. aller Kinder der allgemein bildenden Schulen.

Die Mittelschulen und Mittelschulzüge sind organische Erweiterungen der Gemeindeschule; ihre Kosten werden in gleicher Weise wie die der Gemeindeschule von denselben Schulunterhaltungspflichtigen getragen. Diese überaus praktische und enge Verbindung beider Schularten gewährleistet besonders der Mittelschule ihren sicheren Bestand und ihre Leistungsfähigkeit.

Der Staat trägt 94 v.H. der gesamten persönlichen Schul-lasten aller Volks- und Mittelschulen des Landes, die Schulgemeinden und die Schulverbände tragen 6 v.H. der persönlichen

/Schul-

Schullasten ihrer Volks- und Mittelschulen und deren gesamt-sachliche Schullasten. Zu Schulneubauten gewährt der Staat den baupflichtigen Gemeinden Zuschüsse in der Regel in Höhe von einem Drittel der Baukosten; notfalls gewährt der Staat ausserdem den bedürftigen Gemeinden langfristige Baudarlehen zu geringem Zinssatz. Diesen Grundsätzen entsprechend, verteilen sich die Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen für das Volks- und Mittelschulwesen des Landes auf den Staat und die Gemeinden wie folgt:

	<u>Staat</u>	<u>Gemeinden</u>
Gesamtausgaben:	8 971 840 RM	1 719 440 RM
Gesamteinnahmen:	841 440 "	53 000 "
Mehrbetrag der Ausgaben nach Abzug der Einnahmen:	8 130 400 RM	1 666 440 RM

Es tragen somit von den gesamten persönlichen und sachlichen Schullasten der Volks- und Mittelschulen:

der Staat 83 v.H.

die Gemeinden 17 v.H.

Die durch eigene Einnahmen nicht gedeckten Mehrausgaben für die gesamten persönlichen und sachlichen Schullasten der Volks- und Mittelschulen des Landes betragen 9 796 840 RM. Somit stellt sich der durchschnittliche Gesamtaufwand für jedes Kind, das eine Volks- oder Mittelschule des Landes besucht, jährlich 153 RM. Davon trägt der Staat 126,99 RM, die Gemeinde 26,01 RM.

Die Schulaufsicht wird von 10 Schulräten ausgeübt, die in ihrem Bezirk bis zu 60 Schulorte und durchschnittlich etwa 200 Lehrkräfte beaufsichtigen. Ein Schulrat in der Stadt Braunschweig ist gleichzeitig mit der praktischen Ausbildung der Studierenden der Kulturwissenschaften für ihren zukünftigen Lehrerberuf beauftragt. Aus Gründen der Einheitlichkeit besteht keine besondere örtliche Schulaufsicht über die Lehrkräfte; dem Schulleiter der Einzelschule ist lediglich deren örtliche Verwaltung übertragen. Der Schulrat dürfte daher in der höheren Masse in der Lage sein, die unmittelbare Schulaufsicht auszuüben, als es bei den zum Teil sehr umfangreichen Schulaufsichtsbezirken der übrigen Länder der Fall ist. Dem Schulrat steht ausserdem ein bedeutender Einfluß auf die Festsetzung des Schulhaushaltsplanes jeder Schule seines Bezirks zu. Die Gesamtkosten der staatlichen Schulaufsicht betragen

/jährlich

jährlich 84 000 RM, das sind nur 0,85 v.H. der Gesamtschul-
lasten.

III. Schulstatistik.

Die Wohnbevölkerung des Landes Braunschweig betrug nach der letzten Reichsvolkszählung am 16. Juni 1933 insgesamt 512 989 Bewohner. Die Zahl der schulpflichtigen und die Volksschulen besuchenden Kinder betrug am 16. Juni 1933 insgesamt 65 001, das sind 12,6 v.H. der Wohnbevölkerung, im Berichtjahre am 25. April 1934 insgesamt 63 272, das sind etwa 12,3 v.H. der Wohnbevölkerung des Landes.

1. Schuldichte.

Unter Schuldichte ist die Besetzung des Landes mit einzelnen Volksschulen zu verstehen. Da die braunschw. Volksschulen grundsätzlich Gemeindeschulen sind und jedes Kind zum Besuch der Schule seines Wohnortes verpflichtet ist, deckt sich in der Regel die Schuldichte mit der Besiedlungsdichte des Landes nach Zahl und Lage der Einzelgemeinden.

Die Gesamtzahl der politischen Gemeinden des Landes Braunschweig beträgt im Berichtjahre (1934) 439, die Gesamtzahl der Gemeinden mit einer eigenen Schule 389. Die restlichen 50, meist kleineren Gemeinden mit durchschnittlich je 189 Personen Wohnbevölkerung, besitzen keine eigene Schule und bilden mit der Schule eines Nachbarortes einen Schulverband. Sie verteilen sich auf die 6 politischen Kreise des Landes nach der Zahl der Orte, deren Einwohnerzahl und im Hundertsatz ihrer Kreiswohnbevölkerung wie folgt:

Kreis	Zahl der Orte	Gesamtzahl der Einwohner	Hundertsatz der Kreiswohnbe- völkerung
Braunschweig	12	3 480	8,9
Wolfenbüttel	5	1 159	1,3
Helmstedt	8	955	1,2
Gandersheim	13	2 545	4,9
Holzminden	12	1 319	2,4
Blankenburg	--	--	--

2. Schul- und Klassengliederung.

Von den 389 Volksschulgemeinden besitzen:

a. nicht vollgegliederte Schulen (das sind Schulen mit weniger als 8 Klassen für die achtjährige Schulpflicht)

insgesamt Gemeinden	je eine Schule mit je		insgesamt Kinder
	Lehrern	Klassen	
200	1	2	8 517
95	2	3	8 331
34	3	4	4 405
16	4	5	2 824
9	5	6	1 928
5	6	6	1 221
insges.: 359	mit insgesamt 631 Lehrkräften		27 226

b. vollgegliederte Schulen (das sind Schulen mit 8 aufsteigenden Klassen für die achtjährige Schulpflicht)

insgesamt 30 Gemeinden mit insgesamt 1 068 Lehrkräften in 1 018 Klassen und mit 35 891 Kindern.

Die nebenamtlich und vertretungsweise beschäftigten Lehrkräfte sind in den genannten Zahlen der Lehrkräfte nicht enthalten.

3. Verhältnis der Lehrkräfte zur Schülerzahl.

Die durchschnittliche Anzahl der Kinder für eine Lehrkraft beträgt

a) in den nicht voll gegliederten Schulen (s. Ziff. 2a) 43 Kinder, und zwar

in den Einlehrerschulen	43	Kinder
" " Zweilehrerschulen	47	"
" " Dreilehrerschulen	43	"
" " Vierlehrerschulen	44	"
" " Fünflehrerschulen	43	"
" " Sechshelehrerschulen	41	"

/ b.

b. in den voll gegliederten Schulen (s.Ziff.2b) 34 Kinder.
und zwar

in den 15 Landgemeinden	35 Kinder
" 14 Städten des Landes ohne Stadt Braunschweig	33 "
in der Stadt Braunschweig	34 "

4. Klassenstärke.

Die durchschnittlichen Klassenstärken betragen:

a. in den nicht vollgegliederten Schulen (s.Ziff.2a) 31 Kinder,
und zwar in den Grundschulklassen (1.-4.Schuljahr) 27 "
" " Volksschulklassen (5.-8. ") 37 "
b. in den vollgegliederten Schulen (s.Ziff.2b) 38 "
und zwar

1. in 15 Landgemeinden und den 14 Städten des Landes
ohne Stadt Braunschweig

in den Grundschulklassen	38 Kinder
" " Volksschulklassen	34 "

2. in der Stadt Braunschweig

in den Grundschulklassen	38 Kinder
" " Volksschulklassen	41 "

5. Stufenmäßiger Aufbau der Schulen.

a. Volksschulen:

Einlehrerschulen unterrichten in zwei Klassen, und zwar in der Unterklasse die Grundschüler (1.bis 4.Schuljahr) und in der Oberklasse die Volksschüler (5. bis 8.Schuljahr). Innerhalb der beiden Klassen richtet der Lehrer nach Bedarf Unterrichtsgruppen ein.

Zweilehrerschulen unterrichten in drei Klassen. Die Grundschüler werden geteilt, und zwar entweder werden die Schulanfänger in einer Elementarklasse für sich unterrichtet und in der anderen Klasse die Schüler des 2.bis 4. Schuljahres vereinigt, oder aber es werden die Grundschüler des 1. und 2. Schuljahres in einer Klasse und des 3. und 4. Schuljahres in der anderen Klasse unterrichtet. Die Schüler des 5.bis 8.Schuljahres werden in einer dritten Klasse unterrichtet.

/Drei-

Dreilehrerschulen unterrichten in vier Klassen, indem sie stets 2 Jahrgänge vereinigen (1. u. 2., 3. u. 4., 5. u. 6., 7. u. 8. Schuljahr).

Vierlehrerschulen unterrichten in fünf Klassen, trennen die ersten beiden Schuljahre und besitzen je eine Klasse des ersten Schuljahrs, zweiten Schuljahrs, des dritten und vierten, des fünften und sechsten, des siebten und achten Schuljahres.

Fünflehrerschulen unterrichten in sechs Klassen, d.h. jeden Grundschullehrgang für sich, und die Volksschuljahrgänge zu je zwei und zwei Jahrgängen vereint.

Sechshelehrerschulen unterrichten in 7 Klassen, und zwar die Schuljahre 1 bis 6 getrennt, 7. und 8. Schuljahr vereint.

Sieben- und Mehrlehrerschulen unterrichten jeden Schuljahrgang getrennt.

b. Mittelschulen:

Die Mittelschulen sind sechsklassig; sie nehmen nur Kinder mit der Grundschulreife auf und unterrichten nach dem Lehrplan der preußischen Mittelschulen.

6. Sonderschulen.

Innerhalb des braunschw. Volksschulwesens bestehen

Förderschulen oder Förderklassen für zurückgebliebene
Kinder

Hilfsschulen oder Hilfsschulklassen für schwachsinnige
Kinder

eine Taubstummenanstalt für taubstumme und schwerhörige
Kinder

eine Idiotenanstalt für blödsinnige Kinder.

Blinde oder erblindete Kinder werden auf Grund einer Vereinbarung mit Preußen der Blindenanstalt in Hannover zugewiesen.

Für die praktische Ausbildung der Lehrerstudenten an der Technischen Hochschule in Braunschweig dienen zwei achtstufige Volksschulen in der Stadt Braunschweig mit 53 Klassen und 63 zum Teil Fachlehrkräften.

1.b) Berufs- und Fachschulen.

Dazu: Tabellen 24 u. 25.

Karten 75 und 76.

I. Berufsschulen.

1) Das Gesetz vom 14. Dezember 1908, die Regelung des Fortbildungsschulwesens betreffend, gab den Gemeinden das Recht, den nicht mehr schulpflichtigen jugendlichen Personen unter 18 Jahren, die in dem Bezirk der Gemeinde wohnten oder nicht nur vorübergehend beschäftigt waren, den Besuch einer Fortbildungsschule zur Pflicht zu machen. In einem Statut waren die zur Durchführung dieser Verpflichtung erforderlichen Bestimmungen zu treffen. Die Erhebung von Schulgeld war zugelassen. Die Verwaltung der Schule oblag einem Schulvorstande, dessen Zusammensetzung durch das Statut zu regeln war. Die Oberaufsicht über das gesamte Fortbildungsschulwesen des Landes übte das Staatsministerium aus.

Abgesehen von der Stadt Braunschweig, in der eine Fortbildungsschule mit freiwilligem Schulbesuch bereits vor Erlass des Gesetzes errichtet war, und in der zum Teil schon Lehrer mit fachlicher Vorbildung unterrichteten, erfolgte der Unterricht in den Fortbildungsschulen nebenamtlich durch geeignete Volksschullehrer, die von dem Schulvorstande damit beauftragt wurden.

Die Verpflichtung zum Schulbesuch wurde, die Stadt Braunschweig und Einzelfälle ausgenommen, nur männlichen Schulpflichtigen auferlegt, teilweise auch nur gewerblichen Lehrlingen. Der Unterricht war, abgesehen wieder von der Stadt Braunschweig, nicht fachlich gegliedert. Er erstreckte sich auf Rechnen, Schreiben, Zeichnen und wurde in den Abendstunden, teilweise auch nur an Sonntagvormittagen, erteilt. Der Staat gab Unterstützungen zur Einrichtung und Unterhaltung, und zwar nicht nur der Pflichtfortbildungsschulen, sondern auch der Anstalten mit freiwilligem Schulbesuch. Er gewährte außerordentliche Beihilfen zu den Einrichtungskosten der Schulen und, wenn die Herabgabe geeigneter Schulräume und die Übernahme der Heizungs-, Beleuchtungs- und Reinigungskosten durch die Gemeinde erfolgte, in der Regel Zuschüsse in Höhe von 50 v.H. der persönlichen und sachlichen Kosten, von denen weitere 25 v.H. die Kreisge-

meindeverbände zu übernehmen hatten.

Daneben bestanden in den Städten kaufmännische Fortbildungsschulen, die von Staat, Gemeinde und Handelskammer zu gleichen Teilen unterhalten wurden.

1913 hatten von den 433 Landgemeinden des Landes 34 Gemeinden, und zwar in 27 Orten, Pflichtfortbildungsschulen errichtet, die von 992 männlichen und 15 weiblichen (1 Ort) Schulpflichtigen besucht wurden. Von 1913 bis 1930 sind dann noch für 55 Gemeinden in 45 Orten Pflichtfortbildungsschulen errichtet worden, die von 1247 männlichen und 133 weiblichen (5 Orte) Schulpflichtigen besucht wurden. Benutzt wurden nur in einigen Fällen (Stadt Braunschweig) eigene Schulräume. In der Regel fand der Unterricht in den Räumen der Volksschulen statt.

2a) Den Gedanken, daß die gesamte schulentlassene Jugend, auch die weibliche, die Fortbildungsschule zu besuchen habe und daß der Unterricht mehr fachlich zu gestalten sei, suchte das am 1. Februar 1929 erlassene Berufsschulgesetz, abgeändert durch Gesetz vom 11. August 1933, zu verwirklichen. Durch dieses Gesetz wurde der Staat der Träger des Berufsschulwesens. Die Einrichtung von Berufsschulen erfolgt nach Anhören der beteiligten Gemeinden durch den Minister für Volksbildung, der zu dem Zwecke auch Berufsschulverbände aus mehreren Gemeinden bilden kann. Eine Anzahl der bestehenden Fortbildungsschulen sind in solchen Berufsschulen aufgegangen.

Schulgeld wird nicht erhoben. Zu dem Besuch dieser Schulen sind alle im Schulbezirk nicht nur vorübergehend beschäftigten oder wohnhaften unverheirateten Jugendlichen beiderlei Geschlechts bis zum Ablauf des Schulhalbjahres verpflichtet, in dem das 18. Lebensjahr vollendet wird. Der Unterricht ist an den Werktagen zwischen 7 und 19. Uhr zu erteilen. Er soll im Jahre für zeichnerische, kaufmännische und Frauenberufe mit praktischem hauswirtschaftlichen Unterricht 320 Stunden, sonst 240 Stunden umfassen.

Die Verwaltung der Berufsschule obliegt einem Schulvorstande. Die Aufsicht über das gesamte Schulwesen führt der Minister für Volksbildung. Der Staat trägt 50 v.H. der persönlichen Schullasten einschl. der Versorgungsbezüge der von ihm in den Ruhestand versetzten oder unter Gewährung von Versorgungsbezügen entlassenen oder verabschiedeten Lehrkräfte, je

25 v.H. kommen auf die Gemeinden und Kreismündeverbände, die sachlichen Kosten fallen den Gemeinden zur Last.

Der Unterricht wird von hauptamtlichen und nebenamtlich tätigen Lehrkräften erteilt, die vom Minister für Volksbildung bestellt werden. Die hauptamtlich tätigen Lehrkräfte sind fachlich, seit 1923 durch den Besuch berufspädagogischer Institute vorgebildet, die nebenamtlichen Lehrkräfte, abgesehen von einigen wenigen Volksschullehrern, die aber in den letzten Jahren immer mehr ausgeschaltet wurden, Fachlehrer aus Handwerkerkreisen. Der Unterricht in den staatlichen Berufsschulen, in erster Linie in den Städten, ist daher durchweg fachlich gegliedert und wird von fachlich dazu vorgebildeten Gewerbelehrern erteilt. Das gilt auch für einige noch nicht in staatliche Berufsschulen umgewandelte Gemeindeberufsschulen (Fortbildungsschulen).

Das Berufsschulgesetz, insbesondere die Umwandlung der bestehenden Fortbildungsschulen in staatliche Berufsschulen sollte innerhalb von 5 Jahren, also bis Ostern 1934, durchgeführt sein. Das hat sich aus finanziellen Gründen zwar nicht ermöglichen lassen, immerhin ist innerhalb des letzten Jahres erreicht, daß einzelne Gemeinden ohne Fortbildungsschulpflicht sich mit Orten, in denen sie bestand, zu Schulverbandsgemeinden zusammengeschlossen haben, daß andere Gemeinden ihre der Inflation, der Arbeitslosigkeit und der finanziellen Belastung zum Opfer gefallenen Fortbildungsschulen wieder eröffnet haben und daß der Unterricht in einigen Orten, in denen er nur während des Winterhalbjahres erteilt wurde, auf das ganze Jahr ausgedehnt wurde.

Für die Vergütungen der Leiter und Lehrkräfte der Berufs- (Fortbildungs-) schulen, soweit es sich nicht um planmäßige Beamte handelt, die nach dem Staatsbeamtenbesoldungsgesetz besoldet werden, ist einheitlich die Verordnung vom 19. Mai 1933 maßgebend.

b) Träger des gesamten kaufmännischen Berufsschulwesens des Landes ist durch die Verordnung vom 16. Mai 1933 in der Fassung der ersten Änderung vom 2. Januar 1935 die Industrie- und Handelskammer des Freistaates Braunschweig. Die von den Gemeinden früher errichteten kaufmännischen Fortbildungsschulen, zu denen Staat und Handelskammer in gleicher Weise wie zu den Fortbildungsschulen Zuschüsse leisteten, sind in diesen kaufmännischen Pflichtberufsschulen der Industrie- und Handelskam-

/mer

mer aufgegangen. Hinsichtlich der Schulpflicht gelten die Bestimmungen des Berufsschulgesetzes. Der Unterricht umfaßt jährlich 240 Wochenstunden; die weiblichen Schulpflichtigen müssen im Laufe der Schulzeit an einem hauswirtschaftlichen Kursus bis zu 80 Wochenstunden teilnehmen.

Wenn eigene Schulräume nicht vorhanden sind, erfolgt der Unterricht in den Räumen von Berufs- oder Volksschulen, die zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die Schullasten, soweit sie nicht durch eigene Einnahmen gedeckt werden, tragen die Industrie- und Handelskammer und der Staat zu je einem Drittel und die Schulortsgemeinden und Kreisgemeindeverbände zu je einem Sechstel.

Für die Besoldung der Lehrkräfte, die mit Zustimmung des Braunschweigischen Ministers für Volksbildung durch die Industrie- und Handelskammer bestellt werden, sind die für planmäßige und außerplanmäßige Staatsbeamte geltenden Bestimmungen maßgebend. Der Unterricht wird vorwiegend von Diplom-Handelslehrern erteilt, nur noch ganz vereinzelt von Volksschullehrern, die sich weitergebildet haben.

- 3) Neben diesen Pflichtberufsschulen sind eingerichtet:
- a) die hauswirtschaftliche Wahlberufsschule in der Stadt Braunschweig (Verordnung vom 27. Oktober 1934) und
 - b) die kaufmännischen Wahlberufsschulen der Industrie- und Handelskammer (Verordnung vom 28. Dezember 1934),
- die als anerkannte Ersatzschulen für die Pflichtberufsschulen gelten.

Die hauswirtschaftliche Wahlberufsschule hat schon seit Jahren bestanden und auch die Industrie- und Handelskammer hat in ihrer Höheren Handelslehranstalt und Handelsschule für Damen eine solche Wahlberufsschule unterhalten.

Der Besuch ist ein freiwilliger; es wird Schulgeld erhoben. Die Ausbildung dauert 2 Jahre. Sie erstreckt sich auf Vor- und Nachmittagsunterricht und umfaßt wöchentlich mindestens 30 Stunden.

Ein einjähriger Lehrgang ist zugelassen für eine einjährige höhere Handelsschule für solche Jugendliche, die mindestens im Besitz der mittleren Reife einer höheren Lehranstalt, einer Mittelschule oder einer zweijährigen Handelsschule sind, und für eine einjährige Handelsschule für solche Jugendliche, die mindestens eine erfolgreich abgeschlossene

/Volks-

Volksschulbildung besitzen oder eine entsprechende Klasse einer Mittelschule oder höheren Lehranstalt besucht haben und die Aufnahmeprüfung in Deutsch und Rechnen bestehen.

An den Wahlberufsschulen wird der Unterricht von Lehrkräften erteilt, die an kaufmännischen Berufsschulen tätig sind.

Die persönlichen Schullasten der hauswirtschaftlichen Wahlberufsschule tragen Staat und Stadt je zur Hälfte; von den Einnahmen dieser Schule erhält der Staat vier Zehntel, die Stadt sechs Zehntel. Die Verteilung der Schullasten der Wahlberufsschulen der Handelskammer, soweit sie aus eigenen Einnahmen nicht gedeckt werden, ist die gleiche wie bei den kaufmännischen Pflichtberufsschulen.

4) Wie aus Tabelle 24 zu ersehen ist, die zugleich den Vergleich mit 1931 ermöglicht, waren im Schuljahr 1934/35 im Lande Braunschweig 53 Berufsschulen mit 490 Klassen vorhanden, nämlich 7 gewerbliche mit 224 Klassen, 14 kaufmännische mit 84 Klassen, 2 hauswirtschaftliche mit 76 Klassen und 30 gemischtberufliche Berufsschulen mit 106 Klassen. Besucht waren diese Berufsschulen von 10.798 Schülern, 5041 in gewerblichen, 1693 in kaufmännischen, 1828 in hauswirtschaftlichen und 2236 in gemischtberuflichen Berufsschulen.

II. Fachschulen.

1) Im Jahre 1934 wies das Land Braunschweig 4 landwirtschaftliche Fachschulen auf, die bäuerlichen Werkschulen in Wolfenbüttel, Gandersheim und Eschershausen und die landwirtschaftliche Haushaltungsschule in Helmstedt. Diese Schulen sind von der Landesbauernschaft ins Leben gerufen und werden von ihr unterhalten. Die 3 bäuerlichen Werkschulen waren 1934 von 131 Schülern besucht, die in 6 Klassen von 6 hauptamtlich, 18 nebenamtlich und 3 nebenberuflich tätigen Lehrkräften unterrichtet wurden. Die 41 Schülerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltungsschule wurden von 4 hauptamtlichen und 7 nebenamtlichen Lehrpersonen ausgebildet.

2) An Fachschulen für Industrie und Gewerbe gab es 1934 im Lande Braunschweig 7. Die wichtigste von ihnen ist die 1832 als Privatschule gegründete staatliche Höhere Landesbauschule in Holzminden, die 1895 in den Besitz der Stadt Holzminden überging und 1913 vom Staat übernommen wurde. Ihre 255 Schüler wurden in 10 Klassen von 18 hauptamtlichen Lehrern unterrichtet.

/Der

Der Ausbildung von Maschinenbauern und Elektrotechnikern dient das Technikum in Wolfenbüttel, eine anerkannte private Lehranstalt unter staatlicher Aufsicht mit Lehrpersonen und Berechtigung einer höheren technischen Lehranstalt. Sie hatte 1934 60 Schüler und 6 hauptamtliche Lehrpersonen aufzuweisen.

Die Städtische Handwerker- (Kunstgewerbe-) Schule in Braunschweig befindet sich zur Zeit in der Umbildung nach preussischen Richtlinien. Schülerzahl 213, die in 14 Klassen von 9 hauptamtlichen, 4 nebenamtlichen und 10 nebenberuflichen Lehrkräften unterrichtet wurden.

Die einzige Schule ihrer Art im ganzen deutschen Reich, die auch stets Ausländer als Schüler hat, ist die staatlich anerkannte Drogistenakademie in Braunschweig. 1934 wurden 75 Schüler von 5 hauptamtlichen, 3 nebenamtlichen, 1 nebenberuflichem Lehrer und einem Assistenten unterrichtet.

Das Konserventechnikum von Dr. Serger in Braunschweig, ebenso wie die Drogistenakademie eine Privatschule unter staatlicher Aufsicht, dient der Ausbildung von Konserventechnikern. Im Jahre 1934 erhielten 17 Schüler ihre Ausbildung durch eine hauptamtliche und eine nebenamtliche Lehrkraft.

Die Tischlerfachschule in Blankenburg, gleichfalls eine Privatschule unter staatlicher Aufsicht, hat die Aufgabe einer Reichsfachschule für das Tischlerhandwerk. Sie bildet Tischlergesellen mit abgelegter Gesellenprüfung zu Werkmeistern und Technikern aus. Der Unterricht erstreckt sich auch auf Innenarchitektur. In ihr wurden 1934 65 Schüler, darunter viele Ausländer, in 4 Abteilungen von 5 hauptamtlichen Lehrpersonen und einer nebenamtlichen Lehrkraft unterrichtet.

Die Konditorfachschule in Wolfenbüttel, die Konditorgehilfen zu Meistern ausbilden will, hatte 1934 50 Schüler aufzuweisen. In ihr waren 3 hauptamtliche Lehrkräfte tätig.

3) Zu den Fachschulen war bis zu der durch die Verordnung vom 28. Dezember 1934 getroffenen Regelung auch die Höhere Handelslehranstalt der Industrie- und Handelskammer zu rechnen, in der 1934 in 3 Klassen 62 Schüler und Schülerinnen von 4 hauptamtlichen Lehrkräften unterrichtet wurden.

1.c) Die höheren Unterrichtsanstalten.

Dazu: Tabelle 26

Karte 77.

I. Knabenanstalten.

Im Lande Braunschweig findet sich ein humanistisches Gymnasium, das Wilhelm-Gymnasium zu Braunschweig, das seit 1925 auch einen realgymnasialen Zug hat.

Die früher noch vorhanden gewesenen Gymnasien sind größtenteils in Reform-Realgymnasien umgewandelt, eine Reihe der Anstalten ist zu Vollanstalten ausgebaut.

Im Jahre 1912 beginnt das alte Realgymnasium an der Breiten Straße stufenweise die Umstellung auf ein Reform-Realgymnasium mit Französisch als Anfangssprache. 1914 folgt das Realprogymnasium zu Bad Harzburg; 1924 wird es verstaatlicht und ist seit 1918 als Vollanstalt anerkannt. In den folgenden Jahren sind die altsprachlichen Gymnasien mit Ausnahme des oben genannten Wilhelm-Gymnasiums in Reform-Realgymnasien umgebildet. Im Jahre 1919 wird am Progymnasium Gandersheim die erste Sexta mit Französisch eingerichtet. Die Anstalt wird 1924 verstaatlicht und ist seit 1928 als Vollanstalt anerkannt. 1920 beginnt die Umwandlung des Martino-Katharineums zu Braunschweig, 1927 wird an dieser Anstalt Englisch als erste Fremdsprache in Sexta eingeführt. Im Jahre 1921 folgen die Gymnasien zu Wolfenbüttel, Helmstedt und Blankenburg mit der Umwandlung in Reform-Realgymnasien und schließlich 1922 das Gymnasium zu Holzminden, an dem seit 1911 bereits ein realgymnasialer Zug und später ein realer Zug bestanden hat.

Vorübergehend sind an den Anstalten in Wolfenbüttel, Blankenburg und Holzminden in der Mittelstufe reale Nebenzüge eingerichtet, die heute aber nicht mehr vorhanden sind. Lediglich in Blankenburg besteht noch ein realer Nebenzug in der Mittelstufe.

Dann ist im Lande Braunschweig eine Reihe von Realanstalten vorhanden. Die Oberrealschule in Seesen ist aus einer privaten Stiftung hervorgegangen; sie ist 1922 verstaatlicht und seit 1926 zu einer Vollanstalt ausgebaut. Die Realschule Schöningen, die seit 1924 verstaatlicht ist, war kurze Zeit zu einer

/Ober -

~~Oberrealschule~~ erweitert. Ostern 1928 ~~bis Ostern 1934 haben~~ an ihr Reifeprüfungen stattgefunden, seitdem ist sie wieder Realschule. Die Raabeschule in Braunschweig, ursprünglich eine private Anstalt, ist 1922 vom Staate als Realschule übernommen und hat 1926 ihren Namen „Raabeschule“ erhalten. In der Stadt Braunschweig befinden sich noch zwei städtische Oberrealschulen: die Oberrealschule Hintern Brüdern, die bereits seit 1884 eine Oberstufe hat, und die Gaußschule, die seit 1913 als Oberrealschule anerkannt ist. Die Stadt Wolfenbüttel unterhält eine Oberrealschule, an der seit 1929 Reifeprüfungen stattfinden.

In der Stadt Helmstedt besteht eine höhere Landwirtschaftliche Lehranstalt mit Oberrealschule. Sie ist hervorgegangen aus einer reinen Landwirtschaftsschule, die im Jahre 1869 gegründet ist. Dieser ist 1897 eine Realabteilung angegliedert, die seit 1924 zur Oberrealschule ausgebaut ist. Beide Anstalten haben einen gemeinsamen Unterbau. Der Anstalt ist noch eine Bäuerliche Winterschule angegliedert, die seit Oktober 1934 als „Bäuerliche Werkschule“ nach den Richtlinien des Reichsnährstandes weitergeführt ist. Seit 1919 ist mit der Schule noch das Max Eyth-Seminar, eine höhere Lehranstalt für praktische Landwirte, verbunden. Die Stadt Helmstedt baut seit Ostern 1934 die Oberrealschule, mit U .III beginnend, ab. Die Schule soll wieder ihren ursprünglichen Charakter als reine Landwirtschaftsschule erhalten.

Die Deutsche Oberschule ist in Form von zwei Aufbauschulen in Braunschweig (Lessingschule) und Wolfenbüttel vertreten. Beide Anstalten, die sich in den Gebäuden der ehemaligen Lehrerseminare befinden, sind seit 1923 im Aufbau und seit 1929 als Vollanstalten anerkannt. Die Wolfenbütteler Anstalt sollte abgebaut werden und hatte Ostern 1932 und 1933 keine Untertertien eingerichtet, Ostern 1934 hat sich allerdings die Wiedereinrichtung einer Untertertia als notwendig erwiesen.

Von den noch bestehenden privaten Anstalten ist insbesondere das Landschulheim am Solling zu erwähnen, an dem unter Vorsitz eines Regierungsvertreters auch Reifeprüfungen stattfinden.

/ II.

II. Mädchenanstalten.

Anstalten, die zur Reifeprüfung führen, sind die aus den alten Oberlyzeen, die mit Lehrerinnenseminaren verbunden waren, hervorgegangenen Oberlyzeen in Wolfenbüttel und Braunschweig. In Wolfenbüttel wurden 1928, in Braunschweig 1929 zum ersten Male Reifeprüfungen abgehalten. Die Oberstufe des Wolfenbütteler Lyzeums befindet sich im Abbau. Ostern 1935 wird die letzte Reifeprüfung stattfinden. Seit 1913 ist eine Studienanstalt in Braunschweig aufgebaut, die mit dem Oberlyzeum in einer Anstalt vereinigt ist. Dieser großen Mädchenanstalt in Braunschweig ist 1927 noch eine einjährige Frauenschule angegliedert, Ostern 1928 ein Ausbildungslehrgang für Kindergärtnerinnen und Ostern 1929 ein solcher für Hortnerinnen. Ostern 1932 ist dann noch mit dem Aufbau einer dreijährigen Frauenschule begonnen, an der Ostern 1935 die erste Abschlußprüfung stattfindet.

Städtische Lyzeen sind in Helmstedt, Blankenburg und Holzminden vorhanden. Mit dem letzteren ist eine Frauenschule und eine O II einer dreijährigen Frauenschule verbunden. In Helmstedt waren zeitweise Frauenschulzüge eingerichtet.

Seit Ostern 1934 ist noch eine private Frauenschule in Bad Harzburg staatlich anerkannt.

In den Landstädten werden Mädchen, die die Reifeprüfung ablegen wollen, an den dortigen höheren Knabenanstalten aufgenommen.

Private Mädchenanstalten finden sich in Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt.

Über die Zahl der Klassen, Schüler und Lehrkräfte gibt Tabelle 26, über die Verteilung der höheren Lehranstalten auf die Landesteile Karte 77 Aufschluß.

1.d) Die Technische Hochschule in Braunschweig.

Dazu: Tabellen 27a, 27b und 28

Karten 78, 79a und 79b.

In der Carolo Wilhelmina besitzt Braunschweig die älteste Technische Hochschule im Deutschen Reich überhaupt. Zunächst zur Vermittlung einer allgemeinen Bildung bestimmt, wurde sie im Laufe der Zeit zu einer Anstalt für technische Fächer umgestaltet. Dem ursprünglichen Gründungszweck entsprechend, sind daneben aber stets eine harmonische Allgemeinbildung vermittelnde Vorlesungen an ihr gehalten worden. Rechtskunde, Volkswirtschaftslehre, Deutsche Literatur, französische und englische Sprache sind von jeher an ihr gelehrt worden, wozu nach dem Krieg noch Philosophie, Philologie, Pädagogik, Biologie, Geschichte, Deutsche Sprache, Literaturwissenschaft, Geographie und Religionswissenschaft gekommen sind. Die Technische Hochschule war daher auch in der Lage, als neues Aufgabengebiet die akademische Ausbildung der Lehrer zu übernehmen.

Die Technische Hochschule gliedert sich gegenwärtig in 8 Abteilungen:

- 1) Abteilung für Architektur,
- 2) Abteilung für Bauingenieurwissenschaften,
- 3) Abteilung für Maschinenbau,
- 4) Abteilung für Elektrotechnik,
- 5) Abteilung für Chemie,
- 6) Abteilung für Pharmazie und Nahrungsmittelchemie,
- 7) Abteilung für Mathematik, Physik und Luftfahrt,
- 8) Abteilung für Naturwissenschaften, der die Ausbildung der Lehrerstudenten obliegt.

Die Praxis stellt an den jungen Techniker ständig wachsende Anforderungen. Um ihm das Rüstzeug dazu zu geben, sind vom Lande unter tatkräftiger Mitwirkung des Hochschulbundes Institute und Laboratorien geschaffen worden, die den höchsten Ansprüchen genügen und als vorbildlich bis über die Grenzen des Reiches hinaus anerkannt sind.

Insbesondere gilt das von dem Hochspannungsinstitut, das in Verbindung mit dem Freiluftversuchsfeld als erstes europäisches Institut mit Spannungen über 2 Millionen Volt zu arbeiten in der Lage ist. Einen ebenso hervorragenden Ruf genießt

/das

das Institut für elektrische Maschinen,
Fernmelde- und Hochfrequenztechnik.

Auch in allen übrigen Abteilungen gewährleistete, errichtete, teils erweiterte oder in ihrer Ausstattung vollkommene Institute und Laboratorien eine allen Erfordernissen der Praxis gerecht werdende Ausbildung der Studierenden. Solche Institute und Laboratorien sind das Baustofflaboratorium, das Wasserbaulaboratorium, die Versuchsanstalt für Bauingenieurwissenschaften mit der Forschungsstelle für Straßenbau, das schweißtechnische Institut für Ingenieure, das Institut für Schleif- und Poliertechnik, das Botanische Institut, das Akustische Institut, das Wöhler-Institut, eine Prüfungsstelle zur Untersuchung von Werkstoffen, führend im Reich mit den von ihm ausgeführten Dauerprüfungen, das Institut für Luftfahrtmeßtechnik und Flugmetereologie.

Der Besuch der Technischen Hochschule ist in Braunschweig wie überall im Reich stark zurückgegangen, nämlich von 1061 Studierenden mit 45 Ausländern im W.S.1931/32 auf 772 im S.S.1934 mit 30 Ausländern. Den stärksten Anteil an Ausländern stellten stets Bulgarien und China. Einzelheiten sind aus Tabelle 27b und Schaubild 78 zu ersehen. Tabelle 27a und Schaubild 79a geben Aufschluß über die (frühere) innerdeutsche Staatsangehörigkeit der in Braunschweig Studierenden. Im Durchschnitt der sechs Studienhalbjahre Winter 1931/32 bis Sommer 1934 steht Preußen(407)noch vor Braunschweig (351). Im S.S.1934 aber hat Braunschweig zum ersten Male auch Preußen (292) überflügelt. Durch die wirtschaftliche Not ist der Anteil Preußens ständig zurückgegangen, der Anteil Braunschweigs ständig gestiegen. Unter den übrigen deutschen Ländern ragt Hamburg hervor. Daneben haben Mecklenburg, Thüringen und Sachsen eine sich ungefähr gleichbleibende Anzahl von Landeskindern zur Ausbildung an die Technische Hochschule Braunschweig entsandt.

Welchen Anteil die 8 Abteilungen vom W.S.1931/32 bis zum S.S.1934 an der Gesamtzahl der Studierenden aufwiesen, zeigt die folgende Übersicht.

/Studien-

Studien- jahr	a) Ü- ber- haupt b) v. H.	Abteilung							Mathe- matik, Physik und Luft- fahrt	wis- senschaf- ten
		I	II	III	IV	V	VI			
		Archi- tektur	Bauin- genieur- wissen- schaf- ten	Ma- schin- nen- bau	Elek- tro- tech- nik	Che- mie	Phar- mazie u. Nah- rungs- mittel- chemie			
1931/32	a	115	101	179	137	86	70	48	325	
	b	10,8	9,5	16,9	12,9	8,1	6,6	4,5	30,6	
1932	a	108	95	163	116	84	82	47	295	
	b	10,9	9,6	16,5	11,7	8,5	8,3	4,7	29,8	
1932/33	a	107	104	179	130	89	79	42	275	
	b	10,6	10,3	17,8	12,9	8,9	7,9	4,2	27,4	
1933	a	91	96	141	114	78	91	39	223	
	b	10,4	11,0	16,2	13,1	8,9	10,4	4,5	25,5	
1933/34	a	83	94	121	128	71	76	45	210	
	b	10,0	11,4	14,6	15,4	8,6	9,2	5,4	25,4	
1934	a	66	94	103	115	66	70	33	226	
	b	8,5	12,2	13,3	14,9	8,5	9,1	4,3	29,2	

Nicht minder interessant ist daneben, welche Hochschulen die braunschweigischen Landeskinder zu ihrer Ausbildung aufgesucht haben. Von den 906 Braunschweigern, die im Durchschnitt der 5 Halbjahre vom W.S. 1931/32 bis W.S. 1933/34 studiert haben, hatten sich 351, also nahezu vier Zehntel, an der heimischen Hochschule und 555 an den übrigen deutschen Hochschulen einschreiben lassen, davon der weitaus größte Teil in preußischen Hochschulen, in erster Linie an der „Landes“-Universität Göttingen. Bevorzugt wurden daneben die süddeutschen Hochschulen. Einzelheiten sind aus Tabelle 23 und Schaubild 79b zu ersehen.

Erwachsenenbildung.

Dazu: Karten 80, 81, 82a und 82b.

Im Landestheater und den Lichtspieltheatern, Mus.-Sammlungen, Archiven, Bibliotheken, Büchereien und Volksbüchereien besitzt Braunschweig hervorragende Bildungsmittel für Erwachsene.

I. Theater und Lichtspieltheater.

1) Trotz Inflation, wirtschaftlicher Nöte und Niedergang der allgemeinen Theaterkultur hat sich das Landestheater in Braunschweig seine alte künstlerische Höhe und seinen alten Ruf als eine der ersten Bühnen Deutschlands erhalten können, sodaß oft und noch bis in die letzte Zeit hinein an ihm tätige Künstler und Leiter an die ersten Theater in Berlin, München usw. verpflichtet worden sind. Das Landestheater pflegt Oper und Schauspiel und trägt zur Hebung des Musiklebens von Stadt und Land Braunschweig im Laufe der Spielzeit durch Symphoniekonzerte unter Mitwirkung hervorragender Gastdirigenten und auswärtiger Künstler bei. Seine Bedeutung erstreckt sich nicht nur auf die Landeshauptstadt, sondern auf das ganze Land und auch über dessen Grenzen hinaus. Es hatte während der Spielzeit 1933/34 monatlich durchschnittlich 1100 Besucher aufzuweisen, die außerhalb der Stadt Braunschweig, zum Teil in entfernt liegenden Gemeinden wie Gifhorn, Vienenburg, Salzgitter, Langelsheim, Bokenem, Seesen ihren Wohnsitz hatten. Daneben veranstaltet es regelmäßig Gastspiele außerhalb der Stadt Braunschweig, so z.B. in Bad Harzburg, Blankenburg, Seesen, Helmstedt, Peine und Celle. Ganz besonders gilt das für Wolfenbüttel, dessen Lessingtheater den Mittelpunkt des Kulturlebens der Stadt bildet.

2) An Lichtspieltheatern sind im Lande 35 vorhanden, 6 in der Landeshauptstadt, 5 im Kreis Wolfenbüttel, nämlich je zwei in den Städten Wolfenbüttel und Bad Harzburg und 1 in der Stadt Schöppenstedt, 7 im Kreise Helmstedt, davon 2 in der Stadt Helmstedt und je 1 in den Städten Königslutter und Schöningen sowie in den Landgemeinden Calvörde, Süpplingen und Versfelde, 8 im Kreise Gandersheim, und zwar je 3 in den Städten Seesen und Bad Gandersheim sowie in den Landgemeinden Langelsheim, Kreiensen, Wolfshagen, Delligsen, Greene und Gittel.

6 im Kreise Holzminden, und zwar je 1 in
Holzminden, Stadtoldendorf und Eschershaus.
Landgemeinden Fürstenberg, Kemnade und Grünenp.
Kreise Blankenburg, nämlich je 1 in den Städten Bla-
Braunlage und Hasselfelde.

IX. Museen und Sammlungen.

Die bedeutendsten Museen weist die Landeshauptstadt auf. Unter ihnen ragt das Herzog Anton Ulrich-Museum hervor, dessen Gemäldesammlung unschätzbare Werte birgt und zu den ersten Galerien unseres deutschen Vaterlandes zählt. Besonders gut vertreten in ihr ist die niederländische Schule. Das Rembrandtsche „Familienbild“ und das Vermeersche „Mädchen mit dem Weinglas“ haben in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit viel von sich reden gemacht. Daneben besitzt das Herzog Anton Ulrich-Museum wertvolle Sammlungen von Kupferstichen, Porzellanen, insbesondere der heimischen Fürstenberger Porzellanfabrik, Webarbeiten und anderes mehr.

Das Städtische Museum enthält neben einer gut ausgestatteten völkerkundlichen Sammlung, einer Abteilung für moderne Malerei und einer wertvollen Münzensammlung vor allem Erzeugnisse des heimischen Handwerks und Kunstgewerbes. Seine vorgeschichtlichen Altertümer sind neuerdings in einem Museum für Vorgeschichte in einem eigenen Heim vereinigt.

Vorbildlich für die Einrichtung heimatkundlicher Museen ist das Vaterländische Museum geworden, das für die Erhaltung der Kenntnis der Lebensverhältnisse ostfälischen Volkstums wertvollste Arbeit geleistet hat. Es enthält eine Sammlung vom Volkstrachten, Hausrat, Ackergeräten, Schmuckstücken, Waffen und sonstigen Erinnerungszeichen aus Stadt und Land. Zu erwähnen wären dann noch das Naturhistorische Museum, das Gaußmuseum, das Schulmuseum und das Schillmuseum.

Von Bedeutung für die Erwachsenenbildung sind schließlich noch eine Reihe von Heimatmuseen in den übrigen Städten des Landes, weil sie geeignet sind, Liebe zur Heimat, Scholle und Verständnis für heimisches Brauchtum zu wecken. Solche Heimatmuseen finden sich in Wolfenbüttel, das auch eine wertvolle Vogelsammlung besitzt, Helmstedt, Blankenburg, Schöningen, Holzminden, Bad Harzburg, Gandersheim, Stadtoldendorf und Braunlage.

III. Archive.

An Archiven sind vor allem das Landeshauptarchiv in Wolfenbüttel und das Stadtarchiv in der Landeshauptstadt zu nennen. Besondere Bedeutung hat das erstere insofern, als in ihm als einzigem Staatsarchiv die weitaus größte Zahl der Kirchenbücher des Landes verwaltet werden. Das Stadtarchiv der Stadt Braunschweig, das mit der Stadtbibliothek vereinigt ist, dient sowohl der wissenschaftlichen Forschung und Belehrung des Publikums wie auch den praktischen Bedürfnissen der Stadtverwaltung. Es besitzen auch noch andere Städte des Landes kleine Archive, wie z.B. Helmstedt und Holzminden, die gewöhnlich mit einem Heimatmuseum vereinigt sind.

VI. Bibliotheken und Büchereien.

1) Wie das Herzog Anton Ulrich-Museum so hat auch die Herzog August-Bibliothek in Wolfenbüttel Weltruf. Gegenwärtiger Bestand rund 400 000 Bände, darunter 8 000 Handschriften vom 5. Jahrhundert an und rund 1 500 Drucke vor 1500, darunter größte Seltenheiten und Kostbarkeiten von unermesslichem Wert. Die dauernde Ausstellung umfaßt die wertvollsten illustrierten Handschriften und Drucke von der Ulphilas-Bibel an, beispielsweise die Handschrift des Sachsenspiegels, die reichstillierte Deutschlands, und das erste sowie das letzte von Albrecht Dürer illustrierte Buch. Die Sonderausstellung des Jahres zeigt unter dem Titel „Tausend Jahre deutsches Schrifttum“ die wichtigsten Werke deutscher Dichtung und Weltanschauung von Otfried von Weissenburg bis zur Gegenwart in Originalen bzw. Erstausgaben.

Den Grundstock der Stadtbibliothek in Braunschweig bilden mit etwa 77 000 Bänden die Buchbestände aus dem Mittelalter und dem 16. und 17. Jahrhundert. Sie will zunächst der wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet der Geschichte der Stadt, darüber hinaus aber auch den Bedürfnissen des hiesigen gebildeten Publikums auf dem gesamten Gebiete der Geisteswissenschaften dienen. Die Bibliotheken der Technischen Hochschule mit reichlich 70 000 Bänden, des Herzog Anton Ulrich-Museums, des Städtischen Museums und des Naturhistorischen Museums sind rein wissenschaftlicher Art.

2) Die jüngste Bücherei der Stadt Braunschweig ist die Öffentliche Bücherei und Lesehalle mit einem Bestand von rund 18.000 Bänden. Mit ihr ist eine Beratungsstelle für das volkstümliche Büchereiwesen verbunden. Sie zählt selbst zu der Gruppe der Volksbüchereien im Lande Braunschweig, deren bei einer im Vorjahre vom Statistischen Reichsamt vorgenommenen Erhebung 38 erfaßt wurden, und zwar in den Städten mit 5000 und mehr Einwohnern 7, in den Gemeinden unter 5000 Einwohnern 31. Diese Volksbüchereien wiesen am 31. März 1934 einen Gesamtbücherbestand von 40 644 Bänden auf, darunter schöne Literatur 15.096, belehrende Literatur 14.203, Jugendschriften 440 Bände. Ausgeliehen wurden in der Zeit vom 1. April 1933 bis 31. März 1934 86.879 Bände, darunter schöne Literatur 53 548, belehrende Literatur 15 908 und Jugendschriften 320. Die Gesamtzahl der aktiven Leser betrug vom 1. April 1933 bis zum 31. März 1934 4948.

Nach dieser Erhebung waren Volksbüchereien vorhanden in den Städten Braunschweig, Bad Harzburg, Blankenburg, Helmstedt, Holzminden, Seesen, Königslutter und Hasselfelde sowie in den Landgemeinden Alverndorf, Bodenburg, Broitzem, Büddenstedt, Calvörde, Groß Denkte, Grünenplan, Halchter, Jerxheim, Kissenbrück, Kreiensen, Mackendorf, Offleben, Osterlinde, Parsau, Remlingen, Riddagshausen, Rübeland, Runstedt, Saalsdorf, Sickte, Sierße, Söllingen, Tanne, Timmenrode, Volkersheim, Wenden, Westerode, Wieda und Wittmar. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß auch noch in einer ganzen Reihe anderer Gemeinden Volksbüchereien vorhanden sind, die bei der Erhebung nicht erfaßt wurden. Früher sind nämlich solche Volks-
/büchereien

~~Büchereien~~ noch vorhanden gewesen in Badenhäusen, Bad Gandersheim, Benzingerode, Börßum, Brackenstedt, Frellstedt, Gevensleben, Gittelde, Groß Sißbeck, Groß Vahlberg, Herrhausen, Hötzum, Hüttenrode, Kästorf, Kaierde, Kalme, Klein Stöckheim, Klein Twülpstedt, Lebenstedt, Lesse, Querum, Schöppenstedt, Seinstedt, Stadtoldendorf, Timmerlah, Vorsfelde, Weddel, Weferlingen, Wolfshagen und Zorge. Eine kleine Anzahl dieser Volksbüchereien wird wohl eingegangen sein; die Mehrzahl von ihnen dürfte aber noch bestehen, sodaß die Karte 82b, auf der nur die Orte eingetragen werden konnten, bei denen das Vorhandensein einer Volksbücherei mit Sicherheit feststand, bestimmt eine zu geringe Dichte des Bestandes an Volksbüchereien aufzeigt.

3) Einige Städte haben auch Vereinen gehörende Büchereien aufzuweisen, z.B. Schöningen die Bücherei des Heimatvereins, Blankenburg die Bücherei der Literaria und die Bücherei des Vereins für Geschichte und Altertumskunde, die mit der Stadtbücherei vereinigt worden ist, und Bad Harzburg die Bücherei des Altertums- und Geschichtsvereins sowie die Bücherei des naturwissenschaftlichen Vereins.

II. Behördenorganisation.**1) Verwaltung**

Dazu: Karten 83.84, 85.86, 87a, 88.89, 90.

Oberste Landesbehörde ist das Braunschweigische Staatsministerium. Es ist besetzt mit einem Ministerpräsidenten und einem Staatsminister und zerfällt, nachdem die Justizministerien der Länder aufgehoben sind, noch in vier Einzelministerien:

- I. Vorsitzender des Staatsministeriums,
(Ministerpräsident),
- II. Finanzminister (Staatsminister),
- III. Minister des Innern (Ministerpräsident),
- IV. Minister für Volksbildung (Ministerpräsident).

I.

In den Geschäftsbereich des Vorsitzenden des Staatsministeriums fallen außer den Haus- und Personalangelegenheiten des Staatsministeriums folgende Angelegenheiten: Zentralsachen der Reichs- und Landesverwaltung, auswärtige Angelegenheiten, besondere Staatshoheitssachen, Pressestelle, Veröffentlichungen, Druckschriften, Feiern und Gedenktage, Titel und Orden sowie Religionsgesellschaften. Außerdem ist ihm das Landeshauptarchiv in Wolfenbüttel unmittelbar unterstellt.

II.

Die Zuständigkeit des Br. Finanzministers umfaßt:

- 1) Beamtenangelegenheiten einschl. Besoldungswesen und Dienststraßverfahren, Staatsangestellte und -arbeiter, Versorgungsanwärter.

Es bestehen folgende unabhängige Dienststraßgerichte:

- a) erste Instanz:
 - Dienststraßkammer für Richter (Notare),
 - Dienststraßkammer für nichtrichterl. Beamte.
- b) zweite Instanz:
 - Dienststraßgerichtshof für Richter (Notare),
 - Dienststraßgerichtshof für nichtrichterl. Beamte.

Vertreter des Staates im Verfahren vor den Dienststraßbehörden ist der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Braunschweig.

/Die

Die Zuständigkeit des Br.Finanzministers umfaßt

- 2) die eigentliche Finanzverwaltung, Kassen- und Rechnungswesen der Staatsverwaltung, Steuern und Zölle.
 - a) Den Kassenverkehr des Staates besorgt die Hauptfinanzkasse, eine besonders für diesen Zweck eingerichtete Abteilung der Braunschweigischen Staatsbank, die eine öffentliche Anstalt mit eigener Rechtsfähigkeit ist und der Aufsicht des Finanzministers untersteht. Bei den Zweigkassen der Staatsbank sind für den Staatskassenverkehr ebenfalls besondere Abteilungen, die "Kreiskassen", eingerichtet.
 - b) Die Abnahme aller staatlichen und solcher Rechnungen, an denen der Staat beteiligt oder interessiert ist, liegt der Rechnungskammer, einer unabhängigen, nur dem Gesetz unterworfenen Behörde ob.
 - c) Die Veranlagung, Erhebung und Beitreibung der Landessteuern liegt mit Ausnahme der von außerhalb des Landes wohnhaften Personen zu erhebenden Wandergewerbsteuer jetzt, nachdem auch die Grund-, Gewerbe- und Hauszinssteuern in die Verwaltung der Reichsfinanzbehörden übernommen sind, in deren Händen. Zuständig sind als untere Behörden die Finanzämter, über diesen das Landesfinanzamt Hannover. Für die Verwaltung der Stempelsteuer sind Zollämter und Vorstände von Gerichtskassen als Hilfsstellen von Finanzämtern bestellt. Die Wandergewerbsteuer wird zentral verwaltet vom Finanzamt Braunschweig-Land in Braunschweig, die Erhebung der Wandergewerbsteuer von außerhalb des Landes wohnhaften Personen erfolgt jedoch durch die Landespolizeibehörden (Kreisdirektionen, Polizeipräsidium Braunschweig). Die Abwicklung der Grund-, Gewerbe- und Hauszinssteuersachen aus den Rechnungsjahren vor 1931 besorgt eine Steuerabwicklungsstelle beim Finanzminister.

Die Zuständigkeit des Br.Finanzministers umfaßt

- 3) Verwaltungskosten, Verwaltungszwangsverfahren,
- 4) Verkehrswesen, Vermessungswesen, Elektrizitäts- und Ferngasversorgung.

Als Mittelbehörde für das Vermessungswesen, für Ablösungs- und Gemeinheitsteilungssachen, Enteignungssachen

/und

und Hoheitsgrenzsachen ist das **Landeskultur- und -ver-**
messungsamt in Braunschweig zuständig.

Ihm unterstehen wieder die Vermessungsämter.

Die Zuständigkeit des Br.Finanzministers umfaßt

5) das Berg-, Hütten- und Salinenwesen.

Unter dem Staatsministerium steht als Mittelbehörde das Landesbergamt in Braunschweig. Der Bergrevierbeamte in Braunschweig, der dem Landesbergamt nachgeordnet ist, ist untere Bergpolizeibehörde.

Die Zuständigkeit des Br.Finanzministers umfaßt

6) Beteiligung des Staates an gewerblichen Unternehmungen, Braunschweig G.m.b.H., die errichtet ist zur Verwaltung der Ausbeutung des staatlichen Grund- und Bergwerkbositzes sowie sonstiger ertragswirtschaftlicher Betriebe, Gerechtsame und Berechtigungen, die sich in staatlicher Verwaltung befinden,

7) Forstverwaltung, der als Unterbehörden die Forstämter unterstehen,

8) die Verwaltung der Domänen, die zentral in der Domänenabteilung des Br.Finanzministers zusammengefaßt ist,

9) die Bauverwaltung mit den Unterbehörden Maschinenbauamt in Braunschweig, Hochbauämtern und Straßen- und Wasserbauämtern,

10) die Baudarlebensverwaltung und die Verwaltung der Reichsheimstätten und die Aufsicht über die gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen, die gleichfalls beim Br.Finanzminister zentral zusammengefaßt ist.

III.

Dem Br.Minister des Innern obliegt die gesamte innere Verwaltung, soweit nicht die Zuständigkeit anderer Ministerien begründet ist, einschließlich des Polizeiwesens und der Aufsicht über die Gemeinden und die Kreisgemeindeverbände. Die Aufsicht über die Stadt Braunschweig und die Kreisgemeindeverbände übt der Minister des Innern unmittelbar aus.

Ihm nachgeordnet sind die Kreisdirektionen als Landesverwaltungs-, Aufsichts- und Landespolizeibehörden. Sie sind zuständig für alle Angelegenheiten, für die nicht Sonderbehörden bestellt sind. Im Gegensatz zu anderen deutschen Ländern gibt es

/also

also in Braunschweig nur zwei Instanzen, die Kreisdirektionen unterstehen unmittelbar dem Minister des Innern. Die Stadt Braunschweig ist kreisfrei, untersteht daher keiner Kreisdirektion, sondern nur dem Minister des Innern. Orts- und Landespolizeibehörde für die Stadt Braunschweig ist das Polizeipräsidium in Braunschweig. Die Verwaltung einzelner Zweige der Ortspolizei kann einer von der Stadt zu errichtenden Ortspolizeibehörde übertragen werden. Von dieser Möglichkeit ist bisher nur in geringem Umfange für Bausachen Gebrauch gemacht. Als Landeskriminalpolizeiamt ist das Polizeipräsidium für das ganze Land zuständig.

Ferner unterstehen dem Minister des Innern die Br. Politische Polizei mit ihren Außenstellen bei den Kreisdirektionen außer Braunschweig und das Kommando der Landjägerrei mit Landjägerämtern, Landjägernebenämtern und Landjägerstellen.

Für die Erledigung besonderer Verwaltungsaufgaben bestehen im Bereich des Ministers des Innern folgende Verwaltungsbehörden:

- 1) für das Gesundheitswesen das Landesmedizinalkollegium, dem die Kreisärzte und der Landestierarzt unterstehen, und diesem wiederum die Kreistierärzte,
- 2) für das Eichwesen das Obereichamt, dem die Eichämter nachgeordnet sind,
- 3) das Gewerbeaufsichtsamt zur Ausübung der Gewerbeaufsicht gemäß § 139 b der Gewerbeordnung,
- 4) für das Gebiet der Sozialversicherung das Oberversicherungsamt und die Landesversicherungsanstalt. Die Landesversicherungsanstalt hat eine Doppelstellung; sie ist einmal Träger der Invalidenversicherung und der Krankenversicherung für Gemeinschaftsaufgaben, zum anderen den Versicherungsämtern in der Aufsicht über die Krankenkassen übergeordnet. Als Unterbehörden bestehen die Versicherungsämter bei den Kreisdirektionen (Landesbehörden) bzw. beim Rate der Stadt Braunschweig (Gemeindebehörde).

Dem Minister des Innern unterstehende Verwaltungsbehörden sind

- 5) für Fürsorge und Jugenderziehung und -wohlfahrt des

/Landesfürsorgeamt

Landesfürsorgeamt (Landesjugendamt), dessen Vorsitzender der zuständige Ministerialreferent ist und dem die Kreisfürsorgeämter (Jugendämter) bei den Kreisgemeindeverbänden und das Städtische Fürsorgeamt (Jugendamt) beim Rate der Stadt Braunschweig unterstehen und
6) für Landesstatistik das Statistische Landesamt.

IV.

Der Aufgabenbereich des Br. Ministers für Volksbildung umfaßt

Kunst und Wissenschaft, Museen, Bibliotheken, Theater, Film, Aufsicht über das Landestheater, Bekämpfung von Schund- und Schmutzliteratur, Schulwesen (Hochschulwesen, Höhere Schulen, Volks- und Mittelschulwesen, Berufs- und Fachschulwesen).

Zur Beaufsichtigung des Volks- und Mittelschulwesens sind Schulräte bestellt.

V.

An unabhängigen Behörden bestehen außer den Dienststrafbehörden :

- 1) Der Verwaltungsgerichtshof in Braunschweig als oberster Gerichtshof zur endgültigen Entscheidung der in den Gesetzen bezeichneten Streitsachen über Ansprüche und Verbindlichkeiten aus dem öffentlichen Rechte,
- 2) die Gemeindekammer in Braunschweig als Beschwerde- und Beschlußstelle in Angelegenheiten der Städte, Landgemeinden, Kreisgemeindeverbände und Zweckverbände nach näherer Regelung der Städteordnung, Landgemeindeordnung, Kreisordnung und dem Zweckverbandsgesetz; sie wird voraussichtlich im Zuge der Reform des Kommunalwesens (Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Jan. 1935, RGBl. I S. 49) mit dem 1. April 1935 aufgehoben werden.

2) Justiz.

Dazu: Karten 89 u. 90.

Die Spitze der braunschweigischen Justizverwaltung bildete bisher der Braunschweigische Justizminister. Sein Amt war seit einigen Jahren mit dem des Braunschweigischen Finanzministers durch Personalunion verbunden.

In der braunschweigischen Justiz werden beschäftigt 439 Beamte, 130 Angestellte und 57 Arbeiter.

Verwaltungsmäßig unterstanden dem Justizminister unmittelbar für die Gerichte der Oberlandesgerichtspräsident, für die Staatsanwaltschaften der Generalstaatsanwalt.

Der Oberlandesgerichtspräsident führt die Aufsicht über sämtliche Gerichte des Landes, und zwar durch die Gerichtsvorstände, den Landgerichtspräsidenten und die Vorstände der Amtsgerichte. Die Amtsgerichte wurden früher durch den Landgerichtspräsidenten beaufsichtigt; sie sind aber seit mehreren Jahren dem Oberlandesgerichtspräsidenten unmittelbar unterstellt. Seitdem war die braunschweigische Justizverwaltung weitgehend zentralisiert. Die Entscheidung lag in allen wichtigeren Angelegenheiten beim Justizminister, im übrigen beim Oberlandesgerichtspräsidenten, dem dazu das "Verwaltungsbüro beim Oberlandesgericht" zur Verfügung stand. Die Richter, Gerichtssassessoren, Referendare und Notare unterstanden allein der Aufsicht des Oberlandesgerichtspräsidenten und des Justizministers; von der Beaufsichtigung durch die übrigen Behördenvorstände, die Vorstände der Amtsgerichte und den Landgerichtspräsidenten, waren sie ausdrücklich ausgenommen.

Ordentliche Gerichte.

Im Lande Braunschweig bestehen 22 Amtsgerichte. Davon sind besetzt 1, Braunschweig, mit 22 Richtern (einschl. Hilfsrichtern), 1, Wolfenbüttel, mit 4 Richtern, 3, Helmstedt, Blankenburg und Harzburg, mit 3 Richtern, 1, Holzminden mit 2½ Richtern, 6, Schöningen, Seesen, Königslutter, Schöppenstedt, Eschershausen und Vorsfelde, mit 2 Richtern, 1, Stadtoldendorf mit 1½ Richtern, und 9, Vechelde, Lutter a. Bbge, Greene, Salder, Gandersheim, Walkenried, Hasselfelde, Calvörde und Thedinghausen, mit 1 Richter.

Bei der ungewöhnlichen Form des Freistaatsgebietes ist es unvermeidlich, daß die Amtsgerichtsbezirke in den Exklaven The-

/dinghausen

Thedinghausen und Calvörde im Verhältnis zu den anderen sehr klein sind. Auch auf die Bildung der übrigen Amtsgerichtsbezirke hat der Verlauf der Landesgrenzen erheblichen Einfluß gehabt. Die Einwohnerzahl der Gerichtsbezirke kann zwar nicht allein als Vergleichsziffer für die Belastung der einzelnen Gerichte dienen. Dabei müssen auch Umstände berücksichtigt werden, die in diesen Ziffern keinen entsprechenden Ausdruck finden. So ist es von erheblicher Bedeutung, ob die Gerichtsbezirke eine überwiegend landwirtschaftliche Bevölkerung oder einen mehr industriellen Charakter haben, ob die Gerichte durch Rechtsanwälte und Notare im Bezirk entlastet werden oder die Bezirkseingesessenen nur auf das Gericht angewiesen sind, ob die Form des Bezirks im Interesse der Bevölkerung Sprechtage außerhalb des Gerichtssitzes erforderlich macht u. a. m. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß die Amtsgerichte bei der Form des Freistaatsgebietes gleichmäßig gut über das Land verteilt sind.

Die Amtsgerichte sind überall zugleich Grundbuchämter.

Das Land Braunschweig hat dagegen nur ein Landgericht in der Stadt Braunschweig. Diese Tatsache hat darin ihren Grund, daß die Stadt Braunschweig allein drei Zehntel der Bevölkerung des Landes umfaßt. Früher bestand für die westlichen Kreise des Landes ein Landgericht in Holzminden, das aber im Jahre 1890 aufgehoben wurde. Das Landgericht Braunschweig ist besetzt mit 5 Zivilkammern, 2 Strafkammern und 2 Kammern für Handelsachen. Die Besetzung der Kammern entspricht den reichsrechtlichen Vorschriften.

Für das Land Braunschweig besteht ferner ein Oberlandesgericht mit dem Sitz in der Stadt Braunschweig. Es setzt sich aus 3 Zivilsenaten zusammen. Die Richter des einen Zivilsenats bilden zugleich den Strafsenat des Oberlandesgerichts. Der Oberlandesgerichtspräsident ist Vorsitzender des ersten Zivilsenats; den beiden anderen Senaten stehen Senatspräsidenten vor.

Arbeitsgerichte und Landarbeitsgericht.

Braunschweig besitzt 8 Arbeitsgerichte, nämlich die Arbeitsgerichte Braunschweig, Helmstedt, Schöningen, Bad Harzburg, Blankenburg, Seesen, Holzminden und Thedinghausen. Sie umfassen zum Teil mehrere Amtsgerichtsbezirke und sind unter

/Berücksichtigung

Berücksichtigung des Bedürfnisses (z.B. Industriegebiet Helmstedt - Schöningen) und der Verkehrsmöglichkeiten gebildet. Einen hauptamtlichen Richter hat nur das Arbeitsgericht in Braunschweig, während zu Vorsitzenden der übrigen Arbeitsgerichte Richter der betr. Amtsgerichte bestellt sind.

Das Landarbeitsgericht ist dem Landgericht Braunschweig angegliedert. Der Vorsitzende der einen Kammer für Handelssachen ist gleichzeitig Vorsitzender des Landesarbeitsgerichts.

Anerbenbehörden.

Im Lande Braunschweig sind bei sämtlichen Amtsgerichten für deren Bezirke Anerbengerichte eingerichtet; beim Oberlandesgericht ist ein Erbhofgericht gebildet.

Erbgesundheitsbehörden.

Dagegen besteht in Braunschweig nur ein Erbgesundheitsgericht beim Amtsgericht Braunschweig. Das Erbgesundheitsobergericht für das Land ist bei dem Oberlandesgericht Braunschweig errichtet.

Der Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten

hat seinen Sitz in der Stadt Braunschweig. Seine Zusammensetzung aus Richtern und Verwaltungsbeamten und das Verfahren vor ihm sind durch Gesetz geregelt. Er hat die Streitigkeiten zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden über die Zulässigkeit des Rechtsweges vor den ordentlichen Gerichten zu entscheiden.

Die Gerichtsvollzieher.

Die Gerichtsvollzieher sind selbständige Organe der Rechtspflege, unterstehen aber als Beamte der Dienstaufsicht des Amtsgerichtsvorstandes und weiter dem Oberlandesgerichtspräsidenten und dem Justizminister. Gerichtsvollzieher sind für alle Amtsgerichtsbezirke des Landes bestellt. In einigen kleineren Amtsgerichtsbezirken (Hasselfelde, Calvörde, Thedinghausen) sind Gerichtsbeamte mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Gerichtsvollziehers beauftragt. Die Amtsgerichtsbezirke Vechelde und Greene schließlich sind den Gerichtsvollziehern für Braunschweig und Gandersheim mitzugewiesen.

Notare.

Die Rechtsverhältnisse der braunschweigischen Notare sind in den §§ 25 ff. des Braunschweigischen Ausführungsgesetzes

zum Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit geregelt. Es kann jeder im Freistaate Braunschweig wohnhafte und bei einem braunschweigischen Gericht zugelassene Rechtsanwalt auf seinen Antrag zum Notar ernannt werden. Das Amt des Notars ist lebenslänglich. Bei seiner Anstellung wird ihm ein Wohnsitz angewiesen, bei dessen eigenmächtiger Verlegung er das Recht zur Ausübung der Notariatspraxis verliert. Die Notare unterstehen der Dienstaufsicht des Oberlandesgerichtspräsidenten. Ihr Dienststrafrecht und ihre Verabschiedung sind durch das Gesetz über die Dienststrafverhältnisse und die Verabschiedung der Notare in der Fassung vom 19. November 1931 in Anlehnung an die Dienststrafbestimmungen für richterliche Beamte geregelt. Die Notare können ihre Tätigkeit im ganzen Lande Braunschweig ausüben; verpflichtet sind sie dazu jedoch nur in dem Kreise, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Sachlich sind sie "neben den Gerichten für die Beurkundung von Rechtsgeschäften und sonstigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuständig". Auflassungen können sie in Braunschweig jedoch erst seit dem Inkrafttreten der Verordnung vom 11. Mai 1934 (RGBl. I S. 378) wirksam vornehmen. Sie sind an den aufkommenden Notariatsgebühren in gestaffelten Sätzen beteiligt; ein festes Gehalt beziehen sie nicht. Ihre Zahl betrug am 31. Dezember 1934 in der Stadt Braunschweig 48 und im übrigen Lande Braunschweig 40, zusammen also 88.

Rechtsanwälte.

Die Zahl der im Lande Braunschweig zugelassenen Rechtsanwälte betrug am 31. Dezember 1934 163. Davon waren zugelassen bei dem Amtsgericht ihres Wohnsitzes und zugleich beim Landgericht Braunschweig 124, beim Amtsgericht, Landgericht und Oberlandesgericht in Braunschweig 29, beim Landgericht und Oberlandesgericht 2, nur beim Oberlandesgericht Braunschweig 8. Eine gleichzeitige Zulassung von Anwälten beim Landgericht und Oberlandesgericht hat das Oberlandesgericht Braunschweig bisher bei seiner Beschlußfassung gemäß § 10 Abs. 1 der Rechtsanwaltsordnung nur dann für im Interesse der Rechtspflege förderlich erklärt, wenn die Zahl der schon bei beiden Gerichten zugelassenen Anwälte nicht mehr als ein Drittel der in der Stadt Braunschweig ansässigen Anwälte betrug. Die Zulassung erfolgte bisher in allen

/Pailon

fällen durch den Braunschweigischen Justizminister. Für das ehrengerichtliche Verfahren gegen Rechtsanwälte ist das Ehrengericht der Anwaltskammer im Bezirke des Oberlandesgerichts Braunschweig zuständig, das nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen zusammengesetzt ist.

Staatsanwaltschaft.

Bis zum Inkrafttreten der Verordnung über Strafrechtspflege und Gerichtsverfassung vom 4. Januar 1924 bestand zwischen dem Aufbau der Staatsanwaltschaft im Lande Braunschweig und dem anderer Länder, insbesondere Preußens, kein wesentlicher Unterschied. Es gab eine Staatsanwaltschaft am Landgericht Braunschweig und 4 Amtsanwaltschaften.

Die Staatsanwaltschaft hatte aus dem ganzen Lande Braunschweig alle Strafsachen in der Berufungsinstanz u. alle Strafsachen zu bearbeiten, über die in erster Instanz die große Strafkammer oder das Schwurgericht zu entscheiden hatte. Sie war vor Ausbruch des Krieges besetzt mit dem Oberstaatsanwalt, 5 Staatsanwälten und 2 Gerichtsassessoren. Anfang 1924 waren 7 Staatsanwälte und 3 Gerichtsassessoren neben dem Oberstaatsanwalt beschäftigt.

Die Amtsanwaltschaften hatten alle Strafsachen zu bearbeiten, die in erster Instanz der Amtsrichter allein oder das Schöffengericht zu entscheiden hatte. Es bestand eine Amtsanwaltschaft Braunschweig für die Amtsgerichte des Kreises Braunschweig, die vor dem Kriege mit 2 Gerichtsassessoren besetzt war. Anfang 1924 war daneben noch ein etwa alle 3 Monate wechselnder Referendar als Hilfsarbeiter entgeltlich beschäftigt. Ausserdem gab es die Amtsanwaltschaften Helmstedt (für den Kreis Helmstedt), Wolfenbüttel (für die Kreise Wolfenbüttel und Blankenburg) und Holzminden (für die Kreise Holzminden und Gandersheim). Sie waren mit je einem Gerichtsassessor besetzt, dem zeitweilig ein Referendar zur Aushilfe gegen Entgelt beigegeben wurde.

Die erwähnte Verordnung vom 4. Januar 1924 änderte die Zuständigkeit der Gerichte in Strafsachen. An die Stelle der Großen Strafkammern traten als Gerichte erster Instanz die Schöffengerichte. Diese wurden im Lande Braunschweig bei allen Amtsgerichten des Landes gebildet. Im Gegensatz zu Preußen schuf man also keine Sammelschöffengerichte am Sitze des
/Landgerichts

Landgerichts oder einzelner größerer Amtsgerichte, die --besetzt mit Richtern des Landgerichts- die schöffengerichtlichen Sachen mehrerer Amtsgerichte zu bearbeiten hatten. Diese Zersplitterung der Schöffengerichte machte es bei der räumlichen Lage des Landes unmöglich, die schöffengerichtlichen Sachen von der einen Staatsanwaltschaft in der Stadt Braunschweig aus zu bearbeiten, und führte zu einem von Preußen abweichenden Aufbau der Staatsanwaltschaft.

Durch die Verfügung des Braunschweigischen Justizministers vom 20. März 1924 wurden neben der Staatsanwaltschaft am Landgericht Braunschweig 5 Distriktsstaatsanwaltschaften, und zwar in Wolfenbüttel, Helmstedt, Blankenburg a.H., Seesen und Holzminden, jeweils für die Amtsgerichte ihres Kreises, gebildet. Es waren besetzt die Staatsanwaltschaft Braunschweig mit dem Oberstaatsanwalt, 4 Staatsanwälten und 3 Gerichtsassessoren, die Distriktsstaatsanwaltschaften Wolfenbüttel und Helmstedt mit je 1 Staatsanwalt und 1 Gerichtsassessor, die Distriktsstaatsanwaltschaft Blankenburg a.H. mit einem Staatsanwalt und die Distriktsstaatsanwaltschaften Holzminden und Seesen mit je einem Gerichtsassessor.

Die Staatsanwaltschaft am Landgericht Braunschweig hatte sämtliche Berufungssachen und die Strafsachen zu bearbeiten, die in erster Instanz vom Schwurgericht und (seit der Notverordnung vom 14. Juni 1932) von der Großen Strafkammer zu entscheiden waren. Daneben bearbeitete sie alle amtsgerichtlichen Sachen (Einzelrichter und Schöffengericht) für die Amtsgerichte Braunschweig, Vechelde und Thedinghausen. Die Distriktsstaatsanwaltschaften bearbeiteten alle amtsgerichtlichen Sachen, also auch schöffengerichtliche, ihres Bezirkes. Daneben wurden ihnen nach und nach fast alle Schwurgerichts- und Strafkammersachen ihres Bezirkes vom Oberstaatsanwalt auftragsweise zur Bearbeitung bis zur Einstellung oder Anklageerhebung übertragen.

Vom 1. Januar 1935 ab ist der Aufbau der Staatsanwaltschaft dem preußischen Vorbilde angepaßt. Die Staatsanwaltschaft am Landgericht Braunschweig hat sämtliche Berufungssachen und sämtliche Schwurgerichts-, Strafkammer- und Schöffengerichtssachen des Landes zu bearbeiten. An die Stelle der Distriktsstaatsanwaltschaften sind --mit teilweise veränderten Bezirken- Amtsanwaltschaften getreten, die nur die Sachen zu bearbeiten haben, über die der Amtsrichter allein entscheidet. Die neugebildete

/Amtsanwaltschaft

Amtsanwaltschaft Braunschweig umfaßt die Bezirke der Amtsgerichte Braunschweig, Vechelde, Thedinghausen, Königslutter, Vorsfelde und Salder.

Staatsanwaltschaft am Oberlandesgericht Braunschweig.

An der Spitze steht der Generalstaatsanwalt, dem ein Gerichtsassessor als Hilfsarbeiter beigegeben ist.

Dem Generalstaatsanwalt steht die Dienstaufsicht über die Staatsanwaltschaften seines Bezirkes zu. Er entscheidet über Beschwerden gegen Einstellungsbeschlüsse der Staatsanwaltschaft. Er ist Anklagebehörde in Dienststrafsachen in beiden Instanzen und ebenso im ehrengerichtlichen Verfahren gegen Rechtsanwälte, solange das Ehrengericht der Anwaltskammer beim Oberlandesgericht Braunschweig zuständig ist. Er hat die Leitung und Beaufsichtigung sämtlicher braunschweigischer Straf- und Gefangenenanstalten. Er ist Aufsichtsbehörde im Sinne des Gesetzes über die Unfallfürsorge für Gefangene vom 30. Juni 1900. In Gnadensachen und Strafregistersachen hat er bis zum 1. Januar 1935 nicht mitgewirkt.

Strafvollzugswesen.

Man muß in Braunschweig unterscheiden: Amtsgerichtsgefängnisse, Kreisgefängnisse, das Kreis- und Untersuchungsgefängnis in Braunschweig und die Landestrafanstalten in Wolfenbüttel.

Amtsgerichtsgefängnisse bestehen bei den Amtsgerichten Vechelde, Thedinghausen, Schöppenstedt, Salder, Bad Harzburg, Schöningen, Königslutter, Vorsfelde, Calvörde, Seesen, Lutter a/Bbge., Greene, Stadtoldendorf, Eschershausen, Hasselfelde, Walkenried. In ihnen dürfen Haft- und Gefängnisstrafen bis zur Dauer von 14 Tagen, ferner die Untersuchungshaft, Zwangshaft, Ordnungsstrafen, Polizei-, insbesondere Schutzhaft vollstreckt werden. Vorstand des Gefängnisses ist ein Richter des Amtsgerichts. Die Aufsicht steht dem Generalstaatsanwalt zu.

Kreisgefängnisse bestehen in Blankenburg a./H., Bad Gandersheim, Helmstedt und Holzminden. Die Landesstrafanstalt Wolfenbüttel ist gleichzeitig Kreisgefängnis Wolfenbüttel. In Kreisgefängnissen dürfen dieselben Haftarten vollstreckt werden wie in den Amtsgerichtsgefängnissen, Haft- und Gefängnisstrafen jedoch bis zu 6 Wochen. Vorstand ist auch hier ein Richter des Amtsgerichts, Aufsichtsbehörde der Generalstaats-

/anwalt

anwalt.

Längere Strafen können im allgemeinen in den Kreis- und Amtsgerichtsgefängnissen nicht verbüßt werden. Sie werden im Kreis- und Untersuchungsgefängnis Braunschweig oder in den Landesstrafanstalten in Wolfenbüttel vollstreckt. Beide Anstalten gehören zu denen, die durch den Vertrag der Länder Braunschweig, Bremen, Hamburg (mit Lübeck) und Oldenburg (für die Landesteile Oldenburg und Lübeck) vom 22. September 1930 betr. die gemeinsame Verwaltung von Gefangenenanstalten berührt werden. Diese Länder haben bestimmte Strafanstalten einer gemeinsamen Verwaltung unterstellt, um auf sie die Gefangenen nach Alter, Geschlecht und Straftat zu verteilen. Die Aufsicht über die gemeinsamen Anstalten und der Strafvollzug steht einem Strafvollzugsamt in Hamburg zu. Die Oberaufsicht führt ein Länderausschuß, in dem Hamburg mit 2, die anderen Länder mit je 1 Mitglied vertreten sind. Die allgemeinen Verwaltungskosten werden auf die beteiligten Länder nach dem Verhältnis der Verpflegungstage, die auf sie entfallen, umgelegt. Die Kosten des Strafvollzugs trägt das Land, dem im Einzelfall die Vollstreckung gesetzlich obliegt.

Nach dem Vollstreckungsplan werden in den braunschweigischen Anstalten Gefängnisgefangene aus Braunschweig und Hamburg untergebracht. Die mit Zuchthaus Bestraften verbüßen ihre Strafen in Bremen. Männliche jugendliche und minderjährige Gefängnisgefangene, ebenso solche noch nicht erheblich vorbestrafte Gefangene im Alter von 21 bis 25 Jahren, ferner Festungsgefangene und alle weiblichen Gefangenen verbüßen ihre Strafe in Hamburg bzw. Lübeck (Frauen). In Oldenburg werden Gefängnisstrafen und Arbeitshausstrafen verbüßt.

Dem Generalstaatsanwalt steht hinsichtlich der braunschweigischen zur Ländergemeinschaft gehörenden Anstalten nur die Dienstaufsicht über die Beamten und Angestellten zu.

Strafregisteramt.

Das Strafregister wird von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Braunschweig geführt. Vorsteher ist der Oberstaatsanwalt. Er berichtete bis zum 1. Januar 1935 über Anträge auf Straftilgung und Anordnung der beschränkten Auskunft aus dem Strafregister an den Justizminister, der über sie entschied.

/Dienststrafbehörden

Dienststrafbehörden.

Nach §§ 43, 95 des Braunschweigischen Staatsbeamtengesetzes vom 30. November 1930 (GuVS.Nr.95) sind Dienststrafbehörden für Beamte in erster Instanz die Dienststrafkammer und in zweiter Instanz der Dienststrafgerichtshof. Beide haben ihren Sitz in Braunschweig.

Die Dienststrafkammer besteht aus 5, der Dienststrafgerichtshof aus 7 Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden. Die Zusammensetzung ist verschieden.

In Dienststrafverfahren gegen Richter ist der Landgerichtspräsident Vorsitzender der Dienststrafkammer, die Mitglieder ernennt das Staatsministerium aus dem Kreise der Richter auf 3 Jahre. Vorsitzender des Dienststrafgerichtshofes ist der Oberlandesgerichtspräsident, die Mitglieder werden wieder vom Staatsministerium ernannt. Im Dienststrafverfahren gegen Notare tritt an die Stelle des jüngsten richterlichen Mitgliedes ein vom Staatsministerium ernannter Notar.

Im Dienststrafverfahren gegen nichtrichterliche Beamte werden die Mitglieder vom Staatsministerium auf 3 Jahre ernannt. In beiden Instanzen müssen der Vorsitzende und ein Mitglied richterliche Beamte sein, die anderen im Dienst befindliche Staatsbeamte aus den verschiedensten Verwaltungszweigen.

Anklagebehörde ist in beiden Instanzen der Generalstaatsanwalt, der an Weisungen des Staatsministeriums gebunden ist.

Vierter Hauptteil: Öffentliche Finanzen.Abschnitt A: Steuerkraft.

Dazu: Tabelle 29.

Karten 33 u. 94.

1) Allgemeines.

a) Der in Einzelheft zur Statistik des Deutschen Reiches Nr. 7 entwickelten Methode folgend, wird die Steuerkraft des Landes Braunschweig und seiner Verwaltungsbezirke auf der Grundlage der vier großen Personalsteuern des Reiches, Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Vermögenssteuer dargestellt. Dabei wird von dem Steuersoll, der festgesetzten Steuer, ausgegangen, weil sie das beste Bild von der wirklich steuerlichen Leistungsfähigkeit eines Gebietes während eines bestimmten Steuerabschnittes gibt. Die Sollzahlen sind besser dazu geeignet als die Istzahlen, die das wirkliche Steueraufkommen aufzeigen, bei denen die Steuerrückstände nicht berücksichtigt und in denen nachträgliche Zahlungen aus früheren Steuerjahren enthalten sind. Die Sollzahlen sind auch geeigneter als die Einkommenssummen selbst, von denen die Ermäßigungen erst abgesetzt werden müssen, um die wirkliche Steuerkraft sichtbar werden zu lassen.

Bei der Feststellung der Steuerkraft wird nun in der Weise vorgegangen, daß für jede der vier Personalsteuern das Gesamtsteuersoll ermittelt wird, diese vier Gesamtsummen zusammengezählt und das Gesamtsteuersoll durch die Einwohnerzahl geteilt wird. Der auf diese Weise errechnete Pro-Kopf-betrag wird Steuerkraftziffer genannt.

Zur Ergänzung der Steuerkraftziffer wird dann noch, um die Durchsetzung der Bevölkerung mit Steuerpflichtigen zu zeigen, die Pflichtigenziffer errechnet. Das geschieht in der Weise, daß die Lohnsteuerpflichtigen und die zur Einkommensteuer Veranlagten zusammengefaßt und die errechnete Gesamtzahl zu je 1000 Einwohnern in Beziehung gesetzt wird.

b) Dargestellt wird die Steuerkraft des Landes und seiner Verwaltungsbezirke für die Jahre 1928 und 1932. Entnommen werden konnte das Material für 1928 aus Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes, das auch die nötigen Zahlen für

/1932

1932 zur Verfügung stellte.

c) Für die hier gebotenen Zahlen gilt das schon bei dem Aufsatz „Der volkswirtschaftliche Umsatz“ (vergl. Zweiter Hauptteil Abschnitt D IV) Gesagte. Wie bei der Umsatzsteuer erfolgt auch bei der Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer stets die Veranlagung am Orte der Verwaltung, wenn sich Verwaltung und Betrieb an verschiedenen Orten befinden.

d) Von einer Darstellung der wirtschaftsgeographischen Ausrüstung, der Wirtschaftsstruktur sowie der Bevölkerungsdichte und der Art der Besiedlung des Landes und seiner Bezirke, den Grundlagen der Steuerkraft, ist mit Rücksicht darauf, daß sie in früheren Abschnitten eine eingehende Behandlung erfahren haben, Abstand genommen worden.

2. Die Steuerpflichtigen.

Über die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen, der zur Einkommensteuer Veranlagten, beider zusammen und der daraus errechneten Pflichtigenziffern unterrichtet Tabelle 29. Wie aus ihr zu ersehen ist, waren im Lande Braunschweig im Jahre 1928 109.358 Lohnsteuerpflichtige, 30.256 zur Einkommensteuer Veranlagte, insgesamt also 139.614 Pflichtige vorhanden. Auf je 1000 Einwohner kamen demnach 278,2 Pflichtige. Die Pflichtigenziffer des Landes wird weit von der der Stadt Braunschweig (389,1) überragt. Über der Landesziffer lagen nur noch die Pflichtigenziffer der Kreise Braunschweig-Land (285,7) und des Kreises Blankenburg (280,3). Dagegen fielen die übrigen Kreise, Gandersheim mit 233,4, Wolfenbüttel mit 223,4, Holzminden mit 219,7 und am stärksten Helmstedt mit nur 194,5 Steuerpflichtigen auf je 1000 Einwohner ab.

Wie die folgende Gegenüberstellung der Pflichtigenziffern und der Anteile der Lohnsteuerpflichtigen an der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen und zur Einkommensteuer Veranlagten zeigt, hängt die stärkere oder schwächere Durchsetzung eines Gebietes mit Steuerpflichtigen mit dem größeren oder kleineren Anteil der Lohnsteuerpflichtigen zusammen, der in erster Linie wieder durch den Anteil der in Industrie und Handwerk sowie in Handel und Verkehr beschäftigten Personen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen bestimmt wird.

	Pflichtigenziffer	Anteil der Lohnsteuerpflichtigen
Stadt Braunschweig	389,1	83,7 v.H.
Landkreis Braunschweig	285,7	77,8 "
Kreis Blankenburg	280,3	76,8 "
" Gandersheim	233,4	74,7 "
" Wolfenbüttel	223,4	74,0 "
" Holzminden	219,7	74,6 "
" Helmstedt	194,5	70,9 "

Mit sinkendem Anteil der Lohnsteuerpflichtigen geht auch die Pflichtigenziffer zurück. Wenn der Kreis Wolfenbüttel bei nur wenig geringerem Anteil an den Lohnsteuerpflichtigen eine etwas größere Pflichtigenziffer als der Kreis Holzminden aufwies, so dürfte das auf seinen stärkeren Anteil an den mittel- und großbäuerlichen Betrieben beruhen; hier hat anscheinend die Wirtschaftsabteilung Landwirtschaft einen kleinen Ausgleich herbeigeführt. Bei normaler Wirtschaftslage wird also ein Gebiet um so stärker mit Steuerpflichtigen durchsetzt sein, je größer der Anteil der in Industrie, Handel und Verkehr Tätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist.

Das Jahr 1932 dagegen wies auf an Lohnsteuerpflichtigen 61.246, an zur Einkommensteuer Veranlagten 16 600, insgesamt also 77.846 Steuerpflichtige. Auf je 1000 der Bevölkerung entfielen nur noch 151,7 Steuerpflichtige (vgl. dazu Tabelle 29). Wenn die Pflichtigenziffern des Krisenjahres 1932 ganz wesentlich niedriger lagen als die des Hochkonjunkturjahres 1928, so hängt das einmal mit dem ungeheueren Ausmaß der Arbeitslosigkeit im Jahre 1932, zum andern damit zusammen, daß 1932 ein sehr großer Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung infolge der Änderung des Einkommensteuergesetzes überhaupt nicht zur Einkommensteuer veranlagt worden ist. Die höchste, die Landesziffer weit überragende Pflichtigenziffer wies auch 1932 wieder die Landeshauptstadt (231,3) auf. Hinter ihr folgten im weiten Abstände die Kreise Blankenburg (138,5), Wolfenbüttel (118,2), Braunschweig-Land (114,9), Helmstedt (113,7), Gandersheim (111,2) und Holzminden (109,7).

3. Die Steuerkraft.

Es sei zunächst etwas Grundsätzliches vorausgeschickt, was man sich bei dem Vergleich der Steuerkraft der einzelnen Gebiete untereinander stets vor Augen halten muß die Tatsache nämlich, daß das Wirtschaften in den ländlichen Bezirken vielfach in erster Linie der Selbstversorgung dient, deshalb in der Geld- und Marktwirtschaft nicht oder nur wenig in Erscheinung tritt und daß infolgedessen in ihren Steuerkraftziffern die ihnen innewohnende Wirtschaftskraft nicht so vollständig zum Ausdruck kommt, wie das bei den Ziffern der städtischen und industriellen Bezirke der Fall ist.

a) Über das Gesamtsteuersoll der vier großen Personalsteuern zusammen und die Steuerkraftziffern des Landes, seiner Kreise und der Stadt Braunschweig für 1928 und 1932 gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß.

Steuersoll.

	1928		1932	
	überhaupt	je Kopf der	überhaupt	je Kopf der
	RM	Bevölkerung RM	RM	Bevölkerung RM
Land Braun-				
schweig	27.337.000	54,4	13.878.000	27,0
Stadt Braun-				
schweig	13.263.000	90,4	7.068.000	45,1
Landkreis				
Braunschweig	1.657.000	33,7	780.000	15,9
Kreis Wolfen-				
büttel	3.249.000	37,6	1.561.000	18,0
" Helm-				
stedt	3.979.000	49,8	2.084.000	26,5
" Ganders-				
heim	1.575.000	30,4	644.000	12,4
" Holz-				
minden	1.697.000	33,3	815.000	15,9
" Blanken-				
burg	1.917.000	51,7	926.000	23,9

Von dem Gesamtsteuersoll des Jahres 1928 entfiel nahezu die Hälfte (48,5 v.H.) auf die Landeshauptstadt, auf die die Kreise in weitem Abstände folgten: Helmstedt 14,5 v.H., Wolfenbüttel 11,9 v.H., Blankenburg 7 v.H., Holzminden 6,2 v.H., Braunschweig-Land 6,1 v.H., Gandersheim 5,8 v.H. Von 1928 bis 1932 sind in den Anteilen der Bezirke keine großen Änderungen /eingetreten

~~eingetreten~~. Die Hundertsätze der Stadt Braunschweig (50,9) und des Kreises Helmstedt (15, 0) sind gestiegen, die der übrigen Kreise aber gefallen: Wolfenbüttel 11,2, Blankenburg 6,7, Holzminden 5,9, Braunschweig=Land 5,6, Gandersheim 4,6.

Besser als die Anteile an dem Steuersoll spiegelt das in Beziehung zur Bevölkerung gesetzte Steuersoll, die sogenannte Steuerkraftziffer, die wirkliche Steuerkraft eines Bezirkes wieder. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel 1928 im Lande ein Steuersoll von 54,4 RM. Mit dieser Steuerkraftziffer lag das Land nicht unerheblich unter dem Reichsdurchschnitt (61,1 RM), nahm aber einen guten Mittelplatz unter den deutschen Ländern ein. Die größte Steuerkraft von den braunschweigischen Verwaltungsbezirken wies die Stadt Braunschweig mit einer Steuerkraftziffer von 90,4 RM auf. Die größere Wirtschaftskraft der Großstadt Braunschweig, die auf ihrer gesteigerten industriellen und Handelstätigkeit beruht, mußte sich naturgemäß in einer höheren Steuerkraft auswirken. Das gilt in gewissem Sinne auch für ländliche Bezirke mit einem überragenden städtischen Mittelpunkt. Mit darauf dürfte es auch zurückzuführen sein, wenn der Kreis Blankenburg, für den die Kreishauptstadt von ähnlicher Bedeutung ist wie die Landeshauptstadt für das Land -sie umfaßt allein nahezu ein Drittel der Bevölkerung des Kreises- mit einer Ziffer von 51,7 RM an zweiter Stelle steht. Ähnliche Bedeutung haben die Städte Helmstedt und Schöningen als Mittelpunkte des Braunkohlenggebietes für den Kreis Helmstedt, der mit einer Steuerkraftziffer von 49,8 RM den dritten Platz einnimmt. Wenn unter den übrigen vier Kreisen, deren Steuerkraftziffern nicht allzuviel voneinander verschieden sind, Wolfenbüttel (37,6 RM) etwas hervorragt, so dürfte das darauf beruhen, daß auch er in seiner fast 20 000 Einwohner zählenden Kreishauptstadt ein bedeutsames Wirtschaftszentrum besitzt.

Von 1928 bis 1932 ist die Steuerkraft im Lande und seinen Bezirken durchweg auf die Hälfte, zum Teil noch tiefer gesunken. Der wirtschaftliche Niedergang, der die Wirtschaftszweige mit Produktionsgütererzeugung viel stärker traf als die mit Verbrauchsgütererzeugung, hat sich in Braunschweig ganz besonders scharf ausgewirkt, sodaß es während des ganzen Jahres 1932 zu den Ländern mit der größten Erwerbslosenziffer zählte. Es muß auch hier noch einmal darauf hingewiesen werden, daß durch

/die

die schon erwähnte Änderung des Einkommensteuergesetzes der weitaus größte Teil des land- und forstwirtschaftlichen Einkommens nicht veranlagt wurde und infolgedessen die Steuerertragsziffer im wesentlichen nur die Steuerkraft der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung darstellt.

In der Rangordnung der einzelnen Gebiete ist nur insofern eine Änderung eingetreten, als der Kreis Blankenburg, der durch den wirtschaftlichen Niedergang-außerordentlich starken Rückgang des Bergbaues, der Industrie der Steine und Erden, der Holzwirtschaft, der Holzindustrie, des Fremdenverkehrs usw.-am härtesten von allen braunschweigischen Landesteilen getroffen wurde, den zweiten Platz an den Kreis Helmstedt hat abgeben müssen.

b) Zum Gesamtsteuersoll von 27.337.000 RM des Jahres 1928 haben beigetragen die Lohnsteuer 8.699.000 RM, die veranlagte Einkommensteuer 10.692.000 RM, die Körperschaftssteuer 4.228.000 RM und die Vermögenssteuer 3.718.000 RM. Über die Anteile der vier Steuerarten an dem Gesamtsteuersoll im Lande und in den Kreisen gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß.

Von je 100 RM des Gesamtsteuersolls entfielen im Land und seinen Verwaltungsbezirken 1928 auf

	Lohn- steuer	Einkommen- steuer	Körperschafts- steuer	Vermögens- steuer
Land Braunschweig	31,8	39,1	15,5	13,6
Stadt Braunschweig	33,5	41,8	13,7	11,0
Landkreis Braun- schweig	38,0	35,2	8,9	17,9
Kreis Wolfenbüttel	32,0	39,4	8,1	20,5
" Helmstedt	21,2	27,5	36,3	15,0
" Gandersheim	36,4	40,2	8,1	15,1
" Holzminden	31,8	40,8	14,1	13,3
" Blankenburg	32,8	45,3	9,8	12,1

Die Einkommensteuer hatte im Lande, im Kreise Blankenburg, in der Stadt Braunschweig und in den Kreisen Holzminden, Gandersheim und Wolfenbüttel den größten Anteil an dem Gesamtsteuersoll. Einzig und allein im Kreis Helmstedt mit seinen industriellen Großbetrieben überragt die Körperschaftssteuer (36,3 v.H.) die drei anderen Steuerarten. Die Lohnsteuer, die anteilmäßig im Landkreis Braunschweig an erster und im Kreise Helmstedt erst an

/dritter

~~dritter~~ Stelle hinter der Körperschafts- und Einkommensteuer steht, folgt an zweiter Stelle. Die Körperschaftssteuer wies im Kreise Helmstedt den größten Anteil überhaupt auf und nahm im Lande, in der Stadt Braunschweig und im Kreise Holzminden den dritten, in den übrigen Bezirken den letzten Platz ein. Die Vermögenssteuer stand im Landkreis Braunschweig und in den Kreisen Gandersheim und Blankenburg an dritter, in den übrigen Bezirken mit geringstem Anteil an letzter Stelle.

An dem Gesamtsteuersoll von 13.878.000 RM des Jahres 1932 waren beteiligt die Lohnsteuer mit 4.471.000 RM, die Einkommensteuer mit 4.710.000 RM, die Körperschaftssteuer mit 1.509.000 RM und die Vermögenssteuer mit 3.188.000 RM.

Von je 100 RM des Gesamtsteuersolls kamen im Lande und seinen Verwaltungsbezirken 1932 auf

	Lohn- steuer	Einkommen- steuer	Körperschafts- steuer	Vermögens- steuer
Land Braunschweig	32,2	33,9	10,9	23,0
Stadt Braunschweig	36,1	35,5	9,6	18,8
Landkreis Braun- schweig	25,2	25,6	21,4	27,8
Kreis Wolfenbüttel	31,5	32,8	3,0	32,7
" Helmstedt	20,0	26,2	25,9	27,9
" Gandersheim	38,2	33,5	0,9	27,4
" Holzminden	33,8	34,5	6,3	25,4
" Blankenburg	31,6	48,3	2,6	17,5

Von 1928 auf 1932 sind ganz wesentliche Verschiebungen eingetreten. Im Lande ist der Anteil der Körperschaftssteuer von 15,5 auf 10,9 v.H., der Anteil der Einkommensteuer von 39,1 auf 33,9 v.H. zurückgegangen, die Lohnsteuer hat ihren Anteil etwa behauptet (32,2:31,8 v.H.), und der Anteil der Vermögenssteuer ist von 13,6 auf 23 v.H., also ganz ausserordentlich stark gewachsen. Die Körperschaftssteuer stand 1932 in allen Bezirken an letzter Stelle. Namhafte Anteile wies sie nur noch in den Kreisen Helmstedt (25,9 v.H.), Braunschweig (21,4 v.H.) und in der Stadt Braunschweig (9,6 v.H.) auf. Begründet ist dieser starke Rückgang darin, daß die Groß- und Mittelbetriebe von der Krise am stärksten betroffen wurden. Die Einkommensteuer hat ihre führende Stellung in der Stadt Braunschweig und im Kreise Gandersheim an die Lohnsteuer abgeben müssen. Einzig und allein

/im

im Kreise Blankenburg ist der Anteil der Einkommensteuer an dem Gesamtsteuersoll gewachsen (von 45,3 auf 48,3 v.H.). Der Anteil der Lohnsteuer bleibt nur noch wenig hinter dem der Einkommensteuer zurück. Am augenfälligsten ist das gewaltige Steigen des Anteils der Vermögensteuer, die in den Kreisen Helmstedt und Braunschweig am stärksten zum Gesamtsteuersoll beigetragen hat. Das Vermögenssteuersoll ist von 1928 auf 1932 nur um rund ein Sechstel zurückgegangen, während sich das Steuersoll der Lohnsteuer etwa um die Hälfte und das Steuersoll der Körperschafts- und Einkommensteuer um mehr als sechs Zehntel vermindert hat.

Die folgende Aufstellung zeigt, in welcher Weise sich die Steuerkraftziffer des Landes und seiner Verwaltungsbezirke im Jahre 1928 zusammensetzte.

Steuerkraftziffern 1928

	Lohn- steuer	Einkommen- steuer	Körper- schafts- steuer	Vermögens- steuer	zusam- men
	RM	RM	RM	RM	RM
Land Braunschweig	17,3	21,3	8,4	7,4	54,4
Stadt Braunschweig	30,3	37,8	12,4	9,9	90,4
Landkreis Braun- schweig	12,8	11,9	3	6	33,7
Kreis Wolfenbüttel	12,1	14,8	3	7,7	37,6
" Helmstedt	10,5	13,7	18,1	7,5	49,8
" Gandersheim	11,1	12,2	2,4	4,7	30,4
" Holzminden	10,6	13,6	4,7	4,4	33,3
" Blankenburg	16,9	23,4	5,1	6,3	51,7

Bei der Lohnsteuer stand die Landeshauptstadt mit 30,3 RM bei weitem an der Spitze. Ganz dicht an den Landesdurchschnitt heran kam Blankenburg mit 16,9 RM. Der Kopfsatz der übrigen Kreise war ungefähr der gleiche; er schwankte nur zwischen 12,8 RM (Braunschweig-Land) und 10,6 RM (Holzminden).

Bei der Einkommensteuer fast genau das gleiche Bild wie bei der Lohnsteuer: Hervorstechen der Landeshauptstadt (37,8 RM) und des Kreises Blankenburg (23,4 RM), im übrigen nur geringe Abweichungen innerhalb der übrigen Kreise zwischen 13,7 RM (Helmstedt) und 11,9 RM (Braunschweig-Land).

Größere Steuerkraftziffern können bei der Körperschaftssteuer überhaupt nur die Gebietsteile mit Groß- und Größtbetriebs-

/ben

~~ben in der Form der Gesellschaften des Handelsrechts aufweisen,~~
in erster Linie der Kreis Helmstedt mit seinen großen bergbau-
lichen und sonstigen industriellen Unternehmungen (18,1 RM) und
die Stadt Braunschweig (12,4 RM) mit ihren großen Industrie-
und Handelsunternehmungen, die wie Büssing, Voigtländer, Miag,
Vereinigte Eisenbahnsignalwerke, Blechwaren- und Konservenfabri-
ken usw. Weltruf haben. Dagegen fielen die übrigen Kreise sehr
stark ab. Ihre Ziffern schwankten zwischen 5,1 (Blankenburg)
und 2,4 (Gandersheim).

Bei der Vermögenssteuer herrschte eine größere Gleichmä-
ßigkeit. An der Spitze stand hier wieder die Landeshauptstadt
mit 9,9 RM. Den Landesdurchschnitt (7,4 RM) übertrafen außerdem
Wolfenbüttel (7,7 RM) und Helmstedt (7,5 RM). Ungefähr gleiche
Ziffern wiesen Blankenburg (6,3 RM) und Braunschweig-Land (6
RM) auf, während die Kreise Gandersheim (4,7 RM) und Holzminden
(4,4 RM) dagegen abfielen.

Die Zusammensetzung der Steuerkraftziffern des Jahres 1932
zeigt die folgende Übersicht.

Steuerkraftziffern 1932

	Lohn- steuer	Einkommen- steuer	Körper- schafts- steuer	Vermögens- steuer	zusam- men
	RM	RM	RM	RM	RM
Land Braunschweig	8,7	9,2	2,9	6,2	27
Stadt Braunschweig	16,3	16	4,3	8,5	45,1
Landkreis Braun- schweig	4	4,1	3,4	4,4	15,9
Kreis Wolfenbüttel	5,7	5,9	0,5	5,9	18
" Helmstedt	5,3	7	6,8	7,4	26,5
" Gandersheim	4,7	4,2	0,1	3,4	12,4
" Holzminden	5,4	5,5	1	4	15,9
" Blankenburg	7,6	11,5	0,6	4,2	23,9

Aus dem Vergleich der Steuerkraftziffern 1928 und 1932 wird
klar, in welch scharfem Maße die Steuerkraft vom Hochkonjunk-
turjahr 1928 bis zum Krisenjahr 1932 gesunken ist, am stärksten
bei der Körperschaftssteuer, sehr erheblich auch bei der Ein-
kommen und Lohnsteuer, verhältnismäßig am wenigsten bei der
Vermögenssteuer.

Abschnitt B: Öffentliche Ausgaben im Rechnungsjahr 1932/33

Dazu: Tabellen 30, 31, 32, 33, 34 u. 35.
Karten 96, 97a, 97b und 98

I. Die öffentlichen Ausgaben.

Die Ausgaben von Land, Kreisgemeindevverbänden und Gemeinden betrugen im Rechnungsjahr 1932/33 insgesamt 84,7 Millionen RM oder 168,87 RM je Kopf der Bevölkerung. Das Land und die Gemeinden waren mit je drei Siebenteln, die Kreisgemeinden mit einem Siebentel beteiligt.

1) Die öffentlichen Ausgaben nach Ausgabenarten.

In der Finanzstatistik werden die öffentlichen Ausgaben einmal nach der Art (Gehälter, sachliche Ausgaben usw.), zum andern nach dem Zweck (Staatssicherheit, Bildung usw.) gegliedert. Von den Gesamtausgaben des Landes, der Kreisgemeindevverbände und der Gemeinden entfielen 27,8 v.H. auf Gehälter und Vergütungen, 6,8 v.H. auf Versorgungsgebühren, 0,4 v.H. auf Fondsbildung und Gewährung von Darlehen, 2,2 v.H. auf Neubauten Grundstückankäufe usw., 7,8 v.H. auf Schuldendienst, 43,2 v.H. auf Zahlungen an Zweckverbände, Zuschüsse, Unterstützungen, sachliche und sonstige Ausgaben, 11,8 v.H. auf Zuschüsse, Beiträge Erstattungen und dergl. an Reich, Land und Gemeinden. Die weitaus größten Ausgaben, mehr als vier Zehntel, verursachten die Zahlungen an Zweckverbände, Zuschüsse, Unterstützungen, sachliche und sonstige Ausgaben. An zweiter Stelle standen mit über einem Viertel Anteil die Gehälter und Vergütungen.

Wie verschieden die Verhältnisse bei Land, Kreisgemeindevverbänden und Gemeinden liegen, zeigt die folgende Übersicht

/Es

Es kamen v.H. der Gesamtausgaben auf

	Land	Kreisgemeindev Verbände	Gemeinden
	v.H.	v.H.	v.H.
Gehälter und Vergütungen	48,7	3,4	15,1
Versorgungsgebührrnisse	13,3	0,0	2,5
Fondsbildung und Gewäh- rung von Darlehen	0,3	0,1	0,6
Neubauten, Grund- stücksank. usw.	1,6	0,3	3,4
Schuldendienst	12,9	2,6	4,5
Zahlungen an Zweckver- bände, Unterstützungen, sachl. u. sonst. Ausgaben	20,0	31,0	70,6
Zuschüsse, Beiträge, Er- stattungen an Reich, Land und Gemeinden	3,2	62,6	3,3
Notwendige Erstattungen an and. Verwaltungszweige	-	-	1,7
	100	100	101,7
davon ab Erstattungen von and. Verwaltungszwei- gen u. Entgelte v. Betrieben	-	-	1,7
	100	100	100

Von den Ausgaben des Landes kamen über sechs Zehntel auf Gehäl-
ter und Vergütungen sowie Versorgungsgebührrnisse, ein Fünftel
auf Zahlungen an Zweckverbände, Zuschüsse, sachliche und son-
stige Ausgaben und etwa ein Achtel auf den Schuldendienst. Bei
den Kreisgemeindev Verbänden ragten die "Zuschüsse, Beiträge,
Erstattungen und dergl." mit über sechs Zehntel Anteil hervor,
neben denen nur noch die Position "Zahlungen an Zweckverbände
usw." mit über drei Zehnteln Anteil eine Rolle spielt. Diese
letztere Position übertrifft bei den Gemeinden mit über sieben
Zehntel Anteilen alle übrigen Ausgabenarten; von größerer Be-
deutung sind außerdem nur noch Gehälter und Vergütungen (15,1
v.H.). Es haben demnach von den ihnen zur Verfügung stehenden
Geldern ausgegeben der Staat den Hauptteil für Gehälter, Ver-
gütungen und Versorgungsgebührrnisse, die Kreisgemeindev Verbände
für Zuschüsse, Beiträge, Erstattungen usw., die Gemeinden für
Unterstützungen usw.

2. Die öffentlichen Ausgaben nach Ausgabezwecken.

Die Gliederung der Ausgaben nach Ausgabezwecken bietet Ta-
belle 31 Aus ihr geht hervor, daß von den gesamten im Rech-
nungsjahr verausgabten öffentlichen Mitteln verwandt wurden

/6,8

5,8 v.H. für Allgemeine sowie für Finanz- und Steuerverwaltung 10,1 v.H. für Staats- und Rechtssicherheit, 22,3 v.H. für das Bildungswesen, 41,6 v.H. für das Wohlfahrtswesen, 0,8 v.H. für das Wohnungswesen, 7,3 v.H. für Wirtschaft und Verkehr, 4,3 v.H. für Anstalten und Einrichtungen verschiedener Art, 6 v.H. für Schuldendienst und Schuldenverwaltung und 0,8 v.H. für sonstige Ausgaben.

Je nach den obliegenden Aufgaben sind die Ausgabenanteile in Land, Kreisgemeindeverbänden und Gemeinden ganz ausserordentlich verschieden. Darüber gibt die folgende Aufstellung Aufschluß. Von der Gesamtausgabe entfielen v.H. auf

	Land	Kreisgemeindeverbänden	Gemeinden
Allgemeine Verwaltung sowie Finanz- u. Steuerverwaltg	6,8	2,3	8,3
Staats- und Rechtssicherung	21,0	--	2,4
Bildungswesen	40,3	0,6	11,6
Wohlfahrtswesen	9,5	83,7	59,6
Wohnungswesen	0,5	1,1	1,1
Wirtschaft und Verkehr	7,0	11,0	6,4
Anstalten u. Einrichtungen verschiedener Art	--	0,9	9,7
Schuldendienst und Schuldenverwaltung	12,9	0,4	0,9
Sonstige Ausgaben	<u>2,0</u>	<u>--</u>	<u>--</u>
	100	100	100

Was den Verwendungszweck anlangt, so hat die größten Ausgaben dem Staat das Bildungswesen (über vier Zehntel der Gesamtausgaben), den Kreisgemeindeverbänden (über vier Fünftel) und den Gemeinden (fast sechs Zehntel) das Wohlfahrtswesen verursacht.

Neben den vom Staat für das Bildungswesen ausgegebenen Geldern, von denen über drei Viertel für Schulzwecke ausgegeben wurden und ein knappes Viertel Wissenschaft und Kunst sowie der Kirche zugutekamen, fallen noch besonders ins Gewicht die Ausgaben für Staats- und Rechtssicherung mit 21 v.H. (darunter 8,9 v.H. für Polizei und 12,1 v.H. für Rechtspflege). Etwa ein Achtel der Gesamtausgaben entfielen im Lande auf Schuldendienst und Schuldenverwaltung und fast ein Zehntel auf das Wohlfahrtswesen. Namhafte Anteile der Staatsmittel nahmen dann noch die

Förderung von Wirtschaft und Verkehr (7.v.H.) und die Allgemeine sowie die Finanz- und Steuerverwaltung (6,8 v.H.) in Anspruch.

Weit stärker als beim Land die Ausgaben für Bildungswesen -14,6 von 36,3 Millionen- überragen bei den Gemeindeverbänden die Ausgaben für Wohlfahrtswesen -10,2 Millionen von insgesamt 12,1 Millionen-, auf die über vier Fünftel der Ausgaben überhaupt entfielen. Ein namhafter Anteil entfiel daneben noch auf Wirtschaft und Verkehr (11 v.H.).

Rund sechs Zehntel, also ebenfalls der weitaus größte Teil wie bei den Gemeindeverbänden, der Ausgaben wurden bei den Gemeinden durch das Wohlfahrtswesen verursacht. Daneben kamen erhebliche Anteile auf das Bildungswesen (etwa ein Neuntel), auf Anstalten usw. (rund ein Zehntel), auf Allgemeine sowie Finanz- und Steuerverwaltung (etwa ein Zwölftel) und auf Wirtschaft und Verkehr (ein Sechzehntel).

II. Die Ausgabendeckung.

1. Land.

Von den Gesamtausgaben des Landes im Betrage von 36 310 000 RM waren gedeckt durch Zuschüsse, Beiträge und Erstattungen 2 538 000 RM (7,1 v.H., von den Gemeinden und Gemeindeverbänden 2,5 v.H., vom Reich 4,6 v.H.). Für den verbleibenden Reinen Finanzbedarf von 33 752 000 RM standen zur Verfügung an Speziellen Deckungsmitteln 7 948 000 RM (21,9 v.H.), nämlich 7 208 000 RM aus Verwaltungseinnahmen, 274 000 RM durch Rückzahlung von Darlehen und 466 000 RM durch Schuldenaufnahme, sodaß ein Zuschußbedarf von 25 804 000 RM oder 71 v.H. der Gesamtausgaben entstand.

Zur Deckung dieses Zuschußbedarfs wurden verwandt 22 138 000 RM (60,9 v.H. der Gesamtausgaben) Allgemeine Deckungsmittel, nämlich 17 806 000 RM aus Steuern (69 v.H. des Zuschußbedarfes), 3 380 000 RM (13,1 v.H.) aus Zuschüssen des Erwerbsvermögens und 952 000 RM (3,7 v.H.) aus sonstigen Einnahmen. Nicht gedeckt waren demnach 3 666 000 RM. Durch Aufnahme von 7 378 000 RM Schulden wurden die noch fehlenden Mittel beschafft und die Fehlbeträge aus Vorjahren in Höhe von 7 378 000 RM auf 3 666 000 RM herabgemindert.

/2.

2. Kreismunicipalverbände.

Da von den Gesamtausgaben der Kreismunicipalverbände in Höhe von 12 141 000 RM 4 398 000 RM (36,2 v.H.) durch Zuschüsse, Beiträge und Erstattungen, darunter 27,2 v.H. durch Reich und Land, gedeckt waren, verblieb ein Reiner Finanzbedarf von 7 743 000 RM (63,8 v.H.). Dafür standen zur Verfügung 843 000 RM (7 v.H. der Gesamtausgaben) Spezielle Deckungsmittel, nämlich 809 000 RM aus Verwaltungseinnahmen und 34 000 RM aus Zahlungen von Darlehen usw.

Es verblieb somit ein Zuschußbedarf von 6 900 000 RM (56,8 v.H.), zu dessen Deckung 5 449 000 (79 v.H. des Zuschußbedarfes) Allgemeine Deckungsmittel dienten, und zwar aus Steuern 4 949 000 RM (71,8 v.H. des Zuschußbedarfes) 485 000 RM (7 v.H. d. Zuschußbedarfes) aus dem Erwerbsvermögen und 15 000 RM (0,2 v.H. des Gesamtzuschußbedarfes) aus sonstigen Einnahmen. Nicht gedeckt waren mithin 1 451 000 RM, sodaß sich infolgedessen die Fehlbeträge aus Vorjahren in Höhe von 1 368 000 RM auf 2819 000 RM erhöhten.

3. Die Gemeinden.

Gedeckt waren von den Gesamtausgaben in Höhe von 36 201 000 RM durch Zuschüsse, Beiträge, Erstattungen usw. 11 110 000 RM (30,7 v.H.), darunter 4 741 000 RM (13,1 v.H. der Gesamtausgaben) seitens des Reiches und des Landes. Für den verbleibenden Reinen Finanzbedarf von 25 091 000 RM (69,3 v.H. der Gesamtausgaben) standen an Speziellen Deckungsmitteln 5 588 000 RM (15,4 v.H. der Gesamtausgaben) zur Verfügung, und zwar 4 973 000 RM aus Verwaltungseinnahmen, 78 000 RM aus Rückzahlungen von Darlehen usw. und 537 000 RM durch Aufnahme von Schulden.

Von dem verbleibenden Zuschußbedarf von 19 503 000 RM (53,9 v.H. der Gesamtausgaben) wurden 19 210 000 RM aus Allgemeinen Deckungsmitteln bestritten, nämlich 13 908 000 RM (71,3 v.H. des Zuschußbedarfes) aus Steuern, 4 840 000 RM (24,8 v.H. des Zuschußbedarfes) aus Überschüssen des Erwerbsvermögens und 462 000 RM (2,4 v.H. des Zuschußbedarfes) aus sonstigen Einnahmen. Nicht gedeckt waren 293 000 RM. Durch Aufnahme von 689 000 RM Schulden wurden die noch fehlenden Mittel beschafft und die Fehlbeträge aus den Vorjahren in Höhe von 4 937 000 RM auf 4 541 000 RM vermindert.

III. Die Entwicklung von 1930 bis 1935.

1) Die unter I gebrachten Zahlen sind Bruttozahlen. In den Ausgaben sind durchlaufende Posten enthalten, also Mittel, die z.B. vom Land weitergegeben sind und nicht der Durchführung ihm obliegender Aufgaben gedient haben. Im Gegensatz dazu sind die im Staatshaushalt 1935 auf den Seiten 236-239 veröffentlichten Vollzugs- und Voranschlagszahlen Nettozahlen, also Zahlen, die die Ausgaben nachweisen, die dem Lande in Erfüllung staatlicher Aufgaben entstanden sind oder entstehen werden.

Nach den Zusammenstellungen auf den Seiten 236-239 des Staatshaushaltes 1935 betrugen

die Gesamtausgaben im Vollzug	1930	44 273 000 RM
" " " "	1931	37 598 000 "
" " " "	1932	31 509 000 "
" " " "	1933	31 229 000 "
" " " Voranschlag	1934	30 445 000 "
" " " "	1935	29 167 000 ",

war

im Vollzug 1930 ein Fehlbetrag von 7 673 000 RM

" " 1931 " " "	2 861 000 "
" " 1932 " " "	3 666 000 "
" " 1933 " Überschuß "	568 000 "

vorhanden, und waren die Voranschläge 1934 und 1935 ausgeglichen.

Durch eiserne Sparsamkeit hat die Regierung, die im Herbst 1930 an die Stelle der marxistischen trat und in

/der

der erstmals in Braunschweig ein nationalsozialistischer Minister die Geschichte des Landes maßgeblich beeinflusste, die Gesamtausgaben derart herabgedrückt, daß für das Rechnungsjahr 1933 ein ausgeglichener Staatshaushalt vorgelegt werden konnte. Nach der Machtübernahme hat die rein nationalsozialistische Regierung die Ausgaben weiter zu senken gewußt, sodaß die Gesamtausgaben im Voranschlag 1935 nur noch rund zwei Drittel der des Jahres 1930 betragen, der Vollzug 1933 einen Überschuß von 568 000 RM ergeben hat und der Vollzug 1934 einen solchen in mindestens derselben Höhe aufweisen wird.

Die Finanzen des Landes können daher als durchaus gesund bezeichnet werden. Das Gleiche gilt auch von den Finanzen der Kreisdemeindeverbände und Gemeinden, wie aus den Ausführungen im folgenden Abschnitt hervorgeht.

Abschnitt C: Haushaltslage der Kreisgemeindeverbände und
der Gemeinden in den Rechnungsjahren 1933 und 1934.

Dazu: Tabellen 35a u. 35b

- I. Die günstige Finanzlage, in der sich die Kreisgemeindeverbände und bis auf wenige Ausnahmen auch die Gemeinden des Landes Braunschweig vor dem Kriege befunden haben, hat sich seit der Geldentwertung geändert. Die Entwertung der Vermögen und die Vermehrung der Aufgaben namentlich auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge hat die Kreisgemeindeverbände und die Gemeinden des Landes Braunschweig vor immer größer werdende Schwierigkeiten gestellt und für mehrere Jahre in zahlreichen Fällen den Ausgleich der Haushalte unmöglich gemacht. Dieses unerfreuliche Ergebnis hatte seinen Grund ganz überwiegend, wenn nicht ausschließlich in dem Massennotstande, der eine Folge der Arbeitslosigkeit war.
- II. Mit dem im Jahre 1933 wirksam begonnenen Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit als die Wurzel alles Elends hat auch die Gesundung der Finanzen der Kreisgemeindeverbände und der Gemeinden des Landes Braunschweig wieder begonnen. Schon im Jahre 1933 hat sich der Vollzug der kommunalen Haushalte wesentlich günstiger gestaltet, als bei der Aufstellung der Haushaltspläne angenommen werden durfte; in zahlreichen Fällen haben sich die erwarteten Haushaltsfehlbeträge vermeiden lassen, und in den übrigen Fällen sind die Fehlbeträge fast ausnahmslos weit hinter den erwarteten Fehlbeträgen zurückgeblieben.

Seit dem Jahre 1934 sind die Haushaltspläne aller Kreisgemeindeverbände und aller Gemeinden des Landes Braunschweig ausgeglichen. Dasselbe gilt für den Vollzug aller dieser Körperschaften im Rechnungsjahr 1934. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß dieser Erfolg von den Kreisgemeindeverbänden und den Gemeinden des Landes Braunschweig bis auf ganz vereinzelte Ausnahmefälle bei kleinen, besonders leistungsschwachen Gemeinden aus eigener Kraft ohne Zuschüsse des Landes erreicht worden ist.

Im Wege der Staatsaufsicht wird wie in den letzten

/Jahren

Jahren so auch künftig mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür gesorgt werden, daß der Ausgleich der kommunalen Haushalte in Voranschlag und Vollzug unter allen Umständen erreicht wird und daß darüber hinaus die noch ungedeckten Fehlbeträge aus früheren Rechnungsjahren so schnell wie möglich abgedeckt werden.

Die anliegenden Tafeln geben eine Übersicht über die Entwicklung der kommunalen Haushalte im Lande Braunschweig für die letzten Jahre und erhärten die vorstehenden Ausführungen.

Die Haushalte der Kreisgemeindeverbände in den Rechnungsjahren 1933 und 1934.

Kreisgemeindeverband	1933		1934
	Voranschlag RM	Voraussichtlicher Vollzug RM	Voranschlag RM
Braunschweig-Land	F. 108 846.-	Ausgleich	Ausgleich
Wolfenbüttel	Ausgleich	Ü. 150 000.-	Ausgleich
Helmstedt	F. 602 602.-	F. 70 000.-	Ü. 20 000.-
Gandersheim	F. 226 237.-	F. 128 940.-	Ausgleich
Holzminde	F. 101 720.-	F. 70 000.-	Ausgleich
Blankenburg	F. 387 520.-	F. 100 000.-	Ausgleich
Thedinghausen	F. 8 987.-	Ausgleich	Ausgleich
zusammen	F. 1435 912.-	F. 368 000.- Ü. 150 000.- F. 218 000.-	Ü. 20 000.-

Die Haushalte der Gemeinden in den Rechnungsjahren 1933 bis 1934.

Verwaltungsbezirke	Gesamtzahl der Gemeinden	Fehlbeträge 1933			Voranschlag 1934	
		in Gemeinden	Betrag in RM		Ausgleich in Gemeinden	Fehlbetrag in Gemeinden
			Voranschlag	Vollzug		
Braunschweig	87	15	46 597,90	49 332,-	87	--
Wolfenbüttel	103	7	508 088,83	207 103,20	103	--
Helmstedt	88	22	757 900,01	180 849,-	88	--
Gandersheim	72	13	229 809,74	152 700,-	72	--
Holzminde	71	31	432 526,-	93 077,-	71	--
Blankenburg	24	15	502 587,-	882 921,-	24	--
zusammen	445	103	2477 409,48	155 982,20	445	--

Fehlbetrag ++Ü = Überschuss

Abschnitt D: Öffentliches Vermögen.

Dazu: Tabellen 34 u. 36.

Karten 98 u. 99.

I. Vermögen und Schulden des Landes.

1) Das Finanzvermögen umfaßt in erster Linie die Staatsgüter einschl. der Güter in der Braunschweig Stiftung, die Staatsforsten, das Landgestüt, die Saline Schöningen, die Fürstenberger Porzellanfabrik und den Anteil an den Unterharzer Berg- und Hüttenwerken, weiter den Barbestand der Fonds und des Staatsvermögens einschl. der Rücklagefonds und endlich die Wertpapiere und Beteiligungen.

An Gütern waren 73 Besitzungen (einschl. der Güter der Braunschweig Stiftung) mit einer Gesamtgröße von rund 23 876 ha vorhanden. Lage und Bodenarten dieser Ländereien sind so sehr verschieden, daß eine Gesamtbewertung außerordentlich schwierig ist; die im Jahre 1931 ermittelten Einheitswerte betrugen zusammen rund 44 244 600 RM. Diese Einheitswerte weichen allerdings zum Teil von den wirklichen Verkaufswerten erheblich ab.

Auch die Bewertung der braunschw. Forsten macht erhebliche Schwierigkeiten. Je nachdem, ob man den Rentierungswert oder den Zerschlagungswert zugrundelegt, werden die Forsten niedriger oder höher einzuschätzen sein. Der Einheitswert für die rund 75 708 ha betragende Gesamtfläche von 53 811 000 RM wird mithin nur als Anhalt für den wirklichen Wert dienen können.

Das Landgestüt ist einschl. des Inventars zu bewerten mit 400 000 RM.

Der Einheitswert der von der Braunschweig G.m.b.H. verwalteten Saline Schöningen beträgt 489 200 RM, während die Fürstenberger Porzellanfabrik mit rund 125 000 RM zu bewerten ist.

Die weiter in der Verwaltung der Braunschweig G.m.b.H. stehende Beteiligung an den Unterharzer Berg- und Hüttenwerken, die dem Lande Braunschweig zu drei Siebenteln gehören, abzuschätzen, ist nicht möglich.

Das Verwaltungsvermögen, das sich in der Hauptsache aus dem nicht Erwerbszwecken dienenden Grundbesitz des Staates wie Verwaltungsgebäude, Landestheater, Schloß, Technische Hochschule, Inventar und im Landesarchiv und den Museen vorhandene

/Sammlungen

Sammlungen zusammensetzt, enthält so stark schwankende Werte, daß eine ziffernmäßige Festlegung im einzelnen nicht möglich ist.

An Vermögenswerten waren am 31. März 1933 ferner vorhanden:
an Barbeständen

Staatsvermögen und Rücklagefonds

246 668 RM + 429 376 RM = 676 044 RM

Kammerkapitalfonds = 200 664 "

Klosterkapitalfonds = 633 654 "

./../. 1 510 362 RM,

an Wertpapieren

Staatsvermögen 3 008 025 RM

Kammerkapitalfonds 65 545 "

Klosterkapitalfonds 949 430 "

./../. 4 023 000 RM

an Hypotheken und sonstigen Forderungen

Staatsvermögen 22 850 792 RM

Kammerkapitalfonds 2 081 747 "

Klosterkapitalfonds 1 848 423 "

./../. 26 780 962 RM

an noch nicht aufgewerteten Beträgen 378 093 RM.

2) Die Schulden des Landes Braunschweig betrugen am Ende des Rechnungsjahres 1932/33 62 750 000 RM oder 122,35 RM je Kopf der Bevölkerung. Von den Gesamtschulden waren 59 907 000 RM (95,5 v.H.) Schulden aus Kreditmarktmitteln und 2 843 000 RM (4,5 v.H.) Schulden aus öffentlichen Mitteln. Die Schulden aus Kreditmarktmitteln bestanden aus 1 486 000 RM Altschulden und 58 421 000 RM inländischen Neuschulden. Die inländischen Neuschulden setzten sich zusammen aus 18 883 000 RM Schulden aus Schuldverschreibungen, 6 710 000 RM Schulden aus Anteilen an Sammelanleihen, 4 855 000 RM Schulden aus sonstigen langfristigen Anleihen, 6 080 000 RM Hypothekenschulden, 2 029 000 RM Schulden aus Schatzanweisungen, 6 050 000 RM sonstigen mittelfristigen Schulden und 13 814 000 RM kurzfristigen Schulden.

II. Vermögen und Schulden der Kreisgemeindeverbände.

Angaben über das Vermögen der Kreisgemeindeverbände können mangels Unterlagen nicht gebracht, sondern nur die Reinein-

/nahmen

nahmen aus dem Erwerbsvermögen angegeben werden. Diese Reineinnahmen betrugen

A	aus dem Betriebsvermögen, nämlich	
"	der Elektrizitätsversorgung	253 300 RM
"	Verkehrseinrichtungen	1 100 "
"	sonstigem Betriebsvermögen	<u>30 000 "</u>
A	aus dem Betriebsvermögen zusammen	284 400 "
B	" " allgemeinen Grund- u. Kapitalvermögen	167 100 "
C	" der Auflösung von Fondsbeständen u. Veräußerung von Vermögenswerten	<u>33 400 "</u>

Reineinnahmen aus dem Erwerbsvermögen zus. 484 900 RM

2) Die Verschuldung der Kreisgemeindeverbände betrug am 31. März 1933 6 467 000 RM oder 12,61 RM je Kopf der Bevölkerung. Diese Schulden setzten sich zusammen aus 5 295 000 RM (81,9 v.H.) Schulden aus Kreditmarktmitteln und 1 172 000 RM (18,1 v.H.) Schulden aus öffentlichen Mitteln. Die Verschuldung aus Kreditmarktmitteln bestand aus 4000 RM Altverschuldung, 13 000 RM Festwert- und Valutaschulden und 5 278 000 RM Neuverschuldung. Die Neuverschuldung umfaßte 13 000 RM Schulden aus Schuldverschreibungen, 203 000 RM Schulden aus Anteilen an Sammelanleihen, 3 862 000 RM Schulden aus sonstigen langfristigen Anleihen, 106 000 RM Hypothekenschulden, 165 000 RM sonstigen mittelfristigen Schulden und 929 000 RM kurzfristigen Schulden. Unter den 1 172 000 RM Schulden aus öffentlichen Mitteln befanden sich 34 000 RM Schulden aus Hauszinssteuermitteln.

III. Vermögen und Schulden der Gemeinden.

1) Unterlagen über das Vermögen der Gemeinden sind nicht vorhanden. Deshalb können nur die Reineinnahmen aus dem Erwerbsvermögen angegeben werden.

/Es

Es betrugen die Reineinnahmen:

A aus dem Betriebsvermögen (einschl. Beteiligungen), nämlich	
" Elektrizitätsversorgung	1 328 900 RM
" Gasversorgung	1 596 200 "
" Wasserversorgung	1 166 000 "
" Verkehrseinrichtungen	2 400 "
" Schlacht- und Viehhöfen	44 500 "
" sonstigem Betriebsvermögen	<u>155 100 "</u>
A aus dem Betriebsvermögen zusammen	4 293 100 "
B " " allgemeinen Grund- u. Kapitalvermögen	217 200 "
C " der Auflösung von Fonds und Veräußerung von Vermögenswerten	<u>330 100 "</u>

Reineinnahmen aus dem Erwerbsvermögen zus. 4 840 400 RM

2) Die Gesamtverschuldung der Gemeinden betrug am 31. März 1933 außer 816 000 RM rückständiger Zahlungsverpflichtungen 40 962 000 RM oder 79,87 RM je Kopf der Bevölkerung. Die Schulden setzten sich zusammen aus 33 996 000 RM (83 v. H.) Schulden aus Kreditmarktmitteln und 6 966 000 RM (17 v. H.) Schulden aus öffentlichen Mitteln. Die Schulden aus Kreditmarktmitteln bestanden aus 4 236 000 RM Altverschuldung, 19 000 RM Festwert- und Valutaschulden und 29 741 000 RM Neuverschuldung. Von der Neuverschuldung entfielen 445 000 RM auf Auslands- und 29 296 000 RM auf Inlandschulden. Die inländische Neuverschuldung setzt sich zusammen aus 1 833 000 RM Schulden aus Schuldverschreibungen, 1 996 000 RM Schulden aus Anteilen an Sammelanleihen, 14 615 000 RM Schulden aus sonstigen langfristigen Anleihen, 3 390 000 RM Hypothekenschulden, 1 888 000 RM sonstigen mittelfristigen Schulden und 5 574 000 RM kurzfristigen Schulden.

Bei den 6 966 000 RM Schulden aus öffentlichen Mitteln handelt es sich um 1 967 000 RM Schulden aus Hauszinssteuermitteln und 4 999 000 RM sonstigen Schulden.

Z u s a m m e n f a s s u n g .

I. Land und Volk.

1. Die Bodengestaltung und die Bodenbeschaffenheit des Landes weisen eine ganz ausserordentliche Mannigfaltigkeit auf. Der Kreis Blankenburg und die Exklave Harzburg bilden einen Teil des Harzes und seiner Vorberge. Die zu dem Leinetal= und zu dem Weserbergland gehörenden Kreise Gandersheim und Holzminden, die von Solling, Ith und Vogler durchzogen werden, sind bergig. Der die Kreise Wolfenbüttel, Braunschweig und Helmstedt umfassende Hauptteil des Landes ist teils flachhügelig, teils eben; in ihm erheben sich die Höhenzüge des Fallsteins, des Dorms, der Asse und des Elms. Dementsprechend wechselt die Beschaffenheit der Böden zwischen Gebirgsböden, Moor, leichtestem Sandboden, kalten Tonböden, bestem Weizen= und Zuckerrübenboden, sowie Marsch= und Geestboden (Thedinghausen).

Die Temperaturverhältnisse zeigen keine allzu großen Schwankungen mit Ausnahme des Harzes mit seinen weit niedrigeren Jahrestemperaturen. Anders liegen die Verhältnisse bei den Niederschlägen. Hier weist das Bergland -der Harz zählt zu den niederschlagreichsten Gebieten des Reiches überhaupt- wesentlich höhere Niederschläge auf als das Hügel= und Flachland.

Verwertbare Wasserkräfte stehen in größerem Umfange nur in den Harzgebieten zur Verfügung und sind dort schon seit Jahrhunderten für den Bergbau und die Holzverarbeitung weitgehend ausgenutzt worden. Die geplanten Talsperren im Nordharz, Okertal= und Eckertalsperre, und im Ostharz, Bodetalsperre, die für Braunschweig in Frage kommen, harren noch der Verwirklichung. Ihre Ausführung würde nicht nur für die Krafterzeugung, sondern auch landeskulturell von großer Bedeutung sein.

Überaus reich ist Braunschweig an Bodenschätzen, und zwar in allen drei Hauptteilen. Unbegrenzte Vorräte besitzt es an Steinsalz, Sole und Kalisalzen. Nicht weniger als ein Achtel des ganzen in Deutschland verbrauchten Salzes wird in Braunschweig gewonnen, und an Kalisalzen liegen unter Elm und Asse sowie im Wesergebiet Milliarden von Tonnen. Von dem auf 700

/Millionen

Millionen Tonnen geschätzten Gesamtvorrat an heute gewinnbaren Eisenerzen entfällt fast ein Viertel auf Braunschweig, in dem auch als einzigem deutschen Land Asphaltgestein vorkommt. Mächtige Braunkohlenlager finden sich in der Helmstedt-Schöninger Mulde. An der deutschen Blei-, Silber- und Zinkerzförderung ist Braunschweig mit einem Siebentel beteiligt. Reich ist das Land auch an ölhöffigen Gebieten und an Ölschiefer. Neben Schwefelkies und für den Straßenbau geeigneten Hartgesteinen, wie Gabbro, Granit, Diabas, Porphyry, Grauwacke, Buntsandstein, Keupersandstein finden sich Kalklager von großer Mächtigkeit und Reinheit, für die Ziegelherstellung brauchbare Tone und Gips.

2. Die Bevölkerungsdichte entspricht ungefähr dem Reichsdurchschnitt. Alle anderen Bezirke überragt weit die Landeshauptstadt. In ihr sind mehr als drei Zehntel der Gesamtbevölkerung des Landes zusammengeballt. Dank ihrer günstigen Lage an dem Schnittpunkt der großen Nord-Süd-Verkehrsstraße Hamburg-Frankfurt und der Ost-West-Verkehrsstraße Magdeburg-Köln nahm sie schon im Mittelalter den Rang einer Großstadt ein. Am dünnsten besiedelt ist der Harzkreis Blankenburg, während die übrigen Kreise eine nicht allzusehr von einander abweichende Bevölkerungsdichte aufweisen.

Die Bewohner des Landes, Nachkommen des alten Sachsenvolkes, ernste, aufrechte, willensstarke, zähe und fleißige Menschen, sind zum weitaus größten Teil ostfälischen Stammes, sprechen die ostfälische Mundart und gehören ganz überwiegend dem evangelischen Bekenntnis an.

3. Ein derart geographisch und volklich ausgerüstetes Gebiet mußte frühzeitig politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung erlangen. Sein Mittelpunkt, die Stadt Braunschweig, hat denn auch schon im frühen Mittelalter eines der bedeutensten Wirtschafts- und Kulturzentren Niedersachsens gebildet und ist es bis in die Neuzeit geblieben. Zur Zeit der Hanse war die Stadt Braunschweig Vorort des niedersächsischen Quartiers und des sächsischen Städtebundes. Handwerk und Handel blühten in ihr. Das Können ihrer Handwerker, insbesondere auf dem Gebiet der Metallverarbeitung, auf dem Harzer Bergbau beruhend, der Holzbildhauerei und Holzschnitzerei, war weit und breit bekannt und berühmt. In der Bearbeitung von Messing und Bronze ist das

/Braunschweiger

Braunschweiger Handwerk viele Jahrhunderte Vorbild gewesen. Die Kirchen der Stadt, St. Blasiusdom, St. Andreaskirche, St. Katharinerkirche, St. Martinikirche, mit ihren Kleinodien mittelalterlicher handwerklicher Kunst, die weltlichen Bauten wie das Altstadtrathaus, die Gildehäuser, vor allem das Gewandhaus, die Alte Waage und die zahllosen reich geschnitzten Bürgerhäuser sind beredte Zeugen einer hohen Kultur und des Wohlstandes der Bürger. Bis in das 19. Jahrhundert hinein ist Braunschweig eine der entwicklungsfähigsten und größten Städte Niedersachsens gewesen. Die Zeitverhältnisse haben es mit sich gebracht, daß Stadt und Land Braunschweig nicht mehr den einstigen politischen Rang einnehmen und daß ihre wirtschaftliche Bedeutung nicht mehr die früherer Zeiten, aber immer noch eine weit größere ist, als man nach dem Anteil an der Flächengröße und der Einwohnerzahl des Reiches vermuten könnte. Die hervorragende Stellung im deutschen Kulturleben aber haben Stadt und Land Braunschweig voll zu wahren gewußt.

II. Die Wirtschaft.

1a. Wenn Braunschweig heute auch nicht mehr wie vor einem halben Jahrhundert ein vorwiegend landwirtschaftliches, sondern ein vorwiegend industrielles Land ist, so wird doch seine Landwirtschaft von keiner anderen im deutschen Reich an Leistungsfähigkeit übertroffen. Alle Voraussetzungen dafür sind gegeben: günstige betriebliche Verhältnisse - drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden von bäuerlichen Betrieben bewirtschaftet -, eine leistungsfähige heimische Industrie, die die zur intensiven Bearbeitung des Bodens nötigen Werkzeuge und Maschinen liefert, und schließlich Bodenverhältnisse, die den Anbau der hochwertigsten Feldfrüchte, Weizen, Zuckerrüben und Gemüse, begünstigen. Die Anteile der mit diesen Feldfrüchten bebauten Flächen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche betragen ein Mehrfaches der Reichsdurchschnitte; mit der Zuckerrüben- und Gemüsefläche steht Braunschweig verhältnismäßig bei weitem an der Spitze aller deutschen Länder. So werden denn auch in Braunschweig 7.v.H. des gesamten deutschen Rohzuckers erzeugt und ein Drittel der gesamten deutschen Gemüsekonserven hergestellt. Die Hektarerträge liegen durchweg und zum Teil ganz

/erheblich

erheblich über dem Reichsdurchschnitt. Auch die Viehzucht weist einen hohen Stand auf. Insbesondere gilt das von der Schweinezucht, deren züchterische Leistungen den Schlachtereien das Material zur Herstellung der Weltruf genießenden Braunschweiger Fleisch- und Wurstwaren liefern.

1b. Von hoher Bedeutung für die braunschweigische Wirtschaft ist bei dem über dem Reichsdurchschnitt liegenden Anteil der Waldfläche an der Gesamtfläche (30,2 v.H.) auch die Forstwirtschaft, die seit jeher mit der Entwicklung der Wirtschaft so eng verbunden ist wie in keinem anderen deutschen Land und infolge ihrer hohen Leistungen stets als vorbildlich über die Grenzen Deutschlands hinaus gegolten hat und noch heute gilt. Infolge des Aufblühens des Bergbaus und der dadurch hervorgerufenen zunehmenden Besiedelung trat frühzeitig die Holznutzung in den Vordergrund. Das Holz wurde bald in einer Anzahl herrschaftlicher Sägewerke zu Bauholz und Brettern verarbeitet. Die Güte der Harzer Fichten und der Buchen des Weserlandes haben später dann die Niederlassung für ganz Deutschland wichtiger Holzindustrien zur Folge gehabt. Günstig haben sich für die Braunschweiger Forstwirtschaft der hohe Anteil der Staatsforste an der Waldfläche des Landes (67 v.H.) und die staatliche Forstaufsicht über den nichtstaatlichen Waldbesitz ausgewirkt. Darauf ist es zurückzuführen, daß der Holzertrag 1927 1 v.H. des Gesamtanfalles des deutschen Waldes betrug, während der braunschweigische Wald nur 0,8 v.H. der Reichswaldfläche ausmacht, wobei die braunschweigischen Nutzholzanteile am Gesamterdbeholzeinschlag den Reichsdurchschnitt weit übertrafen. Nicht minder bedeutungsvoll ist es, daß infolge des dem privaten Waldbesitz auferlegten bedingten Rodungsverbots und Wiederaufforstungsgebots auch heute noch im Gegensatz zu benachbarten preußischen Provinzen auf den fruchtbaren Böden des Hügellandes und der Ebene die landwirtschaftlichen Flächen von Forstflächen mittleren Umfangs unterbrochen werden und die Landschaft ihr heutiges kerndeutsches Gepräge zeigt.

2. Dem größten Teil der Erwerbspersonen des Landes geben heute Industrie und Handwerk Arbeit und Brot.

a. Aus den meisten Handwerkszweigen, die ehemals das Ansehen und den Wohlstand der Landeshauptstadt begründen halfen, sind

/heute

heute blühende Spezialindustrien geworden. Ein Zweig aber hat seinen alten Ruf nicht nur zu wahren, sondern sogar noch zu mehren gewußt: das Fleischergewerbe, dessen Fleisch- und Wurstwaren über die Grenzen unseres deutschen Vaterlandes hinaus als das Beste gelten, was es auf diesem Gebiete überhaupt gibt, und weithin versandt werden.

b. Zweierlei zeichnet die braunschweigische Industrie aus: einmal ihr Verhältnis zur Größe des Landes hoher Anteil an der deutschen Gesamtproduktion, zum anderen ihr reger Export. In Braunschweig werden gefördert das gesamte Asphaltgestein, über ein Viertel der gesamten deutschen Eisenerze, ein Siebentel der Blei-, Silber- und Zinkerze, 4,3 v.H. der gesamten Braunkohlen, und werden erzeugt rund ein Drittel der deutschen Gemüsekonserven und des deutschen Bleies, ein Achtel des gesamten Salzes, 6,1 v.H. des deutschen Kupfers, 4,5 v.H. der deutschen Braunkohlenbriketts und 3,1 v.H. der deutschen Kalkprodukte. Außerdem entfällt bei einer ganzen Reihe anderer Industriezweige auf Braunschweig ein weit höherer Anteil an der deutschen Erzeugung, als man nach seiner Größe vermuten könnte.

An dem Export sind allein 143 braunschweiger Firmen beteiligt. Nach einer von der Industrie- und Handelskammer durchgeführten Erhebung haben 60 der größten Exportfirmen des Landes in den Jahren 1930 bis 1933 mehr als ein Drittel, 1933 und 1934 immer noch 18 v.H. ihrer Gesamtproduktion ausgeführt. Einige von ihnen, darunter gerade die größten und bekanntesten, setzen auch heute zum Teil weit über die Hälfte ihrer Produktion auf dem Weltmarkt ab.

Der Hauptsitz der Industrie des Landes ist die Stadt Braunschweig. Die in ihr hergestellten Spezialerzeugnisse sind wegen ihrer Güte in der ganzen Welt bekannt und gesucht. Die Mühlenbauindustrie (Miag) baut neben den Müllereimaschinen Silos, Lagerhäuser und alle für die Bewegung von Massengütern benötigten Maschinen und Apparate. Von der Dampfkessel- und Gasometerfabrik vorm. Wilke hergestellten Gasbehälter, Kessel und sonstige Apparate werden in allen Teilen der Erde benutzt. Von der Braunschweiger Maschinenbauanstalt erbaute Rohr- und Rührzucker-

fabriken

Fabriken finden sich in der ganzen Welt. Die mechanischen Stellwerks- und Signalanlagen der Vereinigten Eisenbahnsignalwerke sichern den Eisenbahnverkehr in allen Erdteilen. Büssing-Omnibusse und Büssing-Lastwagen dienen überall dem Verkehr. Die Brunsviga-Rechnemaschinen erleichtern in allen Ländern der Erde die Rechenarbeit. Nicht minder bedeutungsvoll ist die Blechwarenindustrie, die ebenfalls einen großen Teil ihrer Erzeugnisse im Ausland absetzt. Daneben werden von der Metallindustrie noch Maschinen für die Konserven- und Fleischwarenindustrie, Motorräder, Fahrräder, Kinderwagen, Aufzüge, Stahldrahtmatratzen hergestellt. Großer Wertschätzung erfreuen sich in allen Ländern der Erde auch die Erzeugnisse der optischen und feinmechanischen Industrie. Die photographischen Apparate der Firmen Voigtländer & Sohn ("Bergheil") und Francke & Heydecke ("Rolleiflex") sowie die Apparate der feinmechanischen Werkstätten Günther & Tegetmeier zur Messung atmosphärischer Vorgänge des Weltalls stellen das Beste dar, was es auf diesen Gebieten überhaupt gibt. Weltberühmt sind auch die Flügel und Pianos von Grotrian-Steinweg sowie Zeitter & Winkelmann.

Neben diesen für die Landeshauptstadt typischen Industrieprodukten werden in ihr, aber auch in den anderen Landesteilen, von einer Reihe Gewerbezweige Erzeugnisse hergestellt, die ebenfalls weit über die Grenzen unseres deutschen Vaterlandes hinaus bekannt sind. Zu nennen sind hier das polygraphische Gewerbe (Westermann's Verlag, Vieweg & Sohn, Littolfs Verlag, sämtlich in Braunschweig, und Heckners Stenographie-Verlag in Wolfenbüttel), die chemische Industrie, die Textil- und Papierindustrie, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, vor allem aber die Konserven-, Fleischwaren- und Zuckerindustrie sowie die Weizenmühlen. Die Industrie außerhalb der Landeshauptstadt gründet sich, abgesehen von den Bodenerzeugnissen in der Hauptsache auf die Bodenschätze. Besonders hervorgehoben seien hier nur der Braunkohlenbergbau und die auf ihm beruhende Bricketherstellung und Elektrizitätsgewinnung im Kreis Helmstedt, die Salz- und Eisenerzgewinnung in den Kreisen Wolfenbüttel und Braunschweig, der Erzbergbau, die Holzbe- und Verarbeitungsindustrie, die Industrie der Steine und Erden in den Kreisen Blankenburg und Holzminden, welche letzterer auch eine

/Jahrhunder

Jahrhunderte alte Glas- und Porzellanherstellung (Fürstenberg) aufweist. Hervorgehoben zu werden verdient noch, daß auch das kleinste braunschweiger Dorf elektrischen Strom besitzt und daß rund vier Zehntel der Gemeinden eigene Wasserleitungen haben.

3. Eine blühende Wirtschaft ist stets auch mit regem Handel und Verkehr verbunden. Das Land Braunschweig weist daher auch einen leistungsfähigen Groß- und Kleinhandel auf, ein vorbildliches Gaststättengewerbe, das die vielen Fremden, die Braunschweig aufsuchen, sich heimisch fühlen läßt, und ein straff zentralisiertes Bankwesen, das der Wirtschaft über die schlimmen Krisenzeiten hinweggeholfen hat. Das gilt insbesondere von der vom Staat beaufsichtigten und geführten Braunschweigischen Staatsbank, die die heimische Wirtschaft stets nach besten Kräften gefördert hat.

Intensives Wirtschaften hat gute Verkehrsverbindungen zur Voraussetzung und bringt Verkehr mit sich. Die Entwicklung der Wirtschaft ist darum auch stets mit einem Ausbau der Verkehrseinrichtungen verbunden. Braunschweig hat ein dichtes Eisenbahnnetz aufzuweisen. Auf 1 qkm Grundfläche entfallen rund 0,211 km und auf je 1000 Einwohner rund 1,5 km Eisenbahnstrecken. Mit 0,197 km Eisenbahnstrecke auf 1 qkm Grundfläche ohne die nebenbahnähnlichen Kleinbahnen steht Braunschweig bei einem Reichsdurchschnitt von 0,124 km an dritter Stelle unter den deutschen Ländern. Dieses dichte Eisenbahnnetz verdankt Braunschweig nicht zuletzt der Initiative der privaten Wirtschaft selbst. Allein ein Drittel der Gesamtstreckenlänge entfällt auf Privatbahnen. Daneben sind zahlreiche Kraftwagenlinien eingerichtet, die insbesondere für die nicht an Eisenbahnstrecken liegenden Orte gute Verkehrsverhältnisse schaffen. Auch im Reichsautobahnnetz hat Braunschweig die ihm gebührende Berücksichtigung gefunden. Es ist in die Ost-West-Verbindung Berlin-Köln einbezogen; die Strecke bei Braunschweig steht vor der Vollendung. Im ersten Bauabschnitt ist weiter die Strecke Braunschweig-Hameln-Lage vorgesehen. Ferner soll die im zweiten Bauabschnitt herzustellende Nord-Süd-Verbindung Hamburg-Erfurt-Nürnberg über Braunschweig führen. Weiter ist die Landeshauptstadt Schnittpunkt der von Aachen über Düsseldorf, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Berlin nach Königsberg und der

/von

von Hamburg über Ülzen, Braunschweig, Bad Harzburg, Nordhausen Eisenach nach Nürnberg führenden sowie Ausgangspunkt der über Hildesheim nach Hameln über Holzminden, Paderborn nach Münster und über Wolfenbüttel und Hessen nach Halberstadt führenden Fernverkehrsstraßen. Das Land Braunschweig schneidet ferner die Fernverkehrsstraße Magdeburg-Halberstadt-Blankenburg-Nordhausen.

An natürlichen schiffbaren Wasserstraßen durchzieht ein kurzes Stück nur die Weser das Land. Seit einiger Zeit ist Braunschweig durch den Mittellandkanal an die westdeutschen Wasserstraßen angeschlossen und wird in wenigen Jahren auch mit den ostdeutschen Wasserstraßen verbunden sein. Der im Oktober 1933 eröffnete Braunschweiger Hafen hatte im vergangenen Jahr bereits einen Güterumschlag von einer Viertelmillion Tonnen zu verzeichnen.

Nach Ausbau des neuen Flughafens Braunschweig-Waggum wird das Land wie früher auch wieder in den Luftverkehr eingegliedert sein. Die Postverbindungen sind infolge einer weitgehenden Verkraftung der Post ausgezeichnet; nur noch ein Zehntel der braunschweigischen Gemeinden ist lediglich auf Landzustellung angewiesen.

Daß in einem Lande mit solch reger Wirtschaftstätigkeit wie Braunschweig auch Kraftfahrzeuge in weitgehendem Maße verwendet werden, liegt auf der Hand: schon auf 28 Einwohner kommt ein Kraftfahrzeug. Braunschweig steht damit hinsichtlich der Dichte des Bestandes an Kraftfahrzeugen zusammen mit Hamburg hinter Sachsen an zweiter Stelle im Reich.

Die im Lande Braunschweig vorhandenen guten Verkehrsverbindungen sind auch zur Förderung des Fremdenverkehrs bestimmt, der insbesondere dem Harz, dem Weserbergland und der Landeshauptstadt zugutekommt.

4. Die Leistungsfähigkeit der braunschweigischen Wirtschaft zeigt sich in dem volkswirtschaftlichen Umsatz und in der Steuerkraft des Landes. 1927 betrug der volkswirtschaftliche Umsatz je Kopf der Bevölkerung 2.218 RM (Reichsdurchschnitt 2.645 RM). Braunschweig nahm damit einen guten Mittelplatz hinter Württemberg und Anhalt vor Thüringen, Hessen, Bayern,

/Mecklenburg

Mecklenburg, Oldenburg und den beiden Lippe ein. Ganz ähnlich liegt es auch mit der Steuerkraft, die im Jahre 1928 54,4 RM je Kopf der Bevölkerung betrug. Neuere Zahlen zum Vergleich stehen nicht zur Verfügung. Wenn seitdem auch der volkswirtschaftliche Umsatz und die Steuerkraft ganz erheblich abgesunken sind, so dürfte sich an dem Verhältnis zu den anderen Ländern wenig oder nichts geändert haben. Das kann nach der Entwicklung der Einlagen bei den öffentlichen Sparkassen und den Arbeitslosenziffern wenigstens vermutet werden. Die Spareinlagen bei der Braunschweigischen Landessparkasse sind nämlich gegenüber 1913 auf das über Zweieinhalbfache gestiegen, im Reichsdurchschnitt aber um rund ein Drittel gesunken. Hinsichtlich des Rückgangs der Arbeitslosen aber dürfte Braunschweig von keinem anderen Land übertroffen werden. Wenn die braunschweigische Wirtschaft, erfüllt von echt nationalsozialistischem Geist, seit der Machtübernahme fast neun Zehntel der arbeitslosen Volksgenossen wieder in den Produktionsprozeß einreihen konnte, so ist das der beste Beweis für ihre innere Gesundheit und Kraft, die wohl einmal geschwächt, aber nie ernstlich erschüttert werden konnte.

III. Kultur.

1. Zahlreiche Bauten sowie die Archive und Museen in Land und Stadt Braunschweig zeugen davon, daß die Landeshauptstadt schon in früher Zeit nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch kulturell führend im ostfälischen Raum gewesen ist und zu keiner Zeit den Vergleich mit irgendeinem der anderen Kulturzentren Niederdeutschlands hat zu scheuen brauchen. Im Mittelalter sind in Braunschweig neben den herrlichen kirchlichen und weltlichen Bauten der Ludicarius, eine Art Konversationslexikon und das älteste gelehrte Werk in deutscher Sprache, die älteste lateinische Rechtsaufzeichnung Niedersachsens, das älteste deutsche Stadtrecht, das an Alter noch den Sachsenspiegel übertrifft, geschaffen, ist der Tristanstoff zuerst deutsch bearbeitet worden und der älteste Text des Eulenspiegel entstanden.

2. Diese führende Stellung, die Land und Stadt Braunschweig kulturell im ostfälischen Gebiet früher eingenommen haben, haben sie sich bis heute bewahrt. Die Fürsorgeeinrichtungen

und das Gesundheitswesen sind vorbildlich. In den Wohnungsbau ist seit dem Umbruch ein frischer Zug gekommen. Zahlreiche vorstädtische und sonstige Kleinsiedlungen, Wald- und Landarbeiterhäuser sind bereits geschaffen oder im Entstehen begriffen. In solchen Kleinsiedlungen werden auch die Familien untergebracht, die infolge der Altstadt-sanierung aus dem Altstadtkern der Landeshauptstadt ausgesiedelt werden müssen. Das Ziel, das sich die Stadtverwaltung bei der Altstadt-sanierung gesteckt hatte, die Altstadt von den Hintergebäuden und engen Wohnhöfen zu befreien und aus den Elendsquartieren ohne Luft, Licht und Sonne, den Herden ansteckender Krankheiten, hygienisch einwandfreie, gesunde und gemütliche Wohnungen zu schaffen, trotzdem aber das schöne Stadtbild mit seinen reizvollen Straßenzügen zu erhalten, ist bei dem bis jetzt durchgeführten Programm vollauf erreicht worden.

3. Ein auf hoher Stufe stehendes Schulwesen gibt der Jugend das Rüstzeug für das Leben mit. Da das Schulwesen in Braunschweig als einzigem deutschen Lande seit dem 1. Oktober 1930, also bereits im fünften Jahre, unter Führung nationalsozialistischer Minister für Volksbildung steht, war es früher als sonst im Reich möglich, Schüler, Lehrerschaft und Jugend an die großen Erziehungsaufgaben des Nationalsozialismus heranzuführen und am Aufbau des Reichs zu beteiligen.

Das im ganzen Reich als mustergültig anerkannte Volksschulwesen zeigt eine straffe Zentralisierung und damit eine Geschlossenheit, die eine einheitliche und reibungslose Durchführung aller Erziehungsaufgaben gewährleistet. Besondere Vorzüge sind seine reiche Gliederung, seine günstigen Klassenbesuchsziffern und seine enge Verbindung mit den Mittelschulen und Mittelschulzügen, die das ganze Land durchsetzen und innerhalb beider Schularten den Aufstieg und die Förderung der begabten Schüler sichern. Die akademische Ausbildung der Lehrkräfte erfolgt durch die Technische Hochschule in Braunschweig.

Große Fortschritte sind auch auf dem Gebiete des Berufsschulwesens erzielt worden. Der Unterricht ist in einem großen Teil der Schulen heute schon fachlich gegliedert und wird fast durchweg von besonders vorgebildeten hauptamtlichen Lehrkräften sowie Fachlehrern aus Handwerkerkreisen und nur noch in geringen Ausnahmen von Volksschullehrern im Nebenamt erteilt. Unter

/den

den braunschweigischen Fachschulen befinden sich solche, die einen Ruf über die Landesgrenzen, ja über die Grenze des Reiches hinaus haben. Zu nennen sind hier vor allem die über 100 Jahre alte Höhere Landesbauschule in Holzminden, die Drogistenakademie in Braunschweig, die einzige ihrer Art im Reich überhaupt, die ebenso wie die Tischlerfachschule in Blankenburg ständig auch von Ausländern besucht wird.

Die braunschweigischen höheren Lehranstalten sind wegen ihrer hohen Anforderungen und ihrer Leistungsfähigkeit im ganzen Reich bekannt und gut über das ganze Gebiet des Freistaates verteilt. Es können deshalb auch die Kinder auf dem Lande zum weitaus größten Teil als Fahrschüler ohne große Belastung ihrer Eltern höhere Schulen besuchen. Wo das wegen ungünstiger Verkehrsverhältnisse nicht der Fall ist, bietet das mit der Oberrealschule in Seesen verbundene staatliche Schülerheim den Eltern die Möglichkeit, ohne Aufwendung großer Kosten ihren Söhnen eine höhere Schulbildung angedeihen zu lassen. Eine höhere Schule besonderer Art besitzt Braunschweig in der mit einer Realschule verbundenen höheren Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Helmstedt, die aus einer reinen Landwirtschaftsschule hervorgegangen ist und unter Abbau der Oberrealschule wieder in eine solche umgewandelt werden wird. In dieser Anstalt werden alle Stoffgebiete behandelt, die für die Landwirtschaft von Wichtigkeit und Bedeutung sind. Diese Schule bietet also denjenigen, die die Landwirtschaft als Beruf ergreifen wollen, die Möglichkeit, sich die dazu nötigen theoretischen Kenntnisse anzueignen.

Besonders wichtig für das kulturelle Leben des ostfälischen Gebietes ist die Technische Hochschule des Landes Braunschweig, die älteste Technische Hochschule im Deutschen Reich überhaupt. Sie ist seit ihrer Gründung stets bestrebt gewesen, neben technischem Wissen und Können auch allgemeine geistige Bildung zu vermitteln. Sie konnte daher ohne weiteres die akademische Lehrerausbildung übernehmen. Zahlreiche, auf das Modernste eingerichtete Institute und Laboratorien werden allen Anforderungen eines auf die Praxis vorbereitenden Lehrbetriebs gerecht. Ganz besonders gut ausgerüstet ist die Elektrotechnische Abteilung. Das Hochspannungsinstitut, das Institut für
/elektrische

elektrische Maschinen und das Institut für Fernmelde- und Hochfrequenztechnik erfreuen sich eines hohen Rufes weit über die Grenzen des Reiches hinaus. Das Institut für Luftfahrtmeßtechnik und Flugmeteoreologie ist das einzige seiner Art in Deutschland, und der Ausbau des Aerodynamischen Instituts zum Mittelpunkt der Flugwissenschaft befindet sich im Gange.

4. Auch für die Erwachsenen besitzt Braunschweig eine ganze Reihe hervorragender Bildungsmittel. Das Landestheater hat seine alte künstlerische Höhe und seinen Ruf als eine der ersten Bühnen Deutschlands zu wahren gewußt. Es ist bemüht, durch Fremdenvorstellungen, die zum Teil von recht entfernt liegenden Orten besucht werden, und durch Gastspiele außerhalb der Stadt Braunschweig, auch in preußischen Städten, möglichst weiten Kreisen Gelegenheit zu geben, sich an den Werken der Dichter und Komponisten zu erbauen und zu bilden.

Unter den sonstigen der allgemeinen Volksbildung dienenden Einrichtungen ragen hervor das Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig mit seiner berühmten Gemädegalerie und die Herzog August-Bibliothek in Wolfenbüttel mit ihren kostbaren, reich illustrierten alten Handschriften und ihren alten Druckern. Beide Institute genießen Weltruf und werden wegen ihrer Schätze auch von Ausländern viel aufgesucht. Daneben bieten eine ganze Reihe von Museen, Sammlungen, Archiven und Büchereien den Erwachsenen die Möglichkeit zur Bereicherung ihres Wissens. Von besonderer Bedeutung sind die Heimatmuseen, vor allem das Vaterländische Museum in der Stadt Braunschweig, die Liebe zur heimatlichen Scholle und Verständnis für heimisches Brauchtum wecken wollen, und die Volksbüchereien, die auch den Bewohnern kleinerer Orte die Möglichkeit geben, sich weiterzubilden.

IV. Finanzen.

Trotz der durch die jahrelange marxistische Regierungskunst verursachten, erheblichen öffentlichen Verschuldung, der großen, allerdings schwer richtig abschätzbaren Vermögenswerte gegenüberstehen, kann die Finanzlage des Landes, der Kreisgemeindeverbände und der Gemeinden als durchaus gesund bezeichnet werden. Infolge der rücksichtslosen Ausgabendrosselung ist seit der Machtübernahme der Haushalt des Staates, sind seitdem die Haushalte der Kreisgemeindeverbände und der Gemeinden aus-

/nahmslos

nahmslos ausgeglichen und im Vollzug an Stelle der früher üblichen Fehlbeträge zum Teil sogar schon erhebliche Überschüsse getreten.

Dabei ist der Staat Vorbild gewesen. Durch äußerste Sparsamkeit hat er die Ausgaben von 44.273.000 RM im Jahre 1930 auf 31.229.000 RM, also um fast 3 Zehntel i. J. 1933 herabgedrückt; sind im Staatshaushalt 1935 sogar nur noch mit 29.167.000 RM veranschlagt. Infolge dieser Ausgabendrosselung konnte im Jahre 1933 erstmals wieder ein ausgeglichener Etat vorgelegt werden, und schloß der Vollzug des Rechnungsjahres 1933 mit einem Überschuß von 568.218 RM ab. Mit mindestens demselben Überschuß, wahrscheinlich mit einem erheblich höheren, ist auch im Vollzug 1934 zu rechnen. Demgegenüber wies das Jahr 1930 noch einen Fehlbetrag von 7.673.000 RM auf.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse auch bei den Kreisgemeindeverbänden und Gemeinden, deren Voranschläge für 1934 samt und sonders ausgeglichen waren und deren Vollzüge zum Teil schon wieder recht erhebliche Überschüsse aufweisen; insbesondere gilt das auch für die Landeshauptstadt.
